

Albrechts Wortbruch: Doch WAA im Wendland S. 9

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 12 Nr. 228 13.12.82

4 DM Förderpr. DM 5

C 21734 E

Skandal um das US-Hauptquartier

Die Ratten verlassen das Schiff

In Mitteleuropa wird ein großer Krieg vorbereitet, der noch in diesem Jahrzehnt stattfinden soll. Unser Land soll zu den Hauptschauplätzen gehören. Die Anzeichen für die Vorbereitung werden immer zahlreicher und erdrückender.

Aktueller Vorgang : Die britische Zeitung „Guardian" meldet, daß US-Verteidigungsminister Weinberger kürzlich in einem Geheimpapier die Anweisung gegeben habe, das US-Hauptquartier für Europa von Stuttgart-Vaihingen nach Großbritannien zu verlegen. Dort soll bis 1986 ein unterirdisches „überlebensfähiges europäisches Kommando- und Kontrollsystem" entstehen. Kostenschätzung bisher : 2,5 Milliarden Mark. Grund der Verlegung, laut dem vom „Guardian" zitierten Geheimpapier : *„Das Umfeld der künftigen Kriegsführung wird sich wahrscheinlich erheblich von allem unterscheiden, was wir bisher kennengelernt haben. Der Kampf gegen sowjetische Streitkräfte und gegen Streitkräfte, die von der Sowjetunion ausgerüstet werden, wird von größerer Heftigkeit und längerer Dauer sein und mit Waffen größerer Genauigkeit und möglicherweise höherer Feuerkraft und Beweglichkeit geführt werden. Es wird eine intensive elektronische Kriegsführung geben und wahrscheinlich den Einsatz von chemischen, biologischen und atomaren Waffen".* - Kurz gesagt : Die Amis haben Angst, daß in dem bevorstehenden Krieg ihr europäisches Hauptquartier ausgeschaltet wird, wenn es zu nahe an der Front liegt, zumal sie selbst vorhaben, als erstes die sowjetischen Militärzentren mit Atomschlägen auszuschalten, wie es in ‚victory is possible' dargelegt wurde.

Eine solche Verlegung leuchtet ein. Trotzdem wird selbstverständlich erst einmal dementiert. Der Sprecher der Bundesregierung, Sudhoff, erklärt kategorisch : **„Solche Pläne existieren nicht".** Anscheinend weiß er es ganz genau. Verteidigungsminister Wörner gibt sich nicht so sicher : **„Ich halte das ganze für eine vollständige Falschmeldung".** Er nehme doch an, sagt Wörner, daß die Amerikaner die Bundesregierung an einer solchen Entscheidung beteiligen und sie vorher befragen würden.

Wörners vorsichtige Zurückhaltung erweist sich sehr rasch als sinnvoll. An ihrem allerersten Dementi *(„Das Hauptquartier in Stuttgart wird nirgendwo anders hin verlegt")* hält die US-Regierung nur wenige Stunden fest.

Fortsetzung auf Seite 2

Arbed Saarstahl: Arbeiter geben Kapitalisten Kredit

Der Klassenkampf zwischen Kapitalisten und Arbeitern hat schon kurz nach dem Antritt der Rechtskoalition in Bonn einen neuen Meilenstein erhalten. Erstmals ist es den Kapitalisten mit massiver Unterstützung durch die Regierung gelungen, einen bestehenden Tarifvertrag während der Laufzeit aufzukündigen und den Arbeitern einen Teil ihres vertraglich zugesicherten Lohns zu rauben. 20.000 Arbeiter bei Arbed-Saarstahl sollen nach einem Vortrag, der zwischen den Stahlkapitalisten und der IG-Metall ausgehandelt wurde, 1983 und 1984 auf die Hälfte ihres Weihnachtsgeldes verzichten und diesen Betrag ihren Kapitalisten als Kredit für die Aufrechterhaltung des Betriebes zur Verfügung stellen. Gelungen ist dieser Coup dadurch, daß die Bundesregierung, unter wesentlicher Federführung des Grafen Lambsdorff, massiv gedroht hatte, sämtliche Subventionen für Arbed-Saarstahl zu streichen, wenn die Gewerkschaft nicht auf dieses Diktat eingehen würde. Drohend stand der Konkurs des Betriebs an der Wand, 20.000 Arbeiter liefen Gefahr entlassen zu werden. Gewerkschaften und Arbeiter beugten sich, womit ein Vorgeschmack gegeben wurde, was die nächsten Jahre noch bringen können.

Ausführlicher Artikel auf Seite 4

Die Ausländerpolitik der Regierung Kohl/Genscher

Massenaustreibung wird vorbereitet

4,5 Millionen Ausländer leben in der BRD, 2 Millionen davon sind im erwerbsfähigen Alter. Hergeholt wurden sie zu Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur, als das Kapital billige Arbeitskräfte für die eigene Expansion brauchte. Jetzt, zu Zeiten der Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems, würden die Kapitalisten und ihre bürgerlichen Parteien diese Mibürger am liebsten wieder abschieben. Doch noch haben diese Menschen ein Minimum an Rechten, was diesen „einfachen", brutalen Weg erschwert. Doch schon wird an der Veränderung und Brechung von Gesetzen und Verträgen gearbeitet, um einen weiteren Zuzug von Ausländern im Zuge der Familienzusammenführung zu verhindern und um die hier lebenden Ausländer systematisch aus dem Lande zu vertreiben. Nachdem erst im letzten Jahr das Nachzugsalter von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt wurde, soll es jetzt sogar auf 6 Jahre heruntergedrückt werden. Massive materielle Anreize sollen darüberhinaus die „Rückkehrbereitschaft" unter den ausländischen Mitbürgern fördern. Und die immer heftiger werdende Ausländerfeindlichkeit wird für diese „Rückkehrbereitschaft" ihr übriges tun.

Die ersten Maßnahmen der neuen Regierung deuten darauf hin, daß es nicht bei diesen Versuchen bleiben wird, sondern daß ein Programm für eine Massenvertreibung von Ausländern in Vorbereitung ist.

Weiteres auf Seite 17



Aus dem Inhalt:

Wir wünschen allen Lesern einen fröhlichen Rutsch ins neue Jahr. Wir kommen wieder mit altem Schwung am 10. Januar 1983.

Die Ratten verlassen das Schiff

Forts. von vorhergehender Seite

Aus den dann beginnenden Halb-Dementis, dummen Ausreden, stückweisen Entblößungen und Teilwahrheiten ergibt sich : Ja, es existiert ein Geheimpapier. Ja, es soll eine neue Kommando-Zentrale in Großbritannien entstehen. Baubeginn Mitte 1983.

Ja, es geht dabei um die Planung für mögliche Kriegsfälle. Ja, es gibt Überlegungen über Ausweichplätze für das europäische Hauptquartier, die man jedoch aus Sicherheitsgründen nicht öffentlich diskutieren wolle. Aber das Hauptquartier in Stuttgart-Vaihingen soll selbstverständlich nicht verlegt werden. Man will nur vorbeugend einen Ersatz schaffen, falls das Hauptquartier durch Kriegseinwirkungen zerstört wird.

Bilanz : Die neue Kommando-Zentrale in Großbritannien soll sowieso erst 1986 fertiggestellt sein. Bis dahin m u ß also das Hauptquartier bei Stuttgart bleiben, und bis dahin kann man auch an der Legende festhalten, daß an eine Verlegung eigentlich gar nicht gedacht sei und daß man die riesigen unterirdischen Anlagen in Großbritannien vielleicht nur für die Zucht von Champignons oder für die Aufstellung von zwei zusätzlichen Schreibmaschinen nutzen will. Sobald jedoch die Anlagen in Großbritannien bezugsfähig sind, wird der große Umzug stattfinden. Oder glaubt noch jemand, die Verlegung würde erst d a n n beginnen, wenn das Hauptquartier bei Stuttgart-Vaihingen bereits zerstört oder ganz akut gefährdet ist ?!

Daß diese Kriegsvorbereitungen unter großer Geheimhaltung stattfinden - **so geheim, daß möglicherweise auch die Bundesregierung bisher nicht vollständig informiert ist** - ist gut verständlich. Vielleicht beginnt sich die Bevölkerung Mitteleuropas ja doch etwas ungemütlich zu fühlen, wenn sie mit solcher Eindeutigkeit und Gradlinigkeit Massensterben und Zerstörung auf sich zukommen sieht. Wenn sich die Amis in ihren verbunkerten Hauptquartier schon nicht mehr sicher genug fühlen, was soll sich dann erst die weit schutzlosere Bevölkerung denken ?

Geplant ist der kommende europäische Krieg in erster Linie als ‚Blitzkrieg'. Das heißt, daß, vor allem vom Gebiet der Bundesrepublik aus, massive Schläge mit Raketen und Flugzeug-Geschwadern gegen die 2. und 3. Verteidigungslinie des Warschauer Pakts bereits zur Einleitung des Krieges geführt werden. Auf diese Weise sollen sofort möglichst vollständig gegnerische Flugplätze, Stützpunkte usw. vernichtet werden. 5000 Ziele in der DDR und Polen sind dafür bereits fest eingeplant. Um diesen ‚Blitzkrieg' führen zu können, soll in den allernächsten Jahren die sogenannte konventionelle Rüstung der NATO in Mitteleuropa erheblich ausgebaut und mit den im Falkland- und Libanon-Krieg erfolgreich getesteten modernsten (= zielgenauesten) Waffensystemen versehen werden. Propagandistsich wird diese sehr konkrete Kriegsrüstung unter dem Stichwort laufen, man wolle ,,die Atomschwelle anheben'' und damit den Frieden etwas sicherer machen. Und selbstverständlich wird die Vorbereitung des ‚Blitzkrieges' unter dem Motto laufen, man wolle sich gegen die aggressiven Russen verteidigen. Das war bei den Nazis ja auch nicht anders.

Um den ‚Blitzkrieg' führen zu können, ist außerdem ein massiver Ausbau der militärischen Infrastruktur in der BRD notwendig. Dieser Ausbau ist ebenfalls für die allernächsten Jahre geplant. Grundlage dafür ist das im März dieses Jahres zwischen den USA und der BRD abgeschlossene ,,Wartime Host Nation Support''-Abkommen. Der Inhalt des Abkommens ist in groben Zügen : Die USA wollen ,,im Krisen- oder Kriegsfall'' ihre Truppen in der BRD von 4 auf 10 Divisionen aufstocken, also mehr als verdoppeln. Das bedeutet beispielsweise, daß mehr als 1000 Kampfflugzeuge zusätzlich in die BRD geschafft werden. Mit dem Abkommen verpflichtet sich die BRD u.a. zur Bereitstellung eines ‚Unterstützungskorps' von rund 100.000 Mann, das ,,im Kriegs- oder Krisenfall'' die Verlegung der US-Truppen unterstützen und sich dem Schutz von US-Stützpunkten beteiligen soll. 26 Militärflughäfen im Gebiet der BRD sollen in den nächsten Jahren kriegsmäßig ausgebaut werden. Dazu gehört an erster Stelle der großzügige Ausbau des Flughafens Frankfurt (Stichwort : Startbahn West !), der den USA ,,im Krisen- oder Kriegsfall'' völlig zur Verfügung stehen soll. Insgesamt sieht das Abkommen die kriegsmäßig Herrichtung der BRD vor.

In diesem Zusammenhang ist außerdem die ,,Nachrüstung'' mit atomaren Mittelstreckenraketen zu sehen, die Ende 1983 beginnen soll und für die Bauvorbereitungen anscheinend schon begonnen haben. Damit kann dann die Sowjetunion direkt von Mitteleuropa aus atomar bedroht werden - ein zusätzliche starkes Drohmittel, aber auch ein zusätzliches großes Risiko, daß aus dem geplanten ‚Blitzkrieg' zumindest für Mitteleuropa ein Atomfinale werden könnte. Da ist es schon besser - und hier schließt sich der Kreis - wenn man im Ernstfall mit dem militärischen Hauptquartier nicht gerade im Zentrum des Krieges liegt.

Man kann die verschiedenen Gebiete der Vorbereitungen durchanalysieren und wird immer wieder zum gleichen Ergebnis kommen : Bis spätestens 1990 sind alle Vorbereitungen im Wesentlichen abgeschlossen und es kann losgehen ! Ob wir dann zu diesem Krieg ,,hingehen'' wollen oder nicht, wird die uninteressanteste Frage der Welt sein.

Das Neueste von der »Nachrüstung«

Nun ist es auch amtlich und öffentlich bestätigt worden: Alle Medien, Atomkriegsgegner und auch der ARBEITERKAMPF (s. Nr. 226/7), die behaupteten, es sollten viel mehr Pershing II in die BRD kommen als die öffentlich bekanntgegebenen 108 Raketen, hatten recht. Richard Perle, Abteilungsleiter für ,,internationale Sicherheitsfragen im Pentagon'' hat es eingestanden (s. FR, 29.11.82). Dieses Eingeständnis soll allerdings jetzt der Behauptung Glaubwürdigkeit verleihen, daß ab jetzt nur noch mit 108 Raketen zu rechnen sei, sonst könnte ja die CDU/CSU als ,,Raketenpartei'' abgestempelt werden.

Halbamtlich bestätigt wird auch die These, daß die Pershing II auch dann schon stationiert werden sollen, wenn sie noch nicht technisch ausgereift und tatsächlich einsatzfähig sind. Der als so ,,erfolgreich'' herausgestrichene 3. Startversuch einer Pershing II stellte sich inzwischen ebenfalls als Fehlschuß heraus. Immerhin hatte sich die Rakete 320 km hoch und 100 km weit vom Fleck bewegt, war dann aber wegen Versagens der entscheidenden Endphasenlenkung 12 km vom Zielort entfernt niedergegangen. Ein ehemaliger US-Stabschef erklärte dem Spiegel (6.12.) dazu, daß man die Pershing auch *,,notfalls''* dann schon aufstellen müsse, *,,selbst wenn sie nicht hundertprozentig funktioniert''*. Das habe man auch eine zeitlang mit den ,,Titan'' und ,,Atlas''-Raketen so betrieben.

Mehr Cruise missiles als geplant?

Unklar bleibt allerdings die Frage, wieviel Cruise missiles in die BRD kommen sollen:

Wir hatten schon davon berichtet (in AK 226), daß für die BRD zwar angeblich ,,nur'' 96 CM vorgesehen sind, dies würde 6 Geschwadern entsprechen, aber ständig von 7 Geschwadern (= 112 Raketen) die Rede ist.

Bekannt ist auch, daß die 48 CM für Holland und Belgien, falls diese sich weigern, sie aufzunehmen, erst einmal in die BRD verfrachtet werden sollen. Offiziell heißt es, es würden 464 CM in Europa stationiert. Warum dann allerdings 705 Marschflugkörper ausgeliefert werden sollen, müßte dann erst noch erklärt werden. Diese Zahl gibt nämlich die ,,Europäische Wehrkunde'' 1/82 (S.33).

Bekannt ist auch, daß der ,,Rogers''-Plan eine erhebliche Aufstockung der Criuse missiles für die BRD vorsieht, die dann allerdings ,,konventionell'' bestückt werden sollen.

CM-Stationierungsort Wüschheim?

Einen neuen CM-Stationierungsort hat der ,,Stern'' in die Debatte gebracht.

Danach soll die 270-Seelen-Gemeinde Wüschheim im Hunsrück durch die ,,Nachrüstung'' ,,wachgeküßt'' werden. Genauere Informationen könnten Wörner, Apel, Vogel (Rheinlandpfälzischer Ministerpräsident und Mitglieder des ,,Bundessicherheitsrates'') liefern. Große Gebiete im Waldgelände um Wüschheim seien bereits zum Sicherheitsgebiet erklärt worden. Die Bodenproben seien entnommen, die Bauplätze untersucht und vermessen, unter Tarnnamen würden Bauzeichnungen angelegt. In Wüschheim solle nur die Hälfte der US-Soldaten stationiert werden, die andere im ursprünglich angegebenen Wiersdorf bei Bitburg. Dort soll dann auch in fünf Jahren die zentrale Reparatur- und Testbasis aller CM in Europa aufgebaut werden.

Stammheim nicht vergessen!

Und wenn es diesem bundesdeutschen Staatsapparat auch noch so juckt, die ,,Selbstmorde'' in Stammheim werden ihm nicht vergessen.

In der ,,Volkskrant'', einer niederländischen, sozialdemokratisch orientierten Tageszeitung, wurden diese ,,Selbstmorde'' Anfang dieses Jahres im Rahmen der Berichterstattung zur Aufführung des Filmes ,,Bleierne Zeit'' ebenso in Zweifel gezogen wie jetzt in einem Artikel des Bonner Korrespondenten der ,,Volkskrant'', in dem er anläßlich der letztlichen Festnahmen *,,die kurze aber heftige Geschichte der RAF''* darstellt (20.11.82).

Er schreibt: *,,Einige Stunden nach der Aktion in Mogadischu wurden in Stammheim Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe tot in ihren Zellen aufgefunden. Baader und Raspe hatten Schußwunden an für einen Selbstmord merkwürdigen Stellen im Kopf. Ensslin schien an der Schnur ihres Plattenspielers aufgehangen zu sein, Irmgard Möller wurde mit durchschnittenen Pulsadern, aber lebend, gefunden. Sie bestreitet bis auf den heutigen Tag, einen Selbstmordversuch unternommen zu haben. RAF-Sympathisanten behaupten: Mord. Die Regierung schloß auf Selbstmord.''*

Dem ,,Volkskrant''-Korrespondenten dürfte eine wie auch immer geartete *Sympathisanten behaupten: Mord. Die Regierung schloß auf Selbstmord.''*

Dem ,,Volkskrant''-Korrespondenten dürfte eine wie auch immer geartete Sympathie für die RAF sehr fern liegen, er versäumt dennoch nicht, seine Leser auf die politischen Beweggründe der RAF hinzuweisen. An Schleyer beispielsweise interessiert ihn nicht so sehr dessen Übergang vom Leben zum Tod, als vielmehr dessen irdisches Dasein:

,,Schleyer war für die RAF eine widerwärtige Figur, eine präzise Abspiegelung eines ‚nahtlosen Übergangs von der Hitlerzeit zur Bundesrepublik'. Schon 1931 war Schleyer Mitglied der Hitlerjugend geworden (also schon lange, bevor das zur Pflicht wurde) und später Mitglied von NSDAP und SS. Bis 1945 war er SS-Führer und Direktor des ‚Zentralbüros für die Industrie in Böhmen und Mähren', Prag. Schleyer saß neben Reinhard Heydrich im Auto, als dieser berüchtigte Gestapo-Chef 1942 von Partisanen in Prag ermordet wurde. Nach dem Krieg verlief Schleyers Karriere nur noch steiler. 1951 kam er in die Direktion des Autokonzerns Daimler-Benz. 1973 wurde er Vorsitzender der westdeutschen Arbeitgebervereinigung und Anfang 1977 Vorsitzender des BDI.''

Nach dieser erschöpfenden Auskunft zur Person kann der ,,Volkskrant''-Korrespondent sich tatsächlich mit der abschließenden Ein-Satz-Information bescheiden: *,,Dreiundvierzig Tage später würde das RAF-Kommando Siegfried Hausner dem ein Ende machen, was in seiner Erklärung ‚die elende und korrupte Existenz von Hanns-Martin Schleyer' genannt wurde.''*

Niederlande-Kommission

29.1.1983

Demonstrationen gegen Neo-Nazismus und CDU-Regierung

Aus Anlaß der 50. Wiederkehr der faschistischen ,,,Machtergreifung'' vom 30.1.32 haben Persönlichkeiten und Repräsentanten von diversen Organisationen und Initiativen bundesweit zur Durchführung von Demonstrationen am 29. in Hamburg, Frankfurt, München und Köln aufgerufen. In AK 226 riefen wir zur Unterstützung dieser von der DKP/VVN und ihrem Bündnisskpektrum ausgehenden Initiative auf und schlugen gleichzeitig vor, sowohl in den Demonstrationsorten als auch besonders außerhalb dieser Orte die Demonstrationen zum Anlaß für (vorbereitende) antifaschistische Aktivitäten vor Ort zu machen, die sich vor al- außerhalb dieser Orte die Demonstrationen zum Anlaß für (vorbereitende) antifaschistische Aktivitäten vor Ort zu machen, die sich vor allem gegen das reaktionäre Programm der jetzigen CDU/CSU/FDP-Regierung richten — ohne dabei die SPD aus der Verantwortung für die heutige Situation zu lassen.

Der bundesweite Aufruferkreis hat sich seit dem ersten Aufruf quantitativ noch wesentlich erweitert: Er reicht inzwischen einerseits weit in das gewerkschaftliche und sozialdemokratische Lager hinein, andererseits beteiligen sich auch die Kräfte der radikalen Linken — lediglich die 'Volksfront' der 'KPD(ML)' scheint wieder mal eine Sondertour fahren zu wollen.

Eine qualitative Erweiterung des Aufrufer-Kreises für die beabsichtigten Demonstrationen schien sich in den letzten Novemberwochen anzudeuten: An allen geplanten Demonstrationsorten kam es zu informellen, z.T. sogar offiziellen Gesprächen zwischen örtlichen Vertretern des Aufruferkreises und den entsprechenden DGB-Landesverbänden, die darauf schließen ließen, daß der DGB sich entweder an den jeweiligen Demonstrationen beteiligen oder sie wenigstens ,,wohlwollend unterstützen'' wollte.

Inzwischen ist klar, daß die Demonstrationen nicht offiziell von den DGB-Landesverbänden unterstützt werden, sondern lediglich einzelne Gewerkschafter den Aufruf als Einzelperson unterschreiben.

Ausnahme ist eine Regional-Demonstration in Mössingen/Kreis Tübingen, ein Ort der für diesen Tag historische Bedeutung hat, weil die Belegschaft des Mössinger Textilbetriebs Pausa als erste den Beschluß faßte, gegen die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler in den Generalstreik zu treten. In Mössingen führen DGB und Aufruferkreis gemeinsam eine Demonstration mit anschließender Saalveranstaltung durch.

Die zweite Ausnahme ist Hamburg: Die Hamburger Initiative, an der sich neben Jusos, DKP, VVN und weiteren auch die GAL, der KB und die antifaschistische Aktion beteiligen, ließ sich in der Hopffnung auf eine weitgehende Kooperationsbereitschaft leider dazu hinreißen, den DGB aufzufordern, die für Hamburg geplante Demonstration als **DGB-Demonstration**, wenn auch auf der Grundlage des bundesweiten Aufrufs und unter gleichberechtigter Beteiligung von Seiten der Initiative benannter Redner/innen durchzuführen. Das Ergebnis: der DGB, in Absprache Aufrufs und unter gleichberechtigter Beteiligung von Seiten der Initiative benannter Redner/innen durchzuführen. Das Ergebnis: der DGB, in Absprache mit der SPD, erfüllte Punkt eins der Aufforderung: Die Demonstration zum 29. ist als DGB-Demonstration angemeldet. Punkt zwei und drei, nämlich inhaltliche Ausrichtung des Aufrufs und vorgesehene Redner, sind auch jetzt noch, einen Monat nach der Aufforderung seitens der Initiative, unklar. Auch ein zweiter Vorstoß der Initiative vom 26.11. blieb bis heute unbeantwortet.

Es sieht alles so aus, als ob die Sozialdemokraten in SPD und DGB auf dem besten Wege sind, den Aufruferkreis der Initiative und den jetzigen Vorbereitungskreis zum bloßen Anhängsel einer von ihnen bestimmten Demonstration zu machen. Es ist zu hoffen, daß es nicht dazu kommt, sondern daß der Initiativkreis zu eigener Initiative in Kooperation mit dem DGB zurückfinden kann, ohne daß aus der beabsichtigten Manifestation antifaschistischer Einheit am 29.1.83 in Hamburg eine Demonstration der Zerrissenheit wird.

Wie immer dieser Clinch im Sonderfall Hamburg in den nächsten Tagen ausgehen mag, halten wir es generell, auch für Hamburg, für angebracht, noch vor der Weihnachtspause in die Mobilisierung und Vorbereitungen einzusteigen. Das gilt natürlich insbesondere auch für kleiner Orte, die ja wesentlich schwierigere Mobilisierungsbedingungen haben als die großen Versammlungsorte Hamburg, Köln, München, Frankfurt.

Um im nächsen AK einen umfassenderen Überblick über Aktivitäten zum 50. Jahrestag (und evtl. danach) geben zu können, bitten wir euch um Berichte.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Das Letzte von R. Bahro

Das Letzte von R. Bahro

Knapp zwei Wochen hat Rudolf Bahro gebraucht, zu seiner gewohnten Form zurückzufinden. Hatte er sich am Ende des Hagener Parteitags uneingeschränkt positiv zu der beschlossenen wirtschaftspolitischen Erklärung geäußert (um seine Wahl in den Bundesvorstand nicht zu gefährden?), hat er jetzt angekündigt, daß er die in Hagen vereinbarte friedliche Koexistenz unvereinbarer Positionen nicht hinnehmen will. In einem Brief an die Bundeswirtschafts-AG, datiert vom 26.11., schreibt Bahro u.a.:

,,In unserer Hagener Erklärung zur Wirtschaftspolitik ist die Frage nicht eindeutig entschieden, ob wir Alternativen i m System oder der Alternative z u m System Priorität einräumen wollen. (...) Alles was wir bieten, muß sich klar gegen den industrialistischen Block richten, der weitermachen möchte wie bisher. Systemimmanente Maßnahmen müssen auch als solche kenntlich sein und es muß aus dem Kontext klar sein, daß wir darüber hinaus wollen, daß wir die ‚zweite kosmische Geschwindigkeit' wollen, die die ‚Erdanziehung' des Industriesystems überwindet. (...) Wer sich jetzt gegen ‚grünen Purismus' wendet, sollte im Hinblick darauf, wie man eine Position durchführt, noch einmal das Kommunistische Manifest nachlesen. Marx und Engels haben es damals ausdrücklich verschmäht, mit den Konsequenzen hinter dem Berge zu halten und ihre Konzeption mit irgendeiner anderen zu vermischen. (...) Rainer Trampert will die Menschen in den Fabriken nicht zum Aussteigen auffordern, weil er ihnen dann nicht sagen kann, wohin. Er geht eben nicht davon aus, daß der Zug in Richtung Abgrund rollt. Aber ich bin nicht sicher, ob er den Ausstieg überhaupt wünschenswert fände, wenn er möglich wäre ...''

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,–, halbjährlich DM 33,– (als Förderabo jährlich 100, halbjährlich DM 50,–); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00

Einzelpreis DM 4,–; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 6000

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

Über die Schwierigkeiten bei der Enttarnung zweier Agenten

Vergleichsweise simpel und „harmlos" ist die Spitzelbeobachtung der Demo-Vorbereitung zum Schacht Konrad gelaufen (s. Kasten). Ein bislang nicht Bekannter bietet seine „Hilfe" bei der Vorbereitung der Demo an und kann sich so bei den Aktiven in aller Ruhe umschauen. Als bekannt wird, daß er unter falschem Namen arbeitet, fliegt die Sache auf, der Spitzel setzt sich ab. Ungleich komplexer, komplizierter und folgenreicher ist der Fall, den wir hier vorstellen wollen. Seit Jahr und Tag ist sehr vielen aktiven Linken in Hamburg das Ehepaar „Egon" und „Paula" bekannt. Bekannt ist, daß beide „nichtarisch" verfolgte Antifaschisten sind. Sie waren Mitglieder in der inzwischen verbotenen KPD und sind jetzt Mitglieder des örtlichen SB. „Egon" bekleidet zudem überregionale SB-Funktionen. Sie hatten immer sehr weiten Enblick in die Hamburger linke Szene. Sie vertraten das SB bei der Kirchentagsdemonstrationsvorbereitung 1981, sie machten Gefangenenarbeit (wie auch andere Hamburger SB'ler), sie arbeitet 1981 bei den Anti-Impi-Frauen intensiv mit, er in der Anti-NATO-Gruppe.

1981, mit 6.9. datiert, erschien ein „Brief der Raf an Hamburg" über das Ehepaar: „*Wir lassen sie jetzt hochgehen*" schreibt die RAF, sie seien „*das ganze Geheimnis der 'Fahndungspanne' im vorigen Jahr, der 'Fuß', den Baum bei uns drinhaben wollte*". Sie seien ein paarmal bei ihnen gewesen und nach ihrer „Rekonstruktion" die Stelle, wo der VS sie unter Beobachtung hatte. (Die beobachteten „Terroristen" waren den Fahndern wieder aus den Maschen geschlüpft, die ‚Springer'-Presse und BKA-Kreise spielten das später zu einem Baum- und SPD-VS-Skandal hoch.)

Bei der Gefangenenarbeit, beim letzten Hungerstreik - so das RAF-Flugblatt - hätten Egon und Paula sich mitten unter die Szene plaziert. Zudem sei bei ihren Recherchen herausgekommen, daß sie schon in den 60er Jahren „feste Agenten" gewesen seien. Das Flugblatt ist dann noch mit den üblichen Dingen aufgemotzt. Das allseits bekannte und weniger erstaunliche Eintreten Egons ist dann noch mit den üblichen Dingen aufgemotzt. Das allseits bekannte und weniger erstaunliche Eintreten Egons für den Staat Israel wird zum „*Verbindungsnetz...zum Zionismus*", das Netz erstrecke sich bis zur „*KP Costa Ricas und zur schwarzen Mittelklasse in den USA*" (da haben sie offenbar auch Bekannte !). Es sei für die RAF „*grundsätzlich keine Frage, ihn zu erschießen*". Die Diskussion um so eine Erschießung könne aber von der „*Mobilisierung gegen den imperialistischen Krieg wegziehen*", deshalb habe die RAF es nicht gemacht.

Es folgte bald darauf von den Antiimpi-Frauen eine Veröffentlichung über ihre Erfahrungen (s.u.), Dokumente über die alte VS-Tätigkeit von Egon (Anfang 60) wurden veröffentlicht.

Es kommt zu einer öffentlichen Diskussion zwischen autonomen Kreisen, SB'lern u.a.. Das RAF-Flugblatt und die „Super-Schwein"-Theorie der Autonomen bringen auf der anderen erst recht viel ‚menschliche Sichtweise' zum Tragen, Egon ist zusammengeklappt, Egon und Paula bestreiten ihre aktuelle VS-Tätigkeit. Seither leben die beiden weiter in ihrem Häuschen aber zurückgezogen von politischer Tätigkeit.

Im November 82 werden Egon und Paula noch einmal als Agenten enttarnt: Einmal, kurz vor der Festnahme von Mohnhaupt, Schulz und Klar von der „Bunten Illustrierten" mit „exklusiven" BKA-Informationen, zum anderen, nach der Festnahmen, vom „Spiegel" (22.11.), gespeist mit Hamburger VS-Berichten. Hintergrund der Wiederaufnahme dieser Diskussion um die „Fahndungspanne" ist die Machtübernahme des Innenministeriums durch Zimmermann, der sich auch den Fahndungserfolg zugute schreiben lassen will, während die SPD dabei „versagt" habe.

Die Sache bleibt ungewöhnlich: Entgegen aller Erwartung bleiben Egon und Paula in ihrer Wohnung, Egon liegt eh fix und fertig darnieder, Paula bestreitet nach wie vor ihre Agententätigkeit. Eine öffentliche Erklärung, eine Gegenerklärung für den „Spiegel" und die „Bunte", die daraus logisch erfolgen müßte, lehnen sie aber auch ab. Und immer noch wissen viele ihrer guten alten Bekannten nicht, wie sie die Sache einschätzen sollen.

Das RAF-Flugblatt und die Folgen

1 Jahr lang hatten Paula in der Antiimpi-Frauengruppe und Egon in der Anti-NATO-Gruppe mitgearbeitet, als am 15.9. das RAF-Flugblatt in deren Hände fiel. Die Überprüfung der beiden durch die betreffenden Gruppen brachte dann folgendes Ergebnis: „*Nachdem wir sorgfältig unsere eigenen Erfahrungen mit den beiden, insbesondere mit Paula, zusammengetragen haben, sind wir zu dem gleichen Ergebnis gekommen, wie die RAF*" schreiben die „Frauen gegen den Imperialistischen Krieg" in ihrer Stellungnahme, die in verschiedensten autonomen Blättern veröffentlicht wurde.

Zum großen Teil wird den „*beiden Schweinen*" just das vorgehalten und jetzt als besonders „*kaltes*" Vorgehen angelastet, was sicherlich vor der Enthüllung als eher nützliche und angenehme Eigenschaften der beiden angesehen wurden. So hatten sie überall in Hamburg Verbindungen zu linken Gruppen (wir ersparen uns hier die lange Aufzählung). Anonsten heißt es: „*Im wesentlichen hat sich P. Giordano durch verschiedene technische Möglichkeiten, die sie uns angeboten hat, und unter Ausnutzung unserer Hochachtung vor ihrem Alter und Erfahrung im NS-Faschismus bei uns reingedealt. Dadurch konnte sie ein Jahr lang systematisch all unsere Aktivitäten, Schwierigkeiten und Beziehungen erfassen und auswerten.*

Sie boten uns Möglichkeiten für die Arbeit an, die uns fehlten."

Sie beschafften Pressematerial aus dem Springer-Archiv, in dem Egon arbeitet, Kontakte für Veranstaltungsräume, die SB-Technik und Räume, Aufbewahrungsräume für Transparente und Material, ihr Haus für Termine, ihr Auto etc..

Sie drängte auf ein Wochenende unter dem Motto „wie bin ich rot geworden", um sich genauer kennenzulernen (jetzt wird daraus der Vorwurf, sie hätten dies gemacht, um „Psychogramme" als Teil der „Ursachenforschung des Terrorismus" zu betreiben).

Weiterhin boten sie ihre Wohnung an, um von dort aus die nahe gelegene Führungsakademie der Bundeswehr zu beobachten, wo doch so wichtige Persön- um von dort aus die nahe gelegene Führungsakademie der Bundeswehr zu beobachten, wo doch so wichtige Persön- lichkeiten täglich aus- und eingingen. Jetzt ist dies natürlich ein versuchter provokatorischer Akt. Ihnen fiel auch nachträglich auf, daß sich die SB-Größen offen gegen jede Solidarisierung mit der RAF aussprachen und sich offen in der „Frankfurter Rundschau" zur Verdammung der RAF durch die Linke äußern durften. Dieser Widerspruch sei nie von ihnen thematisiert worden, allerdings ein Widerspruch, der zumindest den Großteil des Hamburger SB treffen würde.

Mit diesem Eifer, aber vor allem mit besonders markanten Worten und Aburteilungen und auch direkten Attacken lösten sie bei anderen eher den Gegeneffekt aus, nämlich weiterhin ihre menschliche Hochachtung vor den politischen Erfahrungen der beiden, wegen des Nazismus herauszustellen bzw. sich an diesen Methoden der „Enttarnung" zu stoßen. Viele mochten unter diesem Gesichtswinkel einfach nicht glauben, daß sie VS-Agenten aufgesessen seien. Zieht man nur die obigen Darlegungen heran, so war das auch kein Wunder; ein Beweis wurde nicht erbracht, im Gegenteil wurde eben die Geschichte jetzt unter der Voraussetzung durchgegangen, daß sie Agenten seien, und siehe da, es kamen ganz besonders gerissene heraus. Zum Schluß ihres Papiers schreiben die Frauen selbst von ihren Schwierigkeiten mit der Identifizierung, und meinen dann, es müßten „*Mittel gegen die Methoden der Erfassung, Kontrolle und die politische und direkte Infiltration*" entwickelt werden. Dies bezieht sich aber nicht auf Egon und Paula - da stand die Sache für sie eindeutig fest.

Allerdings verblieben zwei wesentliche Vorwürfe nach dieser Geschichte :

1.) hatten die autonomen Kreise über persönliche Kontakte zu alten betroffenen KPD-Genossen alte Gerichtsakten zur Verfügung gestellt bekommen, aus denen die alte VS-Tätigkeit von Egon klar belegt wird, die schon im RAF-Flugblatt auftauchte. Egon sollte damals „Kronzeuge" in einem Verfahren gegen Mitglieder der illegalen KPD werden, die illegales Propaganda-Material verbreitet hatten. Da Egon nicht einmal Augenzeuge war, die Betroffenen den Vorgang bestritten, wurden sie freigesprochen. Zu Egon schreibt das Gericht, daß seine Person „*kein ausreichendes Beweismittel*" sei (heute sind Gerichte da nicht so „zimperlich"). Er habe „*für den östlichen und westlichen Nachrichtendienst gegen Entgelt gearbeitet. Er ist deshalb vom Hanseatischen Oberlandesgericht am 31. Oktober 1958 wegen landesverräterischer Beziehungen zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden, die er gegenwärtig verbüßt. Es mag sein, daß diesem Zeugen ernsthaft daran gelegen ist, sich von seiner zwielichtigen politischen Vergangenheit zu lösen*", für eine Verurteilung reiche das aber nicht.

Zudem konnte in der Stellungnahme der Anti-Impi-Frauen ein Brief von Egon dokumentiert werden, in dem er seine illegale KPD-Tätigkeit als „*von Angang an im Auftrag des Landesamtes für Verfassungsschutz*" ausgeübt bezeichnet und darüber einen „*Herrn Lehmann*" alle Informationen zukommen ließ.

Die alten KPD'ler vertraten folgende schlicht plausible Erklärung : Wenn jemand wie Egon so in den VS-Klauen war, ist es kaum möglich, sich daraus zu befreien, entsprechend müsse er behandelt werden. So gab es sogar mehrfach Warnungen aus Kreisen, die von der alten Geschichte wußten, wie inzwischen bekannt ist.

2.) Eine zweite Sache ist ebenfalls für die aktuelle Geschichte bezeichnend: Obwohl in aller Öffentlichkeit die Beschuldigung gegen Egon und Paula als Quartiergeber der RAF gehandelt wurde (und natürlich auch dem BKA und VS bekannt war), passierte von Staatsschutz-Seite aus nichts. Denn hätte die RAF sich geirrt, so hätte sie immerhin einen Quartiergeber enttarnt. Es wäre zu erwarten gewesen, daß sich die politische Polizei darauf gestürzt hätte (wie üblich mit großen Presse-Schlagzeilen), es sei denn, man will konstruieren, ihr sei die laufende Debatte unter den Linken mit all ihrem aufscheuchenden Effekt noch wichtiger gewesen.

2. Akt : Enttarnung durch die Medien

Im November 82, rund um die neue RAF-Fahndung, kommen „Egon" Im November 82, rund um die neue RAF-Fahndung, kommen „Egon" und „Paula" in die „Bunte" und in den „Spiegel". Lt. Spiegel hörte der VS mit Wanzen ein Szene-Café in Hamburg ab und erfuhr dadurch, daß die RAF Hamburger Quartiere suche für ihre „Top-Genossen": „*Der Verfassungsschutz ließ zwei Agenen, ‚Egon' und ‚Paula', ein Ehepaar mit KPD-Vergangenheit, als Quartiergeber an die Szene heranspielen. Und tatsächlich: Christian Klar und Adelheid Schulz suchten bei Lochtes Leuten Unterschlupf und enthüllten ihren Gastgebern dald darauf freimütig ihre Identität.*

Sie erzählen sogar, welches Projekt sie im Auge hatten : Man müsse „die Schaltzentrale ausschalten"."

Bis Frankfurt wurde Klar dann verfolgt und sei dort den VS-Beobachtern durch die Maschen geschlüpft. Dabei muß, glaubt man der „Spiegel"-Version, eine besondere Rolle gespielt haben, daß der Beobachter (im Gegensatz zu den Hamburgern) gar nicht gewußt habe, daß es sich bei seinem Objekt um Klar gehandelt hatte. Zimmermann würde sagen : „mangelnde CSU-Motivation".

Vier Wochen später sei in Hamburg dann auch noch Adelheid Schulz aus einer am Eingang Viedeo-überwachten Wohnung entwischt, am 6.4.80 habe sie sie betreten und am 7. verlassen, die Beobachter müssen gepennt haben. Ob es sich um eine andere, zweite Hamburger Wohnung handelte, bleibt unklar.

Laut „Bunte" führten Egon und Paula „*im feinen Vorort Blankeneses lange Zeit ein angenehmes Doppelleben*" als Agenten. Die „Bunte" behauptet nun, daß der vom VS verursachte Auto-Auftrieb in der engen Einbahnstraße Christian Klar und Adelheid Schulz aufgefallen sei, sie hätten Verdacht gegen Egon und Paula geschöpft und seien unauffällig wieder verschwunden.

Als dann im August 80 Springers-„WELT" den „Fahndungsskandal" enthüllte und über die Hamburger Beobachtung einer „Terroristen"-Wohnung berichtete, wurde die „WELT" von Baum (der damalige Innenminister war im Gegensatz zum BKA auf dem laufenden) gerüffelt, die „WELT"-Veröffentlichung sei eine "*sehr ernste Gefahr*". Baum, der eine Kampagne gegen seine Person witterte, erklärte gegenüber dem Kanzler (Schmidt) und dem Innenausschuß, daß es sich um keine Panne handle: „*Eher beiße ich mir die Zunge ab, ehe ich auch nur die Ansätze des wahren Sachverhalts bekanntgebe. Ich gefährde kein Menschenleben*" (zitiert nach einer damaligen „Spiegel"-Ausgabe).

Die „Bunte" druckt neben diesem Bericht „exklusiv" das vom BKA zugespielte RAF-Flugblatt und schließt daraus messerscharf : „*Tatsache ist: Klar und Schulz hätten Egon und Paula G. jederzeit, wie man in Terroristenkreisen sagt, ‚über den Jordan gehen' - sprich umbringen - lassen können*". An dieser Stelle pfuscht der „Bunte"-Bericht ganz bewußt (gezeichnet von Hellmuth Rieber und Clemens Palmstroem - Nomen est omen). Denn ihre Behauptung, daß Klar und Schulz schon in Blankenese ihre VS-Beobachtung bemerkt hätten, widerspricht den RAF-Flugblatt-Aussagen (und auch denen des „Spiegel"). Aus dem RAF-Flugblatt geht hervor, daß sie durch nachträgliche Rekonstruktion - möglicherweise erst nach der Enthüllung der „Fahndungspanne" durch die rechten Medien - darauf gekommen seien. Auch das angegebene Datum (ein Jahr später) ist in der „Bunten" wegretuschiert. Aus dem Text ist aber erkennbar, daß die Schreiber wissen, daß dies Flugblatt erst ein Jahr nach der Fahndungspanne erschien.

Richtig bleibt trotzdem: Die betroffenen „Top-Agenten" bleiben ungeschützt in der Szene, obwohl sich Baum angeblich fast in Fürsorge die Zunge abgebissen hätte. Sie bestreiten ihre VS-Tätigkeit und auch, Quartiergeber gewesen zu sein. Auch nach den Veröffentlichungen bleiben sie weiter bei ihrer Version und auch in Blankenese wohnen.

Dazu muß man einiges zur Veröffentlichungspraxis in den Medien sagen. Einmal ist es offensichtlich, daß Baum seine „Fürsorge" für Menschenleben ja offensichtlich dazu ins Spiel gebracht hatte, um weiter schweigen, bzw. die Springer-Meldung gegen ihn angreifen zu können. Baum war ja im Gegensatz zum BKA eingeweiht in die Aktion, in dessen Rahmen es zur „Fahndungspanne" kam. Neben persönlichen Abrechnungen, die über solche Hintergrundsinformationen in der Presse betrieben werden, ging es bei der Sache um einen Streit ums Konzept. Die Hamburger VS'ler wollten eine „beobachtende Fahndung", das BKA wurde nicht eingeweiht, um einen „vorzeitigen" Zugriff zu verhinden. So sei auch (so der „Spiegel" am 22.11.82) die von Herold angefangene Computerfahndung in Hamburg mit der Begründung Datenschutz gestoppt worden. Man wollte die HEW-Barzahler mit BAFÖG-Listen u.ä. vergleichen, nach der Methode habe das BKA in Frankfurt die Heissler-Wohnung herausgefiltert und ihn zur Strecke gebracht. Nach der Fahndungspanne folgte dann der Konter. BKA-Chef Herold empfahl Baum, eine Kerze zu stiften, weil trotz der „Fahndungspanne" niemand von der RAF umgebracht worden sei. Bei diesen Auseinandersetzungen (über die Medien), so läßt der „Spiegel" (am 22.11.) einen BKA-Ermittler erklären, sei „*gelogen worden, daß sich die Balken bogen*". Das kann man dann auch getrost für die „Spiegel"-Berichterstattung annehmen. In einigen Bekannten-Kreisen von Paula und Egon nährte dies auch immer noch die Spekulation, daß diese Stories auch teilweise zur gezielten Desinformation der Linken erfunden und ausgestreut werden. Mehr als eine kühne Spekulation dieser Leute ist das nicht. Mehr Licht ins Detail könnte lediglich von den drei beteiligten Parteien gebracht werden, z.B. bei dem anstehenden Gerichtsverfahren, auch von der RAF, wenn sie das will, allerdings hauptsächlich von Egon,Paula oder VS- und BKA-Kreisen. Die beiden haben ihr Desinteresse bekundet. Sie haben es offenbar aufgegeben, daß ihrer Version noch jemand Glauben schenken könnte. Die Staatschutz-Kreise werden ihre „Informationen" offensichtlich je nach Interessenlage zum besten geben. Ihr Verhalten spricht eher dafür, daß ihnen die Fürsorge ihrer öffentlich angepriesenen Agenten eher einen Pfifferling als eine Zunge wert sind.



Kai-Uwe Cramm rechts auf dem Traktor

MEK-Spitzel im Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie aufgeflogen

Vom 29.9. an bespitzelte Kay Uwe Cramm für das Landeskriminalamt Hannover die Vorbereitung der Schacht-Konrad-Demonstration. Wie inzwischen bekannt wurde, wohnt er in Hannover (in der Ifflandstr. 37) und erhielt eine Ausbildung beim MEK.

Einen Monat lang hatte er unter dem Decknahmen Thomas Kalkhoff bei der Vorbereitung der Demo aktiv mitgemacht. Als „Kurzarbeiter bei VW" in Wolfsburg bot er seine helfende Hand an, die gern gesehen war. Sein Interesse galt der Vorbereitung der Demonstration und den aktiv beteiligten Personen, zudem interessierte er sich für Zusammenhänge über den am 13.9. in Braunschweig erfolgten Anschlag auf die GSF, sowie den „Lauschangriff" von BI-Freunden über die Lauschaktion der Bullen anläßlich einer Podiumsdiskussion am 23.9.: trotz anderslautender Zusagen hatten die Bullen die Veranstaltung auf Band mitgeschnitten und wurden dabei enttarnt (s. AK 226, S.14).

Am 30.10. - während der Demonstration am Schachtgelände - erhielt die BI Hinweise über die tatsächliche Identität von Cramm. Vor dem Plenum des Arbeitskreises am 4.11. wird Cramm schon angequatscht, er geht „nur schnell ein Bier holen" und verschwindet.

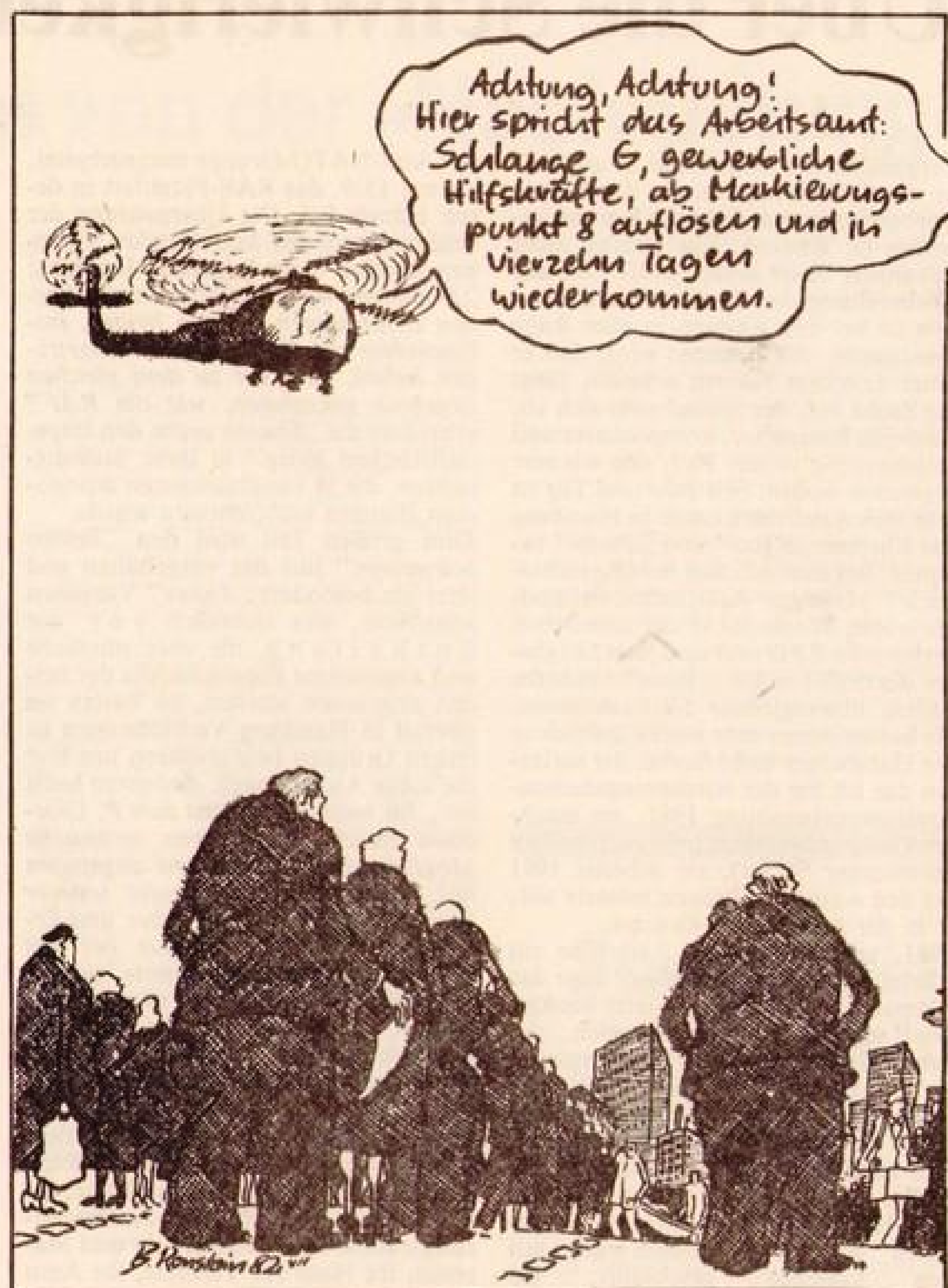
Am 20.11. versuchen Kernkraftgegner zum 2. Male Cramm zuhause aufzusuchen. Cramm und drei weitere Beamte drehen den Spieß um, ein Streifenwagen kontrolliert die Personalien der AKW-Gegner.

Am 24.11. gibt Waldemar Burghard, Chef des LKA Hannover öffentlich den Spitzeleinsatz gegen den Braunschweiger Arbeitskreis zu.

(Aus Pressematerialien des Braunschweiger AK gegen Atomenergie).

Arbed-Saarstahl

Arbeiter geben Kapitalisten Kredit



Kein Industriezweig ist heute krisengeschüttelter als die Stahlindustrie, kein Bundesland auf Gedeih und Verderb mit ihr verbunden wie das Saarland, keine private Konzernexistenz hängt heute so sehr an staatlichen Krediten und Bürgschaften wie Arbed-Stahl. Geht Arbed kaputt, verlieren hier 20.000 und in den Zulieferbetrieben noch einmal 10.000 ihre Arbeit, womit die Rate im Saarland auf 30 Prozent steigen würde.

Diese Notsituation einer ganzen Region ist der ideale Ausgangspunkt der neuen Rechtskoalition, das zynische Geschäft mit der Angst zu betreiben, um das für ihre Pläne geeignete Klima zu schaffen. Ende November forderte Lambsdorf ultimativ dazu auf, daß die 20.000 Stahlarbeiter bei Arbed entweder auf einen Teil ihres Weihnachtsgeldes verzichten sollten, oder aber die Bundesregierung werde keinen Pfennig mehr in die Stahlhütte stecken. Da Arbed zu diesem Zeitpunkt nach eigenen Angaben über flüssige Kapitalreserven verfügte, die nur noch für eine Woche reichten, war dies eine offene Konkursdrohung.

In diesem Fall ging es Lambsdorf weniger um ein erneutes materielles

weniger um ein erneutes materielles
Opfer der Betroffenen, von denen sowieso nicht mehr allzu viel zu holen sein dürfte (nach Streichungen von übertariflichen Zulagen und sämtlichen Sozialleistungen folgte jetzt die Streichung der Härteausgleichszahlung für Kurzarbeit, was zu Lohneinbußen von ca. 10 Prozent führt und dem Konzern allein 150 Millionen Mark jährlich bringt!), sondern in erster Linie um eine politische Machtdemonstration gegenüber den Gewerkschaften, um hier bundesweit ein Signal zu setzen. Schließlich ist das Weihnachtsgeld Bestandteil fester tarifvertraglicher Vereinbahrungen, d.h. jeder Verzicht darauf setzt entweder seine vorzeitige Kündigung und anschließende Verschlechterung oder einen einzelbetrieblichen Bruch dieser Vereinbarungen voraus. In enger Anlehnung an jüngste Vorgänge in Großbritannien und v.a. den USA soll die Arbed-Erpressung Ausgangspunkt einer Politik sein, nach der die Gewerkschaften zukünftig gezwungen werden sollen, tariflich einheitlich festgeschriebene Verträge aufzugeben oder zu lockern, um auf diesem Wege Sonderabmachungen einzelner Betriebe die Bresche zu öffnen.

Vergleichbares konnten die Gewerkschaften bislang verhindern und auch bei Arbed sah es zunächst so aus, als sei dies kein Thema für die IGM. In einer ersten Stellungnahme für die Bundestagssitzung am 1.12. teilten Loderer und Judith klipp und klar mit, daß sie „Eingriffe in bestehende Tarifverträge" nicht hinnehmen und ebenso „aus prinzipiellen Gründen" ablehnen, bestehende Tarifverträge „in kommenden Verhandlungen verschlechtern zu lassen". Es ist ziemlich offensichtlich, daß die IGM-Führung zu diesem Zeitpunkt noch die Bereitschaft Lambsdorfs unterschätzt hat, seinen makabren Poker auf die Spitze zu treiben. Dieses änderte sich schnell, nachdem Lambsdorf mit dem Abbruch der Gespräche drohte, falls die IGM ihre Position nicht ändere, und sich gleichzeitig die Gerüchte über die Einleitung eines ordentlichen Konkursverfahrens vermehrten. Gleichzeitig erhöhte sich der Druck seitens der Belegschaften auf die IGM; zu hören war ebenfalls, daß der Betriebsrat, im Falle der Verweigerung der IGM, mit der Geschäftsleitung zu einer betriebnsinternen Regeluing in Sachen Weihnachtsgeld bereit wäre. Die IGM war somit vollständig in die Enge getrieben und — wie auch immer ihre Entscheidung ausfallen sollte — der „schwarze Peter" lag in jedem Fall bei ihr. Heute würde sie für die Schließung eines ganzen Werkes verantwortlich gemacht, morgen für den Lohnraub, wenn dieser nicht, wie versprochen, die Arbeitsplätze sichert. Wenige Stunden vor der entscheidenden Sitzung des Bundestages am 8.12. entschloß sich die IGM, an den Arbeitgeberverband der Saarhütten heranzutreten mit der Aufforderung, daß diese doch ihrerseits den Tarifvertrag aufkündigen sollten (von einer sonst so streng gehandhabten Einhaltung der Kündigungsfristen war keine Rede mehr), um damit den Weg für Neuverhandlungen freizumachen. Die jetzige Regelung sieht vor, daß für die Jahre 83 und 84, also überhaupt erst ab nächstem Jahr, jeweils die Hälfte der Weihnachtsgelder später ausgezahlt und dem Betrieb jeweils für ein Jahr als zinsloses Darlehen gewährt werden. Hierbei handelt es sich um einen Betrag von 30 Millionen Mark, der aber kaum eine Relevanz für den Erhalt von Arbeitsplätzen bei Arbed haben kann, ob diese Regelung zur Anwendung kommt, d.h. Arbed in der Form überhaupt nächstes Jahr noch existiert (die neugewährten Staatsgelder sollen zur Umstrukturierung eingesetzt werden; ob dies erst einmal „nur" ein weiterer massiver Arbeitsplatzabbau bedeutet, oder schon demnächst mit Konkurs bzw. Fusion zu rechnen ist, vermag derzeit wohl noch keiner genau zu sagen).

Das jetzige Geschrei vom „ganz massiven Eingriff in die Tarifautonomie" und „unverholenen Versuch der Erpressung" ist zwar verständlich, ändert aber nichts daran, daß die IGM in vergleichbaren Fällen der Zukunft ähnlich hilflos dastehen wird. Der „Fall Arbed" ist somit ein Lehrbeispiel für die Politik der Rechtskoalition: Unter brutaler Ausnutzung der durch die Krise hervorgerufenen Angst um die Arbeitsplätze geht sie zu einem massiven Angriff auf die in Jahrzehnten erkämpften Rechte der Arbeiterbewegung über. Diese ist dafür nur schlecht gerüstet. Ihre Gewerkschaft predigt seit 30 Jahren die Sozialpartnerschaft und hat den Begriff Klassenkampf schon längst gestrichen. Woher sollte jetzt plötzlich das Vertrauen der Arbeiter kommen, daß diese Gewerkschaft sich anders verhält als in all den Jahren vorher?

Der „Fall Arbed" hat somit aber auch gezeigt, daß die Angriffe der Kapitalisten auf die materielle Existenz nicht unmittelbar zur Radikalisierung führt. Die Arbeiter bezahlen wieder einmal die Krise des Kapitalismus, nicht aufgrund eines verlorenen Kampfes, nicht aufgrund des Verrates ihrer Gewerkschaftsführung, sondern aufgrund ‚freiwilliger' Entscheidung, deren Freiwilligkeit durch die Angst um die materielle Existenz erzwungen wird.

Jetzt wird abgesahnt — Wende in der Wohnungspolitik

Schon lange vor der offiziellen Machtübernahme durch Kohl und Co. hatte sich im Bonner Wohnungsministerium die konservativ-liberale, schwarz-gelbe Koalition eingenistet. Und kaum hatte Minister Haack seinen Schreibtisch geräumt, lag auch schon ein neues, fix und fertig ausgearbeitetes Konzept zur künftigen Wohnungspolitik vor, das zu den Antrittsgeschenken mit Sofortwirkung gehört, mit denen Kanzler Kohl das Kapital für die verkorksten letzten 13 Jahre versöhnen möchte.

Nach dem Prinzip „Wer hat, dem wird gegeben" enthält dieses Konzept derart gigantische Steuervergünstigungen für Eigenheimbauaspiranten, daß im Endeffekt die Mittel zur Förderung von Wohnungseigentum das dreifache von dem betragen, was zum Bau von Sozialmietwohnungen zur Verfügung steht. Gleichzeitig wird der Wohngeldetat um 100 Millionen DM gekürzt. Am meisten aber freuen sich Wohnungseigentümerverbände über die geplanten Maßnahmen zur Abschaffung des Mieterschutzes und zu unbegrenzten Mieterhöhungen.

Geordnete, d.h. marktwirtschaftliche Verhältnisse erobern die Wohnungswirtschaft zurück. Schluß ist mit dem Zustand, daß *„abgesehen vom ebenfalls nicht funktionierenden Agrarsektor heute kaum ein Wirtschaftszweig in der Bundesrepublik eine solche Fülle von staatlichen Maßnahmen und Eingriffen aufweist wie die Wohnungswirtschaft"* (Wirtschaftsberichte, Dresdner Bank, Nr 2, Juni 1982).

Entsprechend optimistisch und ausgelassen war dann auch die Stimmung auf einer Versammlung Ende September, zu der alles, was Rang und Namen hat in der Bauwirtschaft, anreiste, um sich von Oskar Schneider (CSU), dem neuen Bauminister, die Zukunftsperspektiven des Wohnungsbaus erläutern zu lassen: *„Die nämlich sehen nach dem Koalitionspapier für die Baubranche weit rosiger aus als noch vor wenigen Monaten"*. (Wirtschaftswoche Nr. 41)

Oskar Schneider, dem verehrten Publikum als „maßvoller und kenntnisreicher Wohnungsbauexperte" vorgestellt, der sich das Vertrauen der Wohnungswirtschaft durch seine Funktion als langjähriger Leiter des Bauausschusses im Bundestag bereits erworben hat, konnte „Anstoßeffekte zur Wiederbelebung der Bauwirtschaft" versprechen, forderte zu etwas mehr „Optimismusmentalität" auf, und flippte vor lauter Freude dann ganz aus: *„Ich kann allen nur raten:"*, meinte er, *„Bauen, bauen, bauen!"* (FR, 7.10.82

Ein heißer Tip, den sich die 40 Millionen Mieter und die Hunderttausende Wohnungssuchenden in der BRD ganz langsam auf der Zunge zergehen lassen sollten.

Für zwischenzeitliche Unruhe und Verwirrung sorgte eine höchst kuriose Randerscheinung in Schneiders Patentrezept: die angeblich geplante Ankurbelung des sozialen Wohnungsbaus, die paradoxerweise mit der (rückzahlbaren) Zwangsanleihe für Besserverdienende, auch ‚Investitionshilfe' genannt, geschehen sollte. Abgesehen davon, daß da wohl sowieso nur ein paar Märker zusammenkommen, ist völlig offen, was hinterher tatsächlich damit passiert. Denn, so Schneider, *„ein Vollzugsdiktat wird es nicht geben"* (Wirtschaftswoche Nr. 41).

Maßnahmen zur Mieterhöhung und ihre Folgen

Gerade die vereinbarten Mietrechtsänderungen werden zu nicht unerheblichen Mieterhöhungen nicht nur bei den neuen, sondern auch bei alten Wohnungen führen. Davon versprechen sich die neuen Koalitionspartner eine Ankurbelung des frei finanzierten Mietwohnungsbaus.

Aber real wird genau das Gegenteil eintreten. Hohe Gestehungskosten und Renditeerwartungen würden bei einem Neubau nämlich qm-Mieten verlangen, die trotz „Liberalisierung" nicht zu realisieren sind. Das Mietrechtsänderungsgesetz wird aber dazu führen, daß Kaußen und andere Vermiethaie ihr Monopoly verstärkt fortsetzen werden.

Bei der Staffelmiete z.B., die künftig auch für vor dem 1. Januar 1981 erstellte Wohnungen gilt, wird der Mieter eine Verschlechterung seines materiellen Lebensstandards eingehen müssen, weil er seine Reallohnentwicklung überhaupt nicht kalkulieren kann. Ganz unverhohlen wird die Umverteilung eines ständig wachsenden Anteils des Einkommens zugunsten der Profite des Haus- und Grundkapitals sowie der Banken und Versicherungen gesetzlich sanktioniert. Über die Staffelmiete wird der Zeitpunkt, ab dem die Investition in die Profitzone kommt, fixierbar. Die Staffelmiete stimuliert die Investition in Wohnungs- und Abschreibungsobjekte. Der Staat nimmt jetzt, entgegen ursprünglich postulierten Zielen (die Wohnungsversorgung „breiter Bevölkerungsschichten" zu sichern) eine garantierte Profitsicherung für das investierende private Kapital vor.

Die bisher erarbeitete Vergleichsmiete beinhaltet das Entgelt, das für eine Wohnung tatsächlich gezahlt wird. Die SPD/FDP-Regierung wollte, daß die Daten für die Vergleichsmiete sich auf die letzten fünf Jahre beziehen. Die neue Rechtsregierung sieht nun eine Reduzierung auf drei Jahre vor. Als zusätzlich preistreibende Maßnahme kommt hinzu, daß Vermieter nun auch eigene Wohnungen im Vergleichsverfahren zur Begründung einer Mieterhöhung heranziehen können.Gerade die Haus- und Grundeigentümer sowie die Banken sind an einer Beseitigung jeglicher mietpreisdämpfender Einflüsse aus dem Bestand interessiert. Die Banken können durch steigende Erträge ihre Hypothekenleistungen ausdehnen und die Haus- und Grundeigentümer können gestiegene Renten abschöpfen. Durch die neue Regelung werden die mietpreisdämpfenden Einflüsse aus älteren Mietverhältnissen abgekappt, und dadurch den Interessen dieser Kapitalgruppen weiter entsprochen. Jede Mietsteigerung sit ein Extraprofit auf das ursprünglich investierte Kapital.

Fallen die mietpreisdämpfenden Einflüsse weg, wird die ortsübliche Vergleichsmiete in den nächsten drei Jahren um 30 % und mehr ansteigen. Damit wird die Verringerung relativ preiswerter Bestände forciert, und die Wohnungsversorgung verschärft. Auch werden die Belastungen nicht durch Wohngeld aufgefangen, da sich das Vergleichsmietniveau weit über die Miethöchstgrenzen für Wohngeld hinausbewegen.

Auch durch das neue Zeitmietvertragsrecht wird die Spekulation mit Wohnraum gesetzlich abgesegnet. Leerstandsbedingte Mietausfälle werden umgangen, was ein versteckter Aufruf zur Spekulation mit Wohnraum ist. In der Phase, in der Zeitmietverträge bestehen, werden die Vermieter keinen Pfennig in die Wohnungen investieren, und somit die in der Miete enthaltene Instandhaltungspauschale als Extraprofit abkassieren. Eventuell vorgenommene Eigenleistungen des Mieters werden anschließend kapitalisiert. Schon jetzt steht fest, daß die Wohnungen mit Zeitmietverträgen in Bezug auf die Mietpreis/Standardrelation die teuersten auf dem Wohnungsmarkt werden.

Langfristig wird das Mietrechtsänderungsgesetz (MietRÄndG) zu einer Gefährdung von Arbeitsplätzen statt zu deren Neuschaffung führen, da die Mieter bei einem höheren Mietanteil am Einkommen naturgemäß auf andere Konsumwünsche verzichten müssen — auf die zu teure Wohnung verzichten können die Mieter allerdings nicht.

Insgesamt wird deshalb das MietRÄndG eher zu einer Verschärfung als zu einer Beseitigung der Wohnungsnot führen.

Wohnungskommission

Vor den Gerichten Kriminalisierung der Startbahngegner mit allen Mitteln

Belastungszeugen: Absprachen und Grotesken

Mit einem „rechtlichen Hinweis" aus „Fürsorgegründen" hat der Vorsitzende des Staatsschutzsenates am OLG-Frankfurt, Schäfer, zu erkennen gegeben, daß eine Verurteilung Alexander Schubart wegen Verstoßes gegen § 105 StGB (Nötigung von Verfassungsorganen) bevorsteht. Das Gericht möchte jetzt die Beweisaufnahme in dem Verfahren möglichst schnell beenden und strebt eine baldige Verurteilung an.

In den vergangenen Wochen gab das Gericht einer Reihe von Polizeizeugen ausführlich Gelegenheit, von der Demonstration am 15.11.81 am Frankfurter Flughafen das Bild eines Infernos zu zeichnen. Polizeiführer, BGS-Hubschrauberpiloten und ein SEK-Einsatzleiter schilderten dem Gericht, wie friedliebende Polizeibeamte von Demonstanten übel malträtiert wurden, und wie insbesondere die harmlosen Jungs vom hessischen SEK derart mit Steinwürfen, Schlägen etc. eingedeckt wurden, daß ihnen nur der Rückzug, teilweise die offene Flucht geblieben sei. Schußwaffengebrauch wäre gerechtfertig gewesen, führte SEK-Chef P o k o j e w s k i aus. Einzelne Beamte hätten während der Flucht ihre Waffe ziehen müssen. Dann wurde es erstmalig zugegeben: In ihrer Not hätten die SEK-ler sog. „Blendschockwurfkörper", „eine Art Kanonenschlag, wie man ihn Silvester verwendet" (Pokojewski), eingesetzt. Daß diese seit Mogadischu bekannten Blend-Granaten nicht unter den erlaubten Waffen des hessischen „Unmittelbaren-Zwang-Gesetzes" verzeichnet sind, hinderte die SEK-ler nicht, die gefährliche Waffe bei derartigen Einsätzen mitzuführen und — auch an der Startbahnmauer — gegen Menschenmengen einzusetzen. Fast wären auch die Puma-Hubschrauber, die die SEK-ler in vollkommen friedlicher Absicht auf der Autobahn absetzten, zum Absturz gebracht oder zumindest beschädigt worden, sekundierten dem SEK-Chef die BGS-Hubschrauberpiloten. Nun belegen allerdings Fotos und Filme der Szene, daß das SEK auf der Autobahn professionell niederkam und dann einen gekonnt brutalen Prügeleinsatz gegen die auf die Autobahn getriebenen Startbahngegner vollzog. Die Verteidigung hat diesbezüglich Beweisanträge gestellt, die ausnahmweise sogar angenommen wurden. Für den Zeitplan des Verfahrens bedeutet das, daß ein Urteilspruch noch vor Weihnachten ziemlich unwahrscheinlich geworden ist. Eine Verurteilung von Aschu wegen schweren Landfriedensbruches wurde in der Verhandlung immer unhaltbarer, und so will man sich auf die ausschließliche Prüfung einer Strafbarkeit wegen Nötigung von Verfassungsorganen (§ 105 StGB) konzentrieren, wobei es im wesentlichen auf eine Würdigung von Aschu's Rede in Wiesbaden am 14.11. ankommen wird.

Allerdings muß die Frage aufgewor-

Aschu's Rede in Wiesbaden am 14.11. ankommen wird.

Allerdings muß die Frage aufgeworfen werden, warum das Gericht nicht von vornherein auf die Erörterung des Geschehens am Flughafen verzichtet hat, so wie es die Verteidigung von Anfang an forderte. Offensichtlich sollte hier erst einmal ein möglichst schlimmes Bild über das ganze Geschehen in Szene gesetzt werden.

Damit die diesbezüglichen belastenden Zeugenaussagen harmonieren, hat jedenfalls bereits am 21.12.81 im Frankfurter Polizeipräsidium ein erstes Treffen hoher Polizeioffiziere stattgefunden, an dem auch, wie er im Zeugenstand eingestehen mußte, der Vertreter der Bundesanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Lampe, teilgenommen hat. Zeugenbeeinflussung durch die Staatsanwaltschaft? I bewahre! Da sei Adalbert Schäfer vor ...

Eine Verurteilung von Aschu würde einen wichtigen Schritt zur Kriminalisierung der über 2000 Startbahngegner(innen) bedeuten, die von Ermittlungsverfahren betroffen sind.

Darüber hinaus würde nach einer Verurteilung wegen Verstoßes gegen den § 105 jede Protestbewegung zusätzlich bedroht sein: Würden Proteste und Aktionen gegen die Mittelstreckenraketenstationierung, gegen Sozialkürzungen, „Lohnpause", Entlassungen etc. nicht ebenfalls beliebig als „Nötigung von Verfassungsorganen" auslegbar? Es besteht die Gefahr, daß über das Aschu-Gerichtsurteil jeder massenhafte aktive Protest gegen Regierungspolitik kriminalisiert werden kann

Ein „Militanter" und ein Pastor vor Gericht

In Frankfurt steht nach einer geplatzten ersten Verhandlungsrunde zum zweiten Mal Horst S. vor Gericht, dem vorgeworfen wird, am 15.11.81 mit Steinen auf Polizisten an der Startbahnmauer geworfen zu haben. Hauptbelastungsmaterial sind die Video-Aufnahmen eines Kripo-Dokumentationstrupps, auf denen nach Polizeiangaben Horst S. werfend zu sehen sein soll.

Horst selber gibt an, in ohnmächtiger Wut Stöckchen und Erdklumpen auf einen CN-Gas verspritzenden Wasserwerfer geworfen zu haben.

Die Verhandlungsführung des vorsitzenden Richters machte deutlich, daß er an der Aufnahme und Berücksichtigung widersprüchlicher Aussagen der Polizisten keinerlei Interesse hat. An frühere anderslautende Aussagen der Polizisten in der ersten Verhandlungsrunde erinnerte er sich nicht; so mußten erst die Verteidiger als Zeugen auftreten, um frühere Aussagen der Polizisten im neuen Verfahren fürs Protokoll zu sicher. Dienstliche Erklärungen der Polizisten wurden möglichst unpräzise abgefaßt, „damit sie hinterher nicht zerpflückt werden" (O-Ton eines Hauptbelastungszeugen der Polizei). Hier geht es um den Beginn der exemplarischen Abstrafung von „Militanten", von denen in den nächsten Monaten noch Hunderte vor Gericht stehen dürften, falls die Aschu-Verurteilung gelingt. Horst wurde zu einer Geldstrafe von 3000 DM verurteilt.

Mit einem Freispruch endete dagegen der Prozeß gegen den Umweltbeauftragten der evangelischen Kirche in Deutschland, Pastor Kurt Oeser.

Oeser war der versuchten Gefangenenbefreiung und des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte angeklagt. Am Tag nach der versuchten Bauplatzbesetzung vom 30. Januar 81 hatten mehrere Polizei-Hundertschaften aus Frankfurt zwecks Einschüchterung der Einwohner eine „Ehrenrunde" durch Walldorf gedreht — ein Vorgang, der sofort zu einem Menschenauflauf auf dem örtlichen Kerbeplatz führte. Bis dahin war die Stadt Walldorf noch nie das Ziel geschlossener Polizeieinsätze gewesen, sondern nur von intensiver Aufklärungstätigkeit durch die allgemein verhaßten „Zivis". In den folgenden Prügelszenen, bei denen u.a. ein elfjähriges Mädchen schwer verletzt wurde, intervenierte Oeser, als er um Hilfe gerufen wurde — „Da wird jemand totgeschlagen" — und versuchte, einem am Boden liegenden Prügelopfer zu helfen. Daraus wurde dann laut Polizeiversion ein schon fast komischer Vorfall: Oeser solle einen Polizisten von hinten angesprungen haben, um den Gefangenen zu befreien.

Nun ist Oeser ein reputierter Startbahngegner, gleichzeitig aber auch ein Mann der Kirche und — immer noch — SPD-Stadtverordneter. Nichts liegt ausgerechnet Oeser ferner, als Polizisten anzuspringen. Vielmehr bemühte

— SPD-Stadtverordneter. Nichts liegt ausgerechnet Oeser ferner, als Polizisten anzuspringen. Vielmehr bemühte

Oeser sich verschiedentlich, durchaus militant, militante Startbahngegner zu zügeln.

Der Vorfall sorgte für einiges Aufsehen und sollte deshalb möglichst schnell — unter Wahrung der Interessen der Polizei — glattgebügelt werden. Die Staatsanwaltschaft bot schon im Vorfeld eine Einstellung des Verfahrens gegen Bußgeld an. Oeser lehnte ab.

In der Hauptverhandlung vorm Amtsgericht Groß Gerau machte der Richter zweimal dasselbe Angebot — diesmal ohne Bußgeld. Oeser lehnte ab. Er wollte einen Freispruch erster Güte.

Die Hauptverhandlung hatte allerdings mittlerweile auch höhere politische Dimensionen gewonnen. Die SPD sah die Möglichkeit einer „Aussöhnung" mit einem Teil der Startbahngegner und schickte in der Anwaltsrobe ihren SPD-Landesgeschäftsführer, Börner-Berater und Startbahn-Strategen Leo Giani ins Rennen.

Diesem deutlichen Hinweis konnte sich der Amtsrichter nicht verschließen und sprach Oeser frei. Die Polizei, die an einer Oeser-Verurteilung bis zuletzt wegen Selbst-Rechtfertigung starkes Interesse zeigte, zog den Kürzeren.

Amoklauf gegen eine Karikatur Hessen lacht, aber ist das nur zum Lachen?

Dieser satirische Aufkleber mit dem verbullhornten hessischen Staatswappen veranlaßt seit dem Sommer die hessische Polizei und Justiz zu einem Amoklauf, der schon an Übersatire grenzt.

Der hessische Justiz- und Innenminister Günther hat messerscharf erkannt, daß der knüppelnde Löwe in Zusammenhang mit den Polizeieinsätzen an der Startbahn-West steht.

Und da Hessen weder ein Polizeistaat ist noch Knüppelterror kennt, handelt es sich bei der Karikatur um „Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole" (§ 90 a StGB) — meint die Landesregierung. Bisher wurden 39 Ermittlungsverfahren eingeleitet und 10 Anklagen erhoben — doch täglich kommen neue Fälle hinzu; z.B. im Verlauf einer einzigen Woche:

— Am 27.11. stellt die Polizei in der Frankfurter Innenstadt einen großen „Hessenlöwen" am Stand der BUNTEN HILFE sicher und beschlagnahmt stapelweise Flugblätter mit dem inkriminierten Symbol. Der Stand-Anmelder wird angezeigt (siehe nebenstehenden Artikel).

—Am 28.11. werden beim wöchentlichen BI-„Sonntagsspaziergang" zur Startbahnbaustelle 47 Menschen festgenommen, die den „Hessenlöwen" als Button tragen.

—Am 1.12. nehmen Kriminalpolizisten von der Tribüne des hessischen Landtags zwei GRÜNE (Jochen Vielhauer, Nachrücker der Landtagsfraktion und Milan Horacek) mit, die den „Hessenlöwen" trugen.

Das ganze Vorgehen erinnert fatal an eine Welle von Beschlagnahmungen, Strafanzeigen etc. gegen ein Berufsverboteplakat des KB von 1976. Bekanntlich gibt es ja in der BRD keine Berufsverbote — und auch keine knüppelnden Löwen.

KB/Gruppe Frankfurt



Weekend

Bunte Hilfe abgeräumt — Nazis stehengelassen

Es geschehen noch Zeichen und Wunder, so mochten dahinschlendernde Linke am Samstagnachmittag, 27.11., auf Frankfurts ödester Einkaufsstraße, der Zeil, hoffen: nicht nur die mittlerweile fast üblichen zwei rechtsradikalen Flugblattverteiler brachten dort nämlich ihre Hetzpamphlete gegen die „Holocaust"-Sendung unters konsumierende Volk, es standen auch etliche Freunde und Helfer bereit, um den Inhalt der Flugblätter auf „strafrechtliche Rlevanz" hin zu überprüfen. Sie fanden aber nix und gaben das Papier an seine Verteiler zurück. Deren gab es mittlerweile knapp zwanzig, einige darunter in voller HSV-Fan-Montur. Anlaß genug für den polizeilichen Einsatzleiter, den Neonazi-Wortführer, der auch Fernsehen (WDR) und Presse eingeladen hatte, zu ermahnen: *„Wenn's Auflauf gibt, räum ich euch ab". „Machen wir nicht"*, antwortete der Junggermane, und so war's gebongt. Doch nichts los mit dem Rechtsstaat, konnte sich der dahinschlendernde Linke bestätigt fühlen, wenn da nicht plötzlich zwei Wannen und ein Wasserwerfer aufgefahren wären. Vielleicht meinte es der Einsatzleiter doch ernst mit dem Abräumen? Auflauf gab's ja genug. Soviel Hoffnungen wollten die streitbaren Verteidiger der Demokratie denn doch nicht keimen lassen: blitzschnell und entschlossen griffen sie ihr wirkliches Ziel an: den Stand der Bunten Hilfe, der mit einem Transparent des berühmt-berüchtigten Hessenlöwen - verziert mit blutigem Schlagstock und weißem

mit einem Transparent des berühmt-berüchtigten Hessenlöwen - verziert mit blutigem Schlagstock und weißem

Helm - geschmückt war. Im Gegensatz zu den strafrechtlich „nicht relevanten" Hetzblättern der Neonazis hatte der Polizeichef hier die Rechtsgrundlage schnell bei der Hand: § 90a, Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole (Knast bis zu drei Jahren).

Dieser Zugriff hat Geschichte. Anfang des Jahres wurde der von Startbahngegnern satirisch aufgerüstete Hessenlöwe das erste Mal in Frankfurt beschlagnahmt, und von der Staatsanwaltschaft als - zwar überzogene, aber immerhin - Meinungsäußerung durchgelassen. In Langen mußte wenige Wochen darauf ein Student 150 DM wegen Tragens des garstigen Tierchens zahlen: hier war es keine Meinungsäußerung, sondern Verunglimpfung. Weitere Schritte gegen den vorweigend als Aufkleber verteilten Löwen folgten: In Wiesbaden wurden 200 Stück beschlagnahmt und mehrere Exemplare von Autos heruntergekratzt; Strafverfahren laufen hier vor dem Schöffengericht (Betonstrebenknacken an der Baustelle führt nur vor den Einzelrichter, in der Hierarchie eins drunter). In Offenbach gab die Staatsanwaltschaft dem Casus eine besonders pikante Note, als ein Journalist der „Offenbach Post" unter Anklage gestellt wurde, weil er den Löwen zur Illustration eines Artikels über Verfahren gegen diesen Löwen benutzt hatte: „Zum besseren Verständnis", meinte er - „nicht nötig", behauptet die Staatsanwaltschaft. In Frankfurt war das Tragen des Aufklebers immer noch erlaubt. Dann unternahm, nach Auskunft ge-

schaft. In Frankfurt war das Tragen des Aufklebers immer noch erlaubt.

Dann unternahm, nach Auskunft gewöhnlich gut unterrichteter Kreise, das Justizministerium selbst einen Vorstoß, um hessenweit die Rechtsgleichheit wiederherzustellen: Anweisung an die Staatsanwaltschaft Frankfurt, auch hier den Löwen nicht mehr als zulässige Meinungsäußerung, sondern als Verunglimpfung zu betrachten. So geschah's, und seitdem beschlagnahmen nicht nur ordentliche Polizeibeamte, wo sie können, sondern auch Politessen, die nur Strafmandate an Falschparker verteilen, kratzen auf den Autos rum, was der Klebstoff hält, und notieren sich die Nummern. Allerdings will die Staatsanwaltschaft Frankfurt niedriger pokern als die Wiesbadener Kollegen: die Anzeigen sollen nicht vor's Schöffengericht, sondern zur Ausgabe von Strafbescheiden führen.

Die Frankfurter Polizeibeamten jedenfalls beschlagnahmten das große Transparent der Bunten Hilfe, kassierten dann noch schnell einen Fotografen ein, der angeblich Portraitfotos von einem seinerseits die Frauen der Friedensinitiativen portraitierenden Polizeibeamten gemacht haben soll (mit einem Weitwinkel aus über drei Meter Entfernung!), und fuhren derart mit Beute beladen heim ins Polizeirevier 1. Der Wasserwerfer blieb noch ein paar Stunden stehen, vermutlich um die mittlerweise in den nahe gelegenen Wienerwald Essen gegangenen Neonazis zu beschützen: ein älterer jüdischer Bürger war nämlich bereits vor Stunden festgenommen worden, als er den mit „Siegrunen" am Revers (die wurden natürlich nicht beschlagnahmt) auftretenden Neonazis sagte, was sie

mit „Siegrunen" am Revers (die wurden natürlich nicht beschlagnahmt)

auftretenden Neonazis sagte, was sie sind: „Faschisten". Weg war er! Pöbeleien auf der Straße läßt die deutsche Polizei nicht zu.

Anzeige

Aufruf zu Oster-Aktionen

Die Friedensbewegung ist seit 1980 ständig gewachsen. Millionen Bürgerinnen und Bürger haben sich an Demonstrationen und Unterschriftenaktionen für Abrüstung und gegen die neuen Mittelstreckenraketen beteiligt. Dennoch kann die Friedensbewegung, gerade im Hinblick auf die Verhinderung der Nachrüstung, bislang keinen greifbaren Erfolg verbuchen.

Stärker noch als die sozialliberale Koalition wird die neue CDU-geführte Regierung die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen versuchen. Unabhängig vom Ausgang der Genfer Verhandlungen wird mit der Stationierungsvorbereitung an verschiedenen Orten begonnen. Diese dramatische Fortsetzung der konkreten Aufrüstungspolitik fordert die Friedensbewegung heraus. Eine intensivere Arbeit in und mit den Gewerkschaften ist für die notwendige Verbreiterung der Friedensbewegung ebenso unabdingbar, wie die mühsame und unspektakuläre Überzeugungsarbeit auf der Straße. — Doch machen wir uns nichts vor: aus der Geschichte — gerade auch der Friedensbewegung — wissen wir, daß die Einstellung von Mehrheiten in der Bevölkerung und wichtigen gesellschaftlichen Institutionen wie Gewerkschaften und Kirchen usw. die Regierenden inentscheidenden Situationen allein nicht zum Einlenken zwingen kann.

Ende der 50er Jahre haben die USA und die Adenauer-Regierung die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik gegen die Mehrheit der Bevölkerung und engagierteren Gewerkschaften als heute durchgesetzt. Anfang der 60er Jahre setzte sich die Mehrheit der britischen Bevölkerung für eine einseitige atomare Abrüstung ein. Auch sie ist übergangen worden.

Will die neue Friedensbewegung ihre wichtigsten Forderungen ernst nehmen, politisch nicht ins Leere laufen, so muß sie sich auf eine direkte Konfrontation mit den Regierenden einstellen und vorbereiten, muß sie bereit sein, einen praktischen Widerstand des zivilen Ungehorsams zu entwickeln, der darauf abzielt, die Stationierung politisch zu verhindern.

Wir wissen, daß die Stationierung mitsamt der Spannungs- und Aufrüstungspolitik der US-Regierung und der sie unterstützenden Bundesregierung die strategische Lage in Europa verändert und die Atomkriegsgefahr erhöht. Schon seit längerem fragen sich daher immer mehr Menschen in der Friedensbewegung, was wir tun können, wenn alle verbalen Proteste nichts bewirken. Viele haben das Gefühl, daß radikalere Protest- und Aktionsformen notwendig sind, haben aber Schwierigkeiten, direkte Konfrontationen mit der Staatsgewalt in ihren Alltag zu übersetzen. Wir warnen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger vor den neuen Atomraketen und malen ihnen die Bedrohung durch die bereits vorhandenen vor Augen. Aber es fällt uns schwer, den dramatischen Warnungen auch entschiedene Taten folgen zu lassen.

Dieses Zögern kommt nicht von ungefähr. Wer sich bislang ausschließlich an Demonstrationen und Aufklärungsarbeit beteiligt hat, für den ist die Beteiligung an Aktionen des zivilen Ungehorsams vor Atomwaffenstandorten ohne Zweifel ein großer Schritt. Wir sind nicht ohne Angst, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß solche Aktionen in bescheidenem Umfang einen Eingriff in die für NATO-Militärs notwendige ständige Verfügbarkeit und Zugänglichkeit der Atomwaffen darstellen und sie damit zur direkten Reaktion herausgefordert sind. Sie verlangen sehr viel mehr Zeit an Vorbereitung von den Einzelnen und vor allem die Bereitschaft zur Übernahme größerer Risiken.

Dies alles wissen wir. Doch glauben wir auch, daß unter dem Druck der Verhältnisse immer mehr Menschen bereit sein werden, Initiativen für einen weitergehenden Widerstand zu ergreifen, die Verantwortung für den Frieden und ein Überleben in die eigenen Hände zu nehmen.

Als Gruppen, Organisationen, Verbände und Einzelpersonen, die in der Friedensbewegung mitarbeiten, unterstützen wir diese Initiativen und wollen zu ihrer Verbreiterung beitragen.

Deshalb rufen wir dazu auf, im Rahmen des Ostermarsches 1983 zu direkten gewaltfreien Widerstandsaktionen zu kommen, die geeignet sind, den reibungslosen Betrieb der Atomwaffenlager zu stören. Behinderungen des mili-

ten gewaltfreien Widerstandsaktionen zu kommen, die geeignet sind, den reibungslosen Betrieb der Atomwaffenlager zu stören. Behinderungen des mili-

tärischen Verkehrs zum Lager durch mehrtägige Menschen- oder Sachblockaden, Störungen der Infrastruktur seien hier nur als Beispiele angeführt für Aktionen, die von den Friedensinitiativen gemäß den Bedingungen vor Ort durchgeführt werden können. Wir stellen uns die Gestaltung der Aktionen so vor, daß sie die Beteiligung vieler Menschen ermöglichen. Gemeinsame Kundgebungenmit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern anderer parallel laufender Ostermarschaktivitäten sind erstrebenswert.

Wir bitten alle Friedensinitiativen, diesen Vorschlag zu diskutieren, sich an den bereits vorhandenen Planungen zu beteiligen und sich dort zusammenzuschließen, wo die Grundlage für solche Aktionen noch nicht geschaffen ist.

Ziviler Ungehorsam an Atomwaffenstandorten ist nicht ohne Vorbild. Mit dem Warnruf „Handelt oder geht zu Grunde" mobilisierten vor 20 Jahren Atomwaffengegner — u.a. auf Initiative von Bertrand Russell — zu gewaltfreien direkten Aktionen an Atomwaffenbasen. Im Juli/August 1982 fand eine 14-tägige Blockade des Atomwaffenlagers Großengstingen auf der Schwäbischen Alb statt. 800 Menschen konnten mit dieser Aktion, die von vielen gut vorbereiteten Bezugsgruppen durchgeführt wurde, den „freien Zugang" zeitweilig behindern. Auch die Blockade gegen das AKW in Brokdorf sind Vorbilder für den aktiven gewaltfreien Widerstand im Rahmen des Ostermarsches.

In diesen Aktionen sehen wir ein erstes deutliches Signal, daß die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen den zivilen Ungehorsam der Friedensbewegung nach sich ziehen wird. Wir wollen ihnen zeigen, daß die bundesdeutsche Friedensbewegung zu entschiedenem Widerstand bereit ist und fähig wird.

Wenn wir das Funktionieren des atomaren Abschreckungssystems in unserem Lande an einigen Stellen zeitweilig behindern, so wird dies die Militär und Kriegsplaner noch nicht ernsthaft beeinträchtigen. Es geht aber über den Rahmen von symbolischen Aktionen bereits hinaus. Die Warnungswirkung wird unübersehbar sein, die Öffentlichkeit wird von der Ernsthaftigkeit unseres Protestes überzeugt werden können.

Und wir sammeln wichtige Erfahrungen, die in unserem Kampf für die Verhinderung der Aufrüstung, ein atomwaffenfreies Europa und weitergehende Abrüstungsschritte dann von großer Bedeutung sein werden, wenn in allen Regionen der Bundesrepublik und in Europa immer mehr Menschen beginnen, zivilen Ungehorsam und aktiven gewaltfreien Widerstand zu praktizieren. Damit rechnen wir und das macht uns Mut.

Laßt uns den Widerstand gegen Militarisierung, Vorrüstung und neue Mittelstreckenraketen deutlich machen.

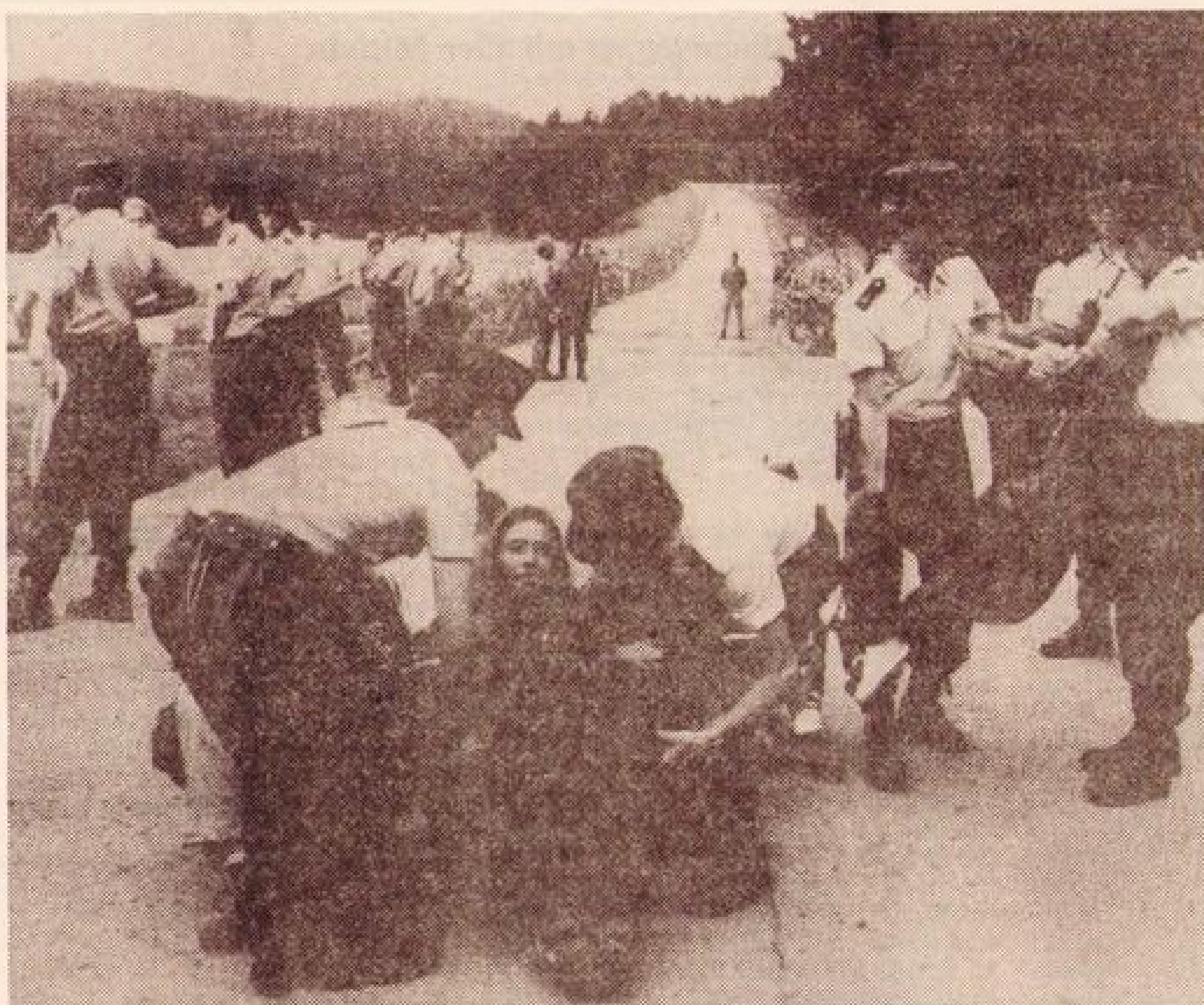
„Atomwaffen aus der Welt — bei uns anfangen!"

„Der Kampf, um zu verändern — Frieden um zu leben!"

BAF-Treffen vom 27./28.11.82

Unterzeichner:.................

Vorläufige Kontaktadresse:
Hamburger Friedenskoordination
c/o Bernd & Christel Kruse
Jungfrauenthal 16
2000 Hamburg 13
Tel.: 040/476321



Auf diesem Bild sieht mensch zwölf Polizisten und zwei Blockade-Teilnehmer/innen. Pro angefangene Stunde kostet dies nach der neuen Polizei-Verordnung Baden-Württembergs pro Beamten 38,- DM plus Anfahrtskosten (einschließlich Wasserwerfer etc.). Tatsächlich sollen die Kosten noch höher angesetzt werden: Gegen 400 Demonstranten wurde wegen Nötigung ermittelt. Macht Kosten von 375,- für einmal wegtragen!!

Strafanzeigen wegen Aufruf zu Atomlager-Blockaden

In AK 226 druckten wir einen Aufruf ab, mit dem für den 12.12. (Jahrestag des Nato-Doppelbeschlusses) zu Blockaden an Standorten aufgerufen wurde. Die Staatsanwaltschaft erblickte darin einen Verstoß gegen den § 20.2 des baden-württembergischen Pressegesetzes. Danach können die Verbreitung strafbarer Inhalte mit bis zu einem Jahr Gefängnis geahndet werden. Zwar ist bis zur Stunde nicht bekannt, ob gegen den AK ermittelt wird oder Anzeige erstattet ist, allerdings erhielten drei Redakteure des Tübinger Stadtmagazins „Tüte" für den Abdruck des gleichen Aufrufs eine entsprechende Anzeige. Drei alternative Läden, die den Aufruf ausgehängt hatten, erhielten ebenfalls Strafanzeige wegen des „Verdachts der Aufforderung zu strafbaren Handlungen" (Nötigung). Zwei Mitglieder der Koordination, die unter dem Aufruf angegeben sind, erhielten eine Polizeiladung (für vergangenen Donnerstag).

Ähnlich wie in Tübingen ließ die Staatsanwaltschaft in Ellwangen und Ulm Aufrufe für eine Kasernen-Blockade kassieren und die Urheber und Verbreiter von der Polizei feststellen. Die Staatsanwaltschaft beruft sich auf ein Urteil des Landgerichts Tübingen, mit dem am 6.9.81 zehn Menschen wegen „Nötigung" zu einer Geldstrafe verurteilt worden waren, weil sie sich an das Tor der Ludwig-Finckh-Kaserne in Großengstingen angekettet hatten.

Aus Protest gegen die Strafanzeigen haben inzwischen über 50 Tübinger — darunter Stadträte der AL, DKP und SPD — den Wortlaut des Aufrufes selbst unterzeichnet.

Solidarität wird zukünftig dringend notwendig sein, denn ab 11.12., einen Tag vor dem Nato-Aufrüstungsjahrestag, für den an über 30 Orten der BRD Blockadeaktionen angesagt sind, tritt eine „Gebührenpflicht" für Demonstranten in Baden-Württemberg in Kraft. Laut Innenminister Roman Herzog wird mit der neuen Verordnung die Möglichkeit geschaffen, *„Störer im polizeirechtlichen Sinn zum Kostenersatz heranzuziehen"* („Südwestpresse", 3.12.82). Selbst wenn die „Rechtsbrecher" im letzten Augenblick ihre Aktion abbrechen, können sie zur Kostenerstattung für die Polizei herangezogen werden. D.h., schon Aufrufe, die die Polizei zu Einsätzen veranlaßt, können den betreffenden Personen teuer zu stehen kommen.

Knast für Totalverweigerer

Inzwischen vergeht kaum eine Woche, ohne daß nicht irgendwo über einen neuen Fall von Totalverweigerung berichtet wird (2). Offenbar mit dem Ansteigen der Zahl von Totalverweigerern (lt. „taz" (21.5.82) waren im Mai dieses Jahres etwa 70 Verfahren anhängig) erhöht sich auch das verhängte durchschnittliche Strafmaß: Urteile zwischen neun und zwölf Monaten scheinen inzwischen die Regel zu sein:

— Am 22.2.82 wurde Claus Gruschka zu neun Monaten ohne Bewährung verurteilt, weil er als anerkannter KDVer einen Zivildienst ablehnt.

— Für das gleiche „Vergehen" bekam Günter Euteneuer am 19.4.82 in Bad Neuenahr-Ahrweiler zwölf Monate Knast ohne Bewährung „aus generalpräventiven Gründen" aufgebrummt.

— Volker Ritter, der bereits fünf Monate Knast wegen „Fahnenflucht" abgesessen hatte und nach erneuter Einberufung zur Bundeswehr wegen „Befehlsverweigerung" in Arrest gesteckt, jedoch nach zehntätigem Hungerstreik wieder entlassen worden war, wurde am 24.9.82 in Leer/Ostfriesland zu zehn Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt.

— Ähnliches droht Tom Mischo aus Hannover, der vorzeitig aus seiner sechsmonatigen Knaststrafe (wegen „Zivildienstverweigerung") entlassen worden ist, jedoch für den 3.1.83 erneut eine Einberufung zum Zivildienst erhalten hat.

— Thomas Hansen mußte am 7.11.82, nachdem sein Revisionsantrag gegen das Urteil des Landgerichts vom Oberlandesgericht Oldenburg als „offensichtlich unbegründet" verworfen worden war, seine zehnmonatige Knaststrafe in Attendorn/Westfalen antreten, obwohl eine Entscheidung über seine Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht (wegen Mehrfachbestrafung, s. auch AK 220) noch aussteht. Amnesty international hat bereits angekündigt (3), ihn in diesem Fall als „prisoner of conscience" zu betreuen.

Einen politischen Prozeß der übelsten Sorte mit vielleicht richtungsweisender Bedeutung für die Behandlung von Totalverweigerern leistete sich jedoch das Amtsgericht Hildesheim Anfang Oktober dieses Jahres: **Der 20jährige Juri Hertel wurde dort zu 18 Monaten und 13 Tagen (wegen angeblicher „Prozeßverschleppung") Knast ohne Bewährung (unter Anrechnung der Untersuchungshaft) verurteilt,** denn dies entspreche, so Richter Fuest, *„der Zeit, die man sonst hätte dienen müssen"*(!). Vorgeworfen wurden ihm „fortgesetzte Gehorsamsverweigerung und Fahnenflucht", 65 Tage Arrest hatte er bereits bei der Bundeswehr abgesessen. **Von der Staatsanwaltschaft waren allerdings 21 Monate Knast ohne Anrechnung der U-Haft gefordert worden!**

Der Prozeßverlauf spricht für sich: Es wurde an drei Tagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit (nach dem Jugendgerichtsgesetz) unter ständiger Präsenz mehrerer Dutzend „Ordnungshüter" und Spezialisten der Politischen Polizei verhandelt, nachdem die Öffentlichkeit — übrigens gegen den Willen des Angeklagten und seines Verteidigers — mit Polizeigewalt ausgeschlossen worden war. Sämtliche Anträge der Verteidigung wurden abgelehnt, insbesondere auch ein Antrag auf Ablehnung des Richters wegen Befangenheit. Der hatte nämlich in seiner Funktion als Vollzugsleiter dem Angeklagten für seine Verteidigung wichtige Schriftstücke vorenthalten. Zum Tatverlauf selbst wurden drei Bundeswehroffiziere gehört sowie ein Vertreter des Hildesheimer Jugendamtes (Jugendgericht!), der dem Angeklagten eine „erheblich gestörte Entwicklung aufgrund der Scheidung seiner Eltern" und „emotionale Rückstände" bescheinigte, obwohl er, wie die Befragung durch den Anwalt ergab, nie auch nur ein Gespräch mit Juri geführt hatte (mensch möchte von „Itzehoer Verhältnissen" sprechen)!

Ganz besondere Beachtung verdient jedoch die Urteilsbegründung von Richter Fuest: Juri habe sich sein Bewußtsein aus einer bestimmten Literatur gebildet, die von „gewissen Kreisen kolportiert wird", nämlich von Leuten, die „Haß und Anarchie gegen diesen Staat" predigten. Dieses seien dieselben Leute, die Juri risikolos zu ihrem Märtyrer machten und gleichzeitig „die Hand aufhalten und BAFÖG kassieren". Wäre Juri nicht nur ein Verblendeter sondern würde tatsächlich denken, was er in seinem Schlußwort ausführte, so wäre er „gefährlich für diesen Staat" und wäre auch als solcher behandelt worden (Wie das aussieht, kann mensch wohl nur erahnen!). In bezug auf den Charakter ders Zivildienstes ließ Richter Fuest sich zu folgenden Äußerungen hinreißen: Zivildienst „ist Pflicht!" Und wer für sich als einzelnen das Recht herausnehme, diesen zu verweigern, gelte als „absoluter Anarchist". Schließlich könne laut Grundgesetz „kein Deutscher einen Angriffskrieg führen, selbst wenn er wolle". Wer hier etwas anderes behaupte, „betreibe Polemik". Und an die Adresse des Rechtsanwaltes meinte er: Wer (angesichts der oben geschilderten Umstände, Anm.) den Verfall der Rechtskultur beklage, bewege sich am Rande der Rechtsstaatlichkeit und mache wisentlich falsche Anschuldigungen. Der Ausschluß der Öffentlichkeit aus diesem Prozeß sei geboten gewesen, da diese Krawallmacher vom Jugendgerichtsgesetz als Öffentlichkeit nicht vorgesehen seien (4).

Welche Gesinnung aus solchen Äußerungen hervorspricht, braucht wohl nicht ausdrücklich erwähnt zu werden.

Freiheit für alle (Total-) Kriegsdienstverweigerer!

Antimil-Kommission/KB-Gruppe Göttingen

Anmerkungen:

(1) Richter Fuest in der Begründung des Urteils gegen Juri Hertel vor dem Hildesheimer Amtsgericht (taz, 20.10.82)

(2) vgl. den AK-Artikel zum Thema in AK 220

(3) FR, 23.7.82

(4) nach taz, 20.10.82 und HiZ (Hildesheimer Stadtmagazin) 11/82

Mehr Dienst für's Vaterland

Zum neuen KDV-Gesetz



Zivildienstleistende! Ehemalige ZDL! VERWEIGERT DEN KRIEG

Nur wenige Wochen nach Amtsantritt hat die neue Bundesregierung als erstes Demonstrationsobjekt für ihren Aufrüstungskurs die Verschärfung des Zivildienstes und die Einschränkung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung in Angriff genommen. Für den CDU-Abgeordneten Breuer ist dies ein „Teil der geistig-moralischen Erneuerung" der Bundesrepublik.

Schon seit längerer Zeit war den Herrschenden klar, daß hier eine Verschärfung notwendig ist: Trotz Abschaffung der damaligen „Postkartennovelle", d. h. dem Recht, mit formlosem Antrag zu verweigern, sind die Verweigerungszahlen wieder Jahr für Jahr gestiegen. Im vergangenen Jahr waren es über 58.000 KDV-Anträge, in diesem Jahr dürften die 60.000 überschritten werden.

Schon die SPD wollte den Zivildienst auf 19 Monate heraufschrauben (jetzt geplant 20 Monate) und weitere Schritte in Richtung Arbeitsdienst unternehmen. Sie hatte aber von der Verabschiedung eines neuen KDV-Gesetzes immer wieder Abstand genommen (s. hierzu AK 222: Zur Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes).

Ein Grund mehr für die neue CDU/CSU/FDP-Reierung, hier Flagge zu zeigen.

Was bringt die neue Novelle?

Zunächst bedeutet sie schlicht und ergreifend eine Verlängerung des Zivildienstes von derzeit 16 auf stolze 20 Monate, rein rechnerisch ein Plus von 25 Prozent! Der Zivildienst dauert somit bereits fünf Monate länger als der Wehrdienst. **Diese Verlängerung widerspricht ganz offensichtlich dem Wortlaut der Verfassung,** wonach der ZD nicht länger sein dürfte als der Wehrdienst, inklusive späterer Wehrübungen („Nach Untersuchungen des Verteidigungsministeriums schwankt diese durchschnittliche Übungsdauer zwischen drei und vierzehn Tagen", „Vorwärts", 2.12.).

In der Praxis war das KDV-Recht schon immer ein Ausnahmerecht, durch das die Kriegsfähigkeit der BRD nicht behindert werden durfte. Und je mehr gerüstet wird, je mehr Jugendliche das Recht zur Kriegsdienstverweigerung wahrnehmen möchten, umso mehr drängen die Herrschenden auf Einschränkung und Abschaffung dieses Rechtes.

So feierte auch „Familienminister" Geissler (CDU) die neue Novelle als Beweis *„für das richtige Verständnis unserer Verfassungsordnung. Wenn die Bundeswehr ihren Verteidigungsauftrag nicht mehr erfüllen könne, weil zu viele Bürger den Dienst mit der Waffe ablehnten, dann könne allerdings das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht mehr geschützt werden. Der Dienst in der Bundeswehr sei Dienst am Frieden und für die Gewissensfreiheit des einzelnen"* („Frankfurter Rundschau" — „FR", 27.11.).

Nach der „Postkartennovelle" schnellten die KDV-Anträge sprunghaft in die Höhe, nämlich auf 70.000 in einem Jahr. Das Gesetz wurde darauf-

hin vom Bundesverfassungsgericht als unvereinbar mit dem Grundgesetz er-

hin vom Bundesverfassungsgericht als unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt. Sieht man einmal von diesem Sonderfall ab, sind die KDV-Zahlen aber auch sonst ständig gestiegen: 1978 knapp 40.000, 1980 54.000, 1981 bereits 58.090 und in diesem Jahr werden es über 60.000 sein. Nach Angaben der „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen" entspricht die 81er Zahl sogar 70.000 KDV-Anträgen, rechnet man die hinzu, die wegen Untauglichkeit offiziell nicht mehr registriert wurden („taz", 22.11., s. auch AK 222).

Obwohl das neue Gesetz erst 1984 in Kraft treten soll, gilt die verlängerte Zivildienstzeit bereits für alle KDV-Anträge, die nach dem 1.7.1983 gestellt werden.

Wegfall des Gewissens-TÜV?

Mit dieser Propaganda soll das neue Gesetz seinen schlechten Geschmack verlieren, vor allem, was die verlängerte Dienstzeit anbelangt. Der Gewissens-TÜV (das mündliche Verfahren) wird aber nur „in der Regel" entfallen, in „Zweifelsfällen", wenn die schriftliche Begründung nicht als „ausreichend" betrachtet wird, wird er doch bestehen bleiben (nach „FR", 19.11.).

Neben einer „persönlichen, ausführlichen, schriftlichen" Antragsbegründung wird das „polizeiliche Führungszeugnis" überprüft und es werden gegebenenfalls Rückfragen gestellt. Bei „Zweifeln" gibt das Bundesamt für Zivildienst den Antrag an die Kreiswehrersatzämter weiter, die dann das übliche Gewissens-TÜV-Verfahren einleiten. Dies Verfahren hat folgenden Effekt: Laut „FR" gibt es zur Zeit *„fast 100.000 unerledigte Anträge, wobei zehn Prozent der Antragssteller schon über 28 Jahre sind und nicht mehr eingezogen werden dürfen"* (19.11.). Dieser „KDV-Berg" kann nun in aller Ruhe abgetragen werden (da die neuen Anträge zügiger durchgezogen werden können), dem Staat schlüpfen erheblich weniger Jugendliche durch die Maschen. Die Sicherheit, eine der beiden Arten von Zwangsdienst antreten zu müssen, wird vergrößert. Gleichfalls werden die zur Zeit angeblich 16.000 unbesetzten ZD-Stellen, die dem Staat ja auch einen erheblichen Batzen billigster Sozialarbeit bringen, vollständig besetzt werden können.

Bestehen bleibt die mündliche Gewissensprüfung aber auf jeden Fall für: besetzt werden können.

Bestehen bleibt die mündliche Gewissensprüfung aber auf jeden Fall für:
— alle bereits einberufenen Antragssteller
— bei allen Soldaten, die verweigern
— bei allen Reservisten, die nachträglich verweigern (etwa 15 % der Anträge)
— bei allen Zweitanträgen (bereits einmal abgelehnten oder zurückgezogenen)
— bei allen nicht begründeten KDV-Anträgen
— und natürlich bei allen „nicht ausreichend begründeten" Anträgen bzw. *„wenn das Gesamtvorbringen des Antragsstellers und die dem Bundesamt bekannten Tatsachen (Aktenlage) Zweifel* (!!) *an der Wahrheit der Angaben des Antragsstellers begründen"* (§ 7 des Entwurfs).

Heraufsetzen der Altersgrenze
„Die Zeitgrenze für die Einbeziehung von Zivil- und Wehrdienstleistenden soll von 28 auf 32 Jahre heraufgesetzt werden, damit möglichst alle Jugendlichen zum Dienst verpflichtet werden können" („FR", 19.11.).

Wegfall einer Instanz
„Anders als bisher kann der Antrag sogar ohne Anhörung des Betroffenen von dem Prüfer im Bundesamt für Zivildienst abgelehnt werden. Denn: ‚Ein Antrag ist abzulehnen, wenn die Begründung der Gewissensentscheidung den Antrag nicht rechtfertigt.' ... Scheitert ein Antragssteller schon am Gutachter, bleibt ihm nur der Weg zum Verwaltungsgericht. Eine Berufungsinstanz ist nach den bisherigen Vorstellungen nicht vorgesehen" („Spiegel", 23.11.).

Weiterhin wird in den Prüfungsausschüssen die Zahl der Beisitzer von bisher drei auf nunmehr zwei verringert, dafür erhält der Vorsitzende, ein vom Verteidigungsministerium bestellter Volljurist, in Zukunft Stimmrecht, was die Anerkennungsquote nochmals entscheidend senken dürfte.

Voran zum Arbeitsdienst

Der zweite Teil der Novelle bezieht sich auf weitere einschneidende Veränderungen der Ausgestaltung des 20monatigen Zivildienstes: Was

SPD/FDP schon angedroht und geplant hatten, soll nun zügig in die Tat umgesetzt werden: „Der Anteil der hei-

SPD/FDP schon angedroht und geplant hatten, soll nun zügig in die Tat umgesetzt werden: *„Der Anteil der heimatfern eingesetzten Zivildiener soll ... erhöht werden. Auch sollen 75 bis 80 % der Dienststellen eine eigene Unterkunft haben. Zu Beginn der Zivildienstzeit soll ein ‚Einführungsdienst' mit internatsmäßiger Unterbringung stehen, der vier bis acht Wochen dauern soll"* (zur Zeit 4 Wochen, „Frankfurter Allgemeine Zeitung" — „FAZ", 18.11.). Damit aber noch längst nicht genug: Gravierende Änderungen stehen auch beim Spektrum der Einsatzplätze bevor: Die Stellen im Verwaltungsbereich sollen abgebaut, dafür neue in den Bereichen „Zivilschutz, Landschafts- und Umweltschutz" erschlossen werden.

Ein Übergangsgesetz

Die Neuregelung — sie soll noch vor Weihnachten verabschiedet werden —

Adieu Grundgesetz

„Was sollen die Betroffenen eigentlich vom Verfassungsbewußtsein dieser Volksvertreter halten, wenn sie in Artikel 12 nachlesen: „Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen" und „die Freiheit der Gewissensentscheidung darf nicht beeinträchtigt werden"? — Adieu, Grundgesetz."
(„Frankfurter Rundschau" vom 19.11.82)

Die „Selbstorganisation der Zivildienstleistenden" (SOdZL) ruft bundesweit dazu auf, den unbefristeten Zivildienst im Krieg und die Zivildienstüberwachung im Frieden zu verweigern.
Die SOdZDL, die sich bundesweit aus 150 Einzelinitiativen zusammensetzt, sieht darin die längst fällige Ergänzung zur Reservisten-, Frauen- und Totalverweigerung.

Um möglichen Repressalien entgegenzuwirken, hat die SO einen Rechtshilfefonds eingerichtet. Im folgenden drucken wir Auszüge aus der Presseerklärung ab:
"Der Zivildienst ist entgegen aller öffentlichen Bemänteiung kein sozialer Friedensdienst. Er mag im einzelnen befriedigende soziale Tätigkeiten beinhalten, in seinem Aufbau wird er militärischen Strukturen und Erfordernissen immer stärker angepaßt, soweit er diese nicht schon längst beinhaltet:

- die Grundrechte sind eingeschränkt
- das Disziplinarrecht entspricht dem der Bundeswehr
- die ZDLs werden durch die staatlichen Einführungslehrgänge verstärkt diszipliniert

Die staatliche Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer erweist sich in Anbetracht unserer Verplanung für den sogenannten Verteidigungsfall vollends als Farce.
Nach § 79 des Zivildienstgesetzes können ZDLs und Ex-ZDLs im Krieg zum "unbefristeten Zivildienst" herangezogen werden. Die im § 23 ZDG angeordnete Zivildienstüberwachung ehemaliger Zivildienstleistender bis zum 32. Lebensjahr hat einzig den Zweck, für diesen Fall vorzubereiten. Der Überwachung unterliegen zur Zeit schätzungsweise 200.000 ehemalige ZDLs.

Konsequente Kriegsdienstverweigerung heißt für uns: Verweigerung des Kriegsdienstes mit und ohne Waffen!!!
(...)
Mit uns kann für den Krieg und dessen Vorbereitung keiner rechnen! Deshalb verweigern wir uns."

Informationen, Material bei: Wolfgang Urban, Am Rain 24, 3550 Marburg oder Bundeszentrale der SOdZDL, Hochstr. 56, 6.000 Frankfurt/Main

Arbeitstreffen des BAF für Standort-Aktionen

Einen Aufruf zu direkten gewaltfreien Aktionen an Atomwaffenstandorten im Rahmen der Ostermärsche 1983 stellte die Hamburger Friedenskoordination auf dem letzten Arbeitstreffen des BAF (Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen) am 27./28. November zur Diskussion. Knapp 50 Vertreter/innen aus ca. 25 Gruppen und Friedensinitiativen haben sich zu diesem Treffen in Frankfurt zusammengefunden.

Kritisiert wurde an dem Hamburger Vorschlag in erster Linie, daß er ausdrücklich zu gewaltfreien Aktionen aufruft. Die BAF-Gruppen sollten sich nicht auf ein grundsätzlich gewaltfreies Konzept festlegen lassen, sie dürften die Form ihres Widerstandes nicht nach offiziellen Spielregeln, die jeder Protestbewegung ein Glaubenbekenntnis zur Gewaltfreiheit abverlangt, bestimmen.

Dennoch sprach sich die große Mehrheit der Anwesenden — aus unterschiedlicher Motivation und mit verschiedenen Begründungen — dafür aus, gewaltfreie Standortaktionen für Ostern zu planen und dies auch so zu benennen. Es geht derzeit vor allem darum, auf Massenebene einen Widerstand gegen die „Nachrüstung" zu entwickeln, der über symbolische Protesthandlungen hinausgeht. Da auf jeden Fall vermieden werden müsse, daß sich nur ein kleiner Teil der Bewegung radikalisiert, die Mehrheit der Friedensbewegung diesen Schritt aber gar nicht nachvollziehen kann, erschien den meisten Anwesenden der Hamburger Aufruf ein sinnvoller Vorschlag, um den Widerstand gegen die Vorrüstung zu intensivieren.

Nach einigen Veränderungen wurde der Aufruf — mit wenigen Enthaltungen — von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen des BAF-Treffens verabschiedet (nebenst. abgedruckt). Weitere Friedensgruppen und Organisationen sollen für eine Unterstützung des Aufrufes und die Planung direkter Aktionen an Atomwaffenstandorten gewonnen werden. Unterstützer des Aufrufes sollen bei der Kontaktadresse der Hamburger Friedenskoordination gesammelt werden (c/o Bernd und Christel Kruse, Jungfrauenthal 16, 2000 Hamburg 13, Tel. 040/47 63 21).

Darüberhinaus wurde beschlossen, für Ende Februar '83 eine Arbeitskonferenz in größerem Rahmen vorzubereiten. Hier wird es darum gehen, zu diskutieren, wie die Friedensbewegung 1983 auf die näherrückende Stationierung reagiert. Es erscheint notwendig, die bereits verstreut vorhandenen Vorschläge zu koordinieren und zu einem gemeinsamen Konzept weiterzuentwickeln. Der BAF will mit seinem Vorschlag dazu beitragen, die Zusammenarbeit all jener Kräfte in der Friedensbewegung zu verbessern, die es für höchste Zeit halten, die Beschränkung der Aktivitäten auf Unterschriftensammeln und Appelle aufzuheben.

S., Hamburg

Längerer Zivildienst?

Im Leserbrief vom 3.11. begründet der sicher wohlmeinende zuständige Referent des Arbeitskreises Recht der SPD-Bundestagsfraktion, F. J. Schumacher, den Gesetzentwurf zur KDV-Reform. Die Verlängerung des Zivildienstes sei der „Preis" für die Abschaffung der Gewissensprüfung mit ihren Grundrechtsverletzungen. Muß man einen Preis bezahlen, wenn Unrecht und offensichtliche Verstöße gegen die Verfassung beseitigt werden sollen?

Im übrigen sieht der SPD-Entwurf keine wirkliche Abschaffung der Gewissensprüfung der KDV vor. Die Prüfungsverhandlungen sollen bleiben.

— bei allen bereits einberufenen Wehrpflichtigen, bei allen Soldaten, bei allen Reservisten, bei allen Zweitanträgen (also KDV früher abgelehnt, zurückgezogen etc.), bei allen schon laufenden KDV-Verfahren, bei allen nicht begründeten KDV-Anträgen, bei allen nicht rechtzeitig begründeten KDV-Anträgen, bei allen nicht ausreichend begründeten KDV-Anträgen.

Im Prinzip bleibt also die Prüfung, doch kann in manchen Fällen nach Aktenlage entschieden werden. Wenn jedoch die schriftliche Begründung nach Meinung eines Beamten im Bundesamt für den Zivildienst nicht dem „persönlichen Ausdrucksvermögen" entspricht, wird weiterhin vorgeladen und das Gewissen geprüft. Abschaffung des Gewissens-TÜV kann man das nicht nennen, allenfalls eine Erleichterung. Den „Preis" für die „Abschaffung" ihrer Prüfung haben die weiterhin Geprüften anschließend zu zahlen — nach ihrer Prüfung: 19 Monate Zivildienst (statt 15 Monate Wehrdienst).

Außerdem sollen die Dienststellen des Zivildienstes dafür zahlen, indem viele von ihnen zukünftig für den Sold der Zivildienstleistenden selbst aufkommen müssen. Ist eine Verlagerung von Kosten zur Aufrechterhaltung der Wehr-/Ersatzdienstpflicht auf die Krankenhäuser, Krankenkassen, Kirchen etc. auch ein Beitrag zu sparsamem Umgang mit Menschenrechten? Es könnte als eine Art Wohlverhaltensklausel angewandt werden, Wohlverhalten im Sinne der staatlichen Verwaltung natürlich.

Ulrich Finckh, Pastor, Bremen

FR, 15.11.82

Forts. von vorhergehender Seite

tritt am 1. Januar 1984 in Kraft und gilt nur bis zum 30. Juni 1986, also genau zweieinhalb Jahre. Die CDU/CSU behält sich also ausdrücklich vor, das Gesetz während ihrer Amtszeit ein weiteres Mal zu verschärfen, ein bislang in dieser Republik auch nicht gerade alltägliches Vorgehen. In diesen zweieinhalb Jahren — so offenbar das Kalkül — soll der KDV-Überhang (100.000) abgebaut werden, die flexiblere Lösung des Entscheids nach Aktenlage dann wieder überflüssig sein, zumal in den „Abschreckungsplanungen" ja von einem deutlichen Rückgang der Anträge nach Inkrafttreten der Verschärfungen ausgegangen wird.

Zum anderen steht dann auch eine Verlängerung des Wehrdienstes von 15 auf mindestens 18 Monate an. Da der Zivildienst ein Drittel länger dauern soll, müßte er dann **auf 24 Monate verlängert** werden. Sollten sich gar die Vorstellungen des „FAZ"-Militärexperten Weinstein durchsetzen („Die Wirklichkeit verlangt die Dienstzeit von 24 Monaten") ergäbe das eine Zivildienstzeit von stolzen 32 Monaten, doppelt so viel wie derzeit!

zen 32 Monaten, doppelt so viel wie derzeit!

Ein Sieg der CSU!

In dem neuen Entwurf seien FDP-Positionen „weitgehend berücksichtigt", die Novelle bedeute *„eine Liberalisierung"*, man habe *„gegenüber der CSU viel herausgeholt"*, alles sei *„sachgerecht und rechtsstaatlich einwandfrei"*, so die ersten FDP-Stellungnahmen. Tatsächlich kann aber von einem „Kompromiß" kaum die Rede sein: Nach der zweieinhalbjährigen „Übergangszeit" wird der Zivildienst voraussichtlich auf die von der CSU geforderten 24 Monate heraufgesetzt, Gewissensprüfung und mündliches Verfahren bleiben erhalten, heimatferne Unterbringung, „Kasernierung", Einsatz in paramilitärischen Bereichen (Zivilschutz), Abbau der sogenannten „Sonnenscheinplätze" usw. — alle diese Verschärfungen entsprechen voll und ganz den Forderungen der CSU. *„Was die Koalitionäre jetzt so wortreich als gelungenen Kompromiß verkaufen möchten, der den Bürgern die Regierungsfähigkeit der Christlich-Liberalen demonstrieren soll, ist in Wahrheit ein Sieg der CSU"* („Spiegel", 23.11.).

„Proteste" und Proteste!

Der geistige Urheber des „lästigen Zivildienstes" — die SPD — hat bereits angekündigt, daß er im Bundestag gegen das Gesetz stimmen werde. Geradezu einzigartig ist die Begründung für diesen ebenso demonstrativen wie konsequenzlosen Akt: *„Der Zivildienstexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Jaunich, bemängelte, bei diesem Gesetzentwurf habe sich die CSU mit ihrem Vorschlag, den Zivildienst zu verlängern, ‚praktisch durchgesetzt'. Gegen die Verlängerung werde die SPD Widerstand leisten"* („FR", 19.11.). Angesichts der Tatsache, ddddaß sie genau einen Monat weniger gefordert hatte, ist das schlichte Bauernfängerei, die wohl auf die vermutete Vergeßlichkeit der betroffenen Jugendlichen spekuliert. Eine Klage wegen „Diebstahls geistigen Eigentums" wäre sicherlich angebrachter und erfolgversprechender. Jedenfalls wird der „Widerstand" der Sozialdemokraten längst nicht das Ausmaß annehmen, wie der der Christdemokraten gegen die damalige „Postkartenregelung": Von einer Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes durch die SPD ist keine Rede, obwohl gerade der penetrante Hinweis auf die grundgesetzlich problematische Verlängerung der Dienstzeit von vielen SPDlern geradezu beschworen wird.

„Gleichzeitig entsteht bei 20 Monaten Zivildienst statt 15 Monaten Wehrdienst auch die Frage, ob die vom Grundgesetz vorgeschriebene Gleichheit von Ersatz- und Wehrdienst nicht überzogen wird. Wenn der Bundestag solche Fragwürdigkeiten mißachtet, wird sich das Bundesverfassungsgericht wieder melden müssen", so das „Göttinger Tageblatt".

Das geschäftsführende Mitglied des IG Metall-Vorstands, Georg Benz, forderte die ersatzlose Streichung des Gewissens-TÜV, die Verlängerung bezeichnete er als *„eklatanten Verstoß gegen das Grundgesetz"*. Der DGB nannte die Novelle „unakzeptabel". Weitere Proteste kamen bisher von den JUSOS, den Jungdemokraten, dem Bundesjugendring und der „Zentralstelle für Recht und Schutz der KDV aus Gewissensgründen", die auch mit Klagen vor dem BVG rechnet. Deren Vorsitzender, Pastor Ulrich Fink, erklärte: *„Wahr ist, daß das Menschenrecht nur gewährt wird, wenn man fünf Monate länger dient — unwahr ist, daß man auch einen gelben Stern tragen soll"* („FR", 19.11.). Die DFG-VK kündigte Aktionen zivilen Ungehorsams an: Arbeit nach Vorschrift, Warnstreiks und Arbeitsniederlegungen nach Ablauf von 15 Monaten Dienst. Die Selbstorganisation der ZDL (SOdZDL) kündigte in einer Presseerklärung weitergehende Aktionen an: *„Es wäre nicht das erste Mal, wenn nur noch mit Arbeitsniederlegung, Sabotage oder Streik Politiker zur Vernunft gebracht würden"* („FR", 25.11.).

Lauer Protest kam gar vom Bonner Bundesbeauftragten für den ZD, Hans Iven (SPD), der sich dafür umgehend einen Maulkorb seines Chefs H. Geissler einhandelte. Auch er dürfte ein Opfer der neuen Gesetzesnovelle werden.

Antimil-Kommission/ KB Göttingen

Spitzel für den KGB?

Das lohnt doch nicht

Andropow

10 000 seiner Agenten bei uns

Der neue Kreml-Chef Andropow (68) gab als Leiter des gefürchteten KGB jährlich rund sechs Milliarden Mark für sein Agentenheer aus: 10 000 Spione arbeiten allein im Bundesgebiet, 250 000 im Ausland, 1,5 Millionen in der Sowjetunion selbst. Zum Apparat des KGB gehören weitere 90 000 Beamte und 40 000 Angestellte.

Bild, 30.11.82

Nicht nur in der Sowjetunion ist an jeder Ecke ein KGB-Agent zu finden, auch ‚unser' Land ist bekanntlich mit solchen Agenten übersät. Bekanntlich gehört der von solchen Agenten gesteuerte, angezettelte und mit Sabotageakten begleitete Aufstand in jedes Kriegs- und Krisenspiel der NATO. Nun nennt ‚BILD' endlich Zahlen: 10.000 Agenten in der BRD, 1,5 Mio. in der Sowjetunion. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl entspricht dies der Anzahl der Polizisten in der BRD.

Das erstaunlichste allerdings ist, daß dieses 2-Millionen-Heer von Staatsagenten pro Jahr lediglich 6 Mrd. DM Kosten verursacht, d.h. durchschnittlich 3000,— DM pro Agent und Jahr, womit nicht einmal die Reise- und sonstigen Kosten zu erstatten sein werden. Offensichtlich ist Staatsagent in der SU ein derartiger Ehrentitel, daß sich der KGB vor Zulauf kaum zu schützen weiß. Das dürfte dann auch endlich eine Erklärung für die durch die bürgerlichen Medien bereits einschlägig bekannte wilde Entschlossenheit dieser Agenten erklären — es sind idealistische Fanatiker.

Eine andere Möglichkeit wäre aber, daß die Auslandagenten der Sowjetunion überall derartig hohe Posten einnehmen (Kanzleramtsberater, Industriemanager, etc.), daß sich damit leicht der ganze Apparat finanzieren läßt.

Hier zeigt sich einmal mehr die hoffnungslose Unterlegenheit des ‚freien Westens'. Wann kommt endlich bei uns die „Nachrüstung" auf dem Agentensektor?

Männerfreundschaften in der Rüstungspolitik

CDU und französische Sozialisten haben »wenig Probleme«

„Sie scheinen mit Sozialisten gut auszukommen", meinten Journalisten zu CDU-Kriegsminister Wörner anläßlich des letzten deutsch-französischen Treffens in Bonn.

Wörner daraufhin: **„Besonders mit französischen. Mit der französischen Regierung gibt es in der Außen- und Sicherheitspolitik wesentlich weniger Probleme als mit den deutschen Sozialdemokraten"**. (FR, 21.10.). Im übrigen dürften die Christdemokraten von der rigorosen Sparpolitik der französischen Sozialisten nicht minder angetan sein. Aber das wäre Gegenstand eines anderen Artikels.

Besonders hart sei der Verteidigungsetat in Frankreich beschnitten worden, so westdeutsche Presseorgane im Einklang mit der französischen Rechten. Nun, richtiger scheint, von einer scharfen atomaren Orientierung zu reden. Wie es Kriegsminister Hernu auch deutlich ausdrückt: *„Wer heute die Aufstellung einer neuen Division von Soldaten dem Bau eines weiteren strategischen Atom-U-Boots vorzieht, der gehört in ein anderes Zeitalter"* („Le Monde", 8.10.).

Der französische Rüstungsetat umfaßt 158,8 Milliarden Francs (56,7 Milliarden DM) und steigt somit um ca. 14 %. Während die Haushalte der übrigen Ministerien durchschnittlich um 11,8 % steigen, steigt das Ressort „Atomare Aufrüstungsprogramme" gar um 21,77 %. Dazu sagt Hernu: um 11,8 % steigen, steigt das Ressort „Atomare Aufrüstungsprogramme" gar um 21,77 %. Dazu sagt Hernu: *„Frankreich ist das einzige Land, das es gewagt hat, aus seinem Status als Atommacht sämtliche Konsequenzen zu ziehen. Dieser Prioritätensetzung, der der atomaren Aufrüstung, haben wir alles Nebensächliche und alles, was eingespart gehört, geopfert"* (ebda).

Die Hauptprojekte sind dabei:
— Bau des Raketensystems M.4. mit mehreren Atomsprengköpfen, gedacht zur Ausrüstung des U-Boots „L'invincible" („Das Unbesiegbare");
— Bau des Kampfflugzeuges Mirage 2000, ausgerüstet mit dem Marschflugkörper A.S.M.P.;
— Bau des Raketensystems Hadès, das die bisherigen Pluton-Raketen ablösen soll.

Die in Ostfrankreich stationierten Pluton-Raketen haben eine Reichweite von ca. 120 km. Die Sprengköpfe der Pluton-Raketen haben eine Wirkung von bis zu 25 Kilotonnen TNT (das heißt: die Vernichtungskraft der Hiroshima-Bombe).

Das Brisante dabei, betreffend die deutsch-französische Freundschaft (Kohl: *„Die kostbarste Errungenschaft der Deutschen seit dem Krieg"*; LM, 6.10.), ist: Wenn diese Raketen jemals zum Einsatz kämen, würde das die Zerstörung Baden-Württembergs bedeuten. Hierzu hat sich die französische Regierung stets in diskretes Schweigen gehüllt. Das soll jetzt anders werden: *„Dies müßte sich in Zukunft ändern, wenn die von Paris gestartete Initiative engerer außen- und sicherheitspolitischer Konsultationen mit Bonn seriös gemeint ist"* (FR, 21.10.).

Die Hadès-Raketen, die zu Beginn der 90er Jahre die Pluton-Raketen ablösen sollen, verfügen über eine größere Reichweite: sie sollen immerhin bis in die DDR fliegen können.

„Die Abschreckung", meint Mitterrand, *„kann nicht anders als in umfassender Weise angelegt werden. Es geht nicht an, die Atomwaffen von der übrigen Verteidigung zu trennen"* (LM, 18.10.).

Demgemäß wird auch die Entwicklung der französischen Neutronenbombe vorangetrieben. Meldungen der US-Presse (u.a. „New-York-Times" v. 15.10.), wonach jetzt eine Serienproduktion beabsichtigt sei, dementierte Mitterrand nur lax: *„Die Entscheidung ist noch nicht getroffen worden. Wir verfolgen weiterhin unsere Studien, denn es ist unsere Absicht, eine solche Entscheidung treffen zu können frei von Produktionszeit-Zwängen. Ich lege Wert darauf, diese Möglichkeit offen zu halten. Der nächste Schritt, die Anordnung der Serienproduktion, steht noch nicht an. Ich will mir aber diese Anordnung nicht verbieten, aufgrund des aktuellen Stands der Dinge und aufgrund anderer Produktionen gibt es jedoch auch keine Dringlichkeit"* (LM, 18.10.).

In Zusammenhang mit dieser Prioritätensetzung soll auch ein „neues Armeemodell" entstehen. Hernu bezeichnet das als eine „Akzentverschiebung".

Die Flächenverteidigung des nationalen Territoriums soll der nationalen Gendarmerie anvertraut werden. *„Der Gendarmerie die Aufgabe von Ermittlung, Schutz von Objekten und Neutralisierung infiltrierter Kommandos. Den Bodenstreitkräften die Aufgabe lung, Schutz von Objekten und Neutralisierung infiltrierter Kommandos. Den Bodenstreitkräften die Aufgabe der Bekämpfung bedeutsamerer Elemente"* (LM, 8.10.). Deshalb wächst auch der Etat der Gendarmerie um 14,54 %; zunächst 3000 neue Arbeitsplätze werden dort im Rahmen der Terrorismus-Bekämpfung geschaffen. Klar ist auch, daß für „die schnelle Auslandshilfe" (Hernu meint damit das, was man gewöhnlich „schnelle Eingreiftruppe" nennt) die Mittel ebenfalls nicht gekürzt werden.

Zum „neuen Armeemodell" gehört außerdem eine Änderung der Wehrpflicht. Zukünftig soll ein sogenannter Wehrdienst „à la carte" möglich sein. Damit ist gemeint: mann kann unter den diversen Dientspflichten wählen. Die Wehrpflicht wird auf 6 Monate gekürzt, länger dienende Freiwillige bleiben 18 Monate in der Armee und werden entsprechend höher besoldet. Wer den Wehrdienst von 6 Monaten vorzieht, muß eine militärische Ausbildung an der Schule und häufige Perioden Reservewehrdienst absolvieren. Insgesamt soll das Bodenpersonal der französischen Armee von derzeit 350.000 Mann um 35.000 gekürzt werden.

„Ich höre hier und dort, man sei beunruhigt über das Schicksal der Bodenstreitkräfte, über ihre Stärke und ihre Aufgabenbestimmung. Lassen Sie mich aber erklären: die Hauptbetroffenen, nämlich die Chefs der Bodenarmee, die regen sich nicht auf. Sie wissen ganz genau, daß, wenn auch das künftige Planungsgesetz Akzentverschiebungen beinhaltet, dies jedoch nicht zu ihren ungunsten ist" (Hernu, LM, 14.11.).

Wie ein Journalist von „Le Monde", also einer regierungstreuen Zeitung, anmerkte: *„Bundeskanzler Kohl weiß, daß er auf das Verständnis von Mitterand zählen kann. Paris stimmt dem Doppel-Nachrüstungsbeschluß zu. Anders gesagt: Paris stimmt der Stationierung von Mittelstreckenraketen in fünf europäischen Ländern zu, darunter in der BRD, um die sowjetische SS 20-Überlegenheit zu kompensieren"* (LM, 22.10.).

In so mancher Frage scheinen Kohl und sein „sozialistischer" Kollege in der Tat ein Herz und eine Seele zu sein:

Wer hat wohl folgendes geschrieben? *„Jeder Westeuropäer, der ein Patriot ist, kann nur einen einzigen Gedanken haben, nämlich Yalta rückgängig zu machen. Viele Vorzeichen weisen darauf hin. Doch ohne Krise werden wir aus Yalta nicht herauskommen. Und die haben wir bereits."*

Nein, das stammt weder von Kohl noch von Strauß, sondern vom „Sozialisten"-Chef Mitterand höchst persönlich (aus seinem Buch, zitiert nach „Welt", 26.10.81).

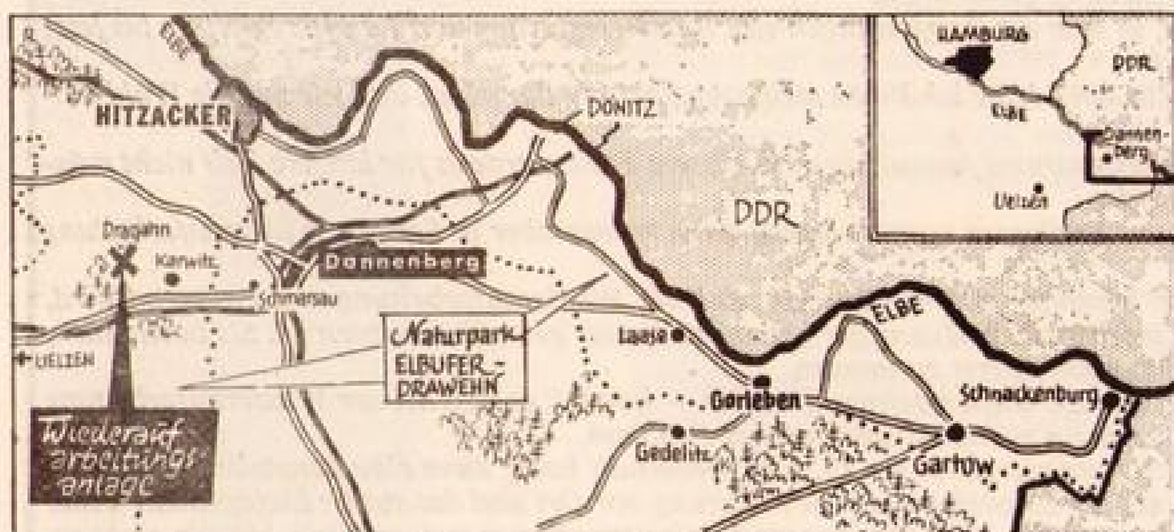
Die Welt ist kompliziert.

Frankreich-Kommission

Albrecht bricht sein Wort

2. November, kaltes Lächeln. Er, Albrecht, halte daran fest, keine WAA in Gorleben errichten zu wollen. Dies schließlich habe er zugesagt. Zu anderen Standorten in Lüchow-Dannenberg habe er sich nicht geäußert.

In der Tat: Die Landtags- und Kommunalwahlen 1982 standen unter dem Motto „Keine WAA" und verhalfen der CDU zum Erhalt der absoluten Mehrheiten in Lüchow-Dannenberg wie im Lande selbst. Erst die Enthüllung einer heimlichen Absprache mit



den kommunalen Größen Lüchow-Dannenbergs durch die Bürgerinitiative veranlaßte Albrecht, die Katze aus dem Sack zu lassen: Die WAA soll nunmehr 26 km von Gorleben und 7 km von Dannenberg entfernt im 35-Seelen-Dorf Dragahn errichtet werden. Auf dem 1000 Hektar großen, eingezäunten und mit Bahnanschluß versehenen Gelände der bundeseigenen Industriever-

und mit Bahnanschluß versehenen Gelände der bundeseigenen Industriever-

waltungsgesellschaft steht bisher lediglich eine Munitions„vernichtungs"fabrik, über die sich der Neofaschist Lembke über Jahre hinweg seine im Heideboden deponierten Waffenbestände an Land ziehen konnte. Eine Auskunft hierzu wurde vom Geschäftsführer dieser Fabrik, gleichzeitig Bürgermeister des Nachbardorfs Karwitz, bis heute verweigert.

Vor 1945 mußten im Dragahner Wald bis zu 10.000 Kriegsgefangene Zwangsarbeit in einer Munitionsfabrik leisten; Nazi-Experten arbeiteten dort an der Entwicklung von V1 und V2-Waffen. Ein „würdiger" Standort also für die erste deutsche und mit 700 Tonnen Jahresdurchsatz in Europa bisher größte geplante Plutoniumfabrik.

Ein Schlag ins Gesicht . . .

. . . ist der jüngste Albrechtvorstoß für die Mehrhzahl der Lüchwo-Dannenberger, die den Zusagen ihres „Landesvaters" vertraut hatten. Er gibt auf der anderen Seite all jenen „Berufsdemonstranten" recht, die Albrecht immer mißtraut hatten und der DWK keinen Fußbreit im Landkreis zugestehen wollten.

Die zum Zeitpunkt der Albrecht-Entscheidung 1979 für die Atommafia maßgebliche Linie wurde bereits 1977 auf einer nichtöffentlichen Informationssitzung des Ausschusses für Forschung und Technologie vom Chef der Wiederaufarbeitungsgesellschaft DWK, Scheuten, vorgetragen: *„Für uns ist der Bauzeitplan bezüglich des gesamten Entsorgungszentrums weniger wichtig als vor allem die Inbetriebnahme des Lagerbeckens* (sprich: des Zwischenlagers, Anm. AK). *Sobald wir das Lagerbecken haben, haben wir in zeitlicher Hinsicht genügend Flexibilität, die wir auch nach meiner Auffassung brauchen, um in großer Ruhe und aller Sorgfalt die Wiederaufarbeitungsanlage selbst zu planen, zu bauen. ... Deshalb kommt es nicht so sehr darauf an, wieviel Bauzeit wir für die Wiederaufarbeitungsanlage selbst brauchen; ob das vier, fünf oder sechs Jahre sind, spielt im Grunde genommen keine Rolle. Wichtig ist nur die Inbetriebnahme des Zwischenlagerbeckens"* („Gorleben Aktuell", Nr. 7). Dies wußte Albrecht, als er 1979 die spektakuläre Entscheidung fällte, die WAA *„aus politischen Gründen"* aus der Gorleben-Planung nehmen zu wollen. Mit diesem Schritt bezweckte Albrecht zum einen, *„der SPD die Chance (zu) geben, in den Zustand hinreichender Verantwortlichkeit zurückzukehren"*, wie sein Hofschreiber vom „Rundblick" (28.4.79) vermerkte. (Die SPD hatte 1979 auf Landesebene das Entsorgungszentrum auch aus sicherheitstechnischen Gründen abgelehnt und auf Bundesebene den Genehmigungsvorbehalt gegen den Schnellen Brüter unterstützt.) Zum anderen sollte dies *„zur Beruhigung der Gemüter"* insbesondere bei der bäuerlichen CDU-Stammwählerschaft in Lüchow-Dannenberg beitragen, deren Stimmung er im Zuge des Trecks nach Hannover auch in unmittelbarer Konfrontation zu spüren bekommen hatte. In einem Brief an Helmut Schmidt (siehe Kasten), drei Wochen nach der Gorleben-Entscheidung, erklärte Albrecht, *„daß zumindest eine gute Chance gegeben ist, die Tiefbohrungen vornehmen zu können, wenn die Wiederaufarbeitung aus der Planung herausgenommen wird. In der Tat ist es dieser Teil des NEZ, der vor allem die Ängste der Bevölkerung auf sich gezogen hat. Entscheidend für die Richtigkeit dieser Prognose ist allerdings, daß die Bevölkerung uns g l a u b t , daß das Projekt der Wiederaufarbeitungsanlage nicht weiter verfolgt wird . . ."*

Aus der endlosen Liste von seither vorgebrachten Beteuerungen, die WAA sei vom Tisch, seien nur einige Beispiele erwähnt:

- Am 4.5.79 lehnten der Kreisausschuß und am 15.5.79 die CDU-Kreistagsfraktion einstimmig den Bau einer WAA ab.

- Am 27.10. bestätigte die Pressestelle der niedersächsischen Landesregierung *„die klare Haltung der Landesregierung, die den Bau der Anlage für den Landkreis Lüchow-Dannenberg ablehnt"*.

- Am 12.2.80 beschloß der CDU-Kreisparteitag: *„Es muß sichergestellt sein, daß auch nach Errichtung eines Zwischenlagers keine WAA im Kreis Lüchow-Dannenberg gebaut wird, und der Kreistag knüpfte am 5.3.80 die Zustimmung zum Zwischenlager an die Voraussetzung, daß eine WAA in Lüchow-Dannenberg nicht gebaut wird."*.

- Am 9.4.81 prophezeite der niedersächsische CDU-Generalsekretär Haaßengier: *„Eine derartige Anlage kommt für diesen Kreis nicht in Frage, denn es geht um die Glaubwürdigkeit des Ministerpräsidenten. Daß er glaubwürdig ist, kann keiner in Frage stellen."*

- Am 21.5.81 schrieb Albrecht an den Bürgermeister der Samtgemeinde Gartow einen Brief, um ihn in der für die Zustimmung zum Zwischenlager entscheidenen Gorlebener Ratssitzung verlesen zu lassen. Darin hatte er *„noch einmal unter Berufung auf meine Regierungserklärung vom 16. Mai 1979 und die wiederholten Äußerungen der Landesregierung"* bestätigt, *„daß die Landesregierung einem etwaigen Antrag auf Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage im Landkreis Lüchow-Dannenberg auf keinen Fall zustimmen wird."*

Selbst diese von ihm bestätigte Aussage glaubt Profilügner Albrecht heute mit seinem Dragahn-Vorstoß in Einklang bringen zu können: Auch hier sei *„für den unvoreingenommenen Leser deutlich: Es ging ausschließlich um Gorleben und um keinen anderen Standort"* („Elbe Jeetzel Zeitung" -EJZ-, 4.12.82).

Ganz offensichtlich muß man/frau erblindet oder total korrumpiert sein, um in der Leseart eines Ernst Albrecht als „unvoreingenommen" zu gelten . . .



„Wer Versprechen bricht, fordert Widerstand heraus!"

Verstummt sind mittlerweile die ersten großspurigen Ankündigungen Albrechts, die Bevölkerung von Lüchow-Dannenberg stände einer WAA *„sehr gelassen"* gegenüber, was *„auf den Erfolg der Aufklärung durch die gemeinsame Informationsstelle des Bundes und des Landes in Lüchow zurückzuführen sei"* („FAZ", 3.11.82). Tatsächlich erinnert im Wendland derzeit vieles an die Trecker-Stimmung vom März 1979: Überfüllte Informationsabende in den Dörfern mit je 150-300 Teilnehmern, Großanzeigen mit zahlreichen Unterstützerunterschriften in der Lokalzeitung, Reorganisierung von Bürgerinitiativen und Widerstandsgruppen. Bisheriger Höhepunkt war ein erster Treckersternmarsch auf Dannenberg mit nahezu 300 teilnehmenden Schleppern und 1500 Kundgebungsteilnehmern am 13. November.

Abgesehen von den Erklärungen der vielfältigen Widerstandsgruppen im Landkreis wurden bisher auf Kreisebene von allen Parteien mit Ausnahme der CDU Beschlüsse gegen die Dragahn-Pläne verabschiedet, zusätzlich hat sich der Samtgemeinderat der Kleinstadt Hitzacker geschlossen gegen die WAA gestellt.

Der Vorstand der ÖTV-Kreisverwaltung Nord-Ost-Niedersachsen hat in einer einstimmig angenommenen Erklärung davor gewarnt, *„die Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit unserer parlamentarischen Demokratie in Frage zu stellen"* und erklärt, daß er *„im Interesse seiner Mitglieder, deren Angehörigen sowie der Bewohner in den Landkreisen Lüchow-Dannenberg und Uelzen alle Pläne zur Benennung und Untersuchung"* eines WAA-Standortes in Dragahn oder anderswo generell ablehnt (nach „EJZ", 24.11.). In einer mutigen Erklärung haben 12 Pastorinnen und Pastoren ihre Empörung darüber zum Ausdruck gebracht, *„daß christliche Politiker, allen voran unser Ministerpräsident Dr. Albrecht, so unverantwortlich mit der Wahrheit umgehen, wie es in den letzten Wochen offenbar wurde"*. Eine WAA habe kaum zusätzliche Arbeitsplätze, *„dafür aber den Verlust der Landschaftsstruktur und die Zerstörung zwischenmenschlicher Beziehungen zur Folge: Wir rechnen mit einer vielfältigen Gefährdung und Zerstörung all dessen, was uns jetzt noch hier das Leben lebenswert macht."* Sie ständen *„hinter allen Menschen"*, die den Landkreis erhalten wollten und *„appellieren an alle Glieder unserer Gemeinden, im Vertrauen auf Gottes Wort und seine Zukunft, ihr Leben und die Zukunft unserer Heimat zu gestalten und sich nicht einschüchtern oder verlocken zu lassen"* („EJZ", 3.12.).

Diese Intervention der Dannenberger Pastor(inn)en provozierte im niedersächsischen Landtag eine Art Tobsuchtsanfall des Landesheiligen Nr. 1, Ernst Albrecht, der in seinem Leben noch nie *„etwas unchristlicheres"* gesehen habe, *„als in dieser Weise einen solchen Horror zu verbreiten"*. Der *„pseudoreligiöse Charakter"* der Diskussion sei einfach *„schlimm, ... soviel Ignoranz und das im Namen einer Pfarrerschaft als Kollektiv"* gehe, wie überhaupt *„das Problem der politisierenden Pfarrer"* über das hinaus, *„was in der Politik erträglich ist"* („EJZ", 4.12.).

Kaum weniger „unvoreingenommen" hatte einige Tage zuvor der Sprecher der niedersächsischen Landesregierung, von Poser, den Protest gegen Dragahn als *„unverantwortliche Kampagne einiger Splitterorganisationen und Einzelpersonen"* abgekanzelt. *„Weil sich die Bürger sachkundig gemacht hätten"* ließen sie sich jedoch *„nicht mehr von vordergründigen Panikmachern verwirren"* („EJZ", 24.11.).

Allerdings beschränkt sich der nennenswerte Protest gegen eine WAA Dragahn bisher auf die unmittelbar betroffene Region. Die Landes-SPD beispielsweise ist längst im christlichen Arsch des Ministerpräsidenten verschwunden. In einer wohl beispiellosen Demutsgeste drängelte sich ihr Fraktionssprecher Bruns nur einen Tag nach Enthüllung der Dragahn-Pläne zur Presse, um der Landesregierung seine 100%ige Unterstützung kundzutun: *„Energiepolitisch sinnvoll"* sei die WAA allemal". Sie im Landkreis Lüchow-Dannenberg zu errichten, sei zudem *„wirtschaftspolitisch sinnvoll"* („HAZ", 3.11.). Dieser Kurs wurde nach einigem Murren über das eigenmächtige Vorpreschen Bruns am 9.11. von der Gesamtfraktion der SPD bei nur 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltun-

von der Gesamtfraktion der SPD bei nur 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltun-

gen abgesegnet. Der Lüchow-Dannenberger SPD-Abgeordnete *„scheiterte mit dem Antrag, den Bau einer WAA im Landkreis Lüchow-Dannenberg ausdrücklich auszuschließen"* („HAZ", 10.11.). Die mit 5,1% im Landtag vertretene FDP-Fraktion versuchte sich mit 7 zu 2 Stimmenmehrheit und dem Vorschlag, *„daß Gorleben möglicherweise ein geeigneterer Standort sei als Dragahn"* („HAZ", 2.12.) r e c h t s von der CDU zu profilieren.

Dragahn Favorit?

Es steht außer Frage, daß es ein 2. „Gorleben-Hearing" oder WAA-Moratorium auf absehbare Zeit nicht geben wird. Die DWK, die anfangs ihr Hauptgewicht auf die Errichtung einer Bayern-WAA legen wollte (weil — so die niedersächsische Landesregierung — *„Niedersachsen im Gegensatz zu Bayern die Arbeiten an einer solchen Anlage nicht wirksam gegen militante Aktionen gutorganisierter Gruppen schützen könne"* („HAZ", 2.11.), erklärte bereits einen Monat nach Bekanntgabe der Dragahn-Pläne Niedersachsen zum favorisierten Bundesland („EJZ", 2.12.). Dabei dürfte nicht allein die Aussicht auf die modifizierte Form des ursprünglich geplanten „Entsorgungsparks" locken, sondern auch der 25%ige finanzielle Zuschuß in Höhe von mindestens 1 Mrd. DM aus Steuergeldern (Zonenrandförderung). Die Ernsthaftigkeit der Dragahn-Pläne wird auch unterstrichen durch die Festlegung, auf alte WAA-Pläne in Hessen und Rheinland-Pfalz für's Erste zu verzichten und alle Kräfte auf 2 WAAs *„mit mittlerer Kapazität, die bis Ende des Jahrhunderts für erforderlich ge-*

Fortsetzung nächste Seite

Mensch, Ernst!

Alle reden von Wählerbetrug. Wie wär's, wenn Du Dragahn einfach umbenennen ließest? Ein prima Ortsname wäre „KEINEMFALL" – die WAA würde dann gebaut in ...... na? Na bitte! Großes christliches Ehrenwort – und ehe die Leute was kapieren, steht das Ding schon da.

Übrigens, wenn Dich noch mal jemand danach fragt: Dragahn liegt von Gorleben über 40 000 km entfernt. So wahr mir Gott helfe! Man muß nur andersrum messen, hihi ...

Keep smiling, Ernst. Solange Du kannst!

Bis bald in Hannover – Peter Bauhaus aus Soven.

Forts. von vorhergehender Seite

halten werden" in Dragahn und Schwandorf/Bayern zu konzentrieren, wobei die Genehmigungsverfahren für beide 700-to-Anlagen parallel vorangetrieben werden sollen, *„um Zeit und Kosten zu sparen"* („HAZ", 3.11.).

Für Lüchow-Dannenberg geht es mit dieser Neuorientierung um Alles oder Nichts. Das ursprüngliche Entsorgungszentrum soll nun über den ganzen Landkreis verteilt werden mit all den dazugehörigen Transportbelastungen. Der zukünftige Atomkreis würde zusammengehalten durch
- ein Zwischenlager für schwach- und mittelaktiven Müll (im Bau)
- ein Zwischenlager für Castor-Brennelementbehälter (=WAA-Eingangslager, im Bau)
- vielfältige Einrichtungen für das Salzstock-Endlager inklusive einer gigantischen Salzhalde
- die letztlich bis auf 1400 Tonnen Durchsatz ausbaubare WAA-Dragahn (für eine 350-to-Anlage werden 200 ha, also ein Fünftel der vorhandenen Fläche benötigt)
- das bereits im niedersächsischen Landesentwicklungsplan berücksichtigte AKW in Langendorf
- eine geplante Konditionierungsanlage für nicht-wiederaufarbeitbaren Atommüll im Raum Clenze
- eine bereits im Bau befindliche neue Polizeikaserne in Lüchow.

Dazugerechnet werden müssen alle nötigen Straßen, Eisenbahnlinien und Starkstromtrassen.

Aus dem Dargelegten sollte deutlich geworden sein, daß von der Naturlandschaft internationalen Rangs und dem landwirtschaftlichen Kreis mit Kurorten nichts mehr übrigbleiben wird, wenn Albrecht sein Programm durchsetzen kann. Als denkbare Alternative für hartnäckige Landwirte verbliebe die Umstellung auf die sogenannte „alternative" Bioäthanol-Produktion, also auf Ackerpflanzenanbau nicht für die Nahrungskette, sondern zur Erzeugung von Benzin.

AKW-Nein-Kommission

Anm.: Über die mit der Standortbekanntgabe Dragahn erheblich forcierte Polarisierung im Landkreis Lüchow-Dannenberg und die Durchsetzungsstrategien der Atommafia (Rolle der diversen Pro-BIs, Arbeitsplatzdemagogie, Rolle der Kommunalpolitiker) soll in einem der nächsten AKs berichtet werden.

★ ★

MITTELAMERIKANISCHER STAAT **SUCHT:**

CHRISTDEMOKRATISCHE . . .

. . . MINISTERPRÄSIDENTEN
. . . BUNDESTAGSABGEORDNETE
. . . LANDTAGSABGEORDNETE
. . . KOMMUNALPOLITIKER
. . . OBERKREISDIREKTOREN etc.

MIT LANGJÄHRIGER ERFAHRUNG IN DER DURCHSETZUNG VON ATOMPROJEKTEN WIE:

WAA, ATOMKRAFTWERKE, ZWISCHENLAGER, ENDLAGER usw.

GEÜBT IM MANIPULIEREN, BELÜGEN UND BETRÜGEN DER BEVÖLKERUNG, BESPITZELN UND VERLEUMDEN VON ATOMGEGNERN,

OHNE SKRUPEL VOR BRUTALEN POLIZEIEINSÄTZEN GEGEN ALLE, DIE IHRE RECHTE, HEIMAT, GESUNDHEIT, ZUKUNFT ERHALTEN WOLLEN.

WIR SUCHEN GESTANDENE PRAKTIKER, DIE BEREIT SIND, ÄHNLICHE PROJEKTE UNTER VERGLEICHBAREN ARBEITSBEDINGUNGEN DURCHZUSETZEN!

GEBOTEN WIRD:

KOSTENLOSE ÜBERSIEDELUNG ERSTER KLASSE, HOHE GEHÄLTER, ABLÖSUNG ALLER BISHER ENTGEGENGENOMMENEN MEINUNGSBILDENDEN STRUKTURHILFEN FINANZIELLER ART BIS ZU EINER HÖHE VON DM 5 000 000,– DURCH DEN NEUEN ARBEITGEBER.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen an: Reinhold Waßmuth, Bösel.

★ ★

Dr. Ernst Albrecht
Niedersächsischer Ministerpräsident

Hannover, den *8. Juni 79*

An den
Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland
Herrn Helmut Schmidt
Postfach 120 535

5300 Bonn 1

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

nach der Erklärung, die ich im Namen der Landesregierung am 16. Mai vor dem Niedersächsischen Landtag abgegeben habe, hat die Bundesregierung ihrerseits Stellung genommen.

Ich möchte den entscheidenden Punkt, in dem die Auffassungen von Bundesregierung und Landesregierung bis jetzt auseinandergehen, noch einmal aufgreifen.

Im Verlauf unserer Besprechung vom 30. April habe ich Ihnen meine Auffassung dargelegt, daß wir nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten hätten:
a. am Konzept des Integrierten Entsorgungszentrums festzuhalten. In diesem Falle werde es für längere Zeit nicht möglich sein, Tiefbohrungen durchzuführen, oder
b. die Tiefbohrungen zur Vorbereitung des Endlagers vorzunehmen; dann müsse aber in Sachen Wiederaufarbeitung Ballast abgeworfen werden.

Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, stimmten mit mir überein, daß die Wiederaufarbeitung erst zwingend wird, wenn eine positive Entscheidung über die industrielle Nutzung der Schnellen Brüter getroffen worden ist. Sie baten mich, in der Regierungserklärung diesen Gesichtspunkt zuerst zu nennen.

Für die Landesregierung — im Unterschied zur niedersächsischen SPD — handelt es sich bei der Wiederaufarbeitung überwiegend um ein politisches und nicht um ein sicherheitstechnisches Problem.

Wie ich Ihnen am 30. April sagte und im Kernenergierat am 15. Mai wiederholt habe, kann eine Baustelle in Gorleben zur Zeit, d.h. solange die überwiegend feindliche Einstellung der Bevölkerung vor Ort und das starke Engagement weiter Bevölkerungskreise in der Bundesrepublik gegen das NEZ gegeben sind, mit vertretbaren polizeilichen Mitteln nicht geschützt werden. Wenn die Bundesregierung am ursprünglichen Konzept festhält und nur die zeitliche Verwirklichung etwas hinausschiebt, wird dies zu einem völligen Stillstand führen, dessen Dauer nicht abzuschätzen ist. Nach Auffassung der Landesregierung wird dann mit hoher Wahrscheinlichkeit schon bald ein Punkt erreicht sein, wo die Verwaltungsgerichte feststellen, daß keine reale Perspektive auf Entsorgung und Endlagerung besteht.

Hingegen glaubt die Landesregierung, daß zumindest eine gute Chance gegeben ist, die Tiefbohrungen vornehmen zu können, wenn die Wiederaufarbeitungsanlage aus der Planung herausgenommen wird. In der Tat ist es dieser Teil des NEZ, der vor allem die Ängste der Bevölkerung auf sich gezogen hat. Entscheidend für die Richtigkeit dieser Prognose ist allerdings, daß die Bevölkerung uns glaubt, daß das Projekt der Wiederaufarbeitungsanlage nicht weiter verfolgt wird. Um es mit den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion zu sagen, daß das Nein zur Wiederaufarbeitungsanlage „kein Ja in Wartestellung ist".

Ich habe deshalb Vokabeln wie „für den Zeitraum, für den wir zu entscheiden haben", „für diese Generation", „für diese Politiker-Generation" gebraucht, alles Begriffe, die interpretationsfähig sind und über die gesprochen werden kann. Entscheidend ist, daß die Arbeiten zur Vorbereitung eines Endlagers weitergehen, und daß die Entsorgungskoppelung nicht den Betrieb der vorhandenen Kernkraftwerke lahmlegt und den Bau weiterer verhindert.

Die Landesregierung ist bereit, in Gesprächen mit der Bundesregierung über eine Neufassung der Entsorgungsgrundsätze zu beraten. Dabei sollte auch berücksichtigt werden, daß das Atomgesetz selbst nicht — wie die Entsorgungsgrundsätze — von „Wiederaufarbeitung", sondern von einer „schadlosen Verwertung" der radioaktiven Reststoffe spricht, die — in welcher Form auch immer — lediglich unter gewissen Voraussetzungen und keineswegs innerhalb bestimmter Fristen durchzuführen ist.

Die Landesregierung empfiehlt der Bundesregierung nicht, das Entsorgungskonzept aufzugeben. Wohl aber empfiehlt sie eine Ergänzung dieses Konzepts im Sinne meiner Regierungserklärung.

Zu Ihrer Information darf ich Ihnen schließlich die Ausführungen des Oppositionsführers im Niedersächsischen Landtag übersenden und Ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die angestrichenen Stellen lenken.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Ernst Albrecht

Probebohrungen für WAA begonnen — Baubeginn schon 1984? —

Schon 1974 wurde regierungsintern der Standort Wackersdorf für die Errichtung einer WAA genannt, jahrelang war dies öffentlich bestritten worden. Aber schon damals kaufte das Landratsamt Schwandorf Gelände zum Billigtarif von 50 Pfennig pro Quadratmeter zusammen. Am 28.10.82 wurde das atomrechtliche Genehmigungsverfahren für diesen Standort eröffnet. Neben Dragahn (Kreis Lüchow-Dannenberg) ist Wackersdorf inzwischen der einzig verbliebene Standort. Am 22.11.82 wurde bereits mit Probebohrungen begonnen, vorausgegangen war ein sogenanntes Raumordnungsverfahren.

Raumordnungsverfahren in Rekordzeit

Zweieinhalb bis drei Jahre sind für solche Raumordnungsverfahren nicht ungewöhnlich; eineinhalb Jahre waren zu Beginn offiziell veranschlagt worden. Doch schon am 17.9.82, sieben Monate nach Beginn (im Februar 1982), verkündete die Regierung Oberpfalz den Abschluß des Verfahrens: 75 Stellungnahmen von Verbänden, Kommunen und Behörden waren ebenso wie die Ablehnung des Raumordnungsverfahrens wegen mangelhafter Unterlagen der DWK durch den Kreistag Oberpfalz und der Stadt Schwandorf abgehakt worden.

Neben der WAA sind noch drei weitere Atomanlagen geplant:
— ein riesiges Zwischenlager mit einer Kapazität von 1.500 t SM (wie anfangs in Gorleben);
— eine Großanlage zur Herstellung von Brennelementen unter Einschluß von Plutonium; Plutonium soll aus der WAA gewonnen werden;
— eine Großanlage zur „Endlagerung" von hochradioaktivem Atommüll; 100 Jahre darf eine solche „Endlagerung" oberirdisch erfolgen.

Eine politische Standortentscheidung

Durch das Raumordnungsverfahren fiel der Standort Teublitz als „ungeeignet" aus dem Rennen: Dort soll ausnahmsweise „ökologisch wertvolles Waldgelände" erhalten werden, außerdem sei die geologische Struktur ungeeignet wegen Niveauunterschieden von 61 Metern, wo offenbar auch die moderne Technologie passen muß.

Das Gutachten des Planungsverbandes Regensburg hatte im Gegenteil für Teublitz Standortvorteile erkannt, bei Wackersdorf und auch teilweise für Steinberg bestanden Bedenken wegen des dortigen Grundwasserreservoirs. Tatsache ist, daß Teublitz als einzige bayerische Standortgemeinde heftig gegen die geplante WAA protestierte und sich damit aus dem Rennen warf.

Steinberg fiel aus dem Rennen, weil das Gelände dort einem Privatbesitzer gehört, der sich gegenüber der BI als Kläger gegen die Anlage zur Verfügung gestellt hatte. Über den Verkauf eins Teils des Grundstücks an die BI wurde bereits verhandelt; in Wackersdorf hingegen gehört das gesamte Gelände dem Freistaat Bayern, der Gemeinde und dem „Bayernwerk" als Nachfolger der „Bayerischen Braunkohlenindustrie" (BBI).

Dieser Vorteil ist allemal eine Grundwasserverseuchung wert.

Die DWK im Schwandorfer Werbebüro erklärte die Standortwahl für das jetzt eingeleitete atomrechtliche Verfahren für Wackersdorf auch folgendermaßen: Es *„eignet sich schon allein deswegen besser wegen der dort vorhandenen Infrastruktur und der damit verbundenen einfacheren verkehrstechnischen Erschließung ...".* Dafür ist seit 1974 einiges getan worden: So erhielten dort selbst Firmen einen Gleisanschluß, die ihn (derzeit noch) gar nicht gebrauchen können. Zudem spielt die Arbeitslosenstruktur eine wichtige Rolle. In Schwandorf ist eine Quote von 13 % bereits erreicht, im kommenden Winter erwartet das Landesentwicklungsministerium in Teilen des Grenzlandes sogar eine Quote bis zu 50 % („NT", 1.12.82). Erst Ende September wurde die BBI in Wackersdorf endgültig stillgelegt, vor wenigen Jahren waren dort noch 1.400 Menschen beschäftigt. Nach der geballten „Aufklärung" der IG Bergbau (und der DWK) muß jeder Bergmann jetzt seinen zukünftigen Wohlstand von diesem Atomprojekt erwarten: 2.500 Baustellenarbeitsplätze und 1.800 für den Betrieb der Anlage stehen in Aussicht.

2 Millionen DM jährlich stellt die DWK allein für Werbung zur Verfügung: Wöchentliche Großanzeigen, Fahrten mit der Polizei nach Frankreich (zur dortigen WAA) und Werbung für Umschulungsmöglichkeiten werden mit Verdummungsparolen nach dem Motto gekoppelt: *„Personal in WAA lebt länger als anderswo"* („MBZ", 26.11.82).

Nach diesem Muster schrieb auch Franz Josef Strauß einen „Offenen Brief" (in allen Zeitungen) an die BI. Das Risiko einer WAA im Betrieb betrage *„höchstens ein Prozent des ohnehin schon sehr kleinen durch den Betrieb eines Kernkraftwerks entstehenden Risikos für die umwohnende Bevölkerung".* Das Krebsrisiko werde *„nicht ... erfaßbar sein"* („MBZ", 4.11.).

Letzteres mag stimmen, solange in der BRD weiterhin keine Krebsstatistiken geführt werden, obwohl sich im Umkreis der US-WAA Savanna-River die Krebsfälle verdoppelt hatten und die Kindersterblichkeit um das Dreifache gestiegen war („NT", 26.11.82). Man staunt auch, wieso trotz des geringen Risikos WAA's immer noch nicht störungsfrei laufen können.

„Erste Stufe des Terrors"

Am 22.11.82 begannen — wie erwähnt — die Probebohrungen, vier bis fünf Bohrungen läßt das Landratsamt niederbringen (20 cm Durchmesser und 50 bis maximal 95 m tief). Anfang 1983 soll dann das Hauptuntersuchungsprogramm laufen. Seither verlassen sich die WAA-Betreiber auch weniger auf ihre Verdummungskampagne als auf die Polizeimacht des Staates:

Jeder Fußgänger und Fotofreund wird kontrolliert und festgehalten. Spazierenden Pensionären wurde geraten, sich einen „Passierschein" zu besorgen („NN", 7.12.). Umweltminister Dick rückte die BI gleich in die Terroristenecke, um für die Polizeimacht des Staates die richtige Einstimmung zu geben: Wegen Zwischenrufens ließ er auf einer CSU-Veranstaltung den 1. Vorsitzenden der BI aus dem Saal weisen, anschließend nannte er das die **„Erste Stufe des Terrors"** („NT", 25.9.). Der Rausgeworfene ist Richter und auch CSU-Mitglied. Jetzt ist gegen Richter Burkhardt auch noch ein Disziplinarverfahren anhängig; er habe Umweltminister Dick zu dieser Beleidigung provoziert! Auch der BGS, der in Schwandorf stationiert ist, versteht es, sich in letzter Zeit in der Presse ins rechte Licht zu setzen: Ende November wurden Vertreter der Behörden, Schulen, Industrie und Politik ins BGS-Offizierskasino geladen, *„um falsche Vorstellungen zu korrigieren ... Auch von der schwierigen und überaus gefährlichen Alltagsarbeit des BGS erfuhr man im Bild von den Einsätzen der Schwandorfer Truppe in Brokdorf, an Bohrstellen beim Ausbau der Startbahn West und bei Einsätzen nicht leichter Art in Gorleben"* („NT", 29.11.82).

Zum Widerstand

Seit Beginn der Bohrungen findet jeden Sonntag ein Spaziergang dorthin statt. Die Baufirma bekommt bereits Tage vorher mitgeteilt (bzw. „zugespitzelt"), wieviele Spaziergänger z. B. aus Nürnberg zu erwarten sind.

Die BI legt im Moment den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die rechtlichen Möglichkeiten beim atomrechtlichen Verfahren, mehrere Arbeitskreise arbeiten an Klagebegründungn, Einwendungen und sammeln Gelder zur Prozeßhilfe. Der BI Schwandorf gehören formell immerhin 6.000 Personen an, in der gesamten Oberpfalz gibt es sogar 12.000 BI-Mitglieder. Es werden selbst in den kleinsten Dörfern Veranstaltungen organisiert, aber auch Großveranstaltungen, wie die letzte mit Dieter Hildebrandt in Schwandorf; mehr als 1.700 Karten konnten trotz Andrangs einfach nicht verkauft werden. Immerhin hatten bei der Eröffnung des Raumordnungsverfahrens (am 27.3.82) ca. 30.000 Leute demonstriert, am Wochenende nach der Einleitung des atomrechtlichen Verfahrens kamen (kurzfristig mobilisierte) 1.000 Menschen zum Standort Wackersdorf. Im Ort selbst hat aber die BI einen schweren Stand.

Nach einem Bericht einer Nürnberger Genossin

Der Tod aus dem Schlot

Während in bundesdeutschen Wohnstuben alle Jahre wieder zu Weihnachten die Schönheit des deutschen Waldes besungen wird („Oh Tannenbaum, oh Tannenbaum, wie schön sind deine Blätter"; „Draußen vom Walde komme ich her..."), hat sich draußen einiges verändert: Der Wald ist am Ende. Schwefeldioxid, aus den Schloten der Kraftwerke in die Umwelt geschleudert, verbindet sich mit Wasser zu Schwefelsäure und gelangt als „saurer Regen" in die Böden. Die Folge ist eine zunehmende Versauerung der Böden, die schon heute 10 % der bundesdeutschen Wälder vernichtet hat. Die Forstwirtschaft rechnet mit einem Verlust von jährlich einer halben Milliarde Mark.

Doch nicht nur die Wälder gehen ein. Die Schwefelsäure frißt am Beton, so daß Spannbetonwerke reißen, Autobahnbrücken zusammenbrechen, Hamburgs Fernsehturm einer Runderneuerung bedarf und sich kürzlich die Westberliner Kongreßhalle mit einem spektakulären Einsturz verabschiedete.

In der Landwirtschaft versucht man dem Säureregen Herr zu werden, indem man jährlich über einen Zentner Kalziumoxid pro Hektar als Bindemittel ausstreut. Doch langfristig droht ein viel größeres Problem: Bei anhaltender Belastung durch sauren Regen und Schwermetalle wird der Boden als Filter für das Grundwasser und damit für das Trinkwasser unwirksam.

Bei solcher Umweltvergiftung bleiben Folgen für die menschliche Gesundheit nicht aus. Schon heute sind die Erkrankungen von Menschen in den industriellen Ballungsgebieten doppelt so hoch wie in „sauberen" Landstrichen. Die Bundesrepublik hat eine der höchsten Krebsraten der Welt.

Das alles müßte nicht sein, denn schon seit Jahrzehnten gibt es Verfahren zur Abgasreinigung, wie z.B. die umweltfreundliche Wirbelschichtfeuerung. Während solche umweltschonenden Industrie-Anlagen als Exportschlager ins Ausland verkauft werden, muß hier — nach jüngsten wissenschaftlichen Untersuchungen — mit über 100 Toten bei 1.000 Megawatt Kohlestromkapazität pro Jahr gerechnet werden.

Noch heute werden Kraftwerke ohne Entschwefelungsanlagen gebaut, 1984 wird sogar mit dem Kraftwerk Buschhaus bei Offleben (Niedersachsen) die größte Schwefelschleuder Europas in Betrieb gehen. Der § 17 des Bundesimmissionsschutzgesetzes („wirtschaftliche Unvertretbarkeit") gibt der Industrie die Möglichkeit, eine Umrüstung ihrer Altanlagen mit dem Hinweis auf die Kosten abzulehnen.

Sind von einer Neufassung der „Technischen Anleitung Luft" (TA-Luft) einschneidende Veränderungen zu erwarten?



Und stetig sterben die Wälder ...

Im Ruhrgebiet ist das große Waldsterben nicht mehr zu übersehen. Eine Untersuchung des Landwirtschaftsministeriums ergab, daß für 58 % der untersuchten Fichtenbestände eine akute Waldgefährdung vorliege. In anderen Bundesländern sieht die Situation nicht wesentlich besser aus. In Bayern sind bereits 160.000 ha, in Baden-Württemberg 130.000 ha und in Niedersachsen 124.000 ha Wald verseucht. Ein von der alten Bundesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten ergab, daß auf 562.000 von 7,3 Millionen ha Wald (der doppelten Fläche des Saarlandes) nur noch Baumskelette stehen (1). Ein Experte des hessischen Landesamtes für Umwelt in Wiesbaden schätzt, daß „etwa 70 % unserer Nadelwälder vom Absterben bedroht sind" (2).

Für den Laien sind die Schäden oft erst sichtbar, wenn es zu spät ist. In Buchenwäldern wachsen keine jungen Bäume mehr nach, weil die Keimlinge auf dem versauerten Boden schon im ersten Jahr wieder absterben; Blätter verfärben sich und bei den Nadelbäumen fallen zunächst bei den stammnahen Teilen der Zweige die Nadeln ab.

Skandinaviens Seen werden sauer: Made in Germany

Doch nicht nur der deutsche Wald stirbt. Um die Immissionen in der Nähe der Kraftwerke nicht ins Uferlose wachsen zu lassen, wurden in den letzten Jahren die Schornsteine in immer himmlischere Höhen gebaut, in Bergkamen hat die VEW bereits 284 Meter erreicht. Das Schwefeldioxid wird von den Winden in großer Höhe über riesige Entfernungen transportiert. Bereits 1971 beschwerte sich der damalige schwedische Außenminister Bengtson bei der Bundesregierung über die Schmutzfrachten aus dem Ruhrgebiet. Geändert hat sich nichts, und so gibt die schwedische Regierung jährlich 15 Millionen Kronen aus, um ihre sauer werdenden Seen durch Kalken zu neutralisieren. 20.000 norwegische und schwedische Seen sind bereits biologisch tot, Fische können hier nicht mehr existieren. Zehntausend weiteren Seen droht das gleiche Schicksal (3).

Schwedische Forscher haben berechnet, daß 70 % des Schwefels in der Atmoshpäre über Südschweden aus menschlicher Tätigkeit stammen, wovon 77 % ihren Ursprung außerhalb Schwedens haben (4). Aber nicht nur ökologisch haben die Nachbarländer mit dieser Umweltverschmutzung zu kämpfen. Mittlerweile sind häufige Durchfallerkrankungen bei Kindern keine Seltenheit. Das saure Naß hat nämlich dazu geführt, daß sich in einigen schwedischen Provinzen die Kupferwasserleitungen grammweise auflösen und das Trinkwasser verseuchen.

Erst jüngst konnte von schwedischen Forschern der Nachweis erbracht werden, daß Schwefeldioxid zu Erbschäden führt. Das Gift verursache, so fanden die Mediziner heraus, Chromosomendefekte, die Mißbildungen von Embryos auslösen. Das Gewicht von Neugeborenen, deren Mütter während der Schwangerschaft in schwefelbelasteten Gebieten wohnten, war niedriger als das von Kindern, deren Eltern in „sauberen" Zonen lebten. Auch vermehrte Fehlgeburten durch SO_2-Belastung wurden von den Forschern nachgewiesen (5).

steten Gebieten wohnten, war niedriger als das von Kindern, deren Eltern in „sauberen" Zonen lebten. Auch vermehrte Fehlgeburten durch SO_2-Belastung wurden von den Forschern nachgewiesen (5).

SO_2 macht krank!

Einer Studie zufolge, die der amerikanische Kongreß anforderte, sterben in den Vereinigten Staaten jährlich 51.000 Menschen, deren Tod allein auf die SO_2-Emissionen zurückzuführen ist (6). In der BRD werden hingegen solche Untersuchungen gar nicht erst angestellt. Erst am 10.9.82 hatte die Bundesregierung auf eine Anfrage des Bundesrates erklärt, der Zusammenhang zwischem saurem Regen und Waldsterben sei bis 1985 geklärt, während die Untersuchung des Zusammenhangs mit der menschlichen Gesundheit noch einige Zeit dauern werde.

Einer Untersuchung des nordrhein-westfälischen Gesundheitsministeriums zufolge haben drei von vier Kindern an Rhein und Ruhr geschwollene Lymphknoten am Hals als Folge schlechter Luft. In Duisburg liegt die Zahl der Bronchialkranken mit 21,1 % fast doppelt so hoch wie in vergleichsweise sauberen Landstrichen (7). Auch die stetig steigende Krebsrate — jährlich 150.000 Todesopfer — dürfte zum Teil ihren Ursprung in der Luftverschmutzung haben.

Kein Wunder, daß die Bundesrepublik in der Lebenserwartung hinter dem „Spitzenreiter" Japan, den skandinavischen Ländern (außer Finnland), Holland usw. erst an 16. Stelle rangiert (8). Zwar kann man die Ursachen nicht direkt zuordnen, jedoch dürfte die Umweltqualität die Lebenserwartung stark beeinflussen.

Es mutet schon makaber an, wenn Länder wie Schweden, die als Müllabladeplatz für die europäische Dreckfracht dienen, sich noch mit den Schäden für die menschliche Gesundheit beschäftigen dürfen, während die Bundesrepublik in dieser Frage passiv bleibt. So ist bis heute noch nicht einmal ein bundeseinheitliches Krebsregister zustande gekommen.

Entschwefelung: Der Industrie zu teuer

Allein im vergangenen Jahr gingen auf die BRD 20 Millionen Tonnen giftiger Gase und Staube nieder, darunter 3,5

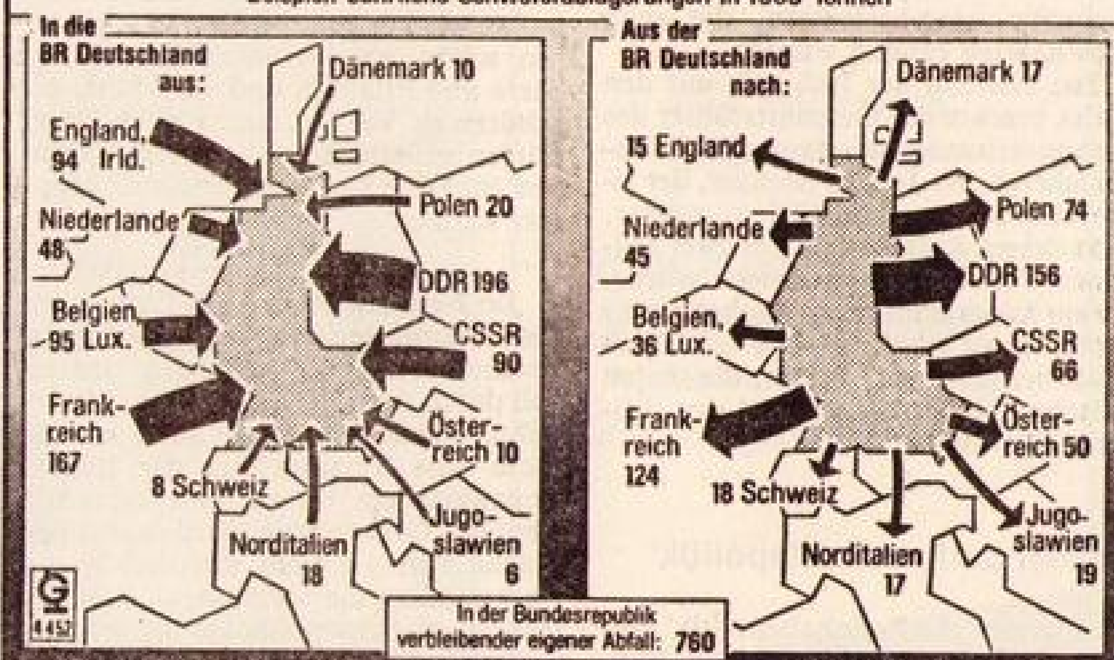
Entschwefelung: Der Industrie zu teuer

Allein im vergangenen Jahr gingen auf die BRD 20 Millionen Tonnen giftiger Gase und Staube nieder, darunter 3,5

Millionen Tonnen SO_2, die zu 75 % aus Kohle- und Ölkraftwerken sowie Industrieanlagen stammten. Pro Bundesbürger waren das 330 Kilo Dreck.

Trotz dieser alarmierenden Zahlen stagniert eine Umstellung auf umweltfreundlichere Verbrennungsmethoden seit Jahren. Ende 1982 werden ganze sieben von rund 90 großen Kohlekraftwerken der BRD über eine Rauchgasentschwefelung verfügen. Von der derzeitigen Kapazität an Steinkohlekraftwerken und Kraftwerken mit Mischfeuerung Steinkohle / Heizöl / Gas von etwa 27.000 Megawatt sind heute nicht einmal 10 % entschwefelt.

Nach den Plänen der Stromkonzerne wird sich diese Situation auch nicht merklich verbessern, da neue Kraftwerke meistens nur mit Teilentschwefelung ausgerüstet werden. Der jetzigen Planung nach soll Ende der 80er Jahre von den voraussichtlich 32.000 MW elektrischer Leistung aus den o.g. Kraftwerksarten lediglich eine Leistung von 4.000 MW entschwefelt werden (9). Und da die derzeit gültige Technische Anleitung Luft (TA-Luft) Entschwefelungsanlagen lediglich für Kraftwerke mit einer Megawattleistung von über 400 MW vorsieht, qualmen 80 % der 216 Kraftwerke gänzlich ohne Rauchgasreinigung.



Grundlage für diese Grafik waren Angaben des Umweltbundesamtes

Umweltschutz

Forts. von vorhergehender Seite

Unterdessen versucht die Industrie, mit fragwürdigen Zahlen die Modernisierung ihrer Kraftwerke als zu teuer zu verkaufen. Die Steag erklärte, die Einhaltung eines Grenzwertes von 850 mg SO_2 pro m³ Abgas bei einer 700-MW-Leistung ihres Kraftwerkes erfordere 207 Millionen Mark Investitionen und 64 Millionen Mark jährliche Betriebskosten. Die Veba Kraftwerke Ruhr AG kommt hingegen bei einer 740 MW-Größe auf lediglich 130 Millionen DM Investitionen und 38 Millionen DM Betriebskosten (10).

Auch Steuergeschenke fruchteten bisher nicht. So wurde aus dem 600 Millionen DM-Programm für die Entschwefelung von Kraftwerken, das die Landesregierung NRW den Stromproduzenten zur Verfügung stellte, „nicht eine müde Mark" abgerufen, wie Minister Farthmann erbittert feststellte (11).

Gegen die Möglichkeit, den Giftausstoß durch nachträgliche Anordnungen zu mindern, bietet die Klausel der „wirtschaftlichen Unvertretbarkeit" im Paragraphen 17 des Bundesimmissionsschutzgesetzes der Industrie hinreichende Abwehrchancen, die auch nach Kräften genutzt wurden.

Die Haltung der Industrie auf den Punkt brachte der Geschäftsführer des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlebergbaus, Jochen Seeliger, der einen britischen Kapitalisten zitierte, nach dessen Kalkulation „es zwei Millionen Pfund Sterling kosten würde, um ein Kilogramm norwegischen Lachs am Leben zu erhalten — da verzichten wir lieber gleich auf beides, die teuren Entschwefelungsanlagen und den delikaten Edelfisch (12).

Bonner 'Luftreinhaltepolitik'

Die Bonner 'Luftreinhaltepolitik' findet ihre gesetzliche Grundlage im Bundesimmissionsschutzgesetz und der ebenfals 1974 verabschiedeten Technischen Anleitung Luft, kurz TA-Luft genannt.

Die TA-Luft ist allerdings lediglich eine Verwaltungsvorschrift, was bedeutet, daß es keinen Rechtsanspruch auf die Einhaltung der festgelegten Grenzwerte durch einen Betrieb gibt.

Vom Ex-Bundesinnenminister Baum wurde ein Neuentwurf der TA-Luft vorgelegt und als „neues, doch wirksameres Instrument (der Luftreinhaltepolitik) ... auf der Grundlage des neuesten Erkenntnisstandes" gepriesen. Doch mit dem Erkenntnisstand ist es anscheinend nicht weit her. Statt klarer Anordnungen zur Sanierung der Luft finden sich in dem Neuentwurf in erschreckendem Maße Kompromißformeln, die geradezu als Anweisungen zur Umweltzerstörung mißverstanden werden müssen. So etwa der zynische Passus, eine Belästigung durch Luftverunreinigung sei dort zumutbar, „wo diese Beeinträchtigung ortsüblich ist". Im Klartext: Wo die Luft bereits verpestet ist, wird nicht saniert, sondern noch zusätzliche Verseuchung zugemutet.

Auch in Sachen Naturschutz ist der Entwurf eine Farce. Tiere und Pflanzen werden nur dann als schützenswert angesehen, wenn sie sich in Naturparks und Naturschutzgebieten befinden und zudem einen „bedeutenden Bestand" aufweisen können. Im Klartext: Ohnehin schon vom Aussterben bedrohte Tiere und Pflanzen sind der Mühe, geschützt zu werden, nicht wert, bzw. dürfen außerhalb solcher Schutzzonen 'im Interesse der Allgemeinheit' geopfert werden.

Im Neuentwurf der TA-Luft haben die Grenzwerte für Schwefeldioxid unverändert Eingang gefunden, jedoch soll durch die „Verringerung der Beurteilungsfläche von 4 km² auf 1 km² de facto eine Verschärfung der Immissionswerte um bis zu 30% erreicht" werden. Gegenwärtig wird auf einer Fläche von 4 x 4 km um den Kraftwerkstandort die vorhandene Konzentration an Schwefeldioxid in der bodennahen Luft gemessen. Bei den heutigen Schornsteinhöhen, wo der Dreck nicht in unmittelbarer Nähe des Kraftwerkes runterkommt, eine Verringerung der Meßfläche als Verschärfung auszugeben, ist schon eine arge Augenwischerei.

Wie die Interessen der Industrie geschützt werden, zeigt sich auch im Passus 'Ableitung von Abgasen'. Zunächst heißt es dort sinngemäß: Ist ein Schornstein so niedrig, daß die Umgebung zu stark mit Abgasen belastet wird, „ist zunächst eine Verminderung der Emission anzustreben". Aber: „Ist dies nicht möglich, muß die Schornsteinhöhe so weit erhöht werden", daß die Schadstoffe besser verteilt werden.

Und dann kommt die Selbstentlarvung: Ergibt sich nämlich „eine größere Schornsteinhöhe als 250 m über der Flur, sollen weitergehende Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung angestrebt werden", also Maßnahmen, die eben noch als 'nicht möglich' bezeichnet wurden.

Die Hochschornsteinpolitik, die den Dreck nur besser verteilt, wurde noch im Dezember 1980 vom NRW-Staatssekretär Nelles, zuständig für das Gesundheitsministerium (!), als „Allheilmittel zur Lösung des SO_2-Problems" angepriesen. In der Fachzeitschrift „Staub" hatte er die Rauchgasentschwefelung „unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in Frage" gestellt.

Gegenwärtig gilt die Empfehlung, die Emissionskonzentration für SO_2 aus neuen Kohlekraftwerken auf 650 mg/m³ festzulegen, aber dies ist kein Gesetz, so daß immer wieder höhere Werte in den Betriebsgenehmigungen ertlaubt werden. Der Essener Steag AG wurde bei der 2. Teilgenehmigung und Betriebsgenehmigung für ihr Kraftwerk Lünen vom 29.12.81 erlaubt, „nach Entschwefelung" eine SO_2-Konzentration von 850 mg/m³ in die Luft zu blasen. Für die Inbetriebnahme der Entschwefelungsanlage wurde eine Frist von zwei Jahren eingeräumt, bis dahin dürfe die SO_2Konzentration „den Emissionswert von 2950 mg/m³ nicht überschreiten". Doch damit nicht genug: Bei einer eventuellen Störung darf das Kraftwerk bis zu 3624 mg/m³ SO_2 ausstoßen. Bereits einige Milligramm können gesundheitliche Schäden verursachen.

Unangefochtener Spitzenreiter aller Schmutzproduzenten dürfte das Kohlekraftwerk im niedersächsischen Ort Offleben, nahe der DDR-Grenze, werden. Dort genehmigten die Behörden den Bau eines Kraftwerks ganz ohne Entschwefelungsanlage, deren Abgas mit 12.650 mg/m³ SO_2 beziffert wird (13).

Der Entwurf für eine Neufassung der TA-Luft wurde vom neuen Innenminister Zimmermann vorerst unverändert an Wirtschaft und Behörden weitergereicht. Daneben gibt es seit einiger Zeit einen Entwurf für eine Großfeuerungsanlagen-Verordnung, über den kürzlich eine Anhörung im Innenministerium stattfand. Der darin enthaltene und als besonders fortschrittlich gepriesene Wert von 400 mg/m³ SO² für Kraftwerke mit einer Leistung über 175 MW bietet allerdings so viele Hintertürchen, daß der BBU kommentierte, von dieser Verordnung sei keine Hilfe gegen das Waldsterben zu erwarten. Dennoch läuft die Industrie gegen diese Verordnung Sturm. Sollte sie verabschiedet werden, so wäre auch noch das Problem der Durchsetzung zu bewältigen: „Wenn die Großfeuerungsanlagen-Verordnung verabschiedet wird, kommen die Probleme erst auf uns zu, die Verordnung auch durchzusetzen. 80% der lt. Verordnung überprüften Fälle (seien) wirtschaftlich nicht durchsetzbar" (Elmar Pielow, leitender Ministerialrat im Arbeitsministerium NRW).

Alternativen sind machbar

Mittlerweile gibt es 100 verschiedene Verfahren zur Abgasentschwefelung. Die Wirbelschichtfeuerung, ein besonders umweltfreundliches Verbrennungsverfahren, wurde bereits 1921 (!) von dem deutschen Chemiker Fritz Winkler entwickelt. Bei diesem Verbrennungsverfahren kann der SO_2-Gehalt im Abgas um über 90% gesenkt werden.

Während hierzulande das erste Modellkraftwerk mit Wirbelschichtfeuerung in Völklingen demnächst seinen Betrieb aufnehmen wird, ist die Technik in der BRD soweit zur Marktreife gelangt, daß bereits drei kommerzielle Anlagen ins Ausland exportiert wurden (14).

Im Ausland finden derartige Abgasreinigungsanlagen weit größeren Anklang. Japan, das bis vor kurzem noch als d a s Land der Umweltvergiftung angesehen werden konnte, hatte 1977 bereits 562 solcher Rauchgasreinigungsanlagen in Betrieb. In den USA sollen es 1985 rund 133 sein; davon wurde etwa ein Fünftel nachträglich eingebaut (15).

Doch in der BRD erklärt der Branchenriese RWE, man wolle „zunächst die Untersuchungsergebnisse der großtechnischen Demonstrationsanlage abwarten" (16).

AKWs als saubere Alternative?

Im Streit um den sauren Regen wittert die Atomlobby ihre Chance, die Atomkraft als saubere Alternative anzupreisen. So hat etwa Bayerns Umweltminister Dick die Inbetriebnahme des Atommeilers Gundremmingen mit dem Argument schmackhaft zu machen versucht, damit würde die jährliche Schwefeldioxid-Emission von bisher 274.000 Tonnen auf 100.000 Tonnen gesenkt werden können (17).



Und der CSU-Chef Franz Josef Strauß attackierte die Umweltschützer in einem Brief an die 'Schutzgemeinschaft Deutscher Wald' wie folgt: „Es ist eine Schizophrenie, wenn Naturschützer und Grüne hemmungslos gegen Kernkraftwerke polemisieren und gleichzeitig das Waldsterben beklagen. Durch ihre Verschleppungstaktik beim Ausbau der Kernenergie haben sie zum derzeitigen Ausmaß des Baumsterbens beigetragen" (18).

Schon eine einfache Kostenrechnung belegt, daß AKWs nicht eine Alternative zu den alten Kohlekraftwerken sein können: „Wenn man mit Kernenergie das Problem lösen wollte, dann müßte man rund 30 Atomkraftwerke bauen. Das wären Investitionen von ca. 190 Milliarden DM. Ohne Folgekosten. Um die jetzigen Kohlekraftwerke zu entschwefeln, die nicht ohnehin schon in den kommenden Jahren stillgelegt werden, wäre ein Finanzvolumen von ca. 5 bis 8 Milliarden Mark notwendig, also etwa soviel, wie ein einziges Atomkraftwerk kostet" (19).

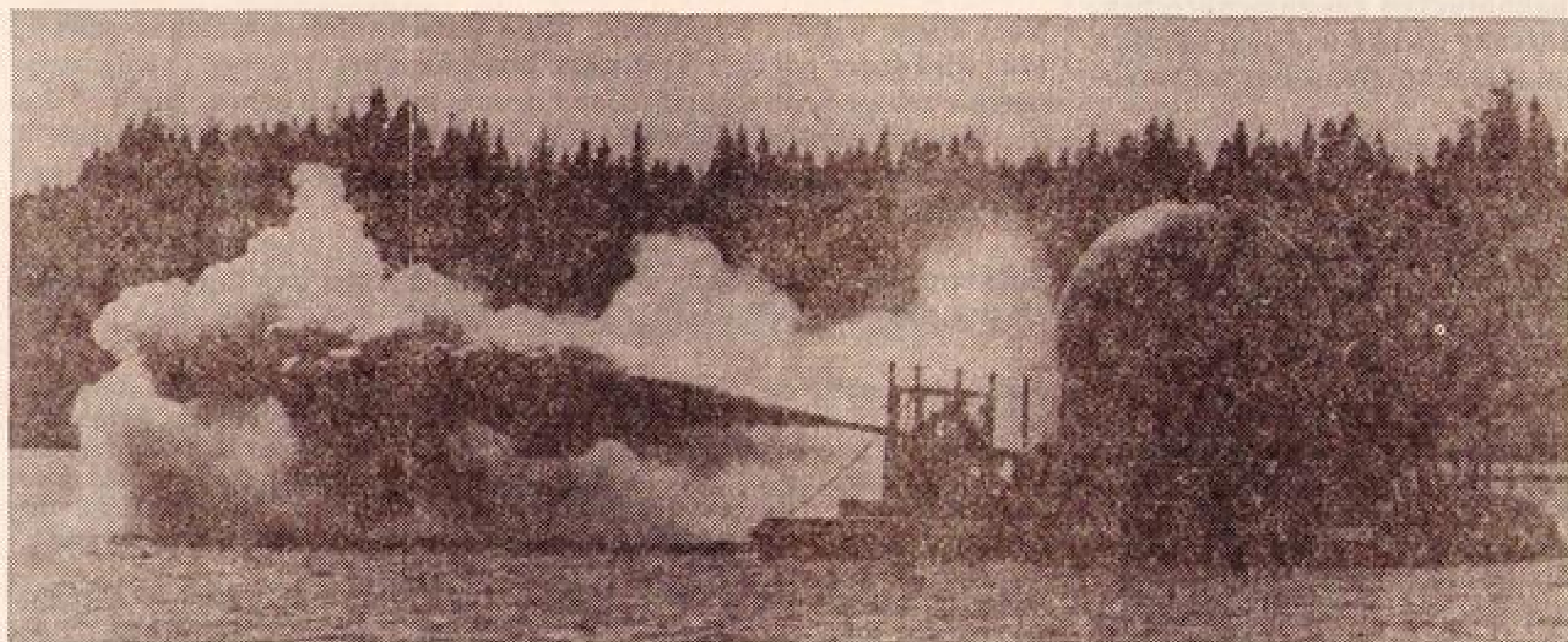
Daß Strauß nichts gegen das Waldsterben unternehmen will, sondern mit derartigen Äußerungen nur die Interessen der Atomlobby vertritt, bewies er selbst, als er bei der Überprüfung der Grenzwerte der TA-Luft forderte, daß „die wirtschaftlichen Erfordernisse wieder stärker als in den letzten Jahren zur Geltung kommen" müßten (20).

Um auf das Waldsterben aufmerksam zu machen, erhielt sein Parteifreund Zimmermann kürzlich vom BBU eine abgestorbene Weißtanne aus dem Schwarzwald überreicht. Ob er sie sich als Weihnachtsbaum ins heimische Wohnzimmer stellt?

Anmerkungen

1 „Stern", 28.10.82
2 „Natur" 6/82, hieraus auch alle weiteren Angaben zur TA-Luft
3 „Spiegel"-Serie, Nov. 81
4 „Spektrum der Wissenschaft", 12/79
5 siehe 3
6 „Frankfurter Rundschau", 29.9.82
7 siehe 3
8 siehe 2
9 Dieter Teufel, Kohle. Konzept einer umweltfreundlichen Nutzung, Fischer-TB, S.82
10 „Spiegel", 20.9.82
10 „Spiegel", 20.9.82
11 „Umweltmagazin" des BBU, 8/82
12 siehe 3
13 „Spiegel", 20.9.82
14 „Göttinger Atomexpress", 8/82
15 siehe 6
16 siehe 2
17 „Spiegel", 10.5.82
18 „Die Welt", 16.8.82
19 Dieter Teufel, Energie-Experte beim Heidelberger Institut für Energie- und Umweltforschung (Ifeu) nach, „Saurer" Regen. Ursachen, Folgen, Gegenmaßnahmen, Verlag Kölner Volksblatt, S.73
20 siehe 2

AKW-Nein-Kommission



Kalkung übersauerter Seen in Schweden

Erläuterungen

Baumsterben: Schwefeldioxid, welches sich in Regen löst, kommt als schweflige Säure ($H_2O + SO_2 = H_2SO_3$) auf den Boden. In Gebieten mit kalkhaltigen Böden werden diese Säuren weitgehend neutralisiert. Bei kalkfreien Böden, z.B. in den silikatreichen Böden von Schwarzwald und Frankenwald, Oberpfälzer und Bayerischer Wald, löst die Säure vielfältige Reaktionen aus. Sie greift die organischen Verbindungen im Humus und Wurzelboden an, wäscht lebensnotwendige Bodenbestandteile wie Magnesium ins Grundwasser aus und löst Tonerde, Feldspat sowie andere Aluminiumsilikate, so daß in höherer Konzentration giftige Aluminium-Ionen frei werden.

Dieses freigesetzte Aluminium stört das Bodenleben, vernichtet nützliche Bodenbakterien und ver-
nützliche Bodenbakterien und ver-
treibt Bodenwühler wie den Regenwurm. Über die Wurzel ins Holz eingeschleust wirkt das Metall als tödliches Zellgift. Durch diese Effekte wird die Feinwurzel-Biomasse von z.B. 2500 auf wenige 100 kg pro ha reduziert. Das Absterben der Feinwurzel, die dem Stamm Halt verleihen, macht den Baum anfällig für Windwurf und Schneebruch. Dem schlechter durchwurzelten Boden drohen Nässestau und Erosionen. Wenn die wurzelkranken Bäume nicht direkt eingehen, kümmern sie zwergwüchsig dahin.

Im inneren und unteren Teil des Stammes bildet sich ein Naßkern, in dem sich Fäulnisbakterien ansiedeln. Dies hemmt den Wassertransport zur Krone, die Rinde bröckelt vom Stamm, die Zweige beginnen zu nadeln. Es entstehen schüttere, grau-braune Wipfelgebilde, die als typische Vergiftungserscheinungen sichtbar sind.
(nach Dieter Teufel, Kohle..., Fischer-TB, S.80)

Emissionen sind luftverunreinigende Stoffe, die beim Verlassen der Anlage in die Atmosphäre gelangen. Sie werden gemessen in mg/m³ Rauch-, Abgas, Abdampf oder Abluft (als Konzentrationsmaß) und kg/h oder g/h (als zeitliche Emissionsmenge).

Immissionen: In Luft, Wasser und

Immissionen: In Luft, Wasser und Boden befindliche Schadstoffmenge. Während Emissionen den Schadstoff a u s stoß (z.B. eines Schornsteins) angeben, wird mit der Immission das Ergebnis, also der Schadstoff n i e d e r schlag, angegeben.

pH-Wert: Wie sauer der Regen ist, wird anhand des pH-Wertes gemessen. Der pH-Wert gibt (mathematisch verschlüsselt) die Wasserstoff-Ionen-Konzentration in g/l in einer Lösung an. Die Skala der pH-Werte reicht von 0 bis 14. Bei pH 7 ist die Lösung neutral; bei pH 0 ist sie extrem sauer und bei einem pH-Wert oberhalb 7 verhält sie sich alkalisch (basisch).

Wegen des Kohlendioxids in der Luft hat normaler Regen einen pH-Wert von 5,6. An der Beobachtungsstation Schauinsland (Schwarzwald) wurde 1967 Regen mit pH 4,62 gemessen, im Jahre 1972 waren es schon 4,25. Und im Bayerischen Wald wurde in August 1981 ein pH-Wert von 3,97 ermittelt; jüngst sogar 3,5. Der bisher niedrigste pH-Wert wurde 1974 in Pitlochry (Schottland) mit 2,4 gemessen. Zum Vergleich: Haushaltsessig und Zitronensaft haben einen pH-Wert von 2,5.

Wirbelschichtfeuerung: Gemahlene Kohle wird im Wirbelschichtofen durch Preßluft in einen Schwe-
fen durch Preßluft in einen Schwe-
bezustand gebracht, mit Kalk versetzt und bei relativ niedrigen Temperaturen (800 bis 900 Grad Celsius) verbrannt. Giftige Stickoxide entstehen kaum, der Schwefel verläßt das Kraftwerk nicht durch den Schlot, sondern verwandelt sich in Gips, der mit der Asche abgezogen wird und als Baumaterial verwendbar ist. Ein weiterer Vorteil: Es können auch schwefelhaltigere Kohle-Sorten, die bisher auf Halde lagen, eingesetzt werden.

Fernwärme um jeden Preis...

Die Ruhrkohle-Tochter Steag, die sich vor fünf Jahren den Bau zweier Steinkohlekraftwerke in Dorsten (NRW) behördlich genehmigen ließ, wollte nun auf Nummer sicher gehen.

Obwohl der Bau von Betreiberseite noch gar nicht in Aussicht steht, hatte sich die Steag vom grünen Stadtrat die Zustimmung eingehandelt. Danach soll die jährliche Luftverpestung von 16.000 Tonnen SO_2 pro Jahr (so die Genehmigung) auf nunmehr 12.000 Tonnen reduziert werden und von der Steag die Voraussetzung geschaffen werden für die spätere Auskopplung von Fernwärme aus diesen Kraftwerken.

Neben der Tatsache, daß niemand bisher weiß, wer die entsprechende Wärmemenge abnehmen soll, hat der grüne Politiker seine gerichtliche Klage gegen die Steag daraufhin zurückgezogen und dem Projekt ganz „alternativ" im Stadtrat zugestimmt.

Da mag auch der notariell besiegelte Vertrag, wonach das Deutsche Rote Kreuz eine Spende von einer Million Mark erhält, wenn die Steag ihre Zusagen bricht, den bitteren Beigeschmack nicht beseitigen. Wer weiß schon genau, was diese Stimme im Stadtrat wirklich wert ist . . .
(Zahlen nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 23.7.82)

In der Innenpolitik hat sich die neue Bundesregierung bisher zurückgehalten. Das Regierungsprogramm zu diesem Punkt ist unkonkret, und selbst Law-and-Order-Fanatiker Zimmermann (CSU) sagt, daß derzeit, das heißt für ihn bis zur nächsten Bundestagswahl, "kein aktueller Entscheidungsbedarf" bestehe ("Spiegel" 43/82). Die CDU/CSU setzt auf zeitweiliges Stillhalten (der Strauß-Wahlkampf 1980 steckt ihr noch tief in den Knochen), um erst einmal die absolute Mehrheit und damit eine Scheinlegitimation für ihre Vorhaben zu gewinnen.
Dieser Artikel soll einen Eindruck geben, was tatsächlich unter einer CDU/CSU-Regierung in Sachen Polizeistaat zu erwarten ist. Grundlage der Untersuchung sind die "Thesen der CDU für die innere Sicherheit" vom August 1982 und das Buch des baden-württembergischen Landespolizeipräsidenten, Sicherheitsstrategen und Hauptstichwortgebers der CDU/CSU für Polizeifragen, Alfred Stümper:
"Systematisierung der Verbrechensbekämpfung — Die Herausforderung von Politik, Justiz und Polizei durch eine sich tiefgreifend verändernde Sicherheitsproblematik" (Stuttgart, München, Hannover 1981)
Während die CDU-Thesen auf Außenwirkung berechnet sind, wendet sich Stümper an den Apparat selber, an die mittleren und unteren Chargen der Polizei und an die "Sicherheitsexperten" der bürgerlichen Parteien. Daher tritt die anti- demokratische, massenfeindliche und totalitäre Staats- und Gesellschaftskonzeption bei ihm deutlicher hervor und wird systematischer entwickelt als in der CDU-Propaganda.
Der ideologische Gleichklang ist dennoch unüberhörbar und jetzt sich bis in die Formulierungen fort, so daß gelegentlich nicht zu unterscheiden ist, wer von wem abgeschrieben hat.
Dieser Artikel geht nicht auf die geplanten oder geforderten Einzelmaßnahmen ein (dazu siehe AK 222, S. 32/33), sondern auf die generelle Ausrichtung der Politik; auf das, was mit der "Wende" vor allem gemeint ist: Eine weitere Formierung des Staatsapparates und der Gesellschaft mit Blick auf die zu erwartenden Klassenkämpfe, Unruhen und Kriege der 80er Jahre.

Die Wende

Sicherheits-Staat total

Die Lage

Die CDU redet noch ganz nüchtern von einer *"Veränderung der Einstellung eines Teils der Bevölkerung zu den Grundwerten menschlichen Zusammenlebens"* zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. *"Diese negativen Veränderungsprozesse in der Gesellschaft erfordern eine geschlossene Abwehrhaltung"*, meint die CDU. Stümper langt ~~da~~ gleich mit beiden Händen tief ins Kulturkritisch-philosophische: *"Wir leben in einer Zeit des totalen Umbruchs. Bislang als unerschütterlich geltende Werte sind von Grund auf in Frage stellt."* Nicht nur das Abendland, gleich die ganze Welt treibt dem Untergang entgegen. *"Zeiten eines solchen epochalen Umbruchs und einer damit gegebenen hohen Labilität der Menschheit bringen in ganz besonderer Weise schwerwiegende Sicherheitsprobleme mit sich."* Aus dem weltanschaulichen Brei seiner wahrlich stümperhaften Philosöphelei hat sein Polizistenhirn den Ausweg gefunden: da bedarf es eines "festen Konzepts", einer "übergreifenden, strategisch geplanten, griffigen Systematik", um die Menschheit wieder in den Griff zu kriegen.
In Gefahr ist der Staat. Wie für die CDU ist auch für Stümper der kapitalistische Staat oberster Wert überhaupt, von dessen Stärke die "Überlebenskraft eines Volkes" abhängt (S. 28 — Anm. 1). Er ist Staatsschützer im umfassenden Sinn des Wortes.

Der Feind

Volk und Staat sind, so Stümper, durch den inneren und äußeren Feind in ihrer Existenz bedroht. Die Systematisierung des Feindbildes, auf das die Polizei abgerichtet werden soll, ist das eigentliche ideologische Anliegen von Stümpers "Systematisierung der Verbrechensbekämpfung". Das Feindbild der 70er Jahre, das des Terroristen bzw. Sympathisanten, reicht in den von Stümper erwarteten *"kritischen Zeiten ernsthafter Bedrohungen der inneren Sicherheit durch mannigfach verstreute innere Unruhen"* (S. 44) nicht mehr aus. Für Einsätze gegen wirkliche Massen- und Volksbewegungen muß der einfache Bulle erst noch vorbereitet werden. Schließlich ist er auch "ein Bürger mit Herz und Verstand" S. 30), der vielfachen ideologischen, politischen und publizistischen Anfechtungen und "inneren Belastungen" ausgesetzt ist (ebd), wenn er z. B. zum Schutz eines Militärtransportes (den er selbst nicht gut findet) einfache Bürger, womöglich alte Schulfreunde oder eigene Verwandte, verprügeln oder eines Tages sogar auf sie schießen soll.
Stümper will das Feindbild zurechtrücken, indem er die Verbindung zwischen inneren Auseinandersetzungen (vor allem, was die Friedensbewegung angeht) und der äußeren Bedrohung zieht:

Tages sogar auf sie schießen soll.
Stümper will das Feindbild zurechtrücken, indem er die Verbindung zwischen inneren Auseinandersetzungen (vor allem, was die Friedensbewegung angeht) und der äußeren Bedrohung zieht:

"In den Aufgabenbereichen von Bundeswehr, Polizei und Nachrichtendiensten sind zunehmend Lagen denkbar, wo militärische Einwirkungen von außen und subversive Aktionen von den nicht nur erst im Ernstfall zusammenwirken, sondern lange Zeit voraus systematisch geplant, netzplanmäßig vorbereitet und in einem langfristigen Ablauf genau aufeinander abgestimmt durchgeführt werden" (S. 24). *"Die Beeinflussungs-, Bekämpfungs-, u. U. Vernichtungsstrategie setzt für sie"* —die feindlichen Mächte mit "der Zielsetzung einer Weltrevolution"— *"schon weit im Vorfeld des Friedens ein. Sie muß deshalb als ganzes erkannt ... werden"* (S. 26).
Es ist dies die klassische Verschwörungstheorie, wie sie die Nazis mit ihrer "jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung" recht erfolgreich als Schreckgespenst aufgebaut hatten: ein umfassender Angriff zur zur Vernichtung eines Staates bzw. Volkes, der auch von innen heraus geführt wird und gegen den man sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen muß. (Anm. 2).
Das Verfahren hatte schon Carl Schmitt, Theoretiker des totalen Staates und führender Kopf unter den NS-Juristen, beschrieben: Die *"Notwendigkeit innerstaatlicher Befriedung führt in kritischen Situationen dazu, daß der Staat den inneren Feind bestimmt"*. Dies geschehe beispielsweise durch *"schärfere oder mildere, ipso facto eintretende oder aufgrund von Sondergesetzen justizförmig wirksame, offene oder in generellen Umschreibungen versteckte Arten der Ächtung, des Bannes, der Proskiption, der Friedloslegung, der hors-la-loi-(vogelfrei)-Setzung"* rassischer, religiöser oder politischer Minderheiten. (Anm. 3).

Die Behandlung der Friedensbewegung als Feindagenten ist nur einer der möglichen Anwendungsbereiche dieser Methode. Stümper kommt auch auf den gesamten Bereich der Arbeiterkämpfe zu sprechen unter den Stichworten "Wirtschafts- und Industriespionage" und "direkte und indirekte Wirtschaftssabotage" (S. 103). Hauptaufgabe in diesem Bereich ist für ihn "das Fernhalten von potentiellen Spionen, Saboteuren und Aufwieglern", um die **"Systematisierung der politischen Unterwanderung und eine Aufwiegelung von Betriebsangehörigen"** sowie die **"gezielte Störung des Sozial- und Betriebsfriedens durch staatsnegierende und staatsfeindliche Kräfte"** zu verhindern. (S. 103ff). *"Wenn diese weithin bestehenden Sicherheitslücken nicht bereichsstrategisch bald abgedeckt werden, lassen wir Entwicklungen zu, die permanent zu einer Reduzierung des Wohlstandes unseres Volkes, einer weit sich öffnenden Anfälligkeit unserer Sicherheitsinteressen und u. U. sogar zu einer hochgefährlichen Existenzbedrohung unseres Staates führen"* (S. 106)

gen zu, die permanent zu einer Reduzierung des Wohlstandes unseres Volkes, einer weit sich öffnenden Anfälligkeit unserer Sicherheitsinteressen und u. U. sogar zu einer hochgefährlichen Existenzbedrohung unseres Staates führen" (S. 106)

Logo
„Das Phänomen des Terrorismus ist aus der politischen und sozialen Struktur der Bundesrepublik Deutschland nicht zu rechtfertigen. Denn in der Bundesrepublik Deutschland gibt es ein Höchstmaß an politischer Freiheit und sozialer Sicherheit. Dies muß im Bewußtsein eines jeden Bürgers verankert werden. Der Bürger muß sich mit seinem Staat identifizieren".
CDU-Thesen

Stümpers Vorstellungswelt ist sehr gradlinig: Klassenkämpfe gibt es nicht, und wo dennoch der "Betriebsfrieden" aufgekündigt wird, kann das nur Ergebnis von außengesteuerter Aufwiegelei und feindlicher Sabotage sein. Dahinter steht das alte Bild der "Volksgemeinschaft"; das sozialdemokratische Modell, das immerhin theoretisch Konflikte verschiedener gesellschaftlicher Gruppen annimmt, die dann im staatlichen Rahmen ausgetragen werden, hat darin nichts zu suchen. Wo Teile des Volkes gegen den Staat, gegen "das Ganze" aufstehen, kann das nur — so haben schon die Nazis gewettert — auf "volksfremde" Einflüsse zurückgehen. Die Massenverachtung dieses Weltbildes setzt sich bis in die Anleitungen Stümpers für die konkrete polizeiliche Alltagspraxis fort. Die Teilnehmer an Massenaktionen sind demzufolge so zu klassifizieren:
Einerseits gebe es da "junge Menschen" mit besonderen, sich aus der "historischen Situation" ergebenden Problemen. Mit denen könne man reden.
Andererseits habe man es zu tun mit:
"- Kräften, die diesen Staat ablehnen und ihn letztlich vernichten wollen,
- Bestrebungen, die in einer bloß negativen Kritik die Erfüllung ihres menschlichen, gesellschaftlichen und beruflichen Auftrages sehen,
- Unzufriedenen, die sich irgendwie abreagieren wollen, und
- bloßen Krawallmachern, die jede Gelegenheit dazu nützen, um 'auf den Putz zu hauen'". Gegen diese "Unverbesserlichen", so Stümper, müsse man"eben handeln". (S. 112ff).
Dabei ist Stümper nun so dumm auch wieder nicht, daß er sich über den sozialen Sprengstoff nicht klar wäre, den die kapitalistische Krisenlösungsstrategie mit sich bringt.
"In der grundsätzlichen Tendenz werden die gesellschaftlichen und sozialen Spannungen weiter, und zwar wohl sehr erheblich, zunehmen," ("Die Po-

zialen Sprengstoff nicht klar wäre, den die kapitalistische Krisenlösungsstrategie mit sich bringt.
"In der grundsätzlichen Tendenz werden die gesellschaftlichen und sozialen Spannungen weiter, und zwar wohl sehr erheblich, zunehmen," ("Die Po-

lizei" 1/82, S. 4). Stümper nennt in diesem Zusammenhang ausdrücklich Jugendarbeitslosigkeit, Arbeiterkämpfe und nachlassende Integrationskraft des DGB, Ausländer v. a. der zweiten Generation ("spezielles Unruhepotential") und die "Zunahme echt Obdachloser". (ebd.).
Konsequent stellt er die *"Frage, wie man sich gegenüber Arbeitsscheuen, Gammlern und Alkoholikern verhalten soll, ob diesen die volle Freiheit des Dahinlebens gegeben werden soll* (allein diese Formulierung sagt viel über Stümpers rein pragmatisches Verhältnis zu grundgesetzlich garantierten persönlichen Freiheitsrechten) ... *oder ob man sich eben doch zu gewissen Eingriffsmaßnahmen im wohlverstandenen Interesse der Betroffenen entschließt"* (S. 16).
Die CDU meint dazu: *"Freie und staatliche Träger der Wohlfahrtspflege und Bürger aus eigener Initiative müssen überall da helfend eingreifen, wo Menschen sich dem Verbrechen zu nähern drohen."* Stümper geht noch einen Schritt weiter:
"Hier muß man auch den gesetzgeberischen Mut aufbringen, für diese jungen Leute — uns zwar auch eingreifend — zu sorgen. Dabei ist realistisch zu sehen, daß die Freude an der Arbeit, die Freude am selbst geschaffenen Verdienst, sich nicht sofort einstellen, sondern daß hier ein gewisser Gewöhnungsprozeß geboten ist und notfalls durchgesetzt werden muß." (S. 110)
Mit nackten Worten: Zwangsarbeit und Arbeitsdienst für Jugendliche ist die ultima ratio dieser polizeilichen "Sozialpolitik".

Ideologische Gleichschaltung der Gesellschaft

Die ideologische Ausrichtung der Bevölkerung spielt in den Konzepten der

Ideologische Gleichschaltung der Gesellschaft

Die ideologische Ausrichtung der Bevölkerung spielt in den Konzepten der

"Inneren Sicherheit" eine Hauptrolle. Für die CDU ist die *"innere Sicherheit gemeinsame Aufgabe aller Bürger. Die vorbeugende Verbrechensbekämpfung ist eine wesentliche Aufgabe aller staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen"*. Die gesamte Innenpolitik soll unter das Primat der "vorbeugenden Verbrechensbekämpfung" gestellt werden. Ausnahmslos alle gesellschaftlichen Institutionen sollen diesem Konzept untergeordnet und in diesem Sinne gleichgeschaltet werden. Gefordert ist die *"absolute Ächtung jeder nicht legitimierten Gewaltanwendung oder Verherrlichung des Verbrechens in Tat, Wort oder Schrift"*, also noch ein Stück über die bisherigen §§ 88a und 130a hinaus).
"...Dies zu verdeutlichen, sind vor allem Presse, Rundfunk und Fernsehen, die Schulen und Hochschulen, Kirchen und Verbände aufgerufen. Jeder, der Gewalt verharmlost, macht sich mitschuldig. Der Vermittlung der Rechtssordnung an unseren Schulen und Hochschulen gilt unsere besondere Aufmerksamkeit."
In der planmäßigen Einwirkung auf Kinder und Jugendliche sieht auch Stümper seine "zentralste Schwerpunktaufgabe" (S. 76). Bei der Ausrichtung dieses Bereichs soll die Polizei wesentlichen Einfluß üben. Es sei richtig, *"schon sehr frühzeitig, nämlich im Kindergarten, ein Vertrauensverhältnis zwischen Kindern und ihren Polizeibeamten, auch als Repräsentanten des Staates, zu schaffen."* (S. 19). In der Schule will Stümper *"die richtige Einstellung zu den Mitmenschen und zur Umwelt"* geschaffen wissen:
"Egoismus, Klassendenken usw. muß schon frühzeitig im kindlichen Verständnis entgegengewirkt werden" (S. 17). Den Schülern soll "**die so wichtige, richtige Einstellung zum Staat, seinen Gesetzen und seinen Organen**" eingedrillt werden:
"Der Staat ist ein Instrument der Gemeinsamkeit, nicht jedoch ein anonymer, kapitalstarker Bösewicht, den man laufend nur beschimpfen und schröpfen kann." (S. 18).

Auf dem so geschaffenen staatsbürgerlichen Bewußtsein soll "eine gesunde und effektive Einstellung zur Sicherheit" aufgebaut werden; "Vertrauen in den Staat", ein "positives Verhältnis zur Rechtsordnung", "grundsätzliche Verwerflichkeit eigenen strafbaren Verhaltens" und schließlich ganz besonders *"das notwendige Gespür, wann man den staatlichen Organen bei der Verfolgung strafbarer Handlungen zu helfen hat (Anzeigeverhalten; Zeugenpflicht)."* (S.18).
Zu diesen Zielen müsse auch die Familienpolitik beitragen, denn die *"Familie gibt der Jugend Halt, Orientierung und lebensmäßige Zielsetzung"*. Jugendhäuser dagegen müßten in jedem Fall einer "sorgfältigen, fachkundigen und engagierten Betreuung" unterliegen, sonst würden sie zum Gefahrenherd, *"da sich dann dort Einflüsse breitmachen könnten, die es mit unserer Jugend nicht gut meinen."* (S. 14f).
Bei der Durchsetzung der "vorbeugenden Verbrechensbekämpfung" als einen zentralen Inhalt der Schul- und Jugendpolitik ist Stümper keineswegs bereit, sich auf den Selbstlauf zu verlassen. Er verlangt kategorisch *"die Verbindlichkeit des entsprechenden Lehrstoffs"* und die *"Verpflichtung der Lehrkräfte zu einer entsprechenden Aus- und Fortbildung"* (S. 19f). Als oberster Polizist im Lande will er auch in diese Bereiche hinein b e f e h l e n und er verlangt mehr als nur formalen Gehorsam.
"Im Grunde entscheidend wird jedoch sein, ob diese schulischen Maßnahmen aus innerer Überzeugung und mit innerem Engagement betrieben werden oder ob man sie doch mehr oder weniger lustlos und zwangsweise 'abmacht' oder gar hinter vorgehaltener Hand Negatives sagt, weitergibt oder Grundanliegen durch Relativierung praktisch ins Gegenteil verkehrt." (S. 19f).
Bloße Pflichterfüllung reicht in diesem Apparat nicht mehr aus, es muß jeder "aus innerer Überzeugung und mit innerem Engagement" ohne jeden Vorbehalt hinter diesem Staat stehen.

Das Konzept des Polizei-Staates

BKA-Chef Herold hatte 1973 geschrieben, aufgrund ihres "einzigartigen Erkenntnisprivilegs" müsse sich die Polizei **"zum Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen"** wandeln, zu einer **"gleichsam gesellschaftssanitären Einrichtung"**. Stümper nimmt diesen Gedanken auf:
"Menschliche, gesellschaftliche, staatliche und speziell gesetzliche Strukturen kann die Polizei nicht von sich aus ändern. Sie kann jedoch — und muß es meines Erachtens auch — aus ihrem

richtung". Stümper nimmt diesen Gedanken auf:
"Menschliche, gesellschaftliche, staatliche und speziell gesetzliche Strukturen kann die Polizei nicht von sich aus ändern. Sie kann jedoch — und muß es meines Erachtens auch — aus ihrem

reichen Erfahrungsschatz mit konkreten Anregungen hervortreten; diese sind zu begründen und auch zur politischen Durchsetzung kasuistisch auszubereiten." (S. 71). Das Ziel ist eine *" 'Raumdeckung' im kriminellen Bereich, seinen Randgebieten und seinem Vorfeld."* Das erfordere "strukturell vorbeugendes" Vorgehen, *"wobei kraft der weit ressortübergreifenden Bezüge die Polizei gehalten aber auch aufgerufen ist, sowohl sicherheitsrelevantes allgemeines Problembewußtsein zu fördern als auch konkrete Anregungen zu geben und insoweit initiativ zu werden."* (S. 55f).
Das heißt nichts anderes, als daß die Polizei sich für jedes gesellschaftliche Problem als zuständig betrachten kann und soll. Denn jeder Widerspruch in der Gesellschaft läßt sich mühelos als "Randgebiet" oder "Vorfeld" des "kriminellen Bereichs" definieren. Jede Innen-, Sozial-, Bildungs- oder Rechtspolitik kann man — wie oben die Jugend- und Familienpolitik — unter das Vorzeichen der "strukturellen Vorbeugung" stellen. Es wird also eine umfassende politische Rolle propagiert, die die Polizei zu spielen hätte — eine offensive Abkehr von der ressortmäßigen Beschränkung, die ihr nach den Erfahrungen des Faschismus auferlegt worden war.
Als Pragmatiker — und da geht er über Herold hinaus — macht sich Stümper auch Gedanken über eine "meinungsbildende Durchsetzungsstrategie" für seine gesellschaftspolitischen Ziele. Haupthindernis sind für ihn die *"durch das demokratische Prinzip gegebenen erheblichen Umsetzungs- und Durchsetzungsschwierigkeiten"* seiner Rezep-

Fortsetzung nächste Seite

te, die durch den föderalistischen Staatsaufbau (Polizeikompetenz bei den Ländern) noch ''multipliziert, ja potenziert'' würden. (S. 38).
Er fällt nun aber nicht in den Fehler, gegen Demokratie und Föderalismus zu polemisieren; vielmehr entwickelt er eine Durchsetzungsstrategie, die diese Prinzipien zur bloßen Fassade macht.

Zunächst einmal müßten sich *''die planenden Stellen, insbesondere die Regierung und die im Sicherheitsbereich Verantwortung Tragenden, ... klare Vorstellungen über die Aufgabenverteilung und Aufgabenbewältigung machen.''* (S. 33). Dazu sei vor allem eine ''klare Lagedarstellung'' notwendig, die durch ''polizeiliche Stabsarbeit auf Ministeriumsebene'' (S. 66) selbstverständlich von Polizei und Geheimdiensten selber geliefert wird. Lagedarstellungen zu erarbeiten und längerfristige Herrschaftsstrategien zu entwickeln, soll Aufgabe einer neuzuschaffenden **Generaldirektion Innere Sicherheit** sein, als deren Chef sich Stümper schon im Geiste sieht. (Anm. 4). *''Nur ein den obersten Entscheidungsträgern verdeutlichtes Wissen um die Notwendigkeit einer konstanten Verfolgung bestimmter kriminalpolitischer Sachziele''* gewährleiste, daß sich diese Ziele — auch gegen demokratischen Protest oder den Druck von Massenbewegungen — durchsetzen lassen.

Schädlingsbekämpfung
„Wirksame Beseitigung von Ordnungsstörungen ... machen den Einsatz modernster Technik unabdingbar".
CDU-Thesen

CDU-Thesen

Die Debatte unter den ''obersten Entscheidungsträgern'' sollte so weit wie möglich hinter verschlossenen Türen geführt werden. *''Das Sachanliegen sollte erst möglichst spät in die parteipolitische Auseinandersetzung geraten''* (S. 35), denn: *''Es ist geradezu zum System der sich den sicherheitspolitischen Grundanliegen entgegenstellenden Kräften geworden, durch eine rasche Ideologisierung, oft unter geschickter Einführung sich rasch multiplizierender Reizworte (Todesschuß, Isolationsfolter, Schnüffelstaat) Sachanliegen von vornherein politisch-ideologisch abzustempeln und damit einer sachlichen Behandlung zu entziehen.''* Dadurch seien ''wesentliche kriminalpolitische Anliegen'' auf der Strecke geblieben (S. 36). Es gelte daher für die Zukunft, *''sorgfältig darauf zu achten, daß entsprechende Anregungen bewußt in eine zurückhaltende Form gekleidet werden''*, um auszuschließen, *''daß Grundsatzprobleme vorzeitig in das politische Licht gezogen''* werden (S. 62).
Hier geht es nicht nur darum,Projekte ohne jede kritische Diskussion in der Öffentlichkeit abzuwickeln. Es geht auch darum, systematisch politische Parteien und Parlamente in eine bloße Statistenrolle zu drängen. Die Sachentscheidungen sollen gefallen sein, b e v o r dort überhaupt politisch diskutiert werden kann, und zwar durch fugendichte Vorabvereinheitlichung der ''politischen Entscheidungsträger'' und der Polizei, die damit ihre Rolle als bloß ausführendes Organ endgültig abstreift.
Für den Polizeiapparat, konkret für das von ihm konzipierte neue Reichssicherheitshauptamt, reklamiert Stümper darüberhinaus auch eine Erfolgskontrolle über alle ''sicherheitsrelevanten Maßnahmen'':
''Nur so werden Regierung und insbesondere die Parlamente in die Lage versetzt, ihre Entscheidungskompetenzen, vom Haushalt bis zur Gesetzgebung, ... sinnvoll auszuüben.'' (S. 63).
Letztlich geht es um eine Neuform des eigentlichen Kerns des Staatsapparates, um einen festen Block von Regierungsspitze, Polizei, Geheimdiensten und Bundeswehr, auf dessen Entscheidungen Parteien, Parlamente, Medien und demokratische Öffentlichkeit keinerlei Einfluß mehr haben. Nur so, darin ist Stümper sich sicherlich mit den entscheidendrn Leuten der CDU/CSU einig, läßt sich in einer Zeit sich zuspitzender Krisen eine ''**Sicherheitspolitik aus einem Guß**'' (Stümper, S. 56) durchsetzen.

Wir können auch anders
„...innere Sicherheit und sozialer Friede als V o r a u s s e t z u n g der persönlichen und politischen Freiheit..."
(CDU-Thesen) ; oder: wenn ihr nicht Ruhe haltet, ist's aus mit Demokratie und Freiheit

''...die hier den Staat madig machen...''

Auf dem Weg zum totalen Sicherheitsstaat sind alle ein Hindernis, die sich nicht bedingungslos in eine formierte, ideologisch gleichgeschaltete Gesellschaft einpassen wollen, die womöglich gar gegen diese Entwicklung Kritik anmelden. Gegen sie richtet sich der ganze Haß dieser Polizistenköpfe:
''Gerade im Interesse einer gesunden Liberalität und eines freien Klimas in unserer Gesellschaft ist es erforderlich, gezielt gegen diejenigen vorzugehen, die hier den Staat 'madig' machen. Es gibt nicht nur eine chemische, sondern darüber hinaus auch eine allgemein menschliche und politische Umweltverschmutzung, die sich gerade auf unsere Kinder und Jugendlichen verheerend auswirken kann. Auch in unserer Zeit gibt es 'Schreibtischtäter', die einer ohnehin sich in unserer wertunsicheren Welt schwertuenden Jugend noch völlige Irritation bescheren. ... Eine Kriminalpolitik, die die geistigen Verführer ungerupft läßt und ihre Machtmittel nur gegen die Verführten ... einsetzt, ist schon im Ansatz verfehlt.'' (Stümper, S. 70).
In diesen Haß-Tiraden hört man das ''Aufräumen bis zum Rest des Jahrhunderts, daß keiner von diesen Banditen es wagt, in Deutschland noch das Maul aufzumachen'' von Strauß heraus. Die Affinität zu faschistischer Ide-

ten es wagt, in Deutschland noch das Maul aufzumachen'' von Strauß heraus. Die Affinität zu faschistischer Ide-

ologie und Praxis liegt offen zutage: Auch bei den Nazis gehörten die kritischen, ''zersetzenden'' Intellektuellen und ''Volksvergifter'' (sogar die Metaphern gleichen sich!) zu den Hauptangriffszielen zunächst ihrer Demagogie und dann ihrer Mordkommandos.
Die CDU stößt ins selbe Horn: *''Der Staat ist aber berechtigt und verpflichtet, allen Kräften entgegenzutreten, die die freiheitliche demokratische Grundordnung bedrohen. Eine solche Bedrohung geht auch von denen aus, die alles in Frage stellen und aus vermeintlich höherer Einsicht entschlossen sind, sich über Gesetz und Ordnung hinwegzusetzen, und Rechtsbrüche verharmlosen.''*
Man sollte sich da keinen Illusionen hingeben. Gerade auf dem Gebiet der offenen Gesinnungsverfolgung und -justiz wird eine CDU/CSU- Regierung erheblich breiter und massiver vorgehen als bisher die sozialliberale Koalition. Sie wird mit allen Mitteln versuchen, jede staats- und polizeikritische Stimme zum Schweigen zu bringen. Neben polizeilich-juristischen Methoden wird eine breit angelegte Hetze gegen diejenigen eine große Rolle spielen, die ''alles in Frage stellen'' und die ''den Staat madig machen'' wollen. Besonders gilt das für die Kritik am Polizei- und Geheimdienstapparat selber: **''Die Sicherheitsorgane repräsentieren im freiheitlichen Rechtssaat den Verteidigungswillen der Gemeinschaft. Deshalb ist jeder Versuch, den Einsatz rechtsstaatlicher Mittel gegen Verbrecher zu diskriminieren, ein Angriff gegen die von der Mehrheit der Bürger bejahte staatliche Ordnung''** (CDU-Thesen).
Die Kritik an den Tendenzen zum Polizeistaat, die Aufdeckung der Machenschaften dieser Herren des Morgengrauens ist die Stelle, wo sie zu treffen sind. Stümper beispielsweise weiß genau um die Verletzlichkeit seiner Pläne, wenn sie ''ins politische Licht gezogen'' werden. *''Wenn die gewollte positive Zielsetzung dadurch kaputt gemacht wird oder man sich kaputt machen läßt, daß man diesen Staat als 'Überwachungs- und Schnüffelstaat' mit überzogenen repressiven oder gar faschistoiden Tendenzen beschimpft oder beschimpfen läßt, geht die sicherheitspolitische Rechnung nicht mehr auf.''* (S. 70). Wir sollten dies durchaus als Ermunterung begreifen.

Ein Genosse aus Freiburg

Anmerkungen

(1) Untermischt ist diese Staatsverständnis mit einem Volksbegriff, der eindeutig rassistische Züge trägt: Ausländer sind für Stümper eine "Belastung für die eigene Bevölkerung" (S. 97). "Die kriminillen Anfälligkeiten sind ethnologisch unterschiedlich", behauptet er (S. 95), und die Gebräuche und Einstellungen von Ausländern hätten "Auswirkungen auf das Zusammenleben, den Werdegang und das Schicksal eines Volkes". ("Die Polizei", 1/82, S. 2). Schon 1979 war es Stümper, der der ausgesucht unmenschlichen Ausländerpolitik der baden-württembergischen Landesregierung die Stichworte lieferte, als er 90 % der Asylbegehren von vornherein jede Berechtigung absprach.

(2) Konkret heißt das für Stümper: "Das gemeinschaftliche Planen von Polizei und Militär in diesem Bereich muß als etwas ganz Normales gesehen werden. Es darf nicht zu einem staatspolitisch-moralischen Naserümpfen führen, als ob es sich dabei um staatlich 'ehewidrige Beziehungen' handeln würde." (S. 28).

(3) Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen. Hamburg 1933. S. 28 f.

(4) In Baden-Württemberg hat Stümper diesen Posten, er hat seine strukturellen Vorstellungen dort bereits durchsetzen können: Die Abteilung III des Innenministeriums wurde in Landespolizeipräsidium umbenannt und "zu einer echten polizeilichen Führungsstelle auf Landesebene" ausgebaut. Zu ihm gehört ein Planungsstab und ein eigenes Einsatzreferat mit Lagezentrum, von dem aus die gesamten Polizeikräfte des Landes und insbesondere die Sondereinheiten dirigiert werden können. Ein Schwerpunkt ist "konzeptionelle Arbeit zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung". Die Verschmelzung von Polizei- und Regierungsapparat ist damit praktisch vollzogen. (Zitate aus "Polizei-Report" Juni 1979).

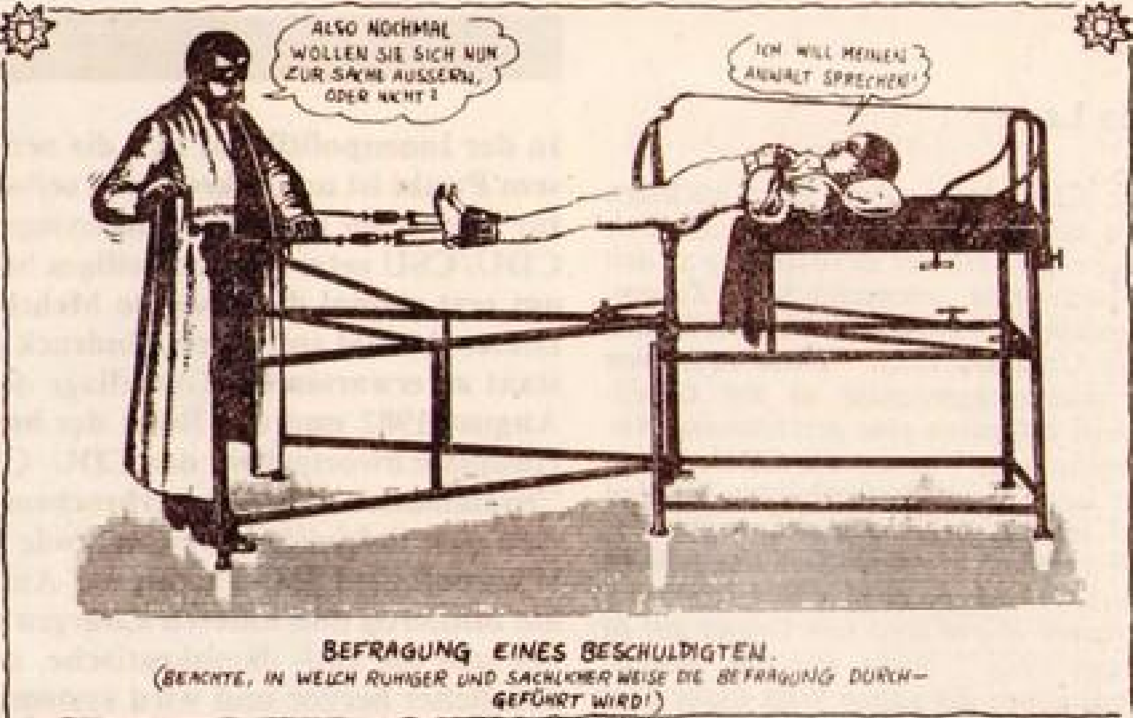


Image-Politur
„Das Ansehen der Sicherheitskräfte in der Öffentlichkeit muß der Bedeutung entsprechen, die ihnen für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zukommt. Der Staat und die politisch Verantwortlichen im Staate müssen sich ihrerseits auch in der Öffentlichkeit zu den Sicherheitskräften bekennen und sie dort verteidigen, wo sie in schwierigen Situationen unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens tätig werden".
Und an wen denkt die CDU dabei ganz besonders? Richtig. An die armen, bemitleidenswerten Schließer im Knast, die keiner so richtig zu würdigen weiß. Aber die CDU: „Das Sozialprestige und die Attraktivität ihres Berufsbildes sind zu verbessern". Jawoll!

»Punker-Kartei« bei Hannovers Polizei

,,18.12.82 — Punk-Demo in Hangover — um 12.00 Uhr am Kröpcke unter dem Motto: Hangovers Untergang — gegen Punkerkartei / Braunkohl / Überwachung / Pershing / Ehe / § 218 / Zimmermann / Autorität / Dummheit / Heino / AKWs / Packeis usw.'' Nahezu ungerührt von dem öffentlichen Skandal, den die Errichtung einer Spezialkartei über Punks in Hannover ausgelöst hat, sammelt die Polizei weiter. Polizeisprecher Thurau sah Ende November ,,keinen Anlaß'', die mittlerweile auch vom Datenschutzbeauftragten kritisierte Anweisung an alle Dienststellen, ,,sämtliche Erkenntnisse über sog. Punker unverzüglich der zentralen Nachrichten- und Auswertungsstelle der Kriminalfachinspektion 7 mitzuteilen'', zu ändern. Der Beamte vor Ort wisse, daß damit nur Erkenntnisse im Zusammenhang mit Straftaten gemeint seien...

Ein „ganz normaler Vorgang"

sei das, so Polizeisprecher Kassen. Wieso es da allerdings einer speziellen Anweisung bedürfe, konnte er auch nicht erklären. Und: *,,Über das Löschen haben wir uns bisher keine großen Gedanken gemacht''*, gab der Polizeichef freimütig zu (HAZ, 8.11.). In der Kartei — für die noch keine Genehmigung vorlag — waren, wie der stellvertretende Polizeipräsident vermutete, bereits ein ,,Kreis von höchstens 100 Personen'' erfaßt. Wenige Tage später sind es angeblich ,,nur'' noch 50 Punks, die registriert wurden (Polizeipräsident Walzer, lt. HAZ vom 9.11.).
Auf die Frage, wie die Polizei die sogen. Punker identifiziere, antwortete Sporn: *,,Bis jetzt können wir uns nur an Äußerlichkeiten orientieren''*, aber jeder wisse, wer gemeint sei (NP, 6.11.).
Ja, die Beamten wissen Bescheid: Am Abend des 28.10. zwangen sie in der U-Bahn Station Kröpcke 12 Jugendliche, den Bahnsteig zu reinigen, auf dem sie angeblich vorher Flaschen zerschlagen hatten. — Am selben Abend zwei Hausdurchsuchungen bei Leuten, die unter die polizeiliche Kategorie ,,Punker'' fallen: Vor der Wohnungstür steht ein Polizist, Pistole im Anschlag. Mit 5 Kollegen stürmt er in die Wohnung. Sie wühlen die Zimmer durch, fragen nach einem Unbekannten und geben blöde Kommentare, als sie die Plattenkiste durchwühlen. Kein Wort vom Grund der Durchsuchung. Auf dem Tisch steht eine Flasche Gin, der Polizist legt die Pistole daneben, setzt sich, kippt sich ein Glas ein. Sprüche. Als die sechs wie ein Spuk wieder verschwunden sind, weiß die Frau im-

Fortsetzung nächste Seite



Punks kamen als Ratsherrn verkleidet — oder war's umgekehrt? Vier von der GABL
aus „NaNa" Stadtzeitung in Hannover
Foto: Novum

Forts. von vorhergehender Seite

mer noch nicht, was sie wollten (Nach Nana Nr. 33).

Noch ein weiterer Fall gibt Einblick in die Methoden der aktuellen Datensammlung: Ein WG-Haus ist vollgeschmiert mit rechten Parolen, einem Afrikaner wurden Farbbeutel ans Fenster gedonnert, Leute werden mit Luftgewehr angeschossen — zwei Jugendliche rechte Fußballfans sollen die Täter sein. Die herbeigerufene Polizei durchsucht bei der Gelegenheit gleich kurzerhand die Punk-WG des Hauses und wundert sich, daß einer der Punks nicht bei seiner Freundin schläft...

„Gewisse hysterische Reaktionen von Bürgern" sollen lt. Polizeipräsident Walzer Anlaß für seine Verfügung sein, neben Veröffentlichungen über das „Punkerproblem" und der Tatsache, daß mehrfach Punker sich strafbar gemacht haben... (nach HAZ, 9.11.). Na, wer das wohl war? Wir tippen da auf eine gewisse Bürgerwehr, die kürzlich die Schließung des UJZ-Kornstraße (wo sich regelmäßig Punks treffen) betreiben wollte.

Im November — also nach Einrichtung der Punker-Kartei — stand nämlich eines Abends die Polizei vor der Tür, mit der Absicht, die Schließung der Kornstraße durchzusetzen. Es gebe eine Verfügung, die besage, daß das JZ ab 22.00 Uhr geschlossen werden muß. Anlaß waren angebliche Beschwerden aus der Nachbarschaft (in einer Industriestraße!).

Besagte Verfügung erhielt das UJZ jedoch erst einige Tage später offiziell zugestellt. Eine Provokation, die die Karteien rasch auffüllen hilft? (Eine erste Überschreitungsfete ging noch ohne Polizeiübergriffe aus).

Und der Stadtrat?

Seit langem war mal wieder Stimmung im Rat: die GABL-Fraktion war in Punk-Verkleidung erschienen, echte Punks gingen auf der Tribüne mit und wurden des Saales verwiesen. Ihr Beifall galt sogar dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Heinemann, der sich mit Hinweis auf das Sozialistengesetz „vehement gegen die Verdammung solcher Gruppen" wandte, was CDU-Briese zu dem Zwischenruf veranlaßte, „wegen solcher dummen Sprüche" sei „aus Weimar das entstanden, was wir alle nicht wollten". SPD-Ratsherr Reinhardt sah Weimarer Zustände durch die Karteikarten heraufdämmern, die die GABL dem Oberbürgermeister „zur Weiterleitung wie bei der IDEE" überreicht hatte. (Damals gab der Oberbürgermeister die Unterschriftensammlung der IDEE-Gegner direkt an den Polizeipräsidenten weiter).

CDU-Fraktionschef Briese beantragte am 25. November Nichtbefassung des GABL-Antrags, der zu einer Verurteilung der Punker-Kartei führen sollte. Die Aufregung über die Datensammlung durch den hannoverschen Staatsschutz ist für Briese (CDU) lediglich eine Kampagne gegen die Polizei.

Als einziger brachte Alex Rudnick (GABL) die Pöbeleien der CDU zum Verstummen, als er ihr vorhielt, daß es neben ihrer blaubraunen Anzugkultur auch noch eine andere Kultur in dieser Stadt gebe. Seine Frage, wie die CDU
lich eine Kampagne gegen die Polizei.
Als einziger brachte Alex Rudnick (GABL) die Pöbeleien der CDU zum Verstummen, als er ihr vorhielt, daß es neben ihrer blaubraunen Anzugkultur auch noch eine andere Kultur in dieser Stadt gebe. Seine Frage, wie die CDU
damit umzugehen gedenke, außer sie zu kriminalisieren, blieb unbeantwortet.

Antifa-KB/Hannover

Schon soweit?

Knochenvermesser

empfehlen sich

Professoren veröffentlichen ein Manifest gegen die „Ausländerflut", ein angegliederter „Schutzbund" will das „Deutschtum" verteidigen, einem angesehenen Verhaltensforscher öffnen sich die Spalten einer ebenso angesehenen Tageszeitung, um Fremdenhaß als biologische Notwendigkeit zu begründen — solche Meldungen sind mittlerweile in der Wirklichkeit des alltäglichen BRD-Rassismus keine Besonderheiten mehr. In der zunehmenden Verquickung von rechtsextremen, rechtskonservativen und offiziell-offiziösen, teils politisch, teils wissenschaftlich aufgeputzten Rassisten-Umtrieben bekommen auch kleinere Unternehmungen einschlägiger Art Gewicht. Ein Kongreß, der bereits im Juli 82, in Bochum, stattgefunden hat, war eine solche Unternehmung. Bislang blieb er ohne jede öffentliche Beachtung. Sein Thema — sowie der Kreis der Teilnehmer — läßt jedoch aufhorchen: „Die natürliche Ungleichheit der Menschen".

Veranstaltet wurde der Kongreß am 23.7.82 von dem rechtsaußen lokalisierbaren **„Freien Deutschen Autorenverband" (FDA)**, der 1973 gegründet wurde, weil der „Verband deutscher Schriftsteller" empfahl, sich der IG Drupa im DGB anzuschließen. Die Mitglieder des FDA sind denn auch danach: Schreiber von Springers „Welt", Rechtskonservative wie „criticón"-Autor Freiherr v. Schrenck-Notzing, ZDF- und sonstiger Propagandist Löwenthal und ähnliche. Als Schatzmeister suchte sich 1976 der FDA den Vize des rechtsextremen **„Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes", Hertlein.** Da fehlte, als Gastredner (1980), natürlich auch **F.J. Strauß** nicht.

Dieser FDA organisierte nun, mit seinem Mitglied **Willhart S. Schlegel** als Hauptakteur, den Kongreß. Als Red-
schen Geistes", Hertlein. Da fehlte, als Gastredner (1980), natürlich auch F.J. Strauß nicht.
Dieser FDA organisierte nun, mit seinem Mitglied Willhart S. Schlegel als Hauptakteur, den Kongreß. Als Red-
ner bzw. Diskussionsteilnehmer waren anwesend außer Schlegel selbst die Professoren **Jörgensen** (Göttingen), der auch den FDA-Landesverband Niedersachsen leitet, Prof. **Weicker**, Prof. **Theopold**, Prof. **Leyhausen**, Prof. **Sachse** (Mainz) und, neben anderen, ein **Jan Kern**, Vertreter des Bundessportausschusses. In gewisser Weise Star der Veranstaltung war Prof. **Eysenck** aus London. Weniger aufgrund irgendwelcher neuen Erkenntnisse, als wegen der Zusammenkunft gerade dieses Kreises verdient das Treffen Beachtung. Sowohl der mitveranstaltende Organisator, Schlegel, als auch der Stargast, Eysenck, waren nämlich keine Neulinge in Sachen „natürliche Ungleichheit der Menschen" — und wie der Kongreß zeigte, bemühte sich der Rest (offenbar, wie zu hören ist, durchaus miteinander vertraut) um ganz Ebenbürtiges.

Schlegel ist Arzt und hat seit Jahren ein privates Institut für „Konstitutionsforschung". Als er Anfang der 70er Jahre an der Hamburger Universität Vorlesungen hielt, wurde er alsbald — ausgelöst durch Studenten-Proteste und unter Rückgriff auf von der Biologen-Fakultät eingeholte Gutachten — seinen Lehrauftrag wieder los. Immerhin hatte er sich nicht gescheut, sich seines Lehrers Otto v. Verschuer zu rühmen (ein Nazi-„Zwillingsforscher" — einer seiner Assistenten war der spätere Schlächter von Auschwitz, Mengele —), seine Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen Hand- bzw. Beckenknochenumfang und Charakter zu verbreiten und Schlußfolgerungen zu ziehen wie diese: *„Die große historische und politische Streitfrage Demokratie oder Monarchie bzw. Diktatur ist eigentlich eine Scheinfrage. In Wirklichkeit dreht es sich immer um offene oder versteckte Führung durch einzelne oder wenige, weil eine echte Demokratie ... mit der menschlichen Natur nicht vereinbar ist."* („Körper und Seele", 1957, S. 158).

Auch auf dem FDA-Kongreß zeigte sich Schlegel noch immer von keiner neuen Seite: noch immer will er Hand- und Beckenknochen messen, um den Charakter zu deuten und Voraussagen über die Zukunft (z.B. Berufseignung) zu machen.

Der Stargast, H.J. Eysenck, wurde von Schlegel als „Darwin der Psychologie" eingeführt. Kein Wunder: Eysenck ist in Europa einer der ersten und getreusten Gefolgsleute des US-Psychologen A. Jensen, der mit einem Aufsatz 1969 den Trend zurück zu wissenschaftlich aufgeputztem Biologismus und Rassismus einläutete. Zu den Standard-Behauptungen Jensens und Eysencks (wie ihrer Nachbeter — auch in der BRD) gehört beispielsweise, daß die Intelligenz zu rund 80 Prozent vererbt und nur zu 20 Prozent soziokulturell bestimmt sei. (Laut Jensen steht ebenfalls fest, daß Schwarze weniger intelligent seien als Weiße). Genau diese, Ladenhüter wiederholte Eysenck auch in Bochum, verband das mit einer uneingeschränkten Verteidigung eines der Ur-Väter moderner Rassentheorien, Galton, und würzte seine Ausführungen mit Bemerkungen wie: die Gleichheit der Menschen — abgesehen von der rechtlichen — sei keine Utopie, sondern ein Alptraum. Daß Eysenck (wie Jensen) mit solcherlei Thesen in rechten und ganz rechten Kreisen gern gesehener Gast ist, ist ebenfalls nicht neu. So gehört Eysenck zugleich den Beiräten der französischen neu-rechten Zeitschrift „Nouvelle Ecole" und ihres
(wie Jensen) mit solcherlei Thesen in rechten und ganz rechten Kreisen gern gesehener Gast ist, ist ebenfalls nicht neu. So gehört Eysenck zugleich den Beiräten der französischen neu-rechten Zeitschrift „Nouvelle Ecole" und ihres
Schwesternblatts in England, der rassistischen „Mankind Quarterly", an. Jensen seinerseits sitzt im „Wissenschaftlichen Beirat" der dritten einschlägigen Zeitschrift, der **„Neuen Anthropologie" des Hamburger Neonazi Jürgen Rieger.**

Professor Jörgensen fand, ganz im Einklang mit der Kongreß-Stimmung, daß Genetik überhaupt zentrale Wissenschaft sei; er deutete an, auch die „Gastarbeiterfrage" müsse unter genetischen Gesichtspunkten diskutiert werden. Marxismus übrigens ist, laut Jörgensen, biologischer Irrsinn, und das männliche Y-Chromosom leuchtet, so der gleiche Jörgensen, unterm Mikroskop „am schönsten".

Daß dergleichen Unternehmungen in der gegenwärtigen Wende zum seriösen Rassismus auch jederzeit offiziell-offiziös Kontakte aufweisen können, machten einerseits die Professoren Jörgensen und Weicker deutlich, die beide im Deutschen Hochschulausschuß für Leibeserziehung sitzen. Jan Kern vom Bundessportausschuß wußte denn auch sozusagen amtlich die Meinung beizusteuern, wie wichtig doch Eysencks Lehren für den Sport seien und insbesondere für die Auswahl geeigneter Leistungssportler. Schlegels Herz (oder was auch immer) dürfte bei solchen Bekundungen gehüpft haben, hat er doch nun schon seit Jahrzehnten dieser Verknüpfung von Genetik und Eignungsvorhersage zum Durchbruch verhelfen wollen.

Antifa-Komission KB/Hamburg

Buchbesprechung
Vorsicht Braunzonen!

„Auch ich bin ihrer Auffassung, daß der Verfassungsbegriff ‚Deutsches Volk' letztlich ethisch (= völkisch) bezogen ist" — dies schrieb Mitte dieses Jahres der zweithöchste Repräsentant der Bundesrepublik, der CSU-Bundestagsabgeordnete Richard Stücklen, an Frau Brigitte Finkeissen-Frank, Vorsitzende des „Schutzbund für das deutsche Volk" — und lieferte damit geradezu ein Paradebeispiel für jene „Braunzone", die Gegenstand des Buches „Wer mit wem? Braunzonen zwischen CDU/CSU und Neonazis" ist.

Denn dieser „Schutzbund" ist ein organisierter Versuch der „Gesellschaft für freie Publizistik" (dem Dachverband der rechtsradikalen Presse), mit Rassismus und Ausländerfeindlichkeit endlich aus ihrer Isolation herauszukommen. Es waren dieselben Kräfte, die auch das „Heidelberger Manifest" westdeutscher Hochschullehrer betrieben, das Anfang 1982 die demokratische Öffentlichkeit zu massiven Protesten mobilisierte. Doch Stücklen tat alle Vorhaltungen, die ihm gemacht wurden, alle Hinweise auf den faschistischen Hintergrund des von ihm zur Veröffentlichung des Briefwechsels ermächtigten „Schutzbundes" lapidar ab: Frau Finkeissen-Frank habe „in Sorge über die im Gang befindliche Überfremdung eines Teils unserer Heimat" gehandelt.

Vor gut einem Jahr, als das „Braunzonen-Buch" erschien, schrieben wir im Vorwort: *„Die CDU/CSU steht bereit..., die Regierungsgeschäfte zu übernehmen — um dann zu unterdrücken, was die SPD auch in ihrer Rolle als neue Oppositionspartei nicht mehr integrieren kann.* ***Da dürfte es für die linke und demokratische Öffentlichkeit von allerhöchstem Interesse sein, mit welchem Rattenschwanz von*** *Hilfstruppen, Faschisten und Kalten Kriegern die CDU/CSU in den Ring steigt, wer sich da mit wem um einträgliche Posten und Einfluß gruppiert, an welchen Drähten die Integration rechter bis faschistischer Kräfte zu staatstragenden Funktionen unter den Bedingungen einer CDU/CSU-Regierung laufen könnte."*

Nun, Stücklens Briefwechsel ist dafür wirklich nur e i n Beleg: Da gibt es z.B. den frischgebackenen CDU-Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Uwe Barschel, der als damaliger Innenminister (und für die juristische Verfolgung der Nazis verantwortlich) es sich nicht nehmen ließ, zusammen mit seinen Parteifreunden, den Bundestagsabgeordneten Willi Peter Siek
sterpräsidenten von Schleswig-Holstein, Uwe Barschel, der als damaliger Innenminister (und für die juristische Verfolgung der Nazis verantwortlich) es sich nicht nehmen ließ, zusammen mit seinen Parteifreunden, den Bundestagsabgeordneten Willi Peter Siek
und Olaf von Wrangel, der Beerdigung des Hitler-Nachfolgers Dönitz die offiziöse Weihe zu verleihen, die die übrigen Trauergäste vom „Kulturwerk Europäischen Geistes", von der „Wiking-Jugend" bis hin zur „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS" kaum von sich aus hätten erzielen können.

Da gibt es den frischgebackenen CDU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger, der 1971 Teilnehmer einer Vorbereitungsrunde zur Gründung der „Deutschen Union" gewesen war, einer Partei im wesentlichen aus alten Nazis, mit deren Hilfe die sich damals eben auf die SPD zubewegende FDP zerschlagen werden sollte (ach, waren das Zeiten...); und eben dieser Alfred Dregger war auch Mitglied der „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit", über die zur Vorbereitung des hessischen Wahlkampfs 1974 im Winter '73 Gespräche mit der hessischen NPD geführt wurden. (Klar, daß Dregger, schon damals erfolgloser CDU-Spitzenkandidat, davon nichts gewußt haben will).

Oder das „Hilfskomitee südliches Afrika", auf dessen alljährlichen Sitzungen regelmäßig CDU/CSU-Abgeordnete entweder persönlich anwesend sind oder durch Telegramme ihre Verbundenheit mit dem dort versammelten Klüngel aus NPD-Funktionären und rechtsradikalen Politikern aus „Deutsch-Südwest" (Namibia) dokumentieren: Von Lorenz Niegel über Paul Röhner, Todenhöfer, Hupka bis hin zu Hans Huyn (alles Bundestagsabgeordnete).

Oder, oder, oder... die Liste der Beispiele ließe sich beliebig fortsetzen: Vom „Institut für Demokratieforschung" über die Zeitung „student", vom „Hochschulring Tübinger Studenten" (mit Kontakten zur „Wehrsportgruppe Hoffmann") bis zu „criticón" (wo CDU-Konservative mit „Nationalrevolutionären" diskutieren), von der führenden Nazi-Zeitschrift „Nation Europa", dem „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes" oder dem „Ring Freiheitlicher Studenten" bis hin zur „Gesellschaft für Menschenrechte", dem „VDA — Gesellschaft für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e.V." oder dem Witikobund... Die Braunzone, wie wir dieses Gespinst von Verbindungen, gemeinsamen Veranstaltungen, gegenseitigen Grußadressen oder auch handfester politischer Aktion benennen, lebt, wuchert und gehört zur Politik der CDU/CSU.

Die Geschichte der CDU/CSU ist nicht zuletzt eine Geschichte der Arbeitsteilung zwischen bürgerlicher Reaktion in Form des CDU/CSU-Konservativismus und Faschisten aller Couleur. Sie beginnt damit, daß CDU und CSU selbst Auffangbecken für ungezählte alte Nazis wurde, für Kiesinger, Carstens, Oberländer, Filbinger, Puvogel, Globke und wie sie alle heißen. Sie geht weiter damit, daß die CDU unter



erschienen im Buntbuch-Verlag, Bartelsstr. 36, 2000 Hamburg 6
ISBN Nr. 3-88653-002-7
Preis DM 17,80

erschienen im Buntbuch-Verlag, Bartelsstr. 36, 2000 Hamburg 6
ISBN Nr. 3-88653-002-7
Preis DM 17,80

Adenauer bis auf wenige Ausnahmen (aus denen dann die NPD hervorging) alle nationalistischen und neofaschistischen Strömungen in sich aufsog, von der „Deutschen Partei" bis zum „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten". Welche Integrationskraft die CDU/CSU nach Rechts immer hatte, wird nicht zuletzt daran deutlich, daß mit Ausnahme der Jahre der Großen Koalition (als die Nazis der CDU „nationalen Verrat" vorwarfen und manche CDU-Mitglieder die Gründung der NPD unterstützten) der organisierte Rechtsradikalismus außerhalb der CDU/CSU nie parlamentarisches Gewicht erringen konnte.

Seit nunmehr 10 Jahren steht das Wort von Strauß: **„Mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein".**

Die Braunzone — das ist das konkrete Management dieser Hilfstruppen, das sind die vielfältigen Fühler, die ausgestreckt werden, das sind die Versuche, die vielbeschworene Wende im Bewußtsein zu verankern, das sind die Ansätze zur Mobilisierung des „gesunden Volksempfindens".

Auf über 150 Seiten enthält das Buch nahezu 400 Kurzbiografien und über 100 konzentrierte Angaben zu jenen Organisationen, Instituten und Publikationsorganen, über die diese Kooperation erfolgt, ergänzt durch ein Register von über 1.000 Stichworten, die das Arbeiten mit dem Buch zusätzlich erleichtern.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Geliebtes Deutschland?

Wie Türken(innen) die Deutschen sehen — eine Buchvorstellung

Den Spieß einmal umdrehen: die Türken über die Deutschen zu Wort kommen lassen, das ist das Anliegen des Buches von Dursun Akcam!
Der Schriftsteller D. Akcam wurde 1930 in einem anatolischen Dorf geboren, hat lange Zeit als Lehrer in der Türkei gearbeitet und war Mitbegründer der türkischen Lehrergewerkschaft TÖS. Bei ihrem Verbot wurde er verhaftet und verurteilt, später jedoch freigesprochen. Nach dem Militärputsch 1980 ist D. Akcam in die BRD emigriert.Er ist Mitherausgeber der demokratischen Zeitung „Demokrat Türkiye".

Die Türken, schreibt Dursun A. im Vorwort, haben uns Deutschen etwas zu sagen: *„Sie haben Schmerzen, Sympathien und Sehnsüchte. Was denken also die Menschen, die seit Jahren Ziel von Angriffen sind, wie haben sie die deutsche Gesellschaft, in der sie leben, und den deutschen Menschen bewertet, was haben sie an diesem Punkt zu sagen"* (S.8). Bei der Auswahl seiner Gesprächspartner hat er insbesondere darauf geachtet, *„daß verschiedene Ansichten und Überzeugungen wiedergegeben werden. Die Erzähler sind nicht nur Arbeiter, sondern Prototypen aus verschiedenen Bereichen und Überzeugungen, die vom Arbeitslosen, Studenten, Priester, Bürokraten, Handwerker bis zum Gefängnisinsassen reichen. Wenn sie als vielstimmiger Chor die Deutschen, den deutschen Menschen beschreiben, so erzählen sie eigentlich ihre eigenen Dramen".*

Diese so unterschiedlichen „Dramen" werden dem Leser auf so anschauliche, oft wirklich ergreifende Weise von den Betroffenen selbst nahegebracht, wie es keine Statistik, theoretische Abhandlung über „die Lage der Gastarbeiter" o.ä. fertigbrächte.

Über dieses Buch zu schreiben, kann deshalb nicht heißen, es mit dem Urteil „gut oder schlecht" zu versehen, so wenig, wie man die Beschreibungen der Menschen in diesem Buch, ihr Handeln und die Schlüsse, die sie z.T. aus gamz subjektiven Erlebnissen ziehen, mit „richtig oder falsch" bewerten kann!

Über dieses Buch zu schreiben, kann mur heißen, in Ausschnitten eine Vorstellung davon zu geben, was diese Menschen uns zu sagen haben.

Er hofft, schreibt D. Akcam im Vorwort, daß durch sein „aus humanisti-

mur heißen, in Ausschnitten eine Vorstellung davon zu geben, was diese Menschen uns zu sagen haben.

Er hofft, schreibt D. Akcam im Vorwort, daß durch sein „aus humanisti-scher Sicht" bearbeitetes Buch einige „große" Menschen von diesen „kleinen" Menschen etwas lernen. Ich denke, daß auch wir mit den „großen" Menschen gemeint sein können und wage zu behaupten: Viele deutsche Linke haben nur „theoretischen" Kontakt zu Ausländern, indem sie **über die Gasrarbeiter** lesen, Ausländerfeindliches hören etc. Was die Ausländer aber als Ideen und Eindrücke **über die Deutschen** in ihren Köpfen mit sich herumtragen, sollte sich auch rumsprechen. Dafür ist das Buch eine gute Gelegenheit:

„Die Wesen, deren Anpassung gewünscht wird, sind nicht aus Stein, kein Schnittholz und erst recht keine zu hütenden Tiere. Auch sie sind Menschen, so wie die deutschen Bürger und Integrationsexperten. Deswegen sage ich, zunächst Achtung vor dem Menschen. Ich denke, daß viele Deutsche an diesem Punkt ein wenig Integration und Anpassung brauchen" (S.52)

D. Akcam hat in Hamburg mehrmals vor ausländischen und deutschen Zuhörern aus seinem Buch vorgelesen. Die unterschiedliche Reaktion der Zuhörer hat besonders einige Deutsche nachdenklich gemacht: Während „die Ausländer" öfter in ein befreiendes Lachen ausbrachen, herrschte bei „den Deutschen" betretenes Schweigen vor. Wenn ihr rauskriegen wollt, woran das liegt, müßt ihr das Buch lesen und es unbedingt besonders an eure türkischen Bekannten/Freunde (das Buch ist 2-sprachig) weitergeben.

Eine kritische Bemerkung ist notwendig: Von den 19 Beiträgen in diesem Buch sind nur 3 von Frauen, ein Beitrag ist von einer 9-jährigen Schülerin. Während die türkischen Männer auf 131 Seiten zu Wort kommen, müssen sich die Frauen mit 20 Seiten begnügen. Polemisch könnte Frau fragen, ob D. Akcam meint, daß die türkischen Frauen weniger über ihr Schicksal mit den Deutschen zu sagen haben?!

„Ich spüre eine Leere im Leben der Deutschen

Ayse Tümen, Arbeiterin, schreibt: *„In ihrem Erfahrungsbereich gibt es keine Ideale oder Werte, für die es zu kämpfen lohnt; kein erhabener Glaube beunruhigt sie. Sobald sie von der Arbeit kommen, versuchen viele von ihnen, die Leere mit Alkohol zu füllen. Zu Hause angekommen, trösten sie sich mit dem Anblick des Farbfernsehers. Anschließend geht es ins Bett, und mit der Arbeit in den frühen Morgenstunden geht das monotone Leben weiter."* (S. 14) *„Mir kommt es vor, als ob die Riesenindustrie eben auch ihre Menschen mit zermalmt."* (S. 15) *„Warum sollte ich lügen? Den Menschen, den ich suche, habe ich bisher in der deutschen Gesellschaft nicht gefunden. Natürlich gibt es gute Menschen in dieser Gesellschaft; sogar sehr viele. Aber in gewisser Weise sind auch sie steif, unbefriedigend. In der Mehrheit sind sie Individualisten, egozentrisch, kaltherzig und führen ein farbloses Leben. Ein mechanisches Leben auf mechanischen Schwungrädern, ohne Sinn und Ziel"* (S. 13).



Mustafa Tekinez, Lehrer: *„Auch untereinander verhalten sich die Deutschen seltsam, so wie man es in anderen Ländern der Welt kaum vorfindet. Es-*

Mustafa Tekinez, Lehrer: *„Auch untereinander verhalten sich die Deutschen seltsam, so wie man es in anderen Ländern der Welt kaum vorfindet. Es-**gibt keine gegenseitige Liebe; in allen Beziehungen ist Ich-Bezogenheit und Ablehnung vorherrschend. An diesem Punkt lassen sich hunderttausende Beispiele aufzeigen. Bei einer Zugfahrt zum Beispiel legt eine Frau in einem Abteil für sechs Personen ihre Tasche auf einen Sitz, ihren Mantel auf den anderen, damit sich niemand anders dort hinsetzt. Und das, obwohl die Züge nicht als Besitz ihres Vaters eingetragen sind und jeder, der sein Geld bezahlt hat, Anrecht auf einen Sitzplatz hat. Wenn im Abteil die Zahl der Herren und Damen auf drei angewachsen ist, gilt es als voll. Eine Zeitung, Illustrierte oder ein Buch in der Hand, reisen sie mit saurem Gesicht daher. Öffnet jemand die Tür und fragt nach einem freien Platz, so kann man meinen, er wolle auf den Rücken der anderen steigen"* (S. 208).

Sait Selcuk, „Halbstarker", 18 Jahre:
„Alter, wenn du mich fragst, Deutschland ist einmalig. Ein zivilisiertes Land, die Menschen zivilisiert, alles zivilisiert. Es gibt alles; du findest, was du suchst. Kannst nach Lust und Laune leben. Jede Menge Frauen, Mädchen, Vergnügen und Freude. Ich sage doch, nichts geht über Deutschland. Aber nur für Kenner. Unsere Ahnen, also die Arbeiter hier, kommen mit'm Brett vorm Kopp und gehen mit'm Brett vorm Kopp. Wenn sie zusammenkommen, lallen sie immer was von Heimat. Kerl, was gibt's denn in eurer Heimat, Mann... Irgendwie tut mir diese Ahnentruppe auch leid. Alter, ehrlich, sie tun mir leid. Ich bin ledig, verstehste Alter? Hier gehören Jugendliche hin, Leute, die was von Vergnügen und Sex verstehen. Nichts geht über die deutschen Mädchen... Es gibt keine Moralapostel, die auf dir rumhacken, weil du ein fremdes Mädchen angeguckt hast. Es gibt kein Brautgeld und erst recht keine Heiratsvermittler. Mit deiner Freundin kannste jederzeit fummeln, mitten unter allen Leuten. Keiner guckt dich schief an, warum du solch einen Mist machst. Man kritisiert nicht die Liebenden, sondern die, die sie schief angucken. Au Mann, was ist das für ein Land." (S. 93)

Memis Bozkir, Arbeiter: *„Ganze dreizehn Jahre bin ich nun in Deutschland als Arbeiter... Worüber willste mit mir reden? Über die Deutschen? Echt, von den Deutschen hab' ich keine Ahnung, nichts mit zu tun! Weder kennen sie mich, noch ich sie! Bei uns in Altinova (Altona) wohnen Türken. Es gibt auch Deutsche, aber ihre Reden, ihre Sprache dringt nicht zu uns. Unsere Wohnung, unsere Arbeit, unsere Sprache und unsere Sitten sind voneinander getrennt. Sie sind die Fettaugen und wir die Suppe; sie oben und wir unten. Doch mach dir nichts draus, das Schmackhafte liegt bei uns. Manchmal sagen sie 'Guten Tag', Dann sage ich 'Guten Tag'. Wörter wie 'Bitte schön' und 'Danke' werden gewechselt"* (S. 57) *„Da ich mit den Deutschen nicht rede, weiß ich nicht, was sie denken. Unter ihnen gibt's gute und schlechte Menschen... Die Deutschen sind für mich wie ein Bild. Ich sehe es, es bewegt sich und spricht..."* (S. 61)

„Die Deutschen haben den 100-prozentigen Sefik auf Null gebracht und getötet"

„Die Deutschen haben den 100-prozentigen Sefik auf Null gebracht und getötet"

Sefik, „60 Prozent": *„Ich bin Sefik '60 Prozent', ein Sonderling in der Stadt H., ein Deutschlandgeschädigter ... 1971 kam ich nach Deutschland. Da war ich ein 100-prozentiger Sefik... Bei der Arbeit für die Deutschen bin ich zum Behinderten geworden. 40 Prozent, 50 Prozent von mir haben die deutschen Bosse verschlungen; sie haben mir das Mark aus den Knochen gesaugt, mich Blut schwitzen lassen"* (S. 99). *„Ich sagte schon, daß ich den deutschen Bossen auf den Leim gegangen bin. Wir arbeiteten im Akkord. Bei der Akkordarbeit ging mein Akkordzu Bruch. Meine Glieder brachen, und jetzt sind auch die arbeitenden Hände verdorben"* (S. 100). Die Stückzahl für den Akkord wurde immer mehr erhöht, der Lohn gesenkt. *„Wir wandten uns dagegen, keiner hörte uns zu. Der Chef befahl: 'Wer will, arbeitet, die anderen können gehen... Ab ins Heer der Arbeitslosen!' Der Chef und auch der Boss spielten mit uns wie Katzen mit Mäusen."* (S. 101). *„Eines Tages brach ich am Arbeitsplatz wie ein Metallklumpen zusammen. Sie brachten mich ins Hospital. Meine Wirbelsäule war verbogen, mein Skelett war kaputt. In meinen Knochen war Verkalkung eingetreten. Außerdem hatte ich Ischias"* (S.104). Sefik wird entlassen, er stellt einen Antrag auf Invalidenrente. *„Der Amtsarzt untersuchte mich. Das Gutachten sprach von 40 Prozent untauglich und 60 Prozent arbeitsfähig. Eine 40-prozentige Einschränkung reichte nicht aus, um eine Rente zu bekommen. Ich mußte zu 60 Prozent arbeiten. Man zahlte mir auch keine Abfindung. Dann meldete ich mich beim Arbeitsamt. Aber Sefik '60 Prozent' bekam keine Arbeit. Die Stahlbosse von Deutschland wollten einen 100prozentigen Sefik. Monatelang schleppte ich mich krank und verkrüppelt rum"* (S. 105). *„Sagtest du Gericht? Ich habe einen Antrag gestellt und das Gericht angerufen. Ich sagte mir: 'Wenn ich verkrüppelt bin, sollen sie mir Rente geben, wenn nicht, Arbeit.' Auch das Gericht schickte mich zum Gesundheitsamt... Auch hier lautete es gleich: '40 Prozent untauglich, 60 Prozent arbeitsfähig.' Der Richter hatte sich damit begnügt, das Gutachten zum Urteil zu erklären... Mit aller Kraft schrie ich: 'Klar Mann, ich sterbe und keiner gibt mir Arbeit.' Man warf mich raus"* (S. 108 f.).

„Ich weiß es schon zu schätzen, wo ich zu essen kriege!"

Memis Bozkir, Arbeiter: *„Laß doch die Deutschen zufrieden, Freund, kannste nichts anderes erzählen? Ich rede nicht hinter'm Rücken über die Deutschen. Den Leuten verdanke ich's, daß ich was zu picken habe. Mit Flicken auf der Hose war ich hergekommen, hatte nicht mal 'nen Hemd an. Ihnen sei's gedankt, jetzt habe ich in Istanbul zwei Wohnungen. In Erdek Grundstücke beim Katasteramt und Geld auf der Bank. Gott vergelt's dem deutschen Heim... Unsere Menschen sind ein bißchen undankbar. Sind mit der Arbeit, dem Lohn nicht zufrieden, machen sich drüber lustig, feiern krank und beschweren sich über die Deutschen. Wenn du sagst: 'Geh Freund, wenn's dir nicht gefällt, dich hält doch keiner,' geht er nicht. Soll er sich glücklich schätzen, tut er's auch nicht. Denkste, daß viel Geld verdienen einfach ist? Kumpel, es saugt einem das Blut raus und läßt das Mark trocknen. Mußt du dich mit abfinden. Geht's mir schlecht, feiere ich auch nicht krank, mit der Hand auf dem Bauch maloche ich. Höre ich was Schlechtes, sage ich 'Gut'. Selbst wenn man auf deine Mutter schimpft, sagste 'Gut'. Wenn nicht, fliegste. Gibt's eine andere Lösung?"* (S. 58). Neulich war Memis in „Fickener", Finkenwerder. *„Dort gibt's viele Obst- und Gemüsegärten... Die Arbeiter in den Gärten sind alle von uns, das heißt Türken. Als Touristen sind sie nach Deutschland rein und wollten nicht mehr zurück. Aus Mitleid haben die Deutschen ihnen Arbeit gegeben und sie rangekriegt. Weil sie illegal waren, gab's wenig Stundenlohn, so etwa fünf oder sechs Mark. Tja, Mann, Allah habe ein Wohlgefallen, die Leute haben dich nicht verhungern lassen. Was willste mehr? Aber unsere, nach-*

Was willste mehr? Aber unsere, nach-

dem sie sich ein Plätzchen erobert hatten, haben gestreikt, weil sie den gleichen Lohn wie die anderen wollten. Sowas nennt man Glatze haben und eitel sein, Freund. Dann haben die Chefs ihnen den Laufpaß gegeben. Die Rädelsführer zur Polizei und von da abgeschoben. Das haste von Streik und mehr Lohn! ... Man sagt, daß arme Hunde ihre Schwänze einziehen. Die hier sind total arm, sie sind hungrig, illegal und haben auch noch den Schwanz in der Luft. In der eigenen Heimat, auf dem Hof des Agas, kannste da streiken, dem Aga die Stirn bieten? Der würde seine Pistole ziehen und dich erschießen" (S. 59).

„Oh, geliebtess Deutschland, deine Mädchen sind nicht hochnäsig, zickig..."

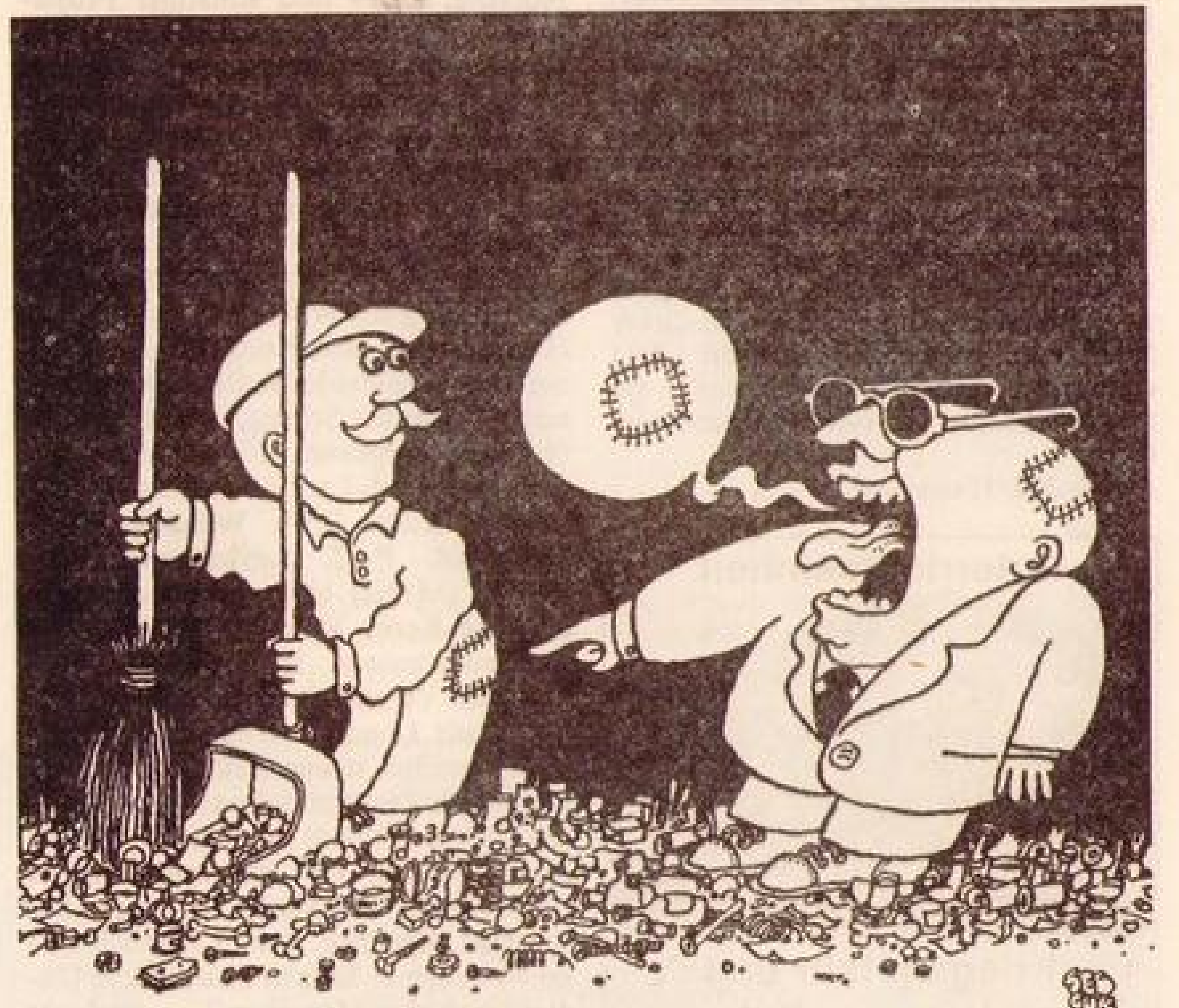
Sait Selcuk. Halbstarker: *„Stell dir vor Alter, wenn du dich mit einem Mädchen verstehst, kannste gleich in eine Wohnung ziehen und zusammen leben. Außerdem brauchste nicht für Fressen und Klamotten aufkommen. Sie verdient selbst. Kein Heiratskrempel. Wenn du nach einer langen Probezeit Lust hast, heiratest du, wenn nicht, lachste dir 'ne neue blonde Taube an... Die Mädchen unseres Landes sind selbst hier zickig, jede ein Muster von Anstand. Verkrampft stolzieren sie einher. Wenn sie einen Mann erblicken, machen sie ein Gurkengesicht. Jedesmal, wenn ich sie sehe, hebt sich meine Schädeldecke. 'Eure Güteklasse wird hier nicht gebraucht, Kleines', sage ich, pfeife und sie werden verrückt. Sie tragen aber keine Schuld, was sollen die Ärmsten denn machen? Die Eltern lassen sie nicht raus, so als ob sie verwelken, wenn sie jemand berührt"* (S. 94).

„Wenn du die Welt verflucht hast, geh' nach St. Pauli!"

Satilmis Turan, Industriearbeiter:
„... Bist du vom Chef angeschnauzt worden, hat eine Frau dir den Rücken zugekehrt, bist du unter eisigen und gefühllosen Blicken ausgestoßen worden? Es reicht, daß du dich den Prosti-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung nächste Seite



Massenaustreibung wird vorbereitet

Die Ausländerpolitik der Regierung Kohl/Genscher

Mitte November hat Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) angekündigt, den Familiennachzug von ausländischen Kindern in die BRD auf ein Alter von 6 Jahren zu begrenzen. Vor gut einem Jahr erst hatten die Länderregierungen auf Empfehlung der SPD/FDP-Bundesregierung das Nachzugsalter von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt. Zimmermanns Äußerung deutet darauf hin, daß die Übergangsregierung Kohl/Genscher noch schneller und rabiater als die alte Bundesregierung Maßnahmen zur Ausländer-Begrenzung und -Rückführung vorantreibenwill. Dies läßt sich auch aus der zwischen CDU/CSU und FDP ausgehandelten Koalitionsvereinbarung herauslesen, in der der „Lösung des Ausländerproblems" ein außerordentlicher Stellenwert beigemessen wird. Es wäre trotzdem übertrieben, schon von einem Kurswechsel in der staatlichen Ausländerpolitik zu sprechen. Tatsächlich beschränkt sich die neue Bundesregierung bisher im Wesentlichen darauf, dort weiterzumachen, wo die SPD/FDP-Koalition aufgehört hat.





„... Wir haben im Lande eine kritische Entwicklung. Wir haben eine Entwicklung, in der auch geredet wird von Ausländerfeindlichkeit. Ich glaube dies nicht. Es ist doch überhaupt in Wahrheit kein Problem der Ausländer, sondern es ist in Wahrheit ein Problem der großen Zahl, der zu großen Zahl von türkischen Mitbürgern in Deutschland."

(Bundeskanzler Helmut Kohl am 3.10.82 im ZDF)

Allerdings gibt es in der neuen Koalition ausländerfeidliche Scharfmacher

Allerdings gibt es in der neuen Koalition ausländerfeidliche Scharfmacher von großem politischen Gewicht, deren Vorstellungen — konsequent zuende gedacht — letztendlich darauf hinauslaufen, die BRD in ein Arbeitslager für Ausländer zu verwandeln: zwangsrotierende Arbeitskräfte, keine oder nur geringe Niederlassung ausländischer Familien, ständige Massenabschiebungen. Insbesondere der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Spranger (CSU), und Innensenator Lummer aus Westberlin sind in der Öffentlichkeit als Fürsprecher einer solchen Politik hervorgetreten.

Vor allem diese Kräfte sind es auch, die an einer Verschärfung des ausländerfeindlichen Klimas arbeiten, indem sie offen nationalistische und rassistische Auffassungen in die politische Auseinandersetzung einführen und z.T. bruchlos die Argumentationsmuster der Neofaschisten übernehmen. Speziell an diesem Punkt werden durchaus qualitative Unterschiede zur Politik der SPD/FDP-Koalition sichtbar, wenngleich es natürlich auch dort Leute gegeben hat und gibt, die sich bei ausländerfeindlichen Stellungnahmen lieber noch weniger Zurückhaltung auferlegen würden.

Dregger z.B. „warnt" nicht vor der anwachsenden Fremdenfeindlichkeit, er b e g r ü ß t sie, indem er von „einem natürlichen und berechtigten Gefühl unserer Mitbürger" spricht. Er grenzt sich nicht von chauvinistischen Auffassungen ab, sondern schürt sie, wenn er den von ihm geforderten Ausländerstopp zur „Frage unserer nationalen Identität" erhebt. Und er grenzt sich nicht von rassistischen Thesen ab, weil er sie selbst verbreitet; so z.B. in seiner Rede am 4.2.82 vor dem Bundestag:

„Türken sind aber — von Ausnahmen abgesehen, nicht nur nicht zu assimilieren, sie sind auch nur schwer zu integrieren. Da die Türken in Kultur und Mentalität anders sind und anders bleiben wollen als die Deutschen, ist es nur natürlich, daß sie in Deutschland Nachbarschaft mit ihresgleichen suchen. Das heißt, daß in unseren Großstädten Türkenviertel entstehen, auch Ghettos genannt. Das könnte nur durch Zwang verhindert werden, nicht durch Sozialhilfe oder Ermahnungen".

Hohle „Integrations"-Versprechen...

Die Maßnahmen der neuen Bundesregierung sind darauf angelegt, die politisch-rechtliche und soziale Lage der in der BRD lebenden Ausländer nachhaltig und auf breiter Front zu verschlechtern. Zwar heißt es in der Koalitionsvereinbarung noch, daß die „Integration" der Ausländer „eine wichtige Aufgabe der Innenpolitik" bleibe. Interessant an dieser Formulierung ist allerdings, daß „Integration" nicht mehr — wie noch in den letzten

Jahren — als die w i c h t i g s t e Aufgabe staatlicher Ausländerpolitik

Jahren — als die w i c h t i g s t e Aufgabe staatlicher Ausländerpolitik vorangestellt wird, sondern nur noch als e i n e von anderen gleichrangig zu betreibenden Maßnahmen. Diese Akzentuierung war jedoch auch in den letzten ausländerpolitischen Äußerungen der SPD/FDP-Regierungen bereits enthalten. Im Hinblick auf eine Verbesserung der sozialen Lage, speziell der Ausbildungssituation ausländischer Kinder und Jugendlicher, enthält die Koalitionsvereinbarung wenige und allgemein gehaltene Versprechen, die das Papier, auf dem sie gedruckt sind nicht wert sind. Schon heute ist beispielsweise absehbar, daß die MBSE-Kurse für ausländische Jugendliche verschwinden sollen. Dabei galt gerade MBSE (was auch immer das ausgeschrieben heißen mag; die wütende Tipperin) als d i e Maßnahme zur beruflichen Qualifikation ausländischer Jugendlicher, auch wenn dort unter Aufweichung der Berufsschulpflicht in Wirklichkeit eine Minderqualifizierung betrieben wird. MBSE wurde speziell für die sog. „Seiteneinsteiger" konzipiert, deren Nachzug in die BRD nun durch die zu erwartende Herabsetzung der Nachzugsaltersgrenze unterbunden wird. Wie „Verbesserungen" im schulischen Bereich aussehen können, hat die Westberliner Schulsenatorin und „bildungspolitische Expertin" der CDU, Laurien, verdeutlicht: Gemeinsam brachten CDU, FDP und SPD einen Gesetzentwurf im Westberliner Abgeordnetenhaus ein, demzufolge der Ausländeranteil pro Schulklasse auf 30% bis 50% zu begrenzen ist. Das heißt: Nicht kleinere Klassen, mehr Lehrer und eine intensivere Förderung der ausländischen Kinder stehen zur Debatte, sondern Quotierungen, die dazu führen sollen, daß ausländische Schüler kreuz und quer durch die Stadt reisen müssen, damit an der jeweiligen Schule die Prozente stimmen. Oder aber: Einrichtung reiner Ausländerklassen, deren diskriminierende Funktion und pädagogische Ausdünnung hinlänglich bekannt sind.

...handfeste Maßnahmen zur „Förderung der Rückkehrbereitschaft"

In erster Linie will die CDU/CSU/FDP-Regierung arbeitslose, arbeitsunfähige und kranke Ausländer loswerden. Hierzu soll ein Paket finanzieller Anreize geschaffen werden, das allerdings nur für einen befristeten Zeitraum in Anspruch genommen werden kann. Über die Länge der Frist ist noch nichts konkretes bekannt. Die in der Koalitionsvereinbarung vorgeschlagenen Maßnahmen entsprechen im wesentlichen denen des sog. „Ausländerkonsolidierungsgesetzes", das die CDU-regierten Bundesländer bereits zu Anfang des Jahres im Bundesrat eingebracht hatten. Obwohl auch die damalige Bundesregierung dem Gesetz im Grundsatz zustimmte, wurde es zur Klärung von Einzelfragen zunächst in die Ausschüsse verwiesen. Der SPD/FDP-Regierung war insbesondere daran gelegen, Vorkehrungen zu treffen, um evtl. „Mitnahmeeffekte" zu vermeiden, d.h.: Es sollte nach Möglichkeit ausgeschlossen werden, daß auch diejenigen Ausländer in den zweifelhaften Genuß von Rückkehrprämien kommen, die ohnehin bereits vorhatten, das Land zu verlassen...Im einzelnen steht zur Beschlußfassung an:

— **Kapitalisierung des Arbeitslosengeldes.**
Gem. Entwurf des „Ausländerkonsolidierungsgesetzes" soll diese Maßnahme für arbeitslose Ausländer aus den „Anwerbestaaten" gelten (nicht für EG-Länder, ausgen. Griechenland). Um „Mitnahmeeffekte" auszuschließen, wird diese Regelung an Einschränkungen gekoppelt sein (z.B. „unverschuldete" Arbeitslosigkeit u.a.m.). Berechnungsgrundlage ist dabei keinesfalls die Höchstförderungsdauer von einem Jahr, sondern lediglich die jeweils zu errechnende durchschnittliche Länge der Arbeitslosigkeit von Ausländern. Diese ligt bei derzeit 5,5 Monaten (5,7 Monate bei Deutschen, vgl. FR 10.5.82). Aber auch für diese 5,5 Monate wird dann keinesfalls das volle Arbeitslosengeld ausgezahlt, sofern sich der Ausländer bei Eintritt der Arbeitslosigkeit zur sofortigen Rückkehr entschließt: Generell soll höchstens 75% des Betrages zur Auszahlung gelangen.

Darüber hinaus muß berücksichtigt
schließt: Generell soll höchstens 75% des Betrages zur Auszahlung gelangen.

Darüber hinaus muß berücksichtigt werden, daß die Bundesanstalt für Arbeit noch Zusatzleistungen, insbesondere Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge auf Basis des Lohnes vor der Arbeitslosigkeit abführt. Diese Leistungen, die das Arbeitslosengeld in der Regel um 30% aufwerten, entfallen für den Rückkehrer ebenfalls. Insgesamt ist mit dieser sog. „Rückkehrprämie" für arbeislose Ausländer also eine Einsparung von fast 50% verbunden. Der dann zur Auszahlung kommende Betrag ist vergleichsweise lächerlich: Eine Arbeitsgruppe der alten SPD/FDP-Bundesregierung hat einen durchschnittlichen Betrag von rund 7000 DM errechnet (FR 10.5.82), im Entwurf für das „Ausländerkonsolidierungsgesetz" wird sogar von nur 5662 DM ausgegangen; angenommener Einspareffekt: 3798 DM!

— **vereinfachte Beitragserstattung in der gesetzlichen Rentenversicherung.**
Bisher konnten sich Ausländer aus Staaten, mit denen die BRD kein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen hat (Türkei, Portugal u.a. nicht-EG-Länder), den in die Rentenversicherung eingebrachten Arbeitnehmeranteil nach einer 2jährigen Wartezeit im Heimatland auszahlen lassen. Im Falle einer Rückkehr soll diese Wartezeit jetzt wegfallen. Anspruchberechtigt sind allerdings weiterhin nur Ausländer aus den o.g. Ländern, wesentlich also aus der Türkei und Portugal. Ein Einsparungseffekt für die Rentenversicherungsträger ergibt sich daraus, daß nur die s e l b s t eingezahlten Beiträge kapitalisiert werden, nicht aber der sog. „Arbeitgeberanteil", der 50% der geleisteten Rentenversicherungsbeiträge ausmacht. Der Heimkehrer s c h e n k t diese 50% dem westdeutschen Staat. Was ihm selbst bleibt, ist wenig genug: *„Ein Hilfsarbeiter, der 13 Jahre in Deutschland war, könnte mit Summen zwischen 12.000 und 16.000 Mark aus der Rückzahlung der R e n t e n v e r s i c h e r u n g s b e i t r ä g e rechnen"*(Welt, 4.3.82). Bei 3000 Portugiesen und 17.000 Türken, die sich im vergangenen Jahr nach der bisherigen Regelung (zweijährige Wartefrist) ihre Rentenversicherungsansprüche auszahlen ließen, lag der durchschnittliche Betrag bei rund 8.000 DM (FR 10.5.82).

— **Kapitalisierung des Kindergeldanspruchs für einen begrenzten Zeitraum.**
Konkrete Modelle und Berechnungsgrundlagen hierzu sind bislang kaum bekannt. Die alte Bundesregierung hat hierzu eine „pauschale Staffelung" ins Gespräch gebracht, *„die pro rückkehrendes Kind einen Betrag von 1.000 Mark bis zu einem Höchstbetrag von 5.000 Mark vorsieht" (FR 10.5.82). Die hiermit erzielte Einsparung läßt sich ebenfalls unschwer ausrechnen, ganz abgesehen von in der Folge einzusparenden Infrastrukturmaßnahmen (Schule, Ausbildung, Kindergärten usw.).*

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorhergehender Seite

tuierten von St. Pauli zeigst. Wie ein Spatz hüpfen sie auf dich zu, und eine warme Stimme streichelt dein Ohr: ‚Kommste mit mir!' Angenommen, du bist von schiefem Wuchs, häßlich, du bist Türke, bist überall erniedrigt, angefeindet worden und aus diesem Grund in der Ausweglosigkeit deiner Einsamkeit verwirrt, dann werden sie dich rufen: ‚Kommste mit mir!' ... Ja, ich liebe St. Pauli; allem voran die Prostituierten, diese freigiebigen Menschen, und ich liebe die alten und jungen Betrunkenen, Männer und Frauen. Dort gibt es Freiheit in Deutschland, meine ich, internationale Bande. Freundschaft... Egal, wie das Land heißt, welche Farbe die Haut hat, jeder ist dort gleich viel wert... Die Türen stehen allen Menschen sperrangelweit offen. Gegen Bezahlung natürlich! Denkst du, in diesem Land würde jemand etwas für einen Verwandten tun, ohne Geld dafür zu erwarten? Wir kennen die Plätze, wo wir wie die Tiere mit Tritten und Hieben vertrieben werden... Ich sagte schon, die Menschen von St. Pauli sind anders, besonders die Deutschen. Sie sind, als hätten sie sich einer Maske, eines Eisenpanzers entledigt, lupenreine Menschen mit ihrem eigenen Ich... Hier ist für Deutsche, die im Alltag um fünf Pfennige feilschen, das Geld nichts mehr wert. Sie trinken selber und bieten ihren Freunden ein Bier an; ist eins zu Ende, noch eins, bis sich das Geld verflüssigt hat... Sie reden ständig von Dingen, die keinen Feigenkern füllen. Es macht nichts, wenn du nicht zuhörst" (S. 29-31).

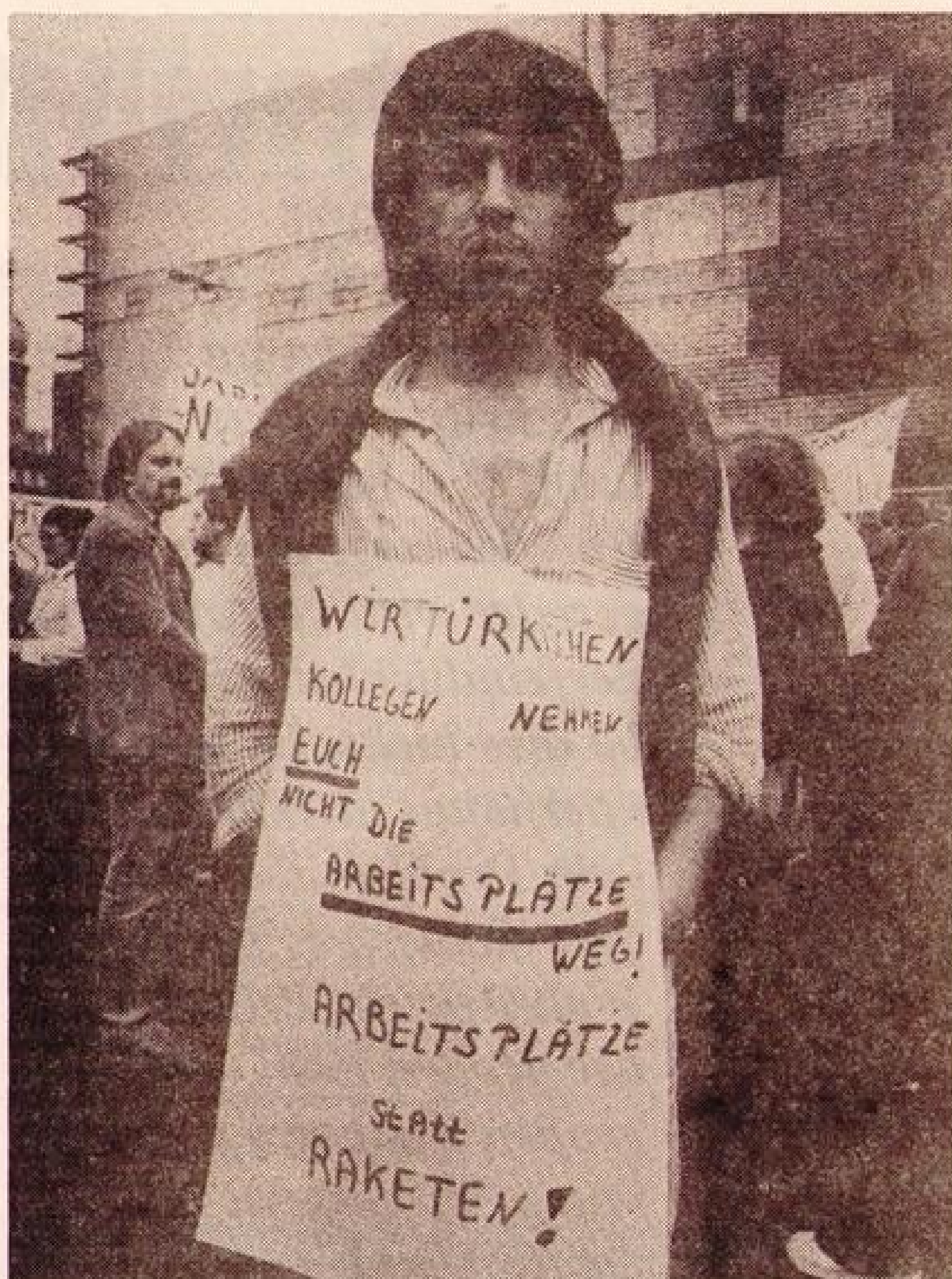
Hasan Bozkir, arbeitslos:

„Ich bin der Quälgeist der Deutschen"

„Mit dem Messer im Gurt verfolge ich Frauen, verprügele Männer. Ich mache auch andere Dinge. Ich verschramme Luxusautos, zerschneide deren Reifen, breche ihre Antennen ab; wenn meine Kraft nicht reicht, verbiege ich sie. Ich bin Meister im Zerstören von Automaten. Niemand ist mir im Einwerfen von Schaufenster- oder anderen Scheiben überlegen. Meine ständige Arbeit besteht darin, Mülleimer umzuwerfen, auf Straßen oder Bürgersteige zu rotzen oder zu spucken, in die Ecken zu pissen" (S. 133). *„Das sind alles Racheakte. Ich schleiche nicht wie ein schlapper Köter mit eingezogenem Schwanz umher. Auf Schritt und Tritt tue ich alles, was die Deutschen aus der Fassung bringt. Ich quatsche jede vorübergehende Frau an... Sag mir, Mann, liegt die Schuld etwa bei mir?"* (S. 137/38).

Hasan hat *„neun Jahre und neun Monate ... wie ein Berserker gearbeitet... Ich hatte zweimal einen Arbeitsunfall. Bei einem brachen mir neun Rippen, bei dem anderen verlor ich eine Niere."* Er bekam Rheuma. *„Danach begannen die Schmerzen von Geschwüren. Ich wurde operiert, sie nahmen mir den halben Masgen raus. Ich bin zu einem halben Menschen geworden. Danach wurde mir die gleiche Arbeit zugeteilt."*

AG Ausländer



Ergänzt werden sollen diese ,,Anreize'' durch entsprechende Maßnahmen zur Rückkehrförderung auf Länderebene. So hat z.B. die Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion am 22.11.82 ein Programm vorgelegt, mit dem v.a. ausländische Sozialhilfeempfänger, Wohngeldempfänger und kinderreiche Familien ''angesprochen'' werden sollen. Und auch dort heißt es unmißverständlich: ,,Der finanzielle Aufwand dafür liegt langfristig mit Sicherheit unter dem Aufwand, der für den Versuch einer Eingliederung von grundsätzlich rückkehrwilligen Ausländern aufgewendet werden müßte...''

Die Bundesrepublik ist „kein Einwanderungsland"

Für die neue Regierung ist die BRD, ebenso wie für die alte, k e i n ,,Einwanderungsland'', auch wenn die Tatsachen offenkundig auf das Gegenteil verweisen. Entsprechend sollen die bestehenden Restriktionen aufrechterhalten werden und neue hinzukommen. Dem Katalog der Koalitionsvereinbarung folgend sind dies:

a) Der Anwerbestopp ist beizubehalten.

Also, wie gehabt: Die 1973 erlassene Regelung, wonach kein Nicht-EG-Ausländer mehr zum Zwecke der Arbeitsaufnahme in die BRD einreisen darf, bleibt in vollem Umfang bestehen.

b) Illegale Einreisen und Beschäftigungen sind zu unterbinden.

Ausreichende gesetzliche Regelungen hierzu sind in Kraft. Erst im Dezember 81 wurde vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats eigens ein ,,Gesetz zu Bekämpfung der illegalen Beschäftigung'' beschlossen, das zum 1.1.82 in Kraft trat. Vor dem Hintergrund einer ,,Krisenbewältigungs''- und Innenpolitik, die auch einstmals ,,legale'' Ausländer in zunehmenden Umfang wieder in die Illegalität verstößt, ist mit einem Aufschwung entsprechender Fahndungsmaßnahmen zu rechnen. Ende Oktober hat z.B. die Polizei des CDU-regierten Bundeslandes Baden-Würtemberg 179 Unterkünfte und 160 Arbeitsstellen von Ausländern durchkämmt. Dabei wurden insgesamt 7.377 Menschen überprüft; 443 Ausländer wurden unter dem Verdacht, keine gültige Aufenthaltserlaubnis zu besitzen, festgenommen; in 180 Fällen hat sich ,,der Verdacht bestätigt''. Diese Menschen werden zwangsweise in ihre Heimatländer zurückverfrachtet.

c) Ein Aufenthalt zu Ausbildung und Studium darf grundsätzlich nicht zur Dauerniederlassung führen.

Um diese Regelung verwaltungsmäßig effektiver überwachen zu können, hat die Bundesregierung am 20.10.82 die Sichtvermerkspflicht ausgeweitet. Betroffen sind davon Ausländer, die länger als drei Monate in die Bundesrepublik kommen wollen und nicht aus EG-Staaten kommen oder aus solchen, mit denen es zweiseitige Vereinbarungen gibt (z.B. Österreich, Spanien, USA,

troffen sind davon Ausländer, die länger als drei Monate in die Bundesrepublik kommen wollen und nicht aus EG-Staaten kommen oder aus solchen, mit denen es zweiseitige Vereinbarungen gibt (z.B. Österreich, Spanien, USA,

Schweiz). Besonders betroffen von dieser Regelung sind Bewerber um einen Ausbildungs- oder Studienplatz. Sie konnten bisher frei einreisen und brauchten erst dann die Aufenthaltserlaubnis zu beantragen.

d) Kein weiterer Ausländerzuzug durch EG-Assoziierungsabkommen.

Dies gilt zunächst einmal für die beitrittswilligen Staaten, wie Spanien und Portugal. Die Bundesregierung wird darauf hinwirken, daß die EG-einheitliche Regelung der Freizügigkeit für diese Länder keine oder nur beschränkte Anwendung findet. Gleiches ist bereits im Falle Griechenlands passiert, wo die Bundesregierung, trotz EG-Richtlinien die Freizügigkeit verweigert hat und diese zunächst bis zum 1.1.1988 aufgeschoben hat. Ob die Einschränkungen, wie versprochen, zu diesem Termin wegfallen, steht freilich noch in den Sternen. Das Beispiel Türkei zeigt, daß die BRD auch bereit ist, gültige Abkommen zu brechen oder unter erpresserischen Bedingungen rückgängig zu machen, sofern es ihr nötig erscheint: Nach einem Zusatzprotokoll des 1963 zwischen der damaligen EWG und der Türkei abgeschlossenen Assoziierungsabkommens wurde türkischen Staatsbürgern ab 1.1.1986 die volle Freizügigkeit in der EWG (heute : EG) zugesichert. Bereits die SPD/FDP-Bundesregierung hat den Bruch dieses Abkommens angekündigt. Für die neue Bundesregierung war Genscher neulich in der Türkei, um die Sache zum Abschluß zu bringen. Die Junta willigte ein, das o.g. Zusatzprotokoll außer Kraft zu setzen. Genscher konnte dafür zusichern, daß die westdeutsche Wirtschaftshilfe für die Junta im Rahmen der OECD (1982: ca. 400 Mio. DM) und die nächste Rate bundesdeutscher Militärhilfe (130 Mio.) freigegeben wird.

Weitere Verschärfungen sind im Bereich des Asylrechts geplant, das durch das am 1.8.82 inkraft getretene ,,Asylverfahrensgesetz'' ohnehin noch mehr ausgehöhlt wurde.

— Asylbewerber sollen grundsätzlich keine Arbeitserlaubnis mehr erhalten (bisher 2jähriges Arbeitsverbot). Flüchtlinge aus Ostblockländern, die nach einem Beschluß der Innenministerkonferenz aus den 60'er Jahren ohnehin auch bei Nichtanerkennung nicht abgeschoben werden dürfen, sind von dieser Maßnahme ausgenommen. Für sie gilt bisher ein einjähriges Arbeitsverbot.

— Sozialhilfe soll ausschließlich nur noch in Sachleistungen gewährt werden. Die Flüchtlinge sind somit auch aus finanziellen Gründen für die Dauer ihres Aufenhalts bis zur in der Regel erfolgenden Abschiebung an Sammellager/,,Gemeinschaftsunterkünfte'' mit Zwangsverpflegung gekettet. Der Status eines politischen Flüchtlings nähert sich damit immer mehr der Situation eines Strafgefangenen.

Verhinderung des Familiennachzuges...

sich damit immer mehr der Situation eines Strafgefangenen.

Verhinderung des Familiennachzuges...

Auf eine ,,menschlich anständige Weise'' will Bundeskanzler Kohl die Ausländerzahl in der BRD verringern, darunter insbesondere den Anteil der Türken und Kurden. Dies soll, über die bereits dargestellten Regelungen hinaus, v.a. durch eine weitere Verschärfung des Ausländergesetzes und nachfolgende Verordnungen und Erlasse bewerkstelligt werden. Eigens hierzu hat die Bundesregierung eine Kommission aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden eingesetzt, die bis zum 1. März 1983 mit praktikablen Vorschlägen aufwarten soll.

Vorab hat Bundesinnenminister Zimmermann am 18.11.82 angekündigt, das Nachzugsalter für ausländische Kinder aus Nicht-EG-Ländern von derzeit 16 auf 6 Jahre herabsetzen zu wollen. Es besteht die Gefahr, daß eine derartige Regelung noch v o r dem 1. März '83 verabschiedet wird. Schließlich ist die Debatte darum alles andere als neu: Die Herabsetzung der Aufenthaltserlaubnispflicht von 16 auf 6 Jahre ist Bestandteil des von der CDU/CSU in den Bundesrat eingebrachten ,,Ausländerkonsolidierungsgesetzes'' (s.o.). Der Westberliner CDU-Senat hatte ursprünglich sogar die Herabsetzung der Aufenthaltserlaubnispflicht auf 0 (!!) Jahre gefordert. Die Herabsetzung der Aufenthaltserlaubnispflicht für Ausländer ist die gesetzestechnische Bedingung für die Einführung der Visumspflicht und diese wiederum Voraussetzung für die Verhinderung des Nachzuges.

Die Herabsetzung der Nachzugsaltersgrenze auf 6 Jahre kommt faktisch einem Nachzugs v e r b o t gleich. Die Folgen dieser Regelung für bereits in der BRD lebende Teilfamilien sind katastrophal und entsprechen voll und ganz der von der CDU/CSU erhobenen Forderung nach einer ,,Familienzusammenführung im Heimatland''. SPD-Politiker (z.B. der stv. Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Liedtke) haben sich nach Zimmermanns Ankündigung wortradikal gegen die Senkung des Nachzugsalters ausgesprochen. Dies ist in jeder Hinsicht verlogen, da sowohl die alte Bundesregierung als auch die meisten SPD-regierten Länder diese Maßnahme selbst gefordert, betrieben und verabschiedet haben. Bei einer entsprechenden Abstimmung im Bundesrat am 14.4.82 sprachen sich 8 Bundesländer für, lediglich zwei gegen die Herabsetzung auf 6 Jahre aus! Der damalige Bundesarbeitsminister Ehrenberg (SPD) stimmte dieser Maßnahme zu, desgleichen auch der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor (ebenfalls SPD) (,,FAZ'', 23.3.82). In die gleiche Richtung äußerte sich Wolfgang Bodenbender, für Ausländerpolitik zuständiger Abteilungsleiter im Bundesarbeitsministerium (,,Welt'', 12.3.82), und erst recht natürlich Hessens Ministerpräsident Holger Börner, der in einem Interview mit dem hessischen Rundfunk forderte, *,,ausländische Kinder nur bis zum Alter von 6 Jahren nachreisen zu lassen''* (,,FR'', 17.3.82).

Auf insgesamt 450.000 Menschen

der in einem Interview mit dem hessischen Rundfunk forderte, ,,ausländische Kinder nur bis zum Alter von 6 Jahren nachreisen zu lassen'' (,,FR'', 17.3.82).

Auf insgesamt 450.000 Menschen

schätzte die alte Bundesregierung das ,,Nachzugspotential'' aus der Türkei, deren Einreise in die BRD durch Nachzugsbeschränkungen nun weitestgehend verhindert werden soll. Demgegenüber b e k l a g e n sich die etablierten Parteien, speziell die CDU/CSU, immer wieder darüber, daß in den RGW-Staaten noch ca. 600.000 Aussiedlungsanträge von ,,Deutschstämmigen'' unerledigt geblieben seien. Die Aufnahme dieser Menschen erscheint in der BRD-Öffentlichkeit nicht als ,,Problem''. Das ist eben der feine Unterschied zwischen ,,Deutschen'', die dieses Land höchstens aus Erzählungen ihrer Urahnen kennen, und ausländischen Familien, die seit Jahren und z.T. Jahrzehnten hier leben und arbeiten!

Verstärkte Abschiebung

Neben einer Verhinderung des Familiennachzugs geht es der CDU/-CSU/FDP-Regierung insbesondere um Maßnahmen für eine reibungslosere Ausweisung oder Abschiebung von Ausländern. In diesem Sinne soll die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission Vorschläge erarbeiten, wobei zu berücksichtigen ist, daß einschlägige Anregungen und Entwürfe bereits vorliegen. Zu nennen wären hier insbesondere:

— Der für Westberlin seit dem 20.11.82 geltende sog. Lummer-Erlaß. Mit diesem Erlaß wurde nicht nur der Familiennachzug eingeschränkt, sondern auch Handhabe geschaffen, ausländische Jugendliche ab dem 18. Lebensjahr auszuweisen, wenn sie zu diesem Zeitpunkt in keinem Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis stehen. Die Übernahme dieser Regelung auch auf Bundesebene war u.a. bereits Gegenstand einer Konferenz der Länderinnenminister am 14.1.82 in Bonn. Grundsätzliche Einwände gegen eine derartige Maßnahme hat es dort offensichtlich nicht gegeben.

— Außerdem hat Lummer eine Änderung des Ausländergesetzes dahingehend vorgeschlagen, *,,daß die Belange der Bundesrepublik Deutschland auch dadurch beeinträchtigt werden, daß die Zahl der Ausländer insgesamt oder die Zahl der Angehörigen einer bestimmten Staatsangehörigkeit oder einer bestimmten sozialen Gruppe stärker steigt, als es der Integrationskraft der Bundesrepublik entspricht''* (Presemitteilung des Innensenators v. 20.11.81). Während die bisherige Gesetzesformulierung nur auf den e i n z e l n e n Ausländer abgestellt sei, geht es Lummer um eine p a u s c h a l e Handhabe zur rechtmäßigen Anordnung und Vollziehung von M a s s e n ausweisungen ohne Einzelfallprüfung.

— Die Kommission aus Bund/Ländern/Gemeinden soll klären, *,,wie gemeinsam rechtsstaatliche Wege gefunden werden können, um wirksamer zu verhindern, daß Ausländer ihre politischen Auseinandersetzungen im Inland gewalttätig austragen''*, wie *,,das Instrumentarium verbessert werden kann, um straffällig gewordene Ausländer abzuschieben''*, und wie *,,dem Mißbrauch des Asylrechts wirksam begegnet werden kann''*. Zu alledem hat speziell die CDU/CSU schon im Frühjahr einiges beigetragen, nämlich in Form eines Gesetzentwurfes zur Änderung des Ausländergesetzes, der am 1.6.82 in den Bundestag eingebracht wurde (Bundestagsdrucksache 9/1701). Der Entwurf sieht v.a. eine Erweiterung und Verschärfung der Ausweisungstatbestände nach § 10 Ausländergesetz vor. Im einzelnen m u ß demnach abgeschoben werden,

— wer ,,die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet'';

— wer aus politischen Gründen Gewalt anwendet und dadurch einen anderen erheblich schädigt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft;

— wer dem Vorstand eines unanfechtbar oder unter Anordnung der sofortigen Vollziehung verbotenen Ausländervereins angehört;

— wer zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt wurde.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß eine Abschiebung vollzogen werden kann, ohne daß eine Anfechtungsklage bzw. ein ordentliches Strafverfahren vor Gericht abgewartet werden muß. In den o.g. Fällen entscheiden somit nicht mehr Gerichte, sondern allein die Polizei für die Ausweisung!

Ausgewiesen werden kann diesem Gesetzentwurf zufolge auch

— wer gegen Vorschriften des Versammlungs- oder Vereinsrechts oder darauf gegründete Auflagen oder Anordnungen verstößt;

— ein Asylbewerber in sein Heimatland (!!), wenn er *,,wiederholt eine Freiheitsstrafe verbüßt hat oder wegen eines Rauschgiftdelikts zu einer Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren verurteilt ist ... ''* (Änderung der §§ 11 u. 14 des Ausländergesetzes).

„Schweizer Verhältnisse" — jetzt auch in der BRD?

,,Ausländischen Arbeitnehmern sollte nach Auffassung des schleswig-holsteinischen CDU-Bundestagsabgeordneten Dietrich Austermann von sofort an keine Arbeitserlaubnis mehr erteilt werden. Jede zusätzliche oder verlängerte Arbeitserlaubnis bedeute eine neue Erschwernis für die 1,8 Millionen Arbeitslosen''(,,Hamburger Abendblatt'', 11.8.82). Die Möglichkeit zu einer derartigen Regelung besteht seitens der Arbeitsämter ohne weiteres und wird in Einzelfällen auch seit langem praktiziert. Eine Ausweitung derartiger Praktiken ist zu erwarten und auch nur logisch, wenn eine Anregung Wirklichkeit werden soll, die der jetzige Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dregger, Anfang des Jahres vor dem Bundestag zum besten gab:

Dregger regte dort an, ,,die Frage einer vernünftigen und humanen Rotation'' zu ,,überdenken'' und verwies dabei ausdrücklich auf das Ausländerrecht der ,,urdemokratischen'' Schweiz. In der Tat gilt in der Schweiz für sog. ,,saisoniers'' (Saisonarbeiter) das Prinzip der Zwangsrotation. Diese insgesamt 120.000 Saisoniers haben Zeitverträge, die auf jeweils 9 Monate begrenzt sind. Läuft der Zeitvertrag ab, müssen sie in der Regel das Land verlassen. Saisoniers dürfen weder ihre Familie nachkommen lassen noch ihren Arbeitgeber wechseln, und auch keine Wohnung eigener Wahl anmieten. Die Umwandlung von Saisonbewilligungen in Aufenthaltsbewilligungen ist nur dann möglich, wenn der Saisonier in 4 aufeinanderfolgenden Jahren insgesamt 36 Monate in der Schweiz gearbeitet hat.

Die Anwendung des Rotationsprinzips nach Schweizer Vorbild befürwortet auch Carl-Dieter Spranger, ausländerfeindlicher Scharfmacher der CSU und mittlerweise Staatssekretär in Zimmermanns Bonner Innenministerium (vgl. ,,Welt'' v. 24.8.82).

So und nicht anders ist dann wohl auch der Hinweis in der CDU/CSU/FDP-Koalitionsvereinbarung zu verstehen, die von der Bundesregierung eingesetzte Ausländerkommission möge bei ihren Überlegungen *,,die Erfahrungen aus anderen europäischen Demokratien einbeziehen''*.

AG Ausländer

Neuerscheinung:

»Massenbasis mit der Rassenfrage?«

Neuerscheinung:

»Massenbasis mit der Rassenfrage?«

Innerhalb von nur zwei Jahren, seit der Gründung der ,,Bürgerinitiative Ausländerstopp'' durch die NPD, haben nahezu alle neofaschistischen Gruppierungen den Rassismus zum Schwerpunkt ihrer Politik gemacht. Die Hoffung, an diesem populären Thema im Trüben fischen zu können, läßt überall in der Bundesrepublik ausländerfeindliche Listen, Bürgerinitiativen, Schutzbünde etc. aus dem Boden sprießen. Neonazistische Gruppierungen, deren Betätigungsfeld bislang vorwiegend Kostüm-Spiele und Hitler-Andachten waren, praktizieren jetzt Terror gegen Ausländer, besonders gegen die türkischen Teile der Bevölkerung. Mindestens 6 Tote hat der Terror dieser Banden in den letzten 2 Jahren gefordert (2 durch die ,,Deutschen Aktionsgruppen'' des Manfred Roeder, 3 durch den angeblichen ,,Einzeltäter'', den NSDAP-Nazi Oxner, und ein Toter durch den nazistischen Motorradklub ,,Stander Greif'').

Diese Gruppen, angefangen von dem sich seriös-wissenschaftlich gebenden Professorenkreis des ,,Heidelberger Manifests'' über die rassistischen Wahllisten der NPD bis hin zu den unzähligen terroristischen Banden, die alle auf der Schiene des Rassismus zu einer erneuten Sammlungsbewegung blasen, sind Thema einer neu erschienenen Broschüre: **,,Massenbasis mit der Rassenfrage?''**. Norddeutsche Antifaschistische Gruppen aus Flensburg, Lübeck, Hamburg, Emden, Hannover, Göttingen und Bad Lauterberg haben dort zum Thema ,,Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus'' Namen, Daten und Fakten zusammengetragen, haben exakt zusammengestellt, wer aus dem Nazi-Lager wie zu dieser Frage aktiv geworden ist.

Über 240 Namen, Organisationen und Zeitungen sind das Ergebnis dieser Arbeit.

Klar, daß die um sich greifende Ausländerfeindlichkeit sich nicht auf den Rechtsradikalismus eingrenzen läßt. So enthält die Broschüre vorneweg einige Überlegungen zur staatlichen Ausländerpolitik, zum allgemein herrschenden Rassismus und zur besonderen Rolle der Rechtsradikalen dabei.

Diese Broschüre sollte bei keiner Initiative, die sich mit dem Ausländerproblem beschäftigt, fehlen — weder zur eigenen Arbeit noch auf Büchertischen etc.

**Zu beziehen über:
RHIZOM-Buchladen
Hüxstraße 69
2400 Lübeck
52 Seiten, Einzelpreis DM 5,--
Buchläden erhalten 30 % Rabatt.**

»Bombardiert das Hauptquartier!«

Moderne Zeiten in der GAL?

Der intensive Beobachter der Diskussionen in der rund um die GAL reibt sich verwundert die Augen: Da lädt die Hamburger ISP (Initiative Sozialistische Politik, Sammlungsversuch um die Zeitschrift „Moderne Zeiten") zum „Jour fix" über die Tolerierungspolitik der GAL ein, angeblich um das Abdriften von Teilen der GAL nach rechts durch eine Debatte gegen Reformillusionen aufzuhalten. Die ISP auf dem linken Flügel der GAL? Rückkehr zu alten, „traditionalistischen" Positionen?

Wer hat Reformillusionen, und wer hat sie geschürt?

Wer, welche Strömung/en in der GAL gemeint sind, wenn jetzt von der ISP/Gruppe Z die Gefahr von Illusionen in die SPD beschworen wird, ist bislang nicht ausmachbar. Ausgangspunkt dieser Art der Debatte ist zweifelsohne die Chefetage der Gruppe Z: Schriftliche Beiträge dazu hat bisher nur Willi K. Goltermann geliefert, nachzulesen in der taz vom 12.11. („Verlorengegangenen Illusionen?", siehe auch im letzten AK) und in der „Moderne Zeiten" 11/82.

Willis Hauptangriffspunkte sind:

1. *„Die GAL hat massiv in der linken Öffentlichkeit den Eindruck verbreitet, sie wäre nicht nur willens, sondern auch fähig, ihren Forderungskatalog durchzusetzen"*. Damit habe sie Illusionen — (derzeit d a s Modewort der Gruppe Z) — verbreitet: Illusionen in die SPD, „Staatsillusionen".

Scharf kritisiert Goltermann das *„Macher-Zentrum"* für diese Illusionen, die *„Ideologie-Fabrik"*, womit gemeint sind: der apparatemäßige Unterbau der Bürgerschaftsfraktion, der GAL-Koordinierungsausschuß und die sieben Bezirksfraktionen plus Apparat, in denen *„naturgemäß das Gift des Reformismus am stärksten wuchert"* (MOZ).

2. Die GAL habe mit dieser Verbreitung von Illusionen, *„ungewollt natürlich! — außerparlamentarische Energien in Hoffnungen auf Reformierbarkeit des Staates verwandelt"*; (MOZ).

Willi zieht daraus zwei Konsequenzen:

a) Bekämpfung der Illusionen, *„damit die damit zusammenhängende Blockade im außerparlamentarischen Bereich aufgebrochen werden kann"* (taz).

b) **„Als Parlamentsfraktion kann die GAL eine positive Rolle nur als kleineres Übel spielen"**, was meint: **„Zustimmung zu einem SPD-Antrag, den man der Sache nach eigentlich ablehnt. Also Zustimmung zum Zwecke der Verhinderung einer noch schlechteren Variante. UND: Scharfe inhaltliche Kritik am SPD-Antrag, Entlarvung seiner Ziele und Zwecke als deutliches Signal an die außerparlamentarische Bewegung"**. (MOZ).

und Zwecke als deutliches Signal an die außerparlamentarische Bewegung". (MOZ).

Harte Worte aus dem „Hauptquartier", geschrieben mit der Keule im Rundumschlag. Im Dunkel bleibt zunächst, wen dieser Rundumschlag treffen soll.

Sitzt die „Ideologie-Fabrik" in Hamburg 6 oder Hamburg 50?

Für die Entstehung von Illusionen gibt es unterschiedliche Gründe. Vielfach ist einer davon mangelnde Erfahrung mit der Wirkungsweise des Systems, des Staates und seiner Parteien. Gerade der Neueintritt in ein Feld der Politik — Beteiligung an Parlamenten — birgt die Gefahr solcher Illusionen. Das ist besonders bei vielen Neuhinzugestoßenen der Fall gewesen. Einige sind desillusioniert; andere haben Zweifel, ob alles richtig war, ob man vielleicht doch zu hart gegenüber der SPD war. Alles notwendige Erfahrungen, und sinnvoll dann, wenn sie diskutiert und ausgewertet werden. Das ist in der GAL tatsächlich unzureichend geschehen, was nicht zuletzt mit praktischer Parteiaktivität in Permanenz seit 12 Monaten zusammenhängt (Gründung der AL, Gründung der GAL, Wahlkampf, Verhandlungen mit der SPD, erneuter Wahlkampf). Die Kritik daran ist vollauf berechtigt, wenngleich sie noch nicht aussagt, wie das alles bewältigt werden kann.

So könnte man dem Z-„Hauptquartier" in Hamburg 50 also danken, wenn es die „Macher-Zentren" in den Büros und rund um Hamburg 6 (GAL-Bartelsstraße) in diesen permanenten Aktivismus hinein auf Fehlentwicklungen aufmerksam macht.

Nur gilt das vorher Gesagte in Bezug auf Illusionen wohl weniger für diejenigen, die jahrelang politische Erfahrungen in linker Arbeit haben und die eine Strategie verfolgen. Es gilt nicht für mich und meine Mitgenossen. Es gilt nicht für einige andere in der GAL, und es gilt auch nicht für das „Hauptquartier", das jetzt die GAL mit Vorwürfen bombardiert.

Bombardiert das „Hauptquartier"!

Diese Aufforderung aus der chinesischen Kulturrevolution scheint mir mehr als angebracht, wenn man sich Goltermanns Vorgehen genauer anschaut. Hinter verbalem Radikalismus und scharf und unmäßig vorgetragenen Angriffen, hinter viel Lärm also, wird schamhaft verborgen, wer kräftig zur Pflege der Illusionen beigetragen hat: Die beschimpfte Ideologie-Fabrik sitzt nämlich im „Hauptquartier" selber! Gehen wir also ein wenig auf die Ursprünge zurück.

Geboren wurde die Strategie linksgrüner reformerischer Veränderung in der Hamburger Z-Gruppe. Aufbauend auf der Parlamentsarbeit der Bunten Liste im Bezirk Hamburg-Eimsbüttel sollte diese wie *„ein strahlender Magnet"* bundesweit wirken und eine Strategie der Zusammenarbeit mit der SPD eröffnen. Thomas („Langer") Ebermann und Rainer Link aus der näheren Umgebung des „Hauptquartiers" haben dies in einem Aufsatz Mitte 1981 (erschienen in „Alternative Stadtpolitik", VSA-Verlag) in der Kritik an der alten Bunten Liste entwickelt, für die nach ihrer Meinung *„eventuell realisierbare Initiativen gemeinsam mit der Sozialdemokratie außerhalb (ihres) Gesichtsfeldes"* lagen. Vorgeworfen wurde der BuLi, daß *„positive sozialdemokratische Gesetzeswerke und Senatsentscheidungen nicht registriert und somit faktisch geleugnet wurden"*. (Anmerkung 1).

Damit wurde theoretisch begründet das Tor geöffnet für die Illusion, man könne **mit d e r SPD als Ganzes** ins Geschäft kommen. Interessanterweise führten Langer/Link in ihrem damaligen Artikel keine konkreten Beispiele dafür an, wo denn nun diese Chancen bestünden.

Weiter bekämpften die beiden den — wie sie meinten zu Unrecht! — weit verbreiteten Antiparlamentarismus der Linken, indem sie die Illusion in das Parlament kräftig schürten. Die schroffe Abneigung vieler Linker gegenüber dem Parlamentarismus führte zu einer **„Unterschätzung der Bedeutung der Parlamente für die Bildung und Organisierung des politischen Willens verschiedener sozialer Kräfte"**. Kritisiert wurde die alte Aussage der Bunten Liste, *„Wir kandidieren nicht, weil wir uns erhoffen, im Parlament die Welt zu verbessern"*.

Kritisiert wurde die alte Aussage der Bunten Liste, *„Wir kandidieren nicht, weil wir uns erhoffen, im Parlament die Welt zu verbessern"*.

Kuriose Überspitzung fand diese Positiv-Definition des bürgerlichen Parlamentarismus in einem Offenen Brief des ISPlers A.P. vom Dezember 1981, in dem dieser der neugegründeten Hamburger Alternativen Liste ihre Parlamentarismus-Kritik mit Hinweis darauf vorwarf, daß über 90 % der Wähler ihn positiv akzeptieren. Nach A.P. ist das Parlament der Ort, wo Demokratie praktiziert wird. Es müsse nur kritisiert werden, w a s in ihm entschieden wird, nicht w i e es entschieden wird. Logisch, daß es danach hauptsächlich um die Gewinnung parlamentarischer Mehrheiten gehen muß, soll es realisierbare Veränderungen geben. Langer/Link und mit ihnen die Eimsbüttler BuLi-Parlamentsfraktion warben mit Eifer für die Investition von Kräften in die Parlamentsarbeit *„als qualitativ neues Feld linker Politik ... zu deren Bewältigung größere politisch-theoretische Anstrengungen und auch eine nicht unerhebliche Verschiebung des Arbeitseinsatzes der aktiven Träger dieses Engagements"* nötig sei. Unmäßig aufgeblähte Parlamentsapparate, die heute noch vor allem in Bezirken der GAL nachwirken, waren die Folge und führten, so wie beschrieben, tatsächlich zu einem erheblichen Abzug von parlamentarisch Tätigen aus sonstigen Arbeiten.

Eine u.a. vom KB über den Sinn und die Ziele eines solchen Einsatzes geführte Kritik nahm die Gruppe Z zum Anlaß für platte Polemiken: die Kritiker wollten keine „ernsthafte" Parlamentsarbeit betreiben, sie würden Parlamentsarbeit nur als billigste Systemkritik oder gar als Clownerie betrachten.

Vielleicht sind wir ja an einem Punkt angekommen, wo dieses Problem endlich einmal ernsthaft diskutiert werden kann: Selbstverständlich ist Parlamentsarbeit eine erhebliche zusätzliche Arbeit, erfordert sie erhebliche theoretische Anstrengungen usw. Wird dieses Problem (wie von der Gruppe lange Zeit) so angepackt, daß es einseitig zugunsten der Parlamentsarbeit gelöst wird, dann hat man den Salat, den Willi K. Goltermann jetzt lautstark beklagt: Es fehlt an a u ß e r parlamentarischer Arbeit! Sowohl die alte Eimsbüttler Bunte Liste als auch die Hamburger Grünen, einschließlich der Gruppe Z, haben in die effektive Unterstützung außerparlamentarischer Aktivitäten in den letzten zwei Jahren wenig Arbeit hineingesteckt.

Ich teile Goltermanns kritische Feststellung, daß im außerparlamentarischen Bereich seitens der GAL erhebliche Defizite bestehen und daß hier mehr an Arbeit investiert werden muß (übrigens, Willi: Auch Basisarbeit von ISPlern!), wenn ein möglicher Wahlerfolg nach dem 19.12. stabilisiert und die parlamentarische Arbeit tatsächlich außerparlamentarisch sinnvoll nutzbar gemacht werden soll. An den Bürgerschaftsreden — so brillant sie auch sein mögen — hat im Normalfall (und die Zeit von Juni bis November war überwiegend n i c h t der Normalfall) sowieso kein Mensch Interesse. Wollte die GAL davon leben, würde sie schneller als gedacht eingehen.

Ich bestreite allerdings Willi K. Goltermann das Recht, sich zum polternden Offensiv-Kritiker dieser GAL-Schwäche aufzuspielen. Er und seine Freunde haben gegenüber den mühsamen Versuchen der Reste der BuLi (Initiativentreffen) und der Alternativen Liste, diesen außerparlamentarischen Bezug praktisch herzustellen, nichts als giftige Bemerkungen, Hohn und Spott übrig gehabt (nachzulesen u.a. bei Langer/Link und in Goltermanns Beitrag in AK 194, Februar 1981). Praktisch tätig sind ISPler weder in der Friedensbewegung, bei den Aktionen der Umweltschützer, in der Anti-AKW-Bewegung, im demokratischen Kampf und auch kaum im so sensiblen Bereich der überbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit. (Bei allem gilt, daß ich selbstverständlich nicht die Arbeit einzelner Ausnahmen angreifen will, die es gibt). Es ist wohl kaum ein Zufall, daß die eher praxisorientierten Arbeitsgruppen der GAL wie etwa Frieden, Soziales, Ausländer, Umwelt, Gewerkschaft, Schwule, nahezu ausschließlich mit Mitgliedern der Alternativen Liste besetzt sind, daß es im organisierten Hochschul- und Schülerbereich der GAL nur ALer gibt; während man gleichzeitig in der nur wenig praxisorientierten und auch nicht besonders effektiv arbeitenden Wirtschafts AG, wo die „hohe Politik" gemacht wird,

rientierten und auch nicht besonders effektiv arbeitenden Wirtschafts AG, wo die „hohe Politik" gemacht wird,

(dies als mein Fettnäpfchen) nicht über mangelnde ISP-Präsenz klagen kann.

„Dominant reformerische" Politik?

In Programm und Praxis sollte die alte linke Politik und vor allem der Bezug auf die außerparlamentarischen Bewegungen abgelöst werden durch eine *„reformerische Stadtpolitik"*, wie Rainer Link Mitte 1981 in einem Artikel für die „Bunte Zeitung" schrieb. Ein anderer ISPler, I.B., entwickelte das in einem Strategiepapier (zur Vorbereitung des kommunalpolitischen Kongresses im Herbst 1981) zur **„dominant reformerischen Politik"** weiter, was als verbindliche Leitlinie für eine zu bildende Hamburger Liste zu gelten habe (3). Es wäre doch zumindest überlegenswert, ob bei soviel Reformeifer nicht hier einige Quellen für das böse „Gift des Reformismus" (Goltermann) liegen?

Mit der gleichen Problematik beladen sind die Anforderungen, die sich an die GAL-Politik knüpfen: Sie soll „Alternativen" aufweisen, wobei Goltermann da bereits ins Schleudern kommen müßte, denn: Stimmt seine Behauptung von den engen Grenzen der Reformierbarkeit des Staates (was ich selbstverständlich teile), dann steht jede modellhafte Alternative vor dem Problem, entweder Illusionen zu schüren, da sie nur gut getarnte Utopie ist, oder schlichtweg sich innerhalb der engen Grenzen zu bewegen und damit auch leicht integrierbar zu sein. Gleichermaßen verhält es sich mit der regelmäßigen Forderung, das Programm müsse „realistisch" sein: Ist das im Sinne von Realisierung, kann es nichts taugen, ist es weitgehend systemimmanent. Ist es das in dem Sinne, daß es eine überzeugende Alternative darstellt, aber in diesem Sinne unrealistisch, taucht sofort die Problematik auf, daß Illusionen verbreitet werden, deren Folge beim Scheitern die von Goltermann befürchtete Resignation sein kann. Schließlich gilt das auch für die geforderte „Finanzierbarkeit" des Programms — eine Übung, die in der GAL mit viel Fleiß betrieben wird. Je enger die finanziellen Spielräume des Staates werden, desto schwieriger wird diese Übung selbstverständlich, wovon die GAL ein Lied zu singen weiß. Auf der anderen Seite ist es kein Problem, nachzuweisen, daß es genügend gesellschaftlichen Reichtum gibt, der nur anders verteilt werden müßte. Wird das Programm mit solchen Beispielen begründet, und das macht die GAL, werden leicht Illusionen verbreitet, was die Durchsetzbarkeit angeht. Forderungen nach Rücknahme der Sparpolitik oder gar Senkung der Rüstung sind ohne scharfe politische und ökonomische Eingriffe nicht durchsetzbar, schon gar nicht über parlamentarische Initiativen.

Illusionen in die SPD — bundesweites ISP-Problem

Willi K. Goltermann ist es selbst gewesen, der im Zusammenhang mit der Z-Strategie gegenüber der SPD unsinnige Begriffe wie *„Zünglein an der Waage"* und *„Sperrminorität"* ins Spiel brachte. Im September 1981 entwickelte er in der MOZ (10/81), daß eine Hamburger GAL als *„Sperrminorität oder als 'Zünglein an der Waage' erheblichen parlamentarischen Einfluß ausüben"* könnte. Diese Vorstellung, die SPD über Tolerierungs-Angebote zu einem tatsächlichen Handel bewegen zu können, statt — wie es das u.a. von KBlern vorgetragene Tolerierungsangebot vorsah, in bestehende Widersprüche in der SPD vertiefend einzugreifen und darüber eine Stärkung des alternativen Blocks zu erreichen — diese Vorstellung beherrschte die Z/ISP-Politik in grünen und alternativen Listen der folgenden Monate.

Etwas deutlicher als Willi drückte der ISPler A.P. dies in seinem Offenen Brief an die AL aus: *„Wir hoffen darauf, die SPD zur Akzeptierung bestimmter Forderungen zwingen zu können (z.B. mit Sperrminorität)"* — Am 22.10.81 schrieb der ISPler Lars Hennings in der „Kieler Rundschau": SPD und Grüne böten *„in Schleswig-Holstein gute Voraussetzungen für zumindest partielle Zusammenarbeit und einem gemeinsamen Wahlsieg"*, und er beschwor *„eine Politik (der SPD) ... die in wichtigen Fragen mit grüner Politik vereinbar ist, wenn letztere auch*

beschwor *„eine Politik (der SPD) ... die in wichtigen Fragen mit grüner Politik vereinbar ist, wenn letztere auch*

erheblich weitergehende Ziele enthält".

Darauf baute er eine Strategie gegenüber der SPD auf, dem ***„Regierungskartell der SPD-Schmidt-Fraktion mit der FDP eine durch grüne Stützung innerhalb der SPD mehrheitsfähige Fraktion 'sozialdemokratischer' Politik entgegenzusetzen"*** (Beitrag in der taz, 20.1.82). Lars Hennings Überlegungen waren also eindeutig auf eine angeblich realistische „neue Mehrheit" ausgerichtet (4). Ähnlich sah die „Realpolitik" des ISPlers Rolf Ascheberg (Westberlin) aus, der der Westberliner AL vorwarf, sie habe es versäumt, der SPD nach der Wahl ein Tolerierungsangebot zu machen. Realpolitik war allerdings, daß die Westberliner SPD jede, selbst eine bedingungslose, Tolerierung durch die AL noch in der Wahlnacht abgelehnt hatte (5). Ebenfalls Ascheberg ist (zusammen mit Peter Brandt) Verfasser des Artikel *„Für eine neue Mehrheit"* (taz, 1.10.82), in dem es heißt: *„Seit in Hamburg zwischen GAL und SPD verhandelt wird, scheint diese Entwicklung* (Anm.: zur Herausbildung eines *„mehrheitsfähigen linksreformerischen Lagers"*) *nicht nur denkbar, sondern — bei aller Skepsis — auch möglich: Kooperation zwischen Grün-Alternativen und SPD im Rahmen vorhandener Gegensätze und bestehender Konkurrenz"*. „Durchsetzungs- und mehrheitsfähig" sind in diesem Zusammenhang seine beliebtesten realpolitischen Vokabeln. Selbst die Frage, ob nach dem Regierungswechsel in Bonn sich *„innerhalb der SPD eine politische Orientierung durchsetzt, die sich eindeutig dem sozialen Abbau entgegenstemmt ... ist derzeit noch nicht entschieden"* (inzwischen müßte sie eigentlich auch für ihn entschieden sein). Wenn da nicht Illusionen verbraten werden, was dann? Fragt sich, auf welchem Mist die gewachsen sind? (6).

In Hamburg äußerte sich dieser Trend zur „Realpolitik" nie so krass. Er war aber auch spürbar in der Auseinandersetzung um die GAL-Tolerierungspolitik gegenüber der SPD. Der Streit lief dabei vordergründig entlang der Frage, ob die Liste vor oder erst nach den Wahlen ein Forderungspaket an die SPD verabschieden sollte. ISP-Position war es, die inhaltlichen Forderungen vor möglichen Verhandlungen bedeckt zu halten, um möglichst viel Spielraum zum erhofften Handel mit der SPD zu haben. Als das nicht durchsetzbar war, konzentrierte sich die ISP darauf, innerhalb des Forderungskatalogs eine möglichst weite Verhandlungsspanne einzubauen und das Vorwörtchen „unabdingbar" zu streichen. Die ganz und gar nicht ISP-unfreundliche Hamburger taz beschrieb deren Befürchtungen damals, *„daß mit derlei Unabdingbarkeiten die Tür für strategisches Verhalten in der Bürgerschaft zugeschlagen wird"* (taz, 15.2.82).

Nur wenige Tage später, noch mitten in den Einigungsverhandlungen zwischen AL und Grünen, zitierte die „Welt" den damaligen Grünen-Sprecher I.B. (ISP), der sich auf den gestürzten SPD-Bürgermeister Klose bezog: ***„Wir werden dort anknüpfen, wo Klose resigniert hat"*** und der SPD ein *„Unterstützungspaket anbieten"*. Der SPD wurde Zustimmung signalisiert, wenn *„einige unserer Forderungen übernommen"* werden (27.2.82). (7).

Illusionen aus der Chefetage

Während der GAL/SPD-Verhandlungen brach das Handels-Fieber wieder durch, nachdem die ISP-Strömung in der GAL sich beschlußmäßig nicht hatte durchsetzen können und die ISP das Aufstellen eines Forderungspakets und die Festschreibung, was verhandelbar ist und was nicht, akzeptieren mußte. Dieses Handels-Fieber war allerdings in der Verhandlungsphase kein ISP-spezifisches Problem, sondern erfaßte große Teile der GAL, vor allem unter denen, die die Verhandlungen führten. Daß es ein derart starkes Einsteigen auf die GAL/SPD-Gespräche gab, hatte mehrere Gründe: Ihr Stattfinden kam tatsächlich überraschend und war nicht erwartet worden. Neugier war ein Motor. In den Gesprächen zeigte insbesondere der Bürgermeister von Dohnanyi ein erstaunliches, nicht erwartetes Verhandlungsgeschick. Bis dato und im Wahlkampf galt er als der eine von den beiden Nadelstreifen. Sein Geschick und der Zurückhaltungsdruck, den er auf die Rechten in den Verhandlungen (nicht in der Regierungspraxis) ausübte, beeindruckten die verhandelnden GALier und nährten Hoffnungen, da

(nicht in der Regierungspraxis) ausübte, beeindruckten die verhandelnden GALier und nährten Hoffnungen, da

könne sich ja vielleicht doch was regen. Die Verhandlungsergebnisse ließen eine solche Einschätzung kaum zu, wohl aber der über Dohnanyi vermittelte Eindruck, hinter den SPD-Kulissen werde beharrlich und aufopfernd um Kompromisse gerungen. Die Hamburger Presse von rechts bis links tat ein übriges, indem sie diesen Eindruck enorm verstärkte.

In dieser Phase muß die Kritik weniger an dem geübt werden, was die Verhandlungs-Kommission tat, sondern vielmehr, was seitens der GAL n i c h t geschah (8). Es wurden zum Teil unklar gehaltene Erklärungen abgegeben, die den beschriebenen Eindruck nährten. Es wurde vor allem wenig zur Einlösung vor der Wahl gegebener Versprechen getan: Keine Veranstaltungen zur öffentlichen Bilanzierung der Verhandlungspunkte, keine ausreichende öffentliche Aufklärung über das, was wirklich in diesen Verhandlungen lief. Allein die GAL-Mitglieder konnten sich — mit zeitlicher Verzögerung — über den Stand ausreichend informieren.

Wie stark seitens der GAL auf die Verhandlungen gesetzt wurde, zeigt ein eher nebensächlich behandelter Punkt: Der Terminplan für die Gespräche wurde von der SPD diktiert und von der Mehrheit der GAL-Verhandlungskommission geschluckt. Zögerliches Verhandeln bis zur Hessenwahl im September, Verhandlungsmarathon danach mit der lächerlichen Begründung, man müsse wissen, was an GAL-Forderungen in den im Oktober zu beratenden Haushalt hineinmüsse! Genau diese von ihr akzeptierte Taktik hat die

Fortsetzung nächste Seite

Grüne/Alternative

GAL bei Abbruch der Verhandlungen ins taktische Hintertreffen gebracht. Ein wesentlicher Grund für das Einlassen der GAL war die Hoffnung auf den Ausgang der Hessenwahl: Ein gutes grünes Ergebnis und der erwartete Einbruch von Börner sollten unsere Verhandlungsposition verbessern. Es kam bekanntlich anders: Börner hatte einen enormen Überraschungserfolg, und die SPD-Rechte bekam Aufschwung. Hier lag ein Fehler, der mit Sicherheit auf die Illusion, es könne doch noch zu einem Handel kommen, zurückzuführen ist. Unbestreibar ist, daß die GAL einen günstigen Schub durch das erhoffte hessische Ergebnis bekommen hätte. Nur: Das wäre auch dann der Fall gewesen, wenn man sich nicht auf die Verzögerungstaktik der SPD eingelassen hätte.

Zu einem neuen Aufwallen von Illusionen hatten Andeutungen führender SPD-Politiker über eine Zusammenarbeit mit den Grünen Stoff gegeben. Die Gruppe Z propagierte eine vorsichtige Hoffnung auf eine solche Entwicklung. Willi K. Goltermann begründet in der MOZ 9/82 seine Mittelposition zwischen denjenigen Grünen, die schon von einer Koalition mit der SPD im Bundestag träumen, und jenen, die das Vorgehen der SPD als *„'großer Bluff', wie jüngst eine linke Monatszeitung aus Hamburg diagnostizierte"*, bezeichneten (gemeint war der Arbeiterkampf, der am 12.7.82 unter der Überschrift *„SPD-Grüne, Nicht mehr als ein Bluff"* erschien). Goltermann sah als Träger einer möglichen Zusammenarbeit nicht nur den linken SPD-Flügel, sondern auch *„jene Mitte-Links-Strömung, wie sie von Brandt, Bahr, Gaus und Vogel repräsentiert wird"*, die eine Zusammenarbeit mit den Grünen probeweise prüfe, was (nach den Beispielen von Marburg, Kassel und Bielefeld) *„in Hamburg womöglich nicht ausgeschlossen"* sei (MOZ 9/82). In diesem Artikel überwog eindeutig das Hoffnungmachen auf Zusammenarbeit, das Schüren von Illusionen, gegenüber der Skepsis und den Hinweisen auf eine neu-entfachte Integrations-Debatte in der SPD.

Strategiedebatte notwendig? - Ja, aber nicht so!

„Strategiedebatte notwendig!", schreibt die Hamburger ISP in ihrer Einladung zum eingangs erwähnten „Jour fix". In der Tat, denn es deutet sich immer mehr an, daß in Hamburg nach dem Wahltag zunächst nichts mehr mit der Tolerierungspolitik zu machen ist. Nicht akzeptabel ist allerdings, daß die Gruppe Z laut „Haltet

„in Hamburg womöglich nicht ausgeschlossen" sei (MOZ 9/82). In diesem Artikel überwog eindeutig das Hoffnungmachen auf Zusammenarbeit, das Schüren von Illusionen, gegenüber der Skepsis und den Hinweisen auf eine neu-entfachte Integrations-Debatte in der SPD.

Strategiedebatte notwendig? - Ja, aber nicht so!

„Strategiedebatte notwendig!", schreibt die Hamburger ISP in ihrer Einladung zum eingangs erwähnten „Jour fix". In der Tat, denn es deutet sich immer mehr an, daß in Hamburg nach dem Wahltag zunächst nichts mehr mit der Tolerierungspolitik zu machen ist. Nicht akzeptabel ist allerdings, daß die Gruppe Z laut „Haltet

den Dieb!" schreit, irgendwelche „Macher-Zentren" für die Enttäuschung der eigenproduzierten Illusionen verantwortlich macht, und die eigene Rolle dabei total vergißt. Das ist ein schlechter politischer Stil, der an alte „ML"-Zeiten erinnert, wo einfach der Kurs geändert wurde mit der Behauptung, das habe man schon immer gesagt.

Zugleich kündigt Willi K. Goltermann als Überlegung eine verhängnisvolle Neuorientierung an: Deftige Worte über *„die Verparlamentarisierung der Bewegung"* und *„erwartungsvolle Parlaments- und Staatsgläubigkeit"* (MOZ, 11/82) sowie das Herbeibeten des *„Drucks der Straße"* sollen eine faktische Politik des *„kleineren Übels"* im Parlament befördern. Scharfe Kritik an parlamentarischen Vorhaben der SPD in Worten, aber Zustimmung in der Praxis heißt die neue Strategie. Daß die SPD durch solche „scharfen Widerreden" im Parlament zu beeindrucken wäre, wird ernsthaft kaum jemand glauben wollen. Das macht man nicht mehr als dreimal, ohne sich völlig lächerlich und unglaubwürdig zu machen! Dafür hat Goltermann eine neue Variante parat: Die „scharfe Rede" *„als deutliches Signal an die außerparlamentarische Bewegung"*. Also konsequente „Realpolitik" (= Unterstützung der SPD) im Parlament, und für die Opposition sind gefälligst die außerparlamentarischen Bewegungen zuständig.

Nur, die neue Strategie kann nicht aufgehen: Außerparlamentarische Aktivitäten als Reaktion auf parlamentarisch anstehende Entscheidungen, die GAL als Motor, der vom Rathaus aus die Stichworte ausgibt, das ist eine sehr illusorische Vorstellung. Die außerparlamentarische Bewegung kann und wird sich nicht in der Weise modeln lassen. Was letztlich vom propagierten Vorgehen übrigbleibt, ist die Praxis des „kleineren Übels". Damit könnte die SPD völlig sorgenfrei weiterregieren.

Die Schwäche der GAL besteht nicht in der oft schwierigen Entscheidungsfindung über parlamentarische Initiativen, die u.a. deshalb so schwierig waren, weil einige in der Fraktion anscheinend auf kaltem Wege den neuen Z-Kurs bereits zur Durchsetzung bringen wollen und das hinter Vorträgen über „Realpolitik" kaschieren. Wohin solche „kluge" Taktik führen kann, hat die GAL-Debatte um die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Senats gezeigt: Da erklärt die Parlamentsfraktion öffentlich, daß sie das Programm ganz schlecht findet, daß sie Änderungen beantragen wird, **aber daß sie dem Programm auch ohne die Änderungen zustimmen wird.**

Die so „massiv" unter Druck gesetzte SPD verhandelte auf verschiedenen parlamentarischen und Behörden-Ebenen mit der GAL, hörte sich deren Anregungen, Vorschläge und Wünsche an, integrierte einen Teil, sodaß er nicht mehr als von der GAL-durchgesetzt erscheint, sondern die SPD sich sogar noch mit sozialen Änderungen brüstet. Das „außerparlamentarische Signal" an Betroffene sah dann so aus, daß seitens der GAL-Fraktion Betroffene **(nachdem der beschriebene Vorgang bereits voll im Laufen war)** eingeladen wurden, mit der GAL Verbesserungen des ABM-Programms zu beraten, damit die Fraktion weiß, welche Änderungswünsche sie noch anmelden soll. Da wurde nichts an Druck gemacht, da wurde schlicht eine fragwürdige „Lobby-Politik" betrieben, denn angesichts der beschissenen Lage ist für einzelne Betroffene der Spatz ABM in der Hand selbstverständlich mehr wert als die Taube auf dem Rathausdach. Konkret führte das dazu, daß die GAL schon fast bereit war, ein ABM-Programm zu schlucken, das zwar für einige kleine Vorteile brachte, für andere, insbesondere Jugendliche, allerdings mehr als fragwürdige Formen der Beschäftigung (Laubharken) vorsieht.

Willi K.Goltermann behauptet, daß die Neuwahl-Debatte in der GAL exemplarisch für künftige Parlamentsarbeit gewesen sei: Scharfe Ablehnung des Vorgehens der SPD, aber Zustimmung zum konkreten Antrag. Ein schlechtes Beispiel und gleichzeitig, ähnlich wie die Behandlung von ABM, durchaus geeignet, Kritik zu führen, wie die Parlamentsarbeit **nicht** laufen sollte. Richtig ist an dieser Entscheidungsfindung gewesen, daß die GAL tatsächlich unter einem Druck gestanden hat, daß von ihrem Votum etwas abhing, nämlich der konkrete Wahltermin. Bei anderen Maßnahmen, wie einem ganzen Paket von Anträgen zur vorläufigen Haushaltsführung, war offensichtlich, daß die SPD die GAL zwar in die Abstimmung zwingen wollte, um ihr darauf aufbauend Verantwortungslosigkeit gerade im Wahlkampf vorzuwerfen, während jetzt schon offenbar ist, daß die SPD in die-

exemplarisch für künftige Parlamentsarbeit gewesen sei: Scharfe Ablehnung des Vorgehens der SPD, aber Zustimmung zum konkreten Antrag. Ein schlechtes Beispiel und gleichzeitig, ähnlich wie die Behandlung von ABM, durchaus geeignet, Kritik zu führen, wie die Parlamentsarbeit **nicht** laufen sollte. Richtig ist an dieser Entscheidungsfindung gewesen, daß die GAL tatsächlich unter einem Druck gestanden hat, daß von ihrem Votum etwas abhing, nämlich der konkrete Wahltermin. Bei anderen Maßnahmen, wie einem ganzen Paket von Anträgen zur vorläufigen Haushaltsführung, war offensichtlich, daß die SPD die GAL zwar in die Abstimmung zwingen wollte, um ihr darauf aufbauend Verantwortungslosigkeit gerade im Wahlkampf vorzuwerfen, während jetzt schon offenbar ist, daß die SPD in die-

sen „großen" Fragen sich auf die CDU zu stützen gedenkt. Falsch ist allerdings, die Neuwahldebatte so zu bewerten, daß das prinzipiell der einzuschlagende Weg sei. Es war auch im Nachhinein richtig, daß mit Mehrheit verhindert wurde, daß bereits bei Vorliegen des SPD-Antrags die GAL Zustimmung signalisierte. Dies hat der GAL überhaupt erst Luft verschafft, sich politisch vom Neuwahl-Gerangel der SPD und ihres Setzens auf den Bonn-Effekt, und dem der CDU, die sich kurz zuvor noch als d i e „Neuwahl-Partei" in Hamburg in Szene setzte, deutlich abzuheben.

Thomas Ebermann sah das von Beginn an anders und glaubt im nachhinein recht zu haben, weil die GAL schließlich doch zustimmen mußte. Er vergißt, daß es der GAL gelungen ist, in der Zeit vor der Entscheidung durch ihr Vorgehen z.B. erheblich zum Druck auf die CDU beizutragen, die einen wahren Eiertanz aufführte, weil ihr wegen Bonn der frühe Termin nicht paßte. Die GAL war also in der Lage, mit diesem Vorgehen Politik zu machen, was umgekehrt nicht der Fall gewesen wäre. Nach wie vor bin ich der Meinung, daß auch stimmungsmäßig ein Umschwung zuungunsten der GAL erst mit der Unterschrift einiger Fraktionsverantwortlicher unter den SPD-Antrag auf Wahlkampfkostenerstattung zum 19.12. kam, noch bevor überhaupt eine Entscheidung der GAL vorlag. Entsprechend wurde dann zwar eine scharfe Rede im Parlament gehalten, aber beispielsweise an der Frage der Wahlkampfkosten absolut n i c h t s mehr von der GAL unternommen. Es ist mehr als legitim, wenn Wähler heute fragen: warum habt ihr das einfach geschluckt? Konkret geht es dabei um die Frage, ob vor dem Hintergrund partei- und wahltaktischen Gerangels es gerechtfertigt ist, in einem halben Jahr zweimal die gleiche Höhe von Geldern für Wahlkampf zu bewilligen. Hinweise wie „Demokratie kostet Geld" sind vor dem realen Hintergrund der Hamburger Abläufe schlichtweg lächerlich. Die GAL hätte z.B. beantragen können, daß die Wahlkampfkostenerstattung für die Parteien gestrichen wird und nur die Gelder zur Durchführung der Wahl bereitgestellt werden (9). Das läßt bei vielen Mißtrauen aufkommen. Teilt man die Skepsis vieler in die Glaubwürdigkeit der Parlamente - und das sind nicht nur Linke - muß auch akzeptiert werden, daß die unternommenen Schritte kritisch beargwöhnt werden.

Eine von der GAL praktizierte Linie des „kleineren Übels" im Parlament würde mitnichten eine Stärkung der Verbindung zur außerparlamentarischen Bewegung zur Folge haben, sondern deren Skepsis und Abwendung vom „linken Parlamentarismus" fördern. Selbstverständlich wird es in Sachfragen Entscheidungen geben, die den Charakter des „kleineren Übels" gegenüber schlimmeren Entwicklungen haben. Nur ist dies kein besonders kluger Schachzug, sondern Realität, Ausdruck des mangelhaften Drucks und der Tatsache, daß bei allen positiven Ansätzen der letzten Jahre immer noch zu wenig in Bewegung geraten ist. Allerdings muß die GAL auch den Mut haben, zu umstrittenen Entscheidungen NEIN zu sagen. Sie darf auf keinen Fall eine Politik mitbetreiben, bei der einzelne Gruppen der Bevölkerung zu Lasten anderer besser abschneiden. Dies könnte im Rest-Haushalt '83 sehr schnell als Problem auftauchen.

Als Fazit: Ich teile den Ansatz, nach dem absehbaren Scheitern des Tolerierungsansatzes nach den Neuwahlen die Strategiedebatte zu verstärken. Wobei ich den von der GAL eingeschlagenen Weg einer Politik der Bündnisbereitschaft und des Drucks auf die SPD im Grundsatz für richtig halte. Meine Kritik an den Reformillusionen berührt im wesentlichen - und daher rührt auch die Schärfe - diejenigen, die dies als Strategie verkauft haben und heute arrogant nach Schuldigen suchen. Es gibt eine illusionserzeugende Strategie des reformerischen Weges, und es gibt eine Strategie der Linksentwicklung der Wahlbewegung, die sich den aus der Politik der Tolerierung der SPD ergebenden Problemen nicht einfach entziehen kann. Daraus werden uns auch nicht hie und da aus der ISP-Ecke angeschlagene kraftmeierische Töne retten. Falls Willi K. Goltermanns Kritik nicht weiter den Unsinn des „kleineren Übels" als Strategie verkauft, stattdessen tatsächlich an der Stärkung des schwächsten Gliedes - der Verbindung parlamentarischer mit der Verstärkung der außerparlamentarischen Arbeit - wirkt, dann kann der Streit fruchtbare Formen annehmen.

11.12.82, hr.

Anmerkungen

merischen Weges, und es gibt eine Strategie der Linksentwicklung der Wahlbewegung, die sich den aus der Politik der Tolerierung der SPD ergebenden Problemen nicht einfach entziehen kann. Daraus werden uns auch nicht hie und da aus der ISP-Ecke angeschlagene kraftmeierische Töne retten. Falls Willi K. Goltermanns Kritik nicht weiter den Unsinn des „kleineren Übels" als Strategie verkauft, stattdessen tatsächlich an der Stärkung des schwächsten Gliedes - der Verbindung parlamentarischer mit der Verstärkung der außerparlamentarischen Arbeit - wirkt, dann kann der Streit fruchtbare Formen annehmen.

11.12.82, hr.

Anmerkungen

1) Goltermann und die ISP sind bemüht, den Eindruck zu erwecken, als hätten sie speziell eine Fehlströmung aufgespürt, die es jetzt bis aufs Messer zu bekämpfen gelte. Das mag für den eigenen Laden gelten. Es sei an dieser kleingedruckten Stelle der Hinweis gestattet, daß es andere Strömungen in der GAL gibt, dazu zähle ich auch diese Zeitung, die bestimmte Entwicklungen schon viel länger kritisch begleiten, auch in der GAL, sich aber nicht immer durchsetzen konnten, wie dies in einer so pluralistischen Liste nun einmal der Fall ist. Damit nicht der Eindruck beim nicht so intensiven Leser entsteht, ich würde jetzt meinerseits nur klugscheißern, wird in diesen Anmerkungen auf zurückliegende Auseinandersetzungen mit dem jeweiligen Thema Bezug genommen. Der angesprochene Artikel von Langer/Link ist ausführlich im AK gewürdigt worden.

2) AK 194 vom Februar 1981: Auseinandersetzung zwischen Willi K. Goltermann und mir. Damals pachtete Willi in völlig absurder Weise die Dominanz für die Grünen auf die parlamentarische und außerparlamentarische Bewegung Hamburg (Die Grünen als die „Hauptkraft der Wahlbewegung"). Siehe zum Thema auch kritische Anmerkungen zur GAL-Gründung in AK 219, S. 38).

3) Die Artikel von Reiner Link und I.B. sowie eine Stellungnahme von mir sind im Sonder-Info der Bunten Liste (Initiativentreffen) vom September 1981 und in einem KB-Sonder-Info „Wie hältst du's mit der SPD?" Ende 1981 erschienen.

4) Zur Auseinandersetzung mit Lars Hennings siehe AK 212, S. 40, „Zurück zu den Ursprüngen"?

5) Rolf Ascheberg in „Alternative Kommunalpolitik" vom Juli 1981. Dazu auch Leserbrief von Knut Mellenthin in „Alternative Kommunalpolitik", September '81.

6) Siehe dazu AK 226 vom 18.10.82: „Gibt es eine neue linke Mehrheit?". Anzumerken bleibt noch die hier nicht behandelte kritische Auseinandersetzung mit ähnlichen ISP-Positionen in Westberlin und Bielefeld, dokumentiert in der KB-Broschüre „Wie hältst du's mit der SPD?").

7) Zu diesem Komplex siehe Artikel in AK 219 vom 22.3.82, S. 38 und AK 214 vom 7.12.81, S. 28 zur Hamburger Tolerierungspolitik.

8) Siehe hierzu die kritischen Anmerkungen in AK 226 vom 18.10.82, „Hamburger Neuwahlen: SPD-Rückkehr zu alter Politik" und AK 225 „GAL als Traumfabrik?" und „Keine Wende der SPD in Sicht".

9) Zur Kritik an der GAL-Parlamentsarbeit siehe auch die Diskussion um die Kreditbewilligung in AK 225, S. 32 - 34 und zu den Neuwahlen AK 226, S. 16.

Jungdemokraten rufen zur Wahl der GAL auf

Die Hamburger Jungdemokraten, die im Februar dieses Jahres als erster Landesverband den Bruch mit der FDP vollzogen hatten, haben auf ihrer Landesversammlung am 15.11. eine Wahlempfehlung für die GAL beschlossen. Die Judos begrüßen darin das Ergebnis der Bürgerschaftswahl vom 6. Juni, *„das erstmals linken Kräften außerhalb der SPD direkten Einfluß auf das parlamentarische Geschehen gab"*.

Fünf Themenbereiche sind für die Jungdemokraten aktuell vorrangig: „Freiheitsrechte", „Umwelt und Energie", „Arbeitslosigkeit und Sozialabbau", „Stadtsanierung und Wohnungsbau", „Pressewesen". Die Forderungen, die die Judos dazu vertreten, decken sich weitgehend mit denen der GAL. Die Judos kommen denn auch zu dem Schluß: *„Unter den gegenwärtig kandidierenden Gruppen bietet die GAL die größte Gewähr dafür, daß die oben genannten Punkte wirkungsvoll vertreten werden. Die DJD rufen daher zur Wahl der GAL auf. Die Möglichkeit, diese Forderungen in konkrete Politik umzusetzen, besteht nach realistischer Einschätzung aber nur, wenn die SPD gezwungen ist, mit der GAL zu sprechen. Dies setzt voraus, daß die SPD keine absolute Mehrheit erhält und die CDU und/oder FDP von der Regierung ferngehalten werden"*.

Zu den ergebnislos verlaufenen Gesprächen zwischen SPD und GAL wird erklärt: *„Wir mißbilligen das vom rechten Flügel der Hamburger SPD bewußt herbeigeführte Scheitern der Tolerierungsverhandlungen und warnen davor, Hamburg dem rechtskonservativen Trend zu überantworten, statt endlich den Versuch zu unternehmen, eine unsoziale und lebensbedrohende Politik aktiv zu bekämpfen"*. An die GAL wird appelliert, daß sie *„von ihrer Seite erfolgreiche Gespräche mit der SPD nicht unnötig erschwert und dadurch die SPD in die Arme der CDU treibt"* — was immer damit gemeint sein mag.

Zu ihrer eigenen Perspektive halten die Judos fest, daß die Wahlempfehlung zugunsten der GAL *„in keiner Weise Entscheidungen über die politische und organisatorische Zukunft von Linksliberalen und Radikaldemokraten vorweg(nimmt)"*. Die GAL solle *„nicht in den Irrtum verfallen, sie sei der einzige Kristallisationspunkt der Linken."* Eine Meldung der „Hamburger Morgenpost", die 250 aktiven Mitglieder der Hamburger Jungdemokraten wollten künftig geschlossen als linksliberale Gruppierung innerhalb der GAL arbeiten, stellte sich auf Nachfrage als Ente heraus.

GAL — SPD: Kritik an der Polizei — schon ist alles vorbei

Eine am Anfang des Monats von der GAL vorgelegten Broschüre mit dem Titel: „13 Gründe Senator Pawelzcyk zu lieben", in der auch eine Veranstaltung der GAL unter dem Motto angekündigt wird: „Ist Hamburgs Polizei sauber? — Wir fordern öffentliche Kontrolle!" nahm die SPD zum Anlaß, nunmehr öffentlich zu verkünden, es ging nicht mehr zwischen SPD und

GAL — SPD: Kritik an der Polizei — schon ist alles vorbei

Eine am Anfang des Monats von der GAL vorgelegten Broschüre mit dem Titel: „13 Gründe Senator Pawelzcyk zu lieben", in der auch eine Veranstaltung der GAL unter dem Motto angekündigt wird: „Ist Hamburgs Polizei sauber? — Wir fordern öffentliche Kontrolle!" nahm die SPD zum Anlaß, nunmehr öffentlich zu verkünden, es ging nicht mehr zwischen SPD und

GAL.

In der Broschüre werden auf jeweils zwei Seiten die Gründe dargelegt, die die von dem SPD-Rechtsaußen und Major a. D. zu verantwortende Hamburger „Sicherheitspolitik" für eine CDU-Koalition besonders empfehlen. Einige Theme:

„.... weil er das „Ausländerproblem" seiner endgültigen Lösung zuführt",
„.... weil er den Rassismus wieder wählbar macht",
„.... weil er den Rechtsradikalismus nicht überbewertet",
„.... weil er Hausbesitzer keine 24 Stunden im Unklaren läßt",
„.... weil er dem MEK neues Sozialprestige gibt",

und anderes mehr.

Getreu der Erfahrung, daß getroffene Hunde bellen, reagierte die SPD prompt: In einer Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Dr. Henning Voscherau wurde die Kritik an Pawelczyk's Innenpolitik als *„Brunnenvergiftung"* und *„Verunglimpfung"* der *„gemeinsamen Haltung des Senats, der SPD-Bürgerschaftsfraktion und des SPD-Parteitags" zurückgewiesen, ohne auf einen der Kritikpunkte inhaltlich einzugehen. Nach der bemerkenswerten Feststellung, die GAL habe offensichtlich „mit Recht die Illusion verloren, daß es nach der Wahl noch zu einer Zusammenarbeit mit der SPD kommen könnte"* folgt der nicht minder bemerkenswerte Schluß: *„Gerade in Fragen des Parlamentarismus und des Rechtsstaats, so Voscherau, ‚geht nichts zwischen SPD nd GAL'. Dies sei durch die GAL wieder einmal in wünschenswerter Brutalität deutlich gemacht worden."* — Wenn das aus so berufenem Munde kommt, dann wird mensch das wohl glauben müssen?! Die Hamburger Lokalpresse reagierte erwartungsgemäß: Die „Hamburger Rundschau" erklärte die Broschüre trotz leichter Kritik zu einem „notwendigen Dokument demokratischer Wachsamkeit", die „taz" nannte die Bezugsadresse, die „MoPo" kraftmeierte: *„Die SPD in Hamburg hat wirklich lange genug versucht, mit der GAL klarzukommen,,* (Nein, was für ein unartiges Kind aber auch, diese GAL!), die „Bild" weiß nicht, ob sie sich mehr über den „endgültigen Bruch" auslassen oder die GAL-Kritik als unqualifiziert diffamieren soll...

Inzwischen folgte dieser ersten Broschüre der GAL eine zweite, die sich besonders des sog. Hamburger Poli-

lich lange genug versucht, mit der GAL klarzukommen,, (Nein, was für ein unartiges Kind aber auch, diese GAL!), die „Bild" weiß nicht, ob sie sich mehr über den „endgültigen Bruch" auslassen oder die GAL-Kritik als unqualifiziert diffamieren soll...

Inzwischen folgte dieser ersten Broschüre der GAL eine zweite, die sich besonders des sog. Hamburger Poli-

zeiskandals annimmt. Unter dem Titel: „Ist Hamburgs Polizei sauber?" wird darin säuberlich die zehnjährige Geschichte der Vertuschung dieses Dauer-Skandals dokumentiert und auch hier das besondere Verdienst des ‚Saubermannes' Alfons Pawelczyk herausgestellt, zu dessen Weiß-Wasch-Aktion es u.a. heißt: *„Während einerseits die 'kriminellen Ausrutscher' einiger Abteilungen und Beamter (zaghaft) verfolgt werden, erhebt der neue Senator andererseits diese korruptionsfördernden Methoden krimalpolizeilicher Arbeit zum institutionalisierten Prinzip: Landesfahndungskommando (der lange Arm der Staatsanwalt) und Mobiles Einsatz Kommando (die zehn Jahre alte Spezialtruppe mit Untergrundausbildung und dem ursprünglichen Arbeitsgebiet der Terroristenbekämpfung) wurden zu einer Einheit zusammengefaßt. In einer neuen V-Mann-Regelung wurde die Praxis polizeilicher Untergrundarbeit rechtsstaatlich abgesichert, nur das 'Wildern' soll aufhören."* Damit werde an dem *„Legalitätsprinzip schwer Hand angelegt"* und der Polizeiapparat jeder öffentlichen Kontrolle entzogen, *„eine Entwicklung, die ungute Erinnerungen erweckt und jeden Demokraten mit Sorger erfüllen muß."* Die GAL fordert einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum „Hamburger Polizeiskandal" und erklärt sich bereit, darüberhinaus jeden außerparlamentarischen Ansatz eines öffentlichen Polizei-Kontrollgremiums zu unterstützen.

Parallel zu der Veröffentlichung der GAL ist im „Stern" (50/82) die erste Folge einer Artikelserie „der Sumpf" erschienen, in der der ehemalige Kriminalkommissar Peter Reichard seine Erfahrungen über die Vertuschung des „Hamburger Polizeiskandals" auspackt. Die Reaktion der Innenbehörde: Die Staatsanwaltschaft leitet ein Ermittlungsverfahren wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses gegen ihn ein. Im übrigen wird noch einmal verkündet, Hamburgs Polizei sei sauber...

Antifa-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Der letzte Schrei der Szene: »Realpolitik«



Es sagte Holger Börner, Landesvorsitzender der SPD Hessen und derzeit geschäftsführender Ministerpräsident: *,,Solche Photos werden von mir nicht mal als Montage zu sehen sein"* (,,Spiegel" 33/82). Dieses Photo (,,FR" 2.12.82, aufgenommen anläßlich der ersten Sitzung des neuen hessischen Landtags in Wiesbaden) ist keine Montage. Eine Montage erschien bereits in ,,Titanic" 10/82.

Es sagte Dirk Treber, Platz 1 der Landesliste der Hessen-Grünen und jetzt Abgeordneter, auf Wahlkampfveranstaltungen und in Interviews, er habe ,,erhebliche Magenschmerzen" bei der Vorstellung, mit einem Mann wie Börner, der die Polizeieinsätze gegen die Startbahngegner angeordnet habe, zu sprechen oder an einem Tisch zu sitzen. Wir sind weit davon entfernt, wegen dieses shakehands ein Verratsgeschrei gegen die Grünen anzustimmen. Vielmehr waren es die Hessen-Grünen selbst gewesen, die im Wahlkampf unermüdlich starke Worte geschwungen hatten: Börner sei ,,unzumutbar", man fordere einen anderen Ministerpräsidentenkandidaten, Gespräche mit der SPD könnten an der Person Börner scheitern usw. usf. Dann sollte man aber auch nicht umstandslos mit der Bemerkung zur Tagesordnung übergehen, man habe ,,schon ganz anderen Leuten die Hand geschüttelt".

Am 1.12. trat der Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Zahlreiche Anträge der Grünen zur Demokratisierung der parlamentarischen Geschäftsordnung wurden von SPD und CDU gemeinsam abgeschmettert. Die SPD stellte ihrerseits den Antrag, die Grünen stimmberechtigt am Hauptausschuß zu beteiligen (einer der ,,wichtigen" Ausschüsse, in dem vorwiegend Interna behandelt werden). Dieser Antrag wurde von CDU und Grünen abgelehnt, eine Entscheidung, die unter grünen Wählern und Sympathisanten nur schwer zu vermitteln ist. Die Begründung für dieses Abstimmungsverhalten ist, daß die SPD die alte Parlamentsgeschäftsordnung ansonsten ausdrücklich bestätigt haben wollte, die Grünen sich aber Chancen ausrechnen, vor dem Staatsgerichtshof erfolgreich gegen die jetzige Regelung klagen zu können (wobei dann mehr erreicht werden könnte als durch Zustimmung zu besagtem SPD-Antrag). Die CDU versuchte anschließend vergeblich, ihren designierten Landesvorsitzenden Wallmann zum Ministerpräsidenten wählen zu lassen. Immerhin bekam Wallmann jedoch eine Stimme mehr, als die Abgeordneten der CDU-Fraktion zählen, was bedeutet, daß ein SPD-Abgeordneter abtrünnig wurde. Schwerpunkt des Landtags wird in nächster Zeit ein von der SPD eingebrachtes Haushaltsvorschaltgesetz sein, das angeblich 25 000 Arbeitsplätze sichern und 2 000 Ausbildungsplätze neu schaffen soll. Die Grünen werden ein Straffreiheitsgesetz für angeklagte Startbahngegner einbringen.

Unter Frankfurter Spontis geht das ,,Wir-sind-wieder-wer"-Gefühl um. Ihre grüne Wählerinitiative hat eine beachtliche, eine einmalige, eine tolle Veranstaltung zuwege gebracht: Sozialdemokratische und grüne (und die eigenen) Spitzenpolitiker auf einem Podium! Na bitte. Überschwenglich berichtet der ,,Pflasterstrand": Es sei eine Veranstaltung des Gütestempels *,,besonders wertvoll"* gewesen, eine *,,spannende personality-show"*, gelenkt durch ein *,,geschicktes Management"*, mit einem *,,schönen Panoptikum"* oben auf der Bühne und einem *,,verständnisvollen Publikum"* unten im Saal. Lieber solche Persönlichkeiten als die leidige Basisdemokratie, die eh nur graue Mäuse hervorbringe, meint der ,,PS" und pflichtet hierin der grauen Obermaus Hoplitschek bei. Geladen und gekommen waren SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz (Dialog-Experte), Helmut Holzapfel (graue SPD-Maus aus dem hessischen Landtag), Rudolf Bahro (Messias), Claus Offe (Politik-Analyse), Dietrich Wetzel (Wählerinitiative fragt — Politiker antworten), Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer (nach ,,PS" zuständig für *,,revolutionären Reformismus"* und *,,anarchistische Realpolitik"*). Tatort: Der Hörsaal VI der Frankfurter Universität am 23.11.82.

Schenken wir uns den chronologischen Ablauf der brillanten Wortwechsel und steuern wir gleich auf die schwergewichtigen Inhalte zu. Da wäre also erstens die Atomkriegsgefahr. Glotz: Auch die Friedensbewegung habe darauf schließlich keine schlüssigen Antworten. Vielmehr seien ihre Antworten genauso viel oder wenig plausibel wie die der SPD. Ein Fehler der SPD sei es allerdings gewesen, ,,zu lange auf dem Konzept der nuklearen Abschreckung beharrt" zu haben. Das Publikum ist unzufrieden. Glotz sattelt drauf: ,,Wir haben keine Lösungen in der linken Hosentasche". Zwischenruf: ,,Aber in der rechten!" Glotz schnappt ein. Das sind doch Grobheiten unter dem Dialog-Niveau!

Wetzel kann es nicht zulassen, daß sich Glotz mit unverbindlichen Floskeln über die Runden stiehlt. Heute gelte die Doktrin der Gewinnbarkeit eines Atomkrieges. Und darin sei die SPD verstrickt (guuut!). Die amerikanische Nuklearpolitik ziele auf Erstschlagsfähigkeit. Die entsprechenden Waffen sollten jetzt, in allernächster Zukunft auf deutschem Territorium stationiert werden (Spitze!). Wollen die USA diese Waffen einsetzen? Nein, meint Wetzel (oh nein!). Sie wollten das ebensowenig wie die Sowjetunion. Die Gefahr liege in der Technologie an sich (Gottchen!).

Nein, meint Wetzel (oh nein!). Sie wollten das ebensowenig wie die Sowjetunion. Die Gefahr liege in der Technologie an sich (Gottchen!).
Wann die SPD das endlich einsehe? (Schluchz).

Es ist nicht so, daß Glotz nicht antwortet, wenn er gefragt ist. Also nocheinmal: Unser Problem sei die Lage im Zentrum Europas, mitten zwischen den Großen. Da kann man nicht einfach aussteigen, sich neutral erklären und die Blöcke machen lassen. Da muß man versuchen, Einfluß auf die Politik der Großmächte zu nehmen. Nichts anderes habe Schmidt (der Patriot) versucht. Was Besseres wäre zwar wünschenswert, liege aber noch nicht auf dem Tisch. Darum müsse halt noch gerungen werden. Zwischenrufe: ,,Abrüsten! Selber anfangen!". Glotz: ,,Sie können sich doch nicht mitten in Europa in eine Gartenlaube zurückziehen". Zwischenruf: Nach dem ersten und zweiten Weltkrieg beteilige sich die SPD nun an der Vorbereitung des Dritten. Das läßt Glotz nicht auf der Sozialdemokratie sitzen: *,,Sie grüner Schwätzer, Sie!"* Der Tanker ist zart besaitet. Deshalb bohrt die Wählerinitiative an dieser Stelle nicht nach. Wir wollen ja auch alle das Beste für unser Volk, nur die Technologie reißt uns in die Scheiße.

,,Wir brauchen die Bombe gar nicht, wir schaffen das Ende auch so", relativiert Bahro das Kriegsproblem. Er setzt seinen Kreuzzug gegen die ,,Kaputtindustrialisierung" fort. Seit der Renaissance ist es mit der europäischen Zivilisation schiefgelaufen (offenbar eine versteckte Replik auf AK 227: *,,Mit Bahro zurück ins Mittelalter?"*).

Also dürfe es nicht heißen: Arbeitslose zurück in die Industrie. ,,Es kann nicht darum gehen, dieses Gesellschaftssystem stabil zu halten". Für linkssozialdemokratische Reparaturen zur Linderung der Arbeitslosigkeit brauche man die Grünen nicht. Die Grünen sollten eine einzige große Anti-Investitionsstrategie verfolgen, ähnlich den außerparlamentarischen Aktionen gegen Atomkraftwerke. Eine Konzentration auf die ,,neue Mehrheit" (SPD — Grüne) sei daher völlig illusionär. SPD und CDU sollten stattdessen eine große Koalition bilden.

Die letzte Klarheit — etwa, daß 5 Millionen Arbeitslose hilfreich für den Ausstieg aus dem Industriesytem sein könnten — meidet Bahro jedoch an diesem Abend.

Sie passen trefflich zueinander, diese beiden spannenden Persönlichkeiten, die der ,,Pflasterstrand" so rühmt: Wer würde dem Glotz das Versprechen, Arbeitsplätze zu schaffen, noch abnehmen, säße nicht Bahro mit seiner sozialen Ignoranz daneben. So aber kann der SPD-Funktionär sogar noch ,,ernsthaftes Bemühen" und ,,Sorge" für sich reklamieren, daß mit steigenden Arbeitslosenzahlen der Faschismus erstarkt. Wer fühlt sich umgekehrt nicht bei Bahros Thesen fatal an das Marx/Engels-Wort über die Mittelstände erinnert (,,... *sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen"*), erschiene er nicht

Marx/Engels-Wort über die Mittelstände erinnert (,,... *sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen"*), erschiene er nicht
in Begleitung dieses ebenso geleckten wie verlogenen Prototyps des modernen Polit-Technokraten. So aber können sich die Anhänger der beiden Lager am jeweiligen Deppen des anderen Lagers hochziehen.

Die Spontis waren mit Bahro einverstanden und wieder auch nicht. Seine Darstellung der Gefahren sei richtig. Bekennertum, Radikalität und Kompromißlosigkeit gehörten aber in den außerparlamentarischen Bereich, nicht ins Parlament. Im Parlament müsse man sich die Hände schmutzig machen, ,,Politik" betreiben. Grüne sollten sich nicht zu schade sein, für ein Amnestiegesetz zugunsten verfolgter Startbahngegner zu stimmen (als ob das ihr Problem wäre!). Mit solchen zündenden Vorschlägen steuerten die Spontis elegant an der Frage vorbei, wie sie's denn selber ,,real-poltisch" mit der Arbeitslosigkeit halten.

Cohn-Bendit machte schließlich, von einem Teil des Publikums mit lautem Beifall gefeiert, den Vorschlag, einen Volksentscheid über die Startbahn-West durchzuführen, um ,,aus der verfahrenen Situation in Hessen herauszukommen." Einmal abgesehen von der Frage, welchen Realitätsgehalt dieser Vorschlag hat, ging er doch deutlich über die bisherige Forderung der Sponti-Wählerinitiative hinaus (,,mindestens einjähriges Moratorium"), was gerade für dieses Spektrum überraschend war. Hatten doch die Spontis bislang immer zu den großen Skeptikern des Volksbegehrens gehört, da sie der Meinung waren, die Ablehnung des Startbahnbaus sei in der Bevölkerung nicht mehrheitsfähig. So drängt sich denn auch der Verdacht auf — von Cohn-Bendit durch eine warnende Relativierung des Startbahnkonfliktes (,,nicht die große Apokalypse") genährt —, daß dieser Vorschlag mehr auf Befriedung der Situation abzielt und vor allem die große Barriere zwischen SPD und Grünen in Hessen beiseite räumen soll.

Aber das macht nix. Der SPD einen Volksentscheid aufzuschwatzen, indem man ihr versichert, sie würde ihn auf jeden Fall gewinnen, wäre ein glänzendes Stück Realpolitik. Da sind wir allemal dabei. Die Startbahnbewegung ist am Ende. Aber ja doch. Die BI lockt keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. Beruhigen Sie sich, Herr Börner. Dieser Schubart hat sich doch vollständig isoliert ...

War dies die einzig intelligente Episode des Abends, so bot Glotz zur ,,neuen Mehrheit" nur arg Enttäuschendes. SPD und CDU sollten so verfahren, daß die jeweils Schwächeren eine Minderheitsregierung der Stärkeren tolerieren. Diese Aussage war keineswegs nur auf den Bundestag gemünzt. Befragt, ob es nach der Hamburger Neuwahl überhaupt noch einmal Tolerierungsverhandlungen mit der GAL geben werde, meinte Glotz, es werde auf alle Fälle ,,Gespräche" geben, wie auch mit der CDU. ,,Gesprä-

mal Tolerierungsverhandlungen mit der GAL geben werde, meinte Glotz, es werde auf alle Fälle ,,Gespräche" geben, wie auch mit der CDU. ,,Gesprä-
che" und ,,Verhandlungen" sind freilich, so hat man inzwischen gelernt, für Politiker dieses Schlages himmelweit auseinander.

KB/Gruppe Frankfurt

Spendet!

Spendet!

Für die Finanzierung der Prozeßkosten von A. Schubart: Karin Gäßler-Sonderkonto
Kt.Nr. 362545-608
Postscheckamt Frankfurt
BLZ 500 100 60

Dokumentation zum Prozeß (4DM), zu beziehen über ,,Komitee Solidarität mit Alexander Schubart"
Hamburger Allee 49
6000 Frankfurt 90

Grünes Schleswig-Holstein: Gezappel im Himmelbett

Der Fisch zappelte an der Leine — doch es gab kein Entrinnen mehr! Der Sog der 5 %-Hürde hat nun auch die linken schleswig-holsteinischen Grünen gefangen und damit eine grüne Besonderheit zurückgeführt in die bekannte Organisation der ,,politisch-programmatischen Beliebigkeit". Die Liste der Kandidaten zur bevorstehenden Landtagswahl aus ,,reinen" (Bahro'schen) Ökologen — Boje Maaßen — und Öko-Sozialisten — wie Lars Hennings — ist komplett. So ließe sich in aller Kürze das grüne Drama in SH zusammenfassen.

Grüne Neuorientierung im Frühjahr '82

Den bekannten Daten (siehe AK 224, 23.8.82) grüner Neuorientierung lagen folgende unterschiedliche Einschätzungen zu Grunde: *1. ,,Wir müssen kapieren, daß wir in Zukunft nicht gegen, sondern mit den ‚Grünen' in SH ökologische Ziele durchsetzen müssen. (...) Wir müssen von der Voraussetzung ausgehen (...), daß auch die ehemaligen Z-Mitglieder zwar eine sozialistische Politik betreiben, die aber das — zugegebenermaßen — abstrakte ‚Primat der Ökologie' übernommen haben, d.h. sie sind ein Teil der ökologischen Bewegung und müssen als solche auch akzeptiert werden. Das heißt lange nicht, daß konkrete politische Forderungen von ihnen immer ökologisch sind. Die rationale Diskussion darüber muß — auch hart — innerhalb der Grünen geführt werden, also es darf nicht im Hinterkopf das Ziel lauern, sie* (das sind die ,,ökologischen Forderungen") *zu kippen. Abgesehen davon, daß ein ‚existenzielles' Gegeneinander inhaltlich nicht gerechtfertigt ist (...), halte ich ein solches Verhalten auch aus anderen Gründen für falsch: zum einen hält man die totale Konfrontation nicht kräftemäßig durch, zum anderen schadet man der Durchsetzung ökologischer Politik (...). Abschließend eine Spekulation: Ich glaube, daß unsere Trennung von den ‚Grünen' nicht falsch war, denn diese Trennung hat trotz aller ‚Wunden' bei vielen Mitgliedern aller Lager ein Mehr an Reife, Abgeklärtheit, Einsicht in die Position des anderen, aber auch Wissen gerade in der Auseinandersetzung gebracht. Euer Boje"* (Boje Maaßen, GLSH-Rundbrief, Nr.?, vor dem 12.9.82).

Noch deutlicher wurde ein ,,Solidaritätsappell" in demselben Rundbrief, unterzeichnet von Plagemann und Boje Maaßen, u.a.: *,,Mit großer Sorge beobachten wir die derzeitige Entwicklung in der GLSH, deren Mitwirken (politische Zielsetzung, programmatische Inhalte) im politischen Kräftespiel in SH uns außerordentlich wichtig ist. (...) Wir appellieren ernsthaft an Eure politische Vernunft, uns nicht zur politischen Wirkungslosigkeit zu verurteilen: Wenn wir uns nicht geschlossen in ‚Die Grünen' einbringen, entfällt unsere verstärkende Wirkung der ökologisch orientierten Mitglieder in den ‚Grünen' (...)"*.

2. Auf Seiten der Grünen gab es nach dem Ergebnis der Konkurrenzkandidaturen in Flensburg und Lübeck bei der Kommunalwahl im Frühjahr eine nicht annähernd so realistische Einschätzung der Situation. Zwar betonte die Resolution des grünen Parteitags im Mai noch die Position eines breiten, alternativen, grünen, sozialistischen Initiativen-Bündnisses — doch in Wirklichkeit reduzierte sich diese Position auf folgendes einfache Schema: Auf der linken Seite ist eh nur Schrott, das können wir vergessen. Wir müssen an die zwar konservativen, aber blühenden, verankerten Umweltschutz-Kreise 'ran, die von der GLSH repräsentiert werden. Großspurig erklärte man sich selbst für politisch und ideologisch bestens gewappnet, um mit einer intensiven politisch-programmatischen Überzeugungsarbeit dort Erfolge erzielen zu können. Darüber hinaus wurde allenthalben betont, daß die Grünen über ein ,,geistiges Gut einer gewachsenen Partei" verfügen über eine ,,hart erarbeitete eigene Identität". So gestählt hoffte man/frau die kommenden Auseinandersetzungen erfolgreich zu bestehen.

Unüberbrückbare Widersprüche

Es ist — auch in dieser Zeitung — schon oft von den tiefgreifenden Differenzen in der grünen Bewegung in SH berichtet worden. Darum sei hier nur die wirtschaftspolitische Auseinandersetzung dargelegt. Diese erhält dadurch eine weiterreichende Bedeutung, daß einerseits dieser Bereich durch die wirtschaftliche Krise zunehmend in den Vordergrund politischer Auseinandersetzungen gerät, andererseits die bundesweite grüne Kontroverse (Bahro-

Fortsetzung nächste Seite

Flügel gegen die linken Grünen) sehr stark in den Fusionsprozeß reinspielt.

Nach einem sicher nervenaufreibendem taktischen Geschacher haben die beiden Verbände nunmehr ein gemeinsames Papier zu den Konfliktbereichen Präambel, Soziales und Wirtschaft ausgehandelt. Dieses erstaunliche Gemisch romantisch-reaktionärer Positionen, garniert mit einigen Brocken sozialen Verständnisses, soll im folgenden vorgestellt werden:

Im Papier zur Sozialpolitik wird die Notwendigkeit von sozialer Vorsorge gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krise betont und eine Unterstützung der bundesweiten „Initiative Soziale Sicherheit" angekündigt. Im Vorspann des Wirtschaftspapiers über die „ökologische und soziale Kreislaufwirtschaft" heißt es: *„Fortschrittliche Kolleg/inn/en haben als Betroffene den Kampf gegen Sozialabbau, für soziale Rechte und die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn-/Personalausgleich aufgenommen. Von einer anderen Ausgangslage als wir, entwickeln sie gegen die Rechtsentwicklung Widerstand wie wir. In kritischer Solidarität suchen wir mit ihnen die Gemeinsamkeit, um gemeinsam nach neuen Wegen und deren Durchsetzung zu suchen. So wie viele dieser Menschen mit uns gegen Atomkraftwerke und Umweltzerstörung und für den Frieden gestritten haben, so unterstützen wir deren Forderungen".*

Im 2. Teil des Papiers geht es um die konkrete Formulierung der wesentlichen Mängel der „ruinösen Wirtschaftsweise" sowie um 9 sogenannte „Veränderungsansätze". Dieses Herz des gesamten Wirtschaftsprogramms entpuppt sich als wahres Schatzkästlein für die konkurrierende Sozialdemokratie: *„Langfristig streben wir eine radikale Umwandlung der Wirtschaftsweise im Sinne von selbstversorgenden ‚self-relianten' Einheiten, die gar nicht auf Marktproduktion ausgehen, sondern auf die Reproduktion eines Lebenszusammenhanges (‚Informeller Sektor', Annäherung von Produzenten und Konsumenten, z.B. garantierte Auftragswirtschaft u.ä.)".* Oder: *„Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen. (...) Zu diesem 2. Veränderungsansatz gehört vor allem auch die Unterstützung selbstverwalteter und alternativ produzierender Einrichtungen und Betriebe (Handwerkskooperativen, Betriebe mit biologischem Landbau, Frauenhäuser u.ä.). Unsere Förderung zielt darauf ab, selbstbestimmte Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen sowie Alternativmodelle zur Lohnarbeit einzurichten".* Und konkret zum Thema Arbeitszeitverkürzung: *„Ob in einer alternativen, ökologisch-orientierten Wirtschaft das Gesamtquantum an notwendigen Arbeiten in einer Volkswirtschaft steigt oder sinkt, kann noch nicht beantwortet werden (...). Das Bedürfnis nach Arbeitszeitverkürzung wird auch in dem Maße verschwinden wie die ermü- tet werden (...). Das Bedürfnis nach Arbeitszeitverkürzung wird auch in dem Maße verschwinden wie die ermüdende und geisttötende Arbeit ersetzt wird durch selbstverantwortliche, auch im menschlichen Sinne produktive — also schöpferische — Arbeit nach einem menschlichen Rhythmus. (...) Kurzfristig kann eine Verkürzung der Arbeitszeit das Arbeitslosenproblem mildern".* Das ist so ziemlich alles, was an konkreter Forderung geboten wird.

Einen deutlichen Schwerpunkt nehmen die Veränderungsansätze im „individuellen Verhalten" (Nr. 6) und im „Konsumverhalten" (Nr. 7) ein: *„Alternative Ziele dürfen nicht nur in strukturellen Bereichen, wie Staat und Gesellschaft, sondern auch in individuellem Verhalten gesehen und gefördert werden. Strukturelle und individuelle Bereiche durchdringen einander und sind prinzipiell gleichgewichtig. (...) Sparsamer und schonender Umgang, Kaufboykotte gegen unsinnige Waren und Verpackungswahnsinn, Bevorzugung von Produkten mit hohem Gebrauchswert, individuelle und genossenschaftliche Herstellung des eigenen Bedarfs, Organisation der eigenen Lebenspraxis — wie bereits in vielen landwirtschaftlichen Kommunen und handwerklichen Kooperativen verwirklicht wurden — sind Beispiele, die unbedingt zu den notwendigen Veränderungsstrategien gehören. (...) Nicht zu unterschätzen ist auch die stimulierende Wirkung, die von der Tatsache ausgeht, daß etwas konkret durch einen selbst verändert worden ist, statt wie bisher im begrifflichen Raum eine Revolution nach der anderen durchzuziehen".*

„Nur ein konsequenter Verzicht auf weitere zerstörerische Ausbeutung der Natur kann hier Einhalt schaffen: Das heißt Abkehr von der Verschwendungsgesellschaft durch Schluß mit dem verschwenderischen Konsumverhalten der Menschen". Der Verzichtsapostel wie er im Buche steht!

Sozial will man aber auch sein: *„In einer Wirtschaft, die nicht mehr wachsen kann und nicht mehr wachsen darf, versuchen die Starken ihren materiellen Wohlstand zu halten und propagieren den Abbau sozialer Leistungen. Soziale Leistungen sind aber nicht der Abfall des Überflusses, sondern erst der Anfang der sozialen Gerechtigkeit. Nicht Abbau, sondern Ausbau sozialer Leistungen ist also die soziale Seite der ökologischen Kreislaufwirtschaft. Abkehr von der Gesellschaft des Gewinnstrebens, Hinwendung zur Gesellschaft des sozialen Ausgleichs durch Schluß mit dem verschwenderischen Konsumverhalten der Wohlhabenden."*

Diese Zweideutigkeit bekommt daher erhebliche Bedeutung, weil es am Beginn dieses Veränderungsansatzes heißt: *„Wir Reichen steigern und genießen unseren materiellen Konsum auf Kosten der Armen in den Billiglohnländern".*

Im Strudel der 5 %-Hürde

Nachdem die Spitzen der beiden grünen Verbände sich auf die Fusionierung Ende Juli '82 geeinigt hatten und selbst die Linken in Euphorie schwelgten („Up ewig ungedeelt!"), war im Grunde der weitere Weg vorgezeichnet: 1. Die programmatische Festlegung war und ist zweitrangig, 2. Ausschließliches Ziel (und damit auch Inhalt) dieser neuen grünen Formation ist das Überspringen der 5 %-Hürde! Damit hatte die Linke von Anfang an keine Wahl mehr.

— Der Parteitag am 5.10. in Neumünster sollte der ausführlichen programmatischen Diskussion dienen, um — ob nun als Positionpapier oder als Grundsatzprogramm — gegenüber der GLSH eine eindeutige inhaltliche Verhandlungsposition beziehen zu können. Darüber hinaus sollte über den Fusionsvertrag abgestimmt werden. Schon hier erlebten die Linken herbe Enttäuschungen: Einmal konnten sie nur knapp die primäre inhaltliche Debatte vor der Vertragsabstimmung durchsetzen, zum anderen unterlagen sie am Ende des Parteitags gegenüber den bedingungslosen Fusionsbefürwortern: Diese wollten — obschon inhaltlich kaum Ergebnisse vorlagen — wissen, was Sache ist und setzten damit erstmalig die Zustimmung zur Fusion durch. Die Linken konnten den Zug, den sie selbst ins Rollen gebracht hatten, nicht mehr bremsen. Lediglich ein letzter Fusionsvorbehalt konnte vereinbart werden: Endgültige Zustimmung erst nach dem gemeinsamen Programmparteitag.

— Dieser gemeinsame Parteitag endete in totalem Chaos: Tränen, Nervenzusammenbrüche, Beschimpfungen. Die GLSH hatte sich in entscheidenden Abstimmungen als sehr stark erwiesen und einen großen Einfluß auf die „gemäßigten Mittelkräfte" in den Grünen ausüben können. Als einige Aussagen (Zins und Bodenrecht, Entropiebeschleunigung) den Linken den Kragen platzen ließen und sie auf ihrem Minderheitenschutz pochten (dieser tritt dann in Kraft, wenn inhaltliche Vorstellungen grundsätzlich in Frage gestellt werden; konkret müßte dann neu verhandelt werden), flippten die Rechten völlig aus und der Parteitag mußte abgebrochen werden.

— Die Linken erklärten anschließend intern und öffentlich die Fusion für gescheitert und forderten eine gänzliche Neuverhandlung des Bündnisses. Sie konstatierten „unvereinbare Widersprüche" und kritisierten die Machtpolitik der GLSH.

— Die GLSH begann in dieser Zwischenphase mit einem ausgeklügelten taktischem Gefeilsche: 1. Sie sicherte nun plötzlich eine Änderung der äußerst umstrittenen Passagen zu. 2. Nur zwei Tage später gestand sie weitere kleinere Änderungen zu und erklärte sich auch bereit, die von den Linken vorgelegte Präambel zu übernehmen. (Bis auf kleinere Änderungen). Allerdings muß mensch dazu wissen, daß gerade diese Präambel zum 3. oder 4. Male auf Wunsch der Rechten verändert worden war!

— Auf dem entscheidenden Parteitag der Grünen am 28.11. erklärte zwar eine knappe Mehrheit (40 zu 36) die Fusion für gescheitert. Doch dieses letzte Aufbäumen war wohl eher symbolisch zu verstehen, denn allzu offenkundig war, daß die GLSH'ler samt ihrem Anhang erheblich aufgeholt hatten. Darüber hinaus beschloß die GLSH einen Tag später ihrerseits: Entweder Fusion oder die GLSH macht eine Alleinkandidatur mit für interessierte Grüne „offenen Listen".

Für die Grünen gab es keinen Spielraum mehr: Neuverhandlungen waren für die GLSH „uninteressant". Darüber hinaus wühlte der Spaltpilz bei den Grünen: Mehrere Kreisverbände erklärten, daß sie für eine Eigenkandidatur nicht bereit wären; Doppelmitglieder von GLSH und Grüne versuchten, mittels einer Urabstimmung das Parteitagsergebnis im Sinne der Fusion zu kippen. Der Druck auf die Linken steigerte sich beträchtlich.

— Auf einem Verhandlungstermin von GLSH, Grünen und Bundesvorstand gab es dann kein Zurück mehr: Der BuVo, der schon vorher seine deutliche Parteinahme für die GLSH bekundet hatte, sorgte für eine gemeinsame Zusatzvereinbarung, die es den linken Grünen erlauben sollte, ohne das Gesicht zu verlieren, doch noch der Fusion zuzustimmen. In Wahrheit beinhaltet diese Vereinbarung fast ausschließlich Dinge, die der Fusionsvertrag eh erlaubt. Lediglich die vage Zusicherung, daß der GLSH-Landesvorstand „sich dafür einsetzen will", daß die GLSH im Konfliktfall auf ihre Zusatzmandate bei Landeskongressen verzichtet, beinhaltet ein neues Vertragselement. Sie fühlen sich halt auch so stark genug.

— So wurde am 5.12. die Fusion besiegelt. Zwar warnten einige linke Repräsentanten vor „Feiertagsstimmung", nichtsdestotrotz feierten auch sie diese Vereinbarung als gute „Grundlage, mit der man leben könne".

Fazit

1. Die linken Grünen hatten schon verloren, als sie den Wesensgehalt ihrer eigenen Resolution vom Mai '82 in den Wind schrieben: Damit waren sie dem taktiererischen Machtpoker der GLSH (nicht zum ersten Mal!) ausgeliefert. Unter dem Druck der immensen parlamentarischen Hoffnungen konnte diese kleine Truppe durchsetzen, was sie wollte.
2. In grenzenloser Selbstüberschätzung wurde gegen andere mögliche Wahlinteressierte Kreise aus den Reihen der GAL-Schleswig, der AL Kiel, aus Initiativen sowie den Demokratischen Sozialist/inn/en gepoltert.
3. Wie linke Grüne, die sich auf dem letzten Parteitag in wichtige Funktionen haben wählen lassen (Kandidatenliste und Vorstand), mit diesen programmatischen Aussagen ernsthaft Politik machen wollen, ist sicher nicht nur uns ein Rätsel.
4. Wenn auch Grüne bekennen, daß die Entwicklung linker Basisarbeit in Sachen Frieden, Sozialabbau, Anti-AKW-Widerstand und Frauen gerade in SH bergab geht, dann könnte daraus vielleicht ein kleiner Ansatzpunkt entstehen, an dem sich eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen „drinnen" (bei den Grünen) und „draußen" (außerhalb der Grünen) entwickeln könnte.

Ein Letztes: Im Hinblick auf den berühmten Sprung über die 5 %-Hürde stehen die Grünen auch nach der Fusion vor erheblichen Schwierigkeiten. Entscheidendes hängt da wohl vom Ergebnis der Bundestagswahl (so sie kommt!) ab, die ja am 6. März, also eine Woche vor der Landtagswahl stattfinden soll. Denn aus eigener Kraft — bei d e m Programm, bei der harten Konkurrenz der „linken" SPD — dürften sie es schwer haben — schafften sie doch beide gemeinsam bei der Kommunalwahl im Schnitt nur 6,05 % der Wählerstimmen.

hn, Flensburg

Hagener Parteitag der Grünen:

Alle Kontroversen zugekleistert

Dabei können die Linken nur verlieren

Wie im letzten AK kurz berichtet, hat es auf dem Parteitag der Grünen in Hagen eine heftige, aber anscheinend nur kurze Konfrontation gegeben: Beschlossen werden sollte eigentlich ein **„Programm gegen die Arbeitslosigkeit"**. Dazu hatte die Wirtschafts-AG der Grünen einen umfangreichen Entwurf vorgelegt, der sich in erster Linie an den traditionellen Interessen und Kampfformen der Arbeiterklasse orientierte. In einer Partei, in der Sprüche vom Zuschnitt „Die Arbeiterbewegung ist tot!" als Zeichen ökologischen Bewußtseins gelten, war Widerspruch gegen den Entwurf vorprogrammiert. Am schärfsten formulierte diesen Widerspruch Rudolf Bahro: Er sieht in einer Verdoppelung der derzeitigen Arbeitslosenzahl (auf 5 Millionen!) die historische Chance zum **„Ausstieg aus dem Industriesystem"**. Der Bremer Landesverband der Grünen, dem Bahro angehört, solidarisierte sich mit den Visionen Bahros, zog es dann aber doch vor, dem Parteitag einen gemäßigteren Gegen-Entwurf vorzulegen, der die ärgsten Tollheiten Bahros zumindest nicht mehr explizit enthält.

Der Parteitag beschloß angesichts dieser Kontroverse Vertagung. Eine außerordentliche Bundesversammlung am 15./16. Januar soll eine Kompromiß-Fassung verabschieden. Zur Vorbereitung des Textes wurde in Hagen eine Kommission gebildet, bestehend aus je zwei Vertretern pro Landesverband und zusätzlich je einem für die in Hagen vorgelegten „Globalalternativen". Inzwischen hat diese Kommission in erstaunlich kurzer Zeit schon einen gemeinsamen Kompromiß-Entwurf abgeliefert.

Legt man die beiden ursprünglichen Alternativ-Entwürfe, das Papier der Wirtschafts-AG und den Gegen-Antrag des LV Bremen, nebeneinander, so schien eigentlich jeder Versuch in Richtung Konsens aussichtslos. Ein Programm g e g e n die Arbeitslosigkeit gemeinsam mit Leuten auszuarbeiten, die sich zumindest formulierungsmäßig Türen in Richtung „Arbeitslosigkeit als Chance" und „Ausstieg aus dem Industriesystem" offenhalten wollen — das ist schon ein ziemlich starkes Stück. Genauso gut könnte man versuchen, gemeinsam mit der Schlachter-Innung ein vegetarisches Kochbuch zu schreiben. Aber was soll's: Die Grünen haben schon in der Vergangenheit brillante Fähigkeiten bewiesen, wann immer es darum ging, Widersprüche zuzukleistern, Unvereinbares zusammenzufassen und oberfaule Kompromisse auszutüfteln. So z.B. das auf dem Parteitag 1981 beschlossene „Friedensmanifest", mit dem den Grünen eine höchst erstaunliche Mixtur aus Anti-Nato-Positionen und vaterländischen Spinnereien aus der Werkstatt der „KPD" („Hauptfeind Sozialimperialismus") gelang. Daß mit diesem Text, der eigentlich als großer Hit für die grüne Öffentlichkeits-Arbeit gedacht gewesen, am Ende kaum P o l i t i k gemacht wurde, muß so gesehen noch als Glücksfall gelten. Es ist zu erwarten, daß der Kompromißtext des „Programms gegen die Arbeitslosigkeit" einen ähnlichen Weg in die Papierkörbe gehen wird: Man hat dann einen wunderschönen Text, mit dem eigentlich niemand so recht zufrieden ist und dessen S i n n am Ende kaum noch sichtbar ist. Die Minderheit der Grünen, die sich am Kampf gegen die Arbeitslosigkeit beteiligen will, darf das selbstverständlich tun. Die Mehrheit darf das Thema weiterhin ignorieren. Und die ganz wilden Fundamentalökologen vom Schlage Bahros dürfen unfreiwilligen Wahlkampf für die SPD machen.

Daß es auf einen solchen Kompromiß wohl hinauslaufen wird, hat sich schon auf dem Hagener Parteitag angedeutet. Eckhard Stratmann (NRW) brachte dort im Namen der Wirtschafts-AG einen Vorschlag zum weiteren Verfahren ein, der mehrheitlich beschlossen wurde: dem (überarbeiteten) Maßnahmenkatalog aus dem Entwurf der Wirtschafts-AG wird eine neu formulierte Präambel vorangestellt, in die Elemente des Bremer Antrags eingearbeitet werden: eine Absage an die herkömmliche sozialdemokratische Beschäftigungspolitik, an die verschiedenen Formen der Arbeitsteilung und an die „Weltmarktorientierung", stärkere Betonung der alternativen Produktion und der „Eigenarbeit".

Dieselbe Richtung enthält auch die in Hagen noch kurz vor Schluß mit überwältigender Mehrheit verabschiedete Grundsatzerklärung (siehe nebenstehenden Text). Interessant ist auch das Zustandekommen dieser Erklärung, weil exemplarisch für viele grüne Beschlußfassungen: Als am Abend des zweiten Tages endgültig klar war, daß das Programm nicht verabschiedet werden konnte, wurde der Wunsch laut, doch wenigstens eine kürzere Erklärung zu beschließen — „damit wir etwas in der Hand haben". Die baden-württembergischen Grünen versuchten die Gunst der Stunde zu nutzen und ihr vom „kleinen Wirtschaftsparteitag" in Ulm verabschiedetes Papier beschließen zu lassen. Das wurde mit Hinweis darauf, daß dieses Papier bisher überhaupt nicht diskutiert sei, abgelehnt. Erneut meldete sich Eckhard Stratmann mit einem Kompromißvorschlag, der mit großer Mehrheit angenommen wurde: eine Kommission erarbeitet bis zum nächsten Tag eine Presseerklärung, die das Unstrittige, sowie die grundlegenden Differenzen der beiden Positionen festhält. Am Sonntag, dem dritten Tag, gegen 13 Uhr (geplantes Ende des Parteitags 15 Uhr), die Vorstandswahlen sind in vollem Gange, stellt dann Ralf Fücks (LV Bremen) die von der Kommission ausgearbeitete Erklärung vor: man habe statt einer dürren Presseerklärung doch lieber eine etwas inhaltlichere konsensfähige Resolution formuliert. Der Text wird verlesen (wegen vorübergehender technischer Panne an der Druckmaschine liegt er nicht schriftlich vor) und ohne jede Diskussion bei ein paar Gegenstimmen und Enthaltungen sofort verabschiedet. Lauter Jubel der Delegierten: nun haben wir doch noch etwas geschafft!Bahro ist von der Erklärung sehr angetan: damit würden die Grünen einiger denn je aus diesem Kongreß hervorgehen. Die Linken, vom Ablauf der Beschlußfassung überrumpelt, scheinen im Nachhinein auch zufrieden. So schreibt z.B. der Landesgeschäftsführer der Hamburger Grünen in seinem Parteitagsbericht für den GAL-Mitgliederrundbrief, daß die Erklärung **„den bestehenden Konsens festschreibt, zum anderen die zukünftige Richtung grüner Wirtschaftspolitik angibt"**.

Eine richtungsweisende Erklärung?

Die Hagener Erklärung enthält Teile, die die Handschrift der Wirtschafts-AG klar erkennen lassen: die Kennzeichnung der Krise als „tiefgreifende Strukturkrise des kapitalistischen Industriesystems", die Ablehnung des Sozialabbaus, die Infragestellung der Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann, die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich (mit dem überflüßsigen, aber in der Sache wohl unwesentlichen Zusatz „für untere und mittlere Einkommen").

Bestimmte Eigentümlichkeiten ohne die eine Erklärung der Grünen Partei nicht denkbar ist, sind zwar ärgerlich, aber nicht überraschend: daß unbedingt noch schnell die *„gleichermaßen untauglichen Gesellschaftssysteme des Westens und Ostens"* ins Spiel gebracht werden müssen, oder der *„Raubbau an den nicht regenerierba-*

Grüne/Alternative

ren Rohstoffen" (wobei der Satz „*Unser Industriesystem frißt seine Grundlagen auf, je mehr es sich ausdehnt"* so gar nicht zu kritisieren ist, wohl aber die Vorstellung vom nicht mehr fernen Zusammenbruch des Systems mangels Ressourcen — während die imperialistischen Länder gerade dabei sind, die unermeßlichen Rohstoffreichtümer in den Weltmeeren unter sich aufzuteilen, notfalls auch mit militärischer Gewalt).

Die Fragen, die gegenwärtig die Debatte bei den Grünen bestimmen, sind aber andere: Haben wir zuviel Produktion? Welche Betriebe sollen stillgelegt werden? Welchen Stellenwert haben Alternativprojekte, welchen die „Eigenarbeit"? Soll der Kampf gegen den Abbau staatlicher Sozialleistungen oder die Installierung „selbstverwalteter kommunaler Dienste" Priorität haben?

Zuviel Produktion?

„*Es gibt in der Bundesrepublik nicht zuwenig industrielle Produktion, sondern zuviel: zuviel Rohstoff- und Energieverbrauch, zuviel Schadstoffproduktion, zuviel rohstoffressende und abgasspuckende Autos, zuviel Plastik und Beton, ganz zu schweigen von der Rüstungs- und Atomwirtschaft"*. (Hagener Erklärung). Als vor zwei Jahren die von Massenarbeitslosigkeit bedrohten Stahlarbeiter von Hoesch in Dortmund die Forderung „Stahlwerk jetzt!" aufstellten, widersprachen die Grünen in mehreren Flugblättern, die auch vor Hoesch verteilt wurden. Im angeblichen Interesse einer „langfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen" wurden den Kollegen alle möglichen grünen Konzepte präsentiert, z.B. dieses: „*Statt zum Stahlkochen können die vielfältigen Produktionserfahrungen der Kollegen auch anders genützt werden: Selbstverwaltete Genossenschaftsbetriebe können z.B. die optimale Abwärmenutzung bei Stahlwerken erforschen und dezentralisierte Fernwärmenetze bauen oder eine qualitative Müllverwertung mit dem Ziel der optimalen Energie- und Rohstoffschonung betreiben"* (aus einem Flugblatt der „AG Alternative Ruhrgebietspolitik der Grünen" und der ESG Dortmund; federführend für die Grünen: Eckhard Stratman, in Hagen Sprecher der Wirtschafts-AG).

Die Formulierung, es gäbe in der BRD nicht zuwenig Industrieproduktion, sondern zuviel, ist beispielhaft für die Methode grüner Kompromißbildung. Bahro kann diese Formulierung ohne weiteres in s e i n e m Sinne interpretieren. Im Sinne der linken Grünen wäre es stattdessen gewesen, eine präzise und differenzierte Aussage zu machen, nämlich: **Es gibt sowohl zuviel wie auch zuwenig Industrieproduktion, je nachdem, von welchen Interessen und von welchen Branchen und Produkten ausgegangen wird.** Bestimmt werden die linken Grünen nun aber behaupten, daß die beschlossene Formulierung durchaus auch in i h r e m Sinne — und eigentlich n u r in ihrem Sinne —
ten, daß die beschlossene Formulierung durchaus auch in i h r e m Sinne — und eigentlich n u r in ihrem Sinne —
zu interpretieren sei.

„Großzügige Förderung aller selbstverwalteten Alternativprojekte"

Mit dieser Forderung geht es nicht mehr nur darum, ausgesuchte Projekte mit deutlich politischem Bezug zu unterstützen, wie die Grünen das bisher mit ihren Ökofonds praktiziert haben. Die „*großzügige (staatliche) Förderung a l l e r selbstverwalteten Alternativprojekte"* schließt auch die Unmenge Klein- und Kleinstbetriebe ein, die sich vom herkömmlichen Handwerksbetrieb z.B. nur dadurch unterscheiden, daß jede/r gleich viel (bzw. wenig) verdient und Entscheidungen nicht vom Chef, sondern von allen (fünf oder zehn) getroffen werden. Wie mittels Kleinproduktion, die den Kapitalismus hervorgebracht hat und „täglich, stündlich neu hervorbringt" (Lenin), das „Wachstumssystem" zu Fall gebracht werden soll, wird ewiges Geheimnis bleiben.

„Eigenarbeit in persönlichen Lebenszusammenhängen"

„Eigenarbeit" — dieses neue grüne Zauberwort wird im Entwurf des Bremer Landesverbandes so umschrieben: „*So entdecken zur Zeit immer mehr Menschen, daß es mehr Freude macht, Nahrung, Kleidung, Möbel und Musik selbst zu machen, statt Industrieware zu kaufen"*. Wer seine freie Zeit — als Arbeitslose/r oder Hausfrau den ganzen Tag — mit „Eigenarbeit" zubringt, würde also nicht nur zum „Auszug aus dem Industriesystem" (Bahro) beitragen, sondern sich auch noch „selbstverwirklichen". So jedenfalls will es das neue grüne Dogma. Die am meisten von „Eigenarbeit" Belasteten, die von Bahro umworbenen Frauen *(„Der Auszug aus dem Industriesystem ist ohne das Wagnis der Frauen undenkbar")*, werden das vielleicht anders sehen.

Gegen den Sozialabbau

Dieser Abschnitt in der Erklärung bietet wieder für jeden etwas: für die Linken die Ablehnung des staatlichen Sozialabbaus; für die Vertreter der ‚Ökologischen Fundamentalposition' den „*Aufbau von selbstverwalteten, kommunalen sozialen Diensten"*. Wie das Verhältnis dieser beiden (kurz-, bzw. langfristigen) Elemente grüner Sozialpolitik zu verstehen ist, könnte ein „taz"-Artikel von Ernst Hoplitschek (bis zum Hagener Parteitag im Bundesvorstand der Grünen) erhellen: „*Klar, daß als Übergangslösung den sozial Schwachen geholfen werden muß, eine langfristige Strategie muß aber mit dieser Art spezifischer Sozial-Staats-Politik Schluß machen, und die Strukturen infragestellen, die staatliche Sozialhilfe stellen, die bedeutend radikaler ist als die äußerlich bleibende Fremdhilfe"*.

Ähnliche Töne hatte auch Olaf Dinné in seiner historischen Bremer Haushaltsrede angeschlagen. Unterm Strich blieb die Ablehnung der „äußerlich bleibenden Fremdhilfe" (Hoplitschek) und ein Sparprogramm u.a. auf dem Sektor Gesundheitspolitik. —

Wenn es nun in der Hagener Erklärung heißt: „*Unsere Perspektive ist nicht der Bau von immer mehr Krankenhäusern, Suchtkliniken und Sanatorien, sondern die Beseitigung der krankmachenden Arbeits— und Lebensverhältnisse der wachstumsorientierten Industriegesellschaft"*, dann ist das selbstverständlich positiv interpretierbar. Das Problem ist lediglich, daß dieser Satz eine falsche Alternative konstruiert: Es ist überhaupt nicht so, daß wir die W a h l hätten, ob wir lieber bessere Lebens— und Arbeitsverhältnisse möchten oder mehr Krankenhäuser. Sondern die wirklichen Verhältnisse s i n d erst einmal auf absehbare Zeit ruinös, und die Frage ist, wie man damit umgehen will. Wenn jemand beispielsweise formuliert, seine Perspektive sei nicht der Bau von Frauenhäusern, sondern die radikale Änderung der Verhältnisse zwischen Frau und Mann, so läßt sich daraus auch ein sehr schönes Alibi bauen, um den Kampf für selbstverwaltete Frauenhäuser zu blockieren. Es ist die alte Geschichte vom Ausspielen der ganz großen Veränderungen n a c h der Revolution gegen den Kampf um kleine Verbesserungen und Erleichterungen hier und heute. (Ähnlich pseudo-radikal argumentieren z.B. die-
jenigen, die sagen, es gehe nicht um die rungen hier und heute. (Ähnlich pseudo-radikal argumentieren z.B. die-
jenigen, die sagen, es gehe nicht um die Legalisierung von Abtreibungen, sondern darum, Abtreibungen überflüssig zu machen).

„Keine Patentrezepte"

Man muß sich daran erinnern, daß das Papier eigentlich den vielversprechenden Titel **„Programm gegen die Arbeitslosigkeit"** tragen soll(te?), wenn man jetzt im Kompromiß-Entwurf der in Hagen eingesetzten Kommission liest: „*.... Wir Grünen betonen, daß wir gegen die Arbeitslosigkeit keine idealen Patentrezepte besitzen. Deswegen ist es notwendig, Alternativ-Projekte zu entwickeln und zu unterstützen, in denen sozial und ökologisch sinnvolle Produkte erstellt werden und selbstbestimmte Organisationsformen der Arbeit erprobt werden"*. Außer dem Eingeständnis, selbst keine „Patentrezepte" zu haben, und dem Verweis auf Alternativ-Projekte hat der Kompromiß-Entwurf im Wesentlichen nur noch Kritik an „*den etablierten Konzepten gegen Arbeitslosigkeit"* anzubieten. Dabei hat man der Einfachheit halber gleich CDU/CSU,FDP,SPD, Kapitalistenverbände und Gewerkschaften in ein und denselben Sack gestopft. Die wollen nämlich alle Wachstum, pfui Teufel!

Der Verweis auf die Alternativ-Projekte scheint zu einem der Hits der Grünen Partei werden zu sollen. Dabei löst dieser Verweis kein einziges Problem. Denn der ganze alternative Sektor unterliegt d e n s e l b e n Gesetzen und Rahmenbedingungen (Markt, Angebot und Nachfrage, Kaufkraft etc.pp.) wie die übrige Wirtschaft. Die schwere Krise der Klein-Verlage, die Turbulenzen im Bereich der alternativen Kneipen sind Beispiele dafür. **Man kann nicht zwei Millionen Arbeitslosen die Gründung von Alternativ-Projekten empfehlen, ohne die Frage aufzuwerfen, wer eigentlich bei rasch schrumpfender Massenkaufkraft deren Produkte k a u f e n soll.** Allgemein gesprochen verschlechtern und verschärfen sich durch die Wirtschaftskrise auch die Existenzbedingungen für alternative (und andere) Kleinbetriebe, statt sich zu verbessern. Und je mehr Menschen versuchen, noch in diesem Sektor unterzukommen, umso schärfer werden die Wettbewerbsbedingungen werden. Im Übrigen verschärft auch die vielgepriesene „Eigenarbeit" die Situation noch. Beispielsweise wirkt die Tatsache, daß Leute lieber selber kochen, statt mal essen zu gehen (sei es nun aus finanziellen Gründen oder aus Freude am kreativen Kochen), auf jene Kleinunternehmer zurück, die davon leben, daß Leute bei ihnen essen und trinken.

Die Frage nach Richtung und Inhalt der Produktion aufzuwerfen, ist sinnvoll und notwendig. Dies allerdings ausgerechnet in einer Situation rasch wachsender Massenarbeitslosigkeit tun zu wollen, verrät, sehr höflich formuliert, ein Übermaß an Unvernunft und Weltfremdheit. In einer Situation, wo die Arbeiter sogar dazu gebracht werden können, ihrem Kapitalisten finanzielle Geschenke zu machen (siehe ARBED), nur um ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren, stellt sich die Frage nach den Inhalten der Produktion nicht gerade als Problem der Praxis dar. Das wäre noch nicht einmal schlimm, wenn es den fundamentalökologischen Grünen nicht darum gehen würde, ihre Alternativ-Konzeptionen a u s z u s p i e l e n gegen die heute notwendige Unterstützung der Arbeiterklasse in ihren konkreten Kämpfen.

Einheit gerettet

Die Hagener Erklärung ist inzwischen tatsächlich zu einem „richtungsweisenden" Dokument geworden. Die Presse hat sie zur Grundsatzerklärung aufgewertet; die mit der Ausarbeitung einer konsensfähigen Vorlage für den Parteitag im Januar befaßte Kommission hat wesentliche Teile der Erklärung wörtlich in ihren Präambelentwurf übernommen. Das der Parteitag entsprechend beschließen wird, darf als gesichert gelten. Gerade angesichts bevorstehender Bundestagswahlen werden alle Strömungen der Grünen daran interessiert sein, den offenen Bruch zu vermeiden und die von August Haußleiter in seinem „Rückblick auf einen Parteikongreß der Grünen" („Die Grünen" Nr. 48 vom 27.11.82) geforderte Diskussion zwischen den grünen „*Sozialisten, die sich noch an die Begriffssprache des neunzehnten Jahrhunderts klammern"*, und den „*Ökologen, die noch nicht begriffen haben, daß die Überwindung der ‚Wachstums-*
hunderts klammern", und den „*Ökologen, die noch nicht begriffen haben, daß die Überwindung der ‚Wachstums-*
gesellschaft' ohne Überwindung des Kapitalismus und seiner Profitzwänge nicht möglich ist", nicht in Kampfabstimmungen münden zu lasen.

Wie mit solchen „Kompromissen" wie der Hagener Erklärung von den Grünen öffentlich gearbeitet wird, zeigt beispielhaft die Bonner Pressekonferenz des Bundesvorstands vier Tage nach dem Hagener Parteitag (nach einem Bericht der „FR" vom 19.11.). Während Rainer Trampert (Wirtschafts-AG) sonderen Wert auf d i e Passagen der Erklärung legte, in denen der Arbeitslosigkeit der Kampf angesagt wird, „*versuchte Bahro seine These zu verteidigen, daß ‚Arbeitslosigkeit als Chance' begriffen werden solle, um alternative Wirtschaftsformen neben dem Industriesystem aufzubauen"* (FR). Ähnlich äußerte sich auch der neben Trampert in Hagen neugewählte Vorstandssprecher Wilhelm Knabe.

Die Linken bei den Grünen können bei solcher Art Arbeitsteilung nur verlieren. Gerade den schlimmsten Vertretern arbeiterfeindlicher Positionen ist volle Publizität sicher. Dafür sorgt schon die SPD, insbesondere in Wahlkampfzeiten. Einen Vorgeschmack auf kommende antigrüne Demagogien bietet ein Kommentar der FR, der den Hagener Parteitag als „grünes Sonthofen" karikiert: „*...nach dem berüchtigten Rezept von Strauß ‚alles noch tiefer sinken zu lassen', damit an einem fernen ‚Tag X' dann endlich das einfache Leben in überschaubaren kleinen Einheiten beginnen kann"* (FR, 15.11.).

Vermutlich hatte August Haußleiter solche Kommentare vor Augen, als er in seinem schon zitierten „Rückblick" klagte: „*Das Presse-Echo von Hagen war zuweilen kritisch-sachlich, in den meisten Fällen aber, weil man uns mit den Maßstäben der Etablierten maß und weil man von den Normen der alten Industriewelt ausging, ahnungslos und böse"*. Man fühlt sich offenbar mal wieder total mißverstanden, ohne zu begreifen, daß es auch in der Macht der Grünen s e l b s t liegt, wieweit sie der herrschenden Demagogie offene Flanken bieten wollen.

Die linken Grünen werden sich noch überlegen müssen, ob es wirklich so klug ist, allen entscheidenden Konflikten auszuweichen und immer wieder, kaum daß irgenwo die vorhandenen Widersprüche in der Partei ein bißchen deutlich werden, sich am Zukleistern zu beteiligen. Den Widerspruch zwischen den an den realen Bewegungen der Arbeiterklasse orientierten Grünen einerseits und den nützlichen Idioten der SPD wie Bahro andererseits wird man schon irgendwann konsequent ausfechten müssen. Oder die Grüne Partei wird — angesichts der z e n t r a l e n Bedeutung, die die Arbeiterkämpfe in den nächsten Monaten gewinnen werden — ins Abseits geraten und sich ganz plötzlich weit neben dem Gang der Ereignisse wiederfinden.

Im Wortlaut:

FR

Zuwenig befriedigende Arbeit

In einer Erklärung zur Wirtschaftspolitik haben sich die Grünen auf ihrem Bundeskongreß in Hagen geäußert. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Die Bundesversammlung geht davon aus,

daß es sich bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nicht um eine kurzfristige, bloß konjunkturelle Krise handelt, sondern um eine tiefgreifende Strukturkrise des kapitalistischen Industriesystems; eine Krise, die gleichzeitig das Problem der Märkte, der Produktionskapazitäten, der Rentabilität des Kreditsystems, der Rohstoff- und Energiequellen erfaßt und die sich auch als Krise der Staatsfinanzen niederschlägt.

daß diese wirtschaftliche Krise im engeren Sinn einhergeht mit einer immer verheerenden ökologischen Krise: mit der weltweiten Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Vergiftung des Bodens, des Wassers und der Luft und mit dem Raubbau an den nicht regenerierbaren Rohstoffen. Unser Industriesystem frißt seine Grundlagen auf, je mehr es sich ausdehnt.

daß die jetzige Massenarbeitslosigkeit nicht nur konjunkturelle, sondern strukturelle Gründe hat: die Investitionen von gestern haben für die Arbeitslosigkeit von heute gesorgt, und die Investitionen von heute werden morgen die Arbeitslosenzahlen in die Höhe treiben, da der Großteil dieser Investitionen dem Ersatz menschlicher Arbeit durch Maschinen dient.

Zugleich werden infolge der Rationalisierung die Arbeitsbedingungen der noch Beschäftigten verschlimmert: die Arbeitshetze nimmt ebenso zu wie die Monotonie, die Entwertung der Qualifikation der Arbeitenden und die gesundheitliche Belastung am Arbeitsplatz.

Arbeitslosigkeit als aufgezwungene Lebenssituation mit ihren finanziellen und psychischen Nöten ist für die Grünen nicht hinzunehmen.

Aber die von allen etablierten Par-
len und psychischen Nöten ist für die Grünen nicht hinzunehmen.

Aber die von allen etablierten Par-
teien verkündete Politik, die Massenarbeitslosigkeit durch Ankurbelung des Wirtschaftswachstums zu kurieren, ist illusionär, irreführend und in ihrer Wirkung auf die Lebensbedingungen der Gesellschaft verheerend.

Es gibt in der Bundesrepublik nicht zuwenig industrielle Produktion, sondern zuviel: zuviel Rohstoff- und Energieverbrauch, zuviel Schadstoffproduktion, zuviel rohstofffressende und abgasspuckende Autos, zuviel Plastik und Beton, ganz zu schweigen von der Rüstungs- und Atomwirtschaft.

Dagegen gibt es zuwenig selbstbestimmte, befriedigende Arbeit; es gibt zahlreiche gesellschaftliche Mangelbereiche, in denen zuwenig Arbeit verausgabt wird — zum Beispiel alternative, umweltfreundliche Energiesysteme, öffentlicher Nahverkehr, menschenwürdige Wohnverhältnisse, Aufbereitung und Wiederverwendung von Abfällen oder giftfreie, gesunde Lebensmittel. Und es gibt zuwenig freie Zeit für die arbeitende Bevölkerung.

Die Forderung nach Arbeitsplätzen um jeden Preis ist nicht Sache der Grünen. Wir fragen danach, was, wie, wo produziert wird und wer über die Produktion bestimmt.

Wir unterscheiden zwischen gesellschaftlich-ökologisch sinnvoller und zerstörerischer Arbeit. Wir fordern den Abbau lebensfeindlicher Wirtschaftszweige, zuallererst der Atom- und Rüstungsindustrie, und den Ausbau von gesellschaftlich nützlichen, zukunftsorientierten Arbeitsfeldern.

Wir unterstützen alle Bestrebungen, die in Richtung Selbstbestimmung der Beschäftigten in den Fabriken, Büros und Kaufhäusern zielen, und wir treten für die großzügige Förderung aller selbstverwalteten Alternativprojekte außerhalb dieses Sektors ein.

Wir kritisieren die ausbeuterische Arbeitsteilung zwischen den Industriestaaten und den Staaten der Dritten Welt — dort Ausplünderung der Rohstoffe, hier Rohstoffverschwendung und Verschleißproduktion. Statt neue Exportoffensiven zu starten und damit einen Teil unserer Arbeitslosigkeit in andere Länder zu exportieren, wollen wir bedarfsorientierte Arbeit in möglichst dezentralen Wirtschafts- und Lebensräumen.

Wir wenden uns gegen eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die den Frauen hauptsächlich Arbeit in Haushalt und Familie sowie die schlechtbezahlten und unqualifizierten Tätigkeiten im Erwerbsbereich zuweist.

Wir fordern die gleichmäßige Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle Gesellschaftsmitglieder. Eine Voraussetzung dafür sind drastische Arbeitszeitverkürzungen im Erwerbsbereich. Als ersten Schritt fordern wir die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen.

Die Senkung der Erwerbsarbeitszeit wird zugleich bessere Bedingungen schaffen für die Eigenarbeit in persönlichen Lebenszusammenhängen und für eine andere Aufteilung der notwendigen Erziehungs- und Hausarbeit zwischen Frau und Mann.

Und wir wenden uns entschieden gegen den Abbau von Sozialleistungen und öffentlichen Dienstleistun-

Und wir wenden uns entschieden gegen den Abbau von Sozialleistungen und öffentlichen Dienstleistungen gerade in einer Situation, in der immer mehr Menschen auf sie angewiesen sind. Gleichzeitig wollen wir weg von den zentralisierten, bürokratischen Sozialverwaltungen, hin zum Aufbau von selbstverwalteten, kommunalen sozialen Diensten. Unsere Perspektive ist auch nicht der Bau von immer mehr Krankenhäusern, Suchtkliniken und Sanatorien, sondern die Beseitigung der krankmachenden Arbeits- und Lebensverhältnisse der wachstumsorientierten Industriegesellschaft.

Zur Verwirklichung dieser Ziele einer humanen und ökologischen Lebens- und Produktionsweise haben sich die Gesellschaftssysteme des Westens und Ostens als gleichermaßen untauglich erwiesen.

Um uns und allen Interessierten noch Zeit zur Diskussion und Klärung strittiger Fragen zu lassen, werden wir das Thema Wirtschaftspolitik erneut auf einem außerordentlichen Bundeskongreß im Januar 1983 behandeln. Auf diesem Kongreß werden wir auf der Grundlage unserer ökologischen und sozialen Orientierung ein Programm gegen Arbeitslosigkeit beschließen, das Vorschläge und Forderungen zu folgenden Punkten enthält: ökologische und soziale Investitionen, betriebliche Produktionsumstellungen, Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Frauen in der Arbeit, Arbeitszeitverkürzung, soziale Sicherheit, Finanzierung des Programms.

Sinnvoll arbeiten — solidarisch leben.

aus: FR, 18.11.82



Bundesweiter Aktionstag gegen Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr

Am 27.11. fanden in mehreren Städten Protestaktionen von Frauen gegen die Pläne einer Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr statt.

Als 1979 zum ersten Mal Vorhaben, Frauen mit oder ohne Waffe in die Bundeswehr einzubeziehen, von dem Bundeswehrbeauftragten Berkhan, von Willy Brandt und von dem damaligen Verteidigungsminister Hans Apel öffentlich gemacht wurden, protestierten dagegen viele Frauen und Teile der Friedensbewegung: Unterschriften wurden gesammelt (60.000 in wenigen Monaten), große Demonstrationen fanden statt (in München, Frankfurt und Hamburg), auf Veranstaltungen wurde protestiert, der Bundeskongreß des DGB nahm eindeutig dagegen stellung, ebenso wie die Frauen in der SPD, die ASF. Alice Schwarzer, die sich damals dafür aussprach, die Bundeswehr als politischen Machtbereich Frauen grundsätzlich zugänglich zu machen, selbst aber den Kriegsdienst verweigern wollte, stieß mit ihrer Forderung auch bei Radikalfeministinnen auf wenig Gegenliebe. Lediglich CDU-Frauen sprachen sich für einen 'freiwilligen' Dienst für Frauen aus, wenn „Not am Mann" sei.

Nach dieser Welle der Ablehnung nahm zunächst die massive öffentliche Propagierung ab, wenn auch das Thema nie ganz aus den Medien verschwand und die Planung hinter verschlossenen Türen weiterlief. Im Juni dieses Jahres begann mit der Veröffentlichung des Berichts der vom Verteidigungsministerium eingesetzten „Langzeitkommission" eine neue Offensive. Zur Behebung des Mangels an Wehrdienstpflichtigen in den 90er Jahren wird in dieser Studie vorgeschlagen, die Dienstzeit der Wehrdienstpflichtigen zu verlängern, die Gründe, sich von der Bundeswehr befreien zu lassen, zu verschärfen und Frauen 'freiwillig' und ohne Waffen in die Bundeswehr einzubeziehen. Keine der im Bundestag vertretenen Parteien hatte dazu Widersprüche, Kritik an der Studie wurde nur wegen ihrer Unkorrektheit (Möllemann, FDP, und von der CDU) geäußert.

Der damalige Verteidigungsminister Apel brachte in der Folge das Thema Frauen zur Bundeswehr im Fernsehen, Rundfunk und Zeitschriften („Hör Zu") wieder ins Gespräch. Diesmal warb er um die Frauen mit dem Hinweis auf die „sicheren Arbeitsplätze", kam auch nochmal mit dem Argument, Frauen könnten sich in der Armee emanzipieren und schließlich sprach er vom Gleichziehen mit den übrigen NATO-Ländern, in denen - außer Spanien - Frauen Bestandteil der Armeen sind. Zwar sollten die Frauen *„freiwillig, ohne Waffen in nicht kämpfenden Verbänden"* eingesetzt werden, gleichzeitig wurde ihnen aber volle Gleichberechtigung versprochen, sogar der Aufstieg bis zum General sei möglich. Zunächst ist die Ausbildung von „Kadern" geplant, die dann Ende der 80er Jahre 25.000 Frauen ausbilden sollen. Deshalb sollte (zumindest ursprünglich) das Gesetz nach einer öffentlichen Anhörung („Spiegel" 32/82) noch in diesem Jahr über die Bühne gehen.

Aus Protest dagegen planten Frauen aus verschiedenen antimilitaristischen Frauengruppen und Frauen aus der Initiative „Frauen zum Bund — wir sagen Nein" Ende August in Hamburg, zum 27.11. bundesweit einen Aktionstag zu diesem Thema durchzuführen. Ein entsprechender Aufruf wurde auf der Konferenz der Friedensinitiativen am 9./10. Oktober in Köln gemeinsam von den Frauengruppen „Frauen gegen Krieg und Militarismus", „Frauen zum Bund — wir sagen Nein" und den „Friedensfrauen" verabschiedet, in dem auch die gesamte Friedensbewegung aufgerufen wurde, sich an den Aktionen zu beteiligen. Bis heute — der Aktionstag ist schon vorbei — ist der Aufruf von den Initiatoren des Kongresses noch nicht verschickt worden. Obwohl die Mobilmachung der Frauen eine weitere Militarisierung der gesamten Gesellschaft und einen weiteren Schritt zur Kriegsvorbereitung bedeutet, hat die Friedensbewegung wenig getan, um gegen die Pläne, Frauen in die Bundeswehr einzubeziehen, zu protestieren. Auf der anderen Seite haben auch die traditionellen Frauenzeitungen „Emma" und „Courage" den Aufruf, der ihnen bekannt war, nicht veröffentlicht.

Die Aktivitäten am 27.11. waren daher abhängig von den in den einzelnen Städten arbeitenden antimilitaristischen Frauengruppen (Berichte s.u.). Seit dem Regierungswechsel in Bonn ist in der Öffentlichkeit das Thema Frauen in die Bundeswehr nicht mehr aufgegriffen worden. D.h. jedoch nicht, daß die CDU gegen eine Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr ist. In einem Interview mit dem neuen Familienminister Geißler antwortet dieser auf die entsprechende Frage der Interviewerin: *„Der Dienst mit der Waffe ist nach dem Grundgesetz verboten. Aber immer mehr junge Mädchen wollen genauso wie junge Männer einen Dienst an der Gesellschaft leisten* (Hervorhebung von uns). *Wir haben einige wenige Staatsbügerpflichten, nämlich Steuern zu bezahlen, in die Schule zu gehen — und Wehr- und Zivildienst. Eigentlich dürfen Frauen davon nicht ausgeschlossen werden."* („Brigitte", Nov. 82). Diese Konzept entspricht den Plänen des „Deutschen Bundeswehr-Verbandes" (DBwV), der schon 1978 eine Gemeinschaftsdienstpflicht propagierte, die eine Heranziehung jedes Bürgers — auch der Frauen — zu einer Dienstleistung für Staat und Gesellschaft im Rahmen eines „Gesamtverteidigungsplans" vorsieht. So forderte der CDU-Abgeordnete Friedemann am 26.8. in der „FR", daß für die Frauen ein „soziales Jahr" eingeführt werden solle. Es sollte genau wie die Wehrdienstzeit 15 Monate dauern. Die stärkere Festlegung der CDU auf die traditionelle Rolle der Frau als „Helferin", als Krankenschwester etc. wird sie jedoch nicht daran hindern, Frauen auch in die Bundeswehr einzubeziehen. Von CDU-Frauen wird argumentiert: *„Wir sind bereit, an die Waffen zu gehen, wenn Not am Mann ist."* Oder: *„Wenn das Vaterland verteidigt werden muß, wollen wir dabei sein. Aber gleichberechtigt. Es geht nicht, daß die Soldaten an erster Front im Dreck liegen und wir Frauen gemütlich in der Etappe telefonieren. Wenn schon, denn schon."* („Lübecker Nachrichten", 25.9.1981).

Gerade im Hinblick auf die geplante konventionelle Aufrüstung, wie sie jetzt in Brüssel beraten wurde, ist damit zu rechnen, daß in nächster Zeit die Forderungen nach einem *„Wehr- und Zivildienst"* (Geißler) für Frauen von der CDU/FDP-Regierung auch in die Tat umzusetzen versucht werden.

Ein Überblick über die Aktionen am 27.11.82

Braunschweig

Mit einem Flugblatt „Frauen sollen in die Bundeswehr! Frauen in die Bundeswehr — wir sagen Nein" hatte ein breites Frauen-Bündnis zu einer Demonstration am 27.11. aufgerufen: Frauen gegen Militär der Aktionsgemeinschaft Braunschweiger Friedenstage, DFI Braunschweig, Frauenhaus BS, § 218-Beratungsgruppe BS, Frauenbuchladen BS, Falken BS, Frauenreferat der FH BS und unorganisierte Frauengruppen und Frauen. Ca. 100 Menschen folgten dem Aufruf, der größte Teil Frauen. Sie zogen in einem kämpferischen Zug durch die Innenstadt. Eine Woche vorher hatten die Frauen eine Veranstaltung zu dem Thema 'Frauen in die Bundeswehr' im Rahmen der Friedenswoche angeboten, zu der ca. 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gekommen waren.

Bremen

Das „Bremer Frauenbündnis gegen Krieg und Militarismus", ein Zusammenschluß von antimilitaristischen Frauen und Frauengruppen, hatte mit einem Flugblatt zum „antimilitaristischen Weiberspektakel" für den 27.11. in die Innenstadt aufgerufen. Die Aktion lief unter dem Motto: *„Wann immer in der Vergangenheit ein Krieg vorbereitet wurde, dachte man an uns Frauen: 1914-18 ... 1939-45 ... Wenn heute die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr und zivile Dienste geplant wird, denken wir an Krieg ... und sagen nein, mit uns nicht."* Ca. 300 Frauen zogen etwa zwei Stunden durch die Straßen, verkleidet mit Uniformen, mit Sandwiches und vielen Sprüchen und einer Justitia gegen (Ge)Wehrgerechtigkeit. Die uniformierten Frauen wurden von einer Trommel begleitet

Fortsetzung nächste Seite

Ein breites Bündnis woll(t)en wir...

In der Region Hessen gab es bislang kein Informations- und Koordinationsnetz der Frauengruppen, die zum Thema „Frauen zum Bund - Nein danke" arbeiten. Diesen Zustand zu durchbrechen und den am 27. November geplanten bundesweiten Aktionstag in einem breiten Bündnis zu begehen, war das Ziel der Frankfurter Frauengruppe „Kalumet-Frauen gegen Krieg und Militarismus". Anfang Oktober verschickten wir an die 70 Einladungen zu einem als hessenweit konzipierten Treffen. Angeschrieben wurden auch Frauen aus der Gewerkschaft, der Kirche, der ASF und der DFI. Eine Erklärung an die Presse sollte allen interessierten Frauen unseren Termin bekannt machen. Von den angeschriebenen Gruppen ließen uns bis auf die Frauen des Christlichen Friedensdienstes und der DFG/VK-Frauengruppe alle im Stich. Eine Erklärung ist uns leider unbekannt.

In der Mehrzahl wurde das Treffen von Frauen aus der Frankfurter Region besucht: z.B. die DFG/VK-Frauengruppe und Frauen, die zur Zeit noch mit dem Aufbau von Frauengruppen beschäftigt sind, unter anderem mit dem Schwerpunkt Militarisierung von Frauen. Von der Mehrheit der Anwesenden wurde beschlossen, am 27. November in Frankfurt einen Aktionstag auf einem im Stadtinnern gelegenen Platz zu veranstalten. Eine Demonstration wurde aufgrund der unklaren Mobilisierung von der Mehrheit abgelehnt. Interessant war zu erfahren, daß die Frankfurter DFG/VK-Frauengruppe die Verweigerungskampagne aufgrund „rechtlicher Unklarheiten" weder unterstützt noch mitträgt.

Eine weitere Überraschung erlebten wir im Frankfurter Frauenforum bei einer Diskussion anläßlich des 27. Novembers. Eine Vertreterin der DFI äußerte, daß mit

lich des 27. Novembers. Eine Vertreterin der DFI äußerte, daß mit

dem Regierungswechsel der aktuelle Anlaß einer Bundestagsdebatte zum Thema „Frauen in die Bundeswehr" erstmal nicht mehr bestehe, daher der Aktionstag den aktuellen Anknüpfungspunkt verloren habe. Fraglich sei auch, ob die neue Bundesregierung überhaupt etwas in diese Richtung (Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr, d.Verf.) unternehmen werde. In der CDU gebe es an diesem Punkt mehr Widersprüche als in der SPD. Laut Vorschlag der Vertreterin der DFI sei es besser, zu diesem Thema etwas innerhalb der Friedenswoche zu machen. Auch die Vertreterin der ASF schlug uns vor, dort den Film "Soldier Girls" zu zeigen. Die Frankfurter Friedenswoche fand vom 7. bis zum 17. November statt, organisiert von dem „Arbeitskreis Frankfurter Friedenswoche", zu welchem sich unter anderem kirchliche Gruppen, der DGB, die Arbeiterwohlfahrt, Friedensinitiativen, die DFG/VK und die DKP zählen. Einen ähnlichen Vorschlag hatte uns bereits die DFG/VK-Frauengruppe gemacht. Nun wäre gegen eine zusätzliche Veranstaltung innerhalb der Friedenswoche nichts einzuwenden gewesen, doch leider stand zu diesem Zeitpunkt bereits das ausgedruckte Programm der Friedenswoche - ohne Frauenveranstaltung! So ist dieser Vorschlag wohl eher als Abwiegelei eines besonderen Aktionstages zum Thema „Frauen in die Bundeswehr" zu verstehen.

Unterstützung für den 27.11.82 sagte uns die Vertreterin der DKP zu, desweiteren die Notruf-Frauengruppe und die Spielfrauen (eine Frankfurter Frauentheatergruppe). Mit einem Flugblatt, einer Presseerklärung und einer Pressekonferenz versuchten wir nun, den Aktionstag so breit wie möglich bekannt zu machen.

Frankfurt

und trugen ein Transparent: **„Frauen in die Bundeswehr — Sicherheit? Gleichberechtigung? Abenteuer?"** Dahinter kam in schwarzes Transparent, auf dem groß **„Kriegsvorbereitung"** stand. Andere Frauen trugen Schilder mit **„1. Weltkrieg: Aus Liebe zum Vaterland — 20 Mio. Tote" — „2. Weltkrieg — die Ehre der deutschen Frau — 50 Mio. Tote".** Etwa 60 Frauen hatten Sandwiches umgehängt, auf denen stand: **„Ich habe verweigert".** Der Aufzug hat große Aufmerksamkeit erregt. Das Bremer Regionalfernsehen brachte einen informativen Bericht mit guten Aufnahmen, beide Bremer Tageszeitungen schrieben kurze Artikel.

Göttingen

Die Göttinger Frauen haben am 27.11. im „Göttinger Tageblatt" eine Anzeige „Aufruf Frauen zum Bund — Wir sagen Nein!" veröffentlicht, die über 200 Frauen unterschrieben haben und die von zahlreichen Organisationen unterstützt wurde. Unter den Organisationen waren auch die ASF, der SPD-Unterbezirk Mitte Göttingen, die AGIL Göttingen u.a. In der Anzeige heißt es am Schluß: **„Eine Gleichberechtigung zum Töten wollen wir nicht! Wir, die Unterzeichnerinnen, protestieren und kündigen unseren entschiedenen Widerstand gegen die geplante Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr an und fordern die Göttinger Öffentlichkeit auf, uns dabei zu unterstützen."** Außerdem riefen die Frauen mit einem Flugblatt zur Teilnahme an der Demonstration in Hannover auf.

Frankfurt

Die Frankfurter Frauen „Kalumet-Frauen gegen Krieg und Militarismus" riefen zum 27.11. mit einem Flugblatt „Aktionstag — Frauen gegen Krieg und Militarismus" zu Info-Ständen in der Innenstadt und Straßentheater auf. Wegen des Weihnachtsbetriebs konnten die Frauen ihren Info-Stand nur an einem eher abseits gelegenen Platz aufbauen. Dort verteilten sie Flugblätter, sammelten Unterschriften unter Verweigerungserklärungen der Zwangsverpflichtung von Frauen im „Verteidigungsfall" nach Art. 12a, Abs. 4 und führten ihr Theaterstück auf. (Warum sich an diesem Tag nur wenige Frauengruppen aus Frankfurt beteiligten, siehe Kasten.)

Hamburg
Mit einem gemeinsamen Flugblatt

Hamburg

Mit einem gemeinsamen Flugblatt riefen die beiden Frauengruppen „Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein" und „Frauen gegen Krieg und Militarismus" dazu auf, am 27.11. gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr zu protestieren. Am Vormittag verteilten Frauen aus den antimilitaristischen Frauengruppen zusammen mit Frauen aus den Frauengruppen der Stadtteile (z.B. BIFF-Eimsbüttel, AFI-Altona) Flugblätter in verschiedenen Stadtteilen (Wilhelmsburg, Harburg, Altona, Eimsbüttel) und boten Informationsmaterial an Büchertischen an. Am Nachmittag zogen etwa 20 Frauen, verkleidet als Soldatinnen und gefolgt von etwa 100 Frauen und Männern durch die Innenstadt. Mit Militärmusik und einem gespielten Antigelöbnis an verschiedenen Stellen machten sie auf sich aufmerksam. Andere Frauen verteilten Flugblätter und trugen Sandwiches und Transparente.

Hannover

Unter dem Titel „Frauen in die Bundeswehr — wir sind keine Reservearmee" riefen die „Frauen gegen Militär" zusammen mit einem breiten Bündnis zu einer Demonstration am 27.11. auf: DFI, DFG/VK, DFU, Frauen gegen § 218, GABL, Gewaltfreie Aktion, GEW-Kreisvorstand Hannover-Stadt, Ohne Rüstung Leben, Stadtschülerrat, Türkisches Volkshaus, VVN, AStA PH, KB-Hannover, ASF Hannover-Land, JuSo-Frauengruppe, Falken, Grüne Kreisvorstand, FDAJ, SO/ZDL, MSB-Spartakus, SDAJ, ESG-Roter Hahn u.a. 500 Menschen nahmen an der Demonstration teil, auf der anschließenden Kundgebung sprachen die Frauen aus der Gruppe „Frauen gegen Militär" selber. Zu einer Veranstaltung in der Woche vorher zum Thema 'Frauen in die Bundeswehr' kamen ca. 130 Menschen.

Kiel

In Kiel tauften Frauen aus der Initiative „Frauen zum Bund — Wir sagen Nein" den Exerzierplatz symbolisch in „Bertha-von-Suttner-Platz" um. Die Frauen hatten auf dem Platz einen Info-Tisch und sich als Soldatinnen verkleidet. In einer Anzeige in den „Kieler Nachrichten" protestierten sie gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr.

Eine Hamburger Genossin

»Wir wollen alles! Beruf, Familie, Politik!«

Zum Frauenkongreß der IMSF (DKP)

800 bis 900 Frauen waren am 20./21. November nach Frankfurt gekommen, um an der Frauen-Konferenz des IMSF (Institut für marxistische Studien und Forschungen), einem DKP-Institut, teilzunehmen.
Mit so vielen Teilnehmerinnen hatten selbst die Veranstalter nicht gerechnet: Schon nach Eingang der schriftlichen Anmeldungen mußte die Zahl der angebotenen Arbeitsgruppen erhöht werden. Die Konferenz (zu der auch Männer — allerdings relativ ergebnislos — eingeladen waren) stand unter dem Motto „Wir wollen alles! Beruf, Familie, Politik". Es ging um „Frauenarbeit und Frauenbewegung — Erfahrungen und Perspektiven" — und es sollte tatsächlich eine etwas offenere Diskussion werden, als frau es sonst von DKP-Veranstaltungen gewohnt ist. Immerhin waren eingeladen „Vertreterinnen der Gewerkschaften, der SPD, DKP, der Grünen, der Demokratischen Fraueninitiative und von Frauenzeitschriften". Letztere waren — aus nicht herausfindbaren Gründen — nicht erschienen, dafür aber andere Vertreterinnen der autonomen Frauenbewegung.
Die Veranstaltung war allerdings mehr ein Kongreß als eine Konferenz: Für die Diskussion in den 10 Arbeitsgruppen und auch für die Abschlußdiskussion im Plenum blieb viel zu wenig Zeit. Schwerpunkt bildeten am Samstag die Beiträge vom Podium: Zu drei verschiedenen Themenkomplexen referierten jeweils 2 Frauen aus DKP bzw. DFI; danach erhielt die jeweilige „Korreferentin" aus der autonomen Frauenbewegung Gelegenheit zur Darlegung ihrer Position. Wenn die Einbeziehung von Frauen aus der autonomen Frauenbewegung auch ein zu begrüßendes Novum in der DKP-Frauenpolitik darstellt, so war diese Konferenz von einem „offenen Dialog der verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung", wie die „UZ" sie nach dem Wochenende feierte, doch noch ein ganzes Stück entfernt.

Erwerbstätige Frauen und gewerkschaftliche Frauenarbeit

Zur Diskussion stand leider nicht so sehr die Praxis — weder in bezug auf eine Auswertung von gemachten Erfahrungen noch in Hinblick auf zukünftige Perspektiven. Auch in dem Beitrag von Gisela Keßler (sie ist Vorstandsmitglied und Frauensekretärin im Hauptvorstand der IG Druck und Papier) mit dem vielversprechenden Titel *„Aktivierungsansätze von erwerbstätigen Frauen"* ging es nicht um konkrete Fragen, wie etwa Probleme in der betrieblichen bzw. gewerkschaftlichen Frauenarbeit. Auf die Frage des ersten Themenkomplexes *„Frauenerwerbstätigkeit — Persönlichkeitsentwicklung — Kampfbereitschaft"* (womit gemeint ist: können sich Frauen nur über Lohnarbeit emanzipieren, oder ist das auch als Hausfrau möglich?) — hielt sie eine wahre Lobeshymne auf die Frauenpolitik des DGB, um zu beweisen, daß nur im Zusammenhang mit Erwerbstätigkeit politische Kämpfe zu Emanzipation führen können.

So sei der Anteil von Frauen in den Gewerkschaften, die Zahl der Betriebsrätinnen ständig steigend; die Arbeit der Frauen in den Gewerkschaften (Aktionen, Flugblätterschreiben usw.) brächte „ein bißchen Freude in den sonst so trockenen Gewerkschaftsalltag". Das Recht auf Arbeit und Bildung auch für Frauen werde am stärksten von den Gewerkschaften vertreten — und nicht zuletzt habe der DGB den 8. März zurückerobert. Daß der DGB den Internationalen Frauentag vor zwei Jahren per Vorstandsbeschluß aus dem Kalender streichen wollte, daß es außerdem in den meisten Fällen nicht die Gewerkschaften sind, die an diesem Tag auf die Straße gehen, sondern allenfalls die Frauenausschüsse — diese Tatsachen hätte das von Gisela Keßler beschriebene Bild der Gewerkschaftspolitik doch etwas gestört — weswegen sie auch lieber gleich unerwähnt blieben. Daß der Beitrag dennoch (oder deshalb?) so viel Beifall bekam, wirft ein bezeichnendes Bild auf das Spektrum der anwesenden Frauen: der Titel „Gewerkschafterin" reicht offensichtlich aus, um von vornherein den Applaus zu sichern.

Als dann doch einige Kritik laut wurde an dieser platten Anbiederung an den DGB, versuchte G. Keßler diese am nächsten Tag in ihrem Beitrag zur Podiumsdiskussion mit der Bemerkung zu entkräften, daß vielleicht nicht jede Frau derartige positive Erfahrungen in den Gremien der Gewerkschaften gemacht hätte... Eine ähnlich einfache Antwort hatte sie parat, als sie auf die an den Gewerkschaften kritisierte einseitige Begrenzung ihrer Frauenpolitik auf die betrieblichen Auseinandersetzungen einging. Im Vergleich dazu würde der Frauenbewegung ja nachgesagt, sich um die gesamte Persönlichkeitsentwicklung von Frauen zu kümmern. Diese Kritik ziele aber im Grunde nur darauf ab, „den marxistischen Ansatz zur Klärung und Lösung der Frauenfrage und vor allem die Erfahrungen in den sozialistischen Ländern auszuhebeln". In den Gewerkschaften könnten sich die Frauen eben nicht „in bürgerlicher Manier ständig mit sich selbst beschäftigen". Dafür aber zielten „im Untershied zu allen anderen Frauengruppen und Organisationen (...) Gewerkschafterinnen — insbesondere im betrieblichen Kampf — mitten ins Zentrum der Klassenauseinandersetzungen".

Auch diese schablonenhafte Sichtweise versuchte die Referentin am nächsten Tag noch einmal zu „relativieren": sie bat um Verständnis dafür, daß die Gewerkschaften sich nicht stärker um den Reproduktionsbereich kümmern: Es sei nun einmal so, daß die Masse der Arbeiterinnen und Hilfsarbeiterinnen die Hausarbeit nicht als Last empfinden und sich dementsprechend auch nicht artikulieren würden...

Carola Möller aus Köln vom Verein für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V., die direkt im Anschluß an Gisela Keßler als Korreferentin zum selben Thema zu Wort kam, erhielt für ihre Betonung der Einbeziehung der geschlechtsspezifischen

kam, erhielt für ihre Betonung der Einbeziehung der geschlechtsspezifischen

Arbeitsteilung in die politische Analyse und Praxis erheblich weniger Beifall als ihre Vorrednerin. Allein die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit sei keine Forderung, die die Situation von Frauen tatsächlich verbessern würde. Die wirtschaftliche Krise und die nach wie vor existente Alleinverantwortung der Frauen für den Reproduktionsbereich dränge Frauen immer mehr in „ungeschützte Lohnarbeit", also KAPOFAZ, Heimarbeit, Job-Sharing usw. An dieser Situation gehe die Forderung nach der 35-Stunden-Woche vorbei. Daher müsse mensch heute von einem ganz anderen Arbeits- und Produktivitätsbegriff ausgehen und andere Forderungen mitaufnehmen, wie z.B. Quotierung aller Voll- und Teilzeitarbeitsplätze, Mindestlohn für gesellschaftlich notwendige Arbeit, Bildungsmöglichkeiten für Hausfrauen und Erwerbstätige gleichermaßen usw. Gerade die Gewerkschaften müßten sich derartiger Forderungen annehmen.

Die Frauenbewegung und die Krise

Der zweite Themenbereich behandelte die *„Veränderungen der Lebensbedingungen von Frauen in der Krise und Gegenwehr"*. Hier sorgte der Beitrag von Lottemi Doormann (DFI, Journalistin) selbst in diesem Kreise für einigen Unmut: die *„Handlungsperspektiven der Frauenbewegung in der Krise"* beschrieb Lottemi Doormann erstmals in Abgrenzung von der Politik der autonomen Frauenbewegung bzw. der Alternativbewegung. Und da ging es selbst einer Reihe von den anwesenden Frauen zu weit, als sie Selbsthilfeprojekte wie Kinderläden mit der CDU-Familienpolitik verglich (Anm.1).

Überhaupt war sie nicht zimperlich, wenn es darum ging, die Gründe für die Schwäche der Frauenbewegung ausschließlich im feministischen Flügel zu suchen.

Ausgangspunkt ihres Beitrags war die Frage: Was hat die Frauenbewegung dem Regierungswechsel entgegenzusetzen? (Eigentlich eine — in ihrem Sinne — unlogische Frage, wurde doch von ihr — und im übrigen von fast allen Rednerinnen dieser Konferenz — betont, daß der Regierungsdwechsel im Grunde nur die etwas forcierte Weiterführung des Sozialabbaus und der Auf-

Fortsetzung nächste Seite

Wir wollen alles!
Beruf • Familie • Politik
Frauenarbeit und Frauenbewegung-
Erfahrungen & Perspektiven
Referate, Arbeitsgruppen,
Diskussion, Kulturveranstaltung
Frauenkonferenz des IMSF
Information & Anmeldung: Institut für marxistische Studien und Forschungen, 6 Ffm.1, Liebigstr.6, Tel. 0611/724914
20./21. Nov. Universität Frankfurt

rüstungspolitik darstelle. Damit, was unter einem Franz Josef Strauß nach dem 6. März uns Frauen blühen kann, wurde sich dabei nicht auseinandergesetzt). Auch ihre scharfe Unterteilung der Frauenbewegung in eine demokratische und eine feministische, und die damit verbundene eingeschränkte Sichtweise und Geschichtsschreibung stieß nicht nur auf Gegenliebe. Wenn sie auch diese Kategorisierung selbst relativierte (Anm. 2), so machte es ihre weitere Ausführung über *,,wirkungsvolle gemeinsame Gegenstrategien aller Frauen in der Frauenbewegung''* schwer, in ihrem Beitrag eine sachliche Auseinandersetzung mit den Differenzen innerhalb der Frauenbewegung zu sehen. So nannte sie als Hindernisse für ein Bündnis zwischen demokratischer und feministischer Frauenbeweegung lediglich drei Positionen der Feministinnen — der Forderung nach Recht auf Arbeit stehe die Forderung ,,Lohn für Hausarbeit'' unversöhnlich gegenüber. Der ,,Mütteransatz'', oder auch *,,die Revolte des Reproduktionsbereichs gegen die Bedingungen des Produktionsbereichs''*, wie sie von der feministischen Frauenbewegung vertreten würde, seien umstandslos in die reaktionäre Familienideologie einzugliedern; in dem Entinstitutionalisierungskonzept der feministischen Frauenbewegung sieht sie ein weiteres Hindernis für eine gemeinsame Strategie. Gemeint ist damit die Ablehnung staatlicher Institutionen und die Propagierung von Selbsthilfeprojekten am Beispiel Kinderläden, nach dem Motto: ,,Ich krieg doch kein Kind, um es in fremde Hände zu geben''. Auch diese Politik von feministischen Frauen zeige eine offene Flanke zur CDU-Ideologie und habe mit Frauenbefreiung nichts zu tun. Als letzten Punkt nannte L. Doormann die bei demokratischer und feministischer Frauenbewegung unterschiedliche Haltung zur Teilzeitarbeit: während diese von der demokratischen Frauenbewegung abgelehnt würde, nehme die feministische Frauenbewegung sie im Zusammenhang mit der Privatisierung von Kindererziehung in Anspruch oder fordere sie gar. Ein letzter Stolperstein sei die Autonomiefrage: für die demokratische Frauenbewegung sei zwar auch die Notwendigkeit einer eigenständigen Organisierung von Frauen gegeben; im Unterschied zur feministischen Frauenbewegung sehe sie aber ebenso eine Notwendigkeit von Bündnissen mit den ,,Organisationen der Arbeiterklasse'', was konkret heißt: DKP, DGB und SPD. Als Zeichen der Politisierung wertete L. Doormann die zunehmende Schwäche der feministischen Frauenbewegung und die damit verbundene wachsende Stärke der demokratischen Frauenbewegung: viele Frauen stiegen um aus Selbsthilfegruppen u.ä. zur DFI (DKP) oder ASF (SPD)...

Lottemi Doormanns Sichtweise der Dinge scheint jedoch — zumindest in der Schärfe — selbst innerhalb der DFI nicht ganz unumstritten zu sein. So wurde nicht nur aus dem Publikum einiger Unmut laut bei der wohl etwas übereifrigen Gleichstellung der von Frauen diskutierten alternativen Lebensformen mit der CDU. Etwas andere Töne klangen auch am nächsten Tag vom Podium, als Mechtild Jansen (SHB, Mitbegründerin der DFI) für einen weniger arroganten Umgang innerhalb der Frauenbewegung plädierte. Die klischeehafte Kategorisierung andersdenkender Frauen als ,,Emanzen'' oder ,,Feministinnen'' müsse endlich aufhören. Eine Teilnehmerin aus dem Publikum wehrte sich entschieden dagegen, die feministische Frauenbewegung als nicht-demokratisch zu bezeichnen. Die Frauenbewegung, auch der fenimistische Teil, müsse endlich als demokratisches Potential akzeptiert werden. Zugleich kritisierte sie die teilweise fast feindseligen Reaktionen auf Beiträge, die in deutlichem Widerspruch zu den Positionen der Veranstalterinnen standen. Wenn der Anspruch auf bessere Zusammenarbeit ernst genommen werden sollte, müßten sie sich anderen Ansätzen gegenüber tatsächlich — und nicht nur verbal — öffnen. Derartige Reaktionen waren in der Tat sehr oft zu beobachten, wenn die Korreferentinnen ihre Gedanken vortrugen. Dabei ging es häufig noch nicht mal um Gedanken, die völlig neu und daher vielleicht überraschend oder aus der Luft gegriffen waren:

So erntete Frigga Haug z.B. in ihrem Referat zum Thema *,,Frauenfrage und Organisationsfrage''* einige Buh-Rufe, als sie feststellte, daß die Arbeiterbewegung kulturell immer eine männliche gewesen sei, der Frauenkampf daher immer auch ein Kampf gegen Männer sei. Dabei kann mensch einer Frigga Haug, die u.a. in der autonomen Frauenredaktion von ,,Das Argument'' und im Sozialistischen Frauenbund Westberlin mitarbeitet, wirklich nicht unterstellen, sie wolle ,,den Marxismus aushebeln''. Sie selbst bezeichnet sich als neo-feministisch-marxistisch und sieht in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und den Klassengegensätzen zwei Seiten ein- und derselben Medaille. Sie tritt ein für eine eigenständige Organisierung und gleichzeitige Mitarbeit in/mit sozialistischen linken Organisationen/Gruppen. Allerdings müsse für Bündnisse zwischen der Frauenbewegung und anderen sozialen Bewegungen erst einmal eine Bündnisfähigkeit hergestellt werden: es sei Frauen nicht mehr zuzumuten, auf Podiumsdiskussionen etc. immer noch fast 100 % Männer auf dem Podium sitzen zu sehen.

Sehr viel Kritik setzte sich auch Ursula Westphal-Georgi aus, die ebenfalls im Verein für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. Mitglied ist; außerdem arbeitet sie im FFBIZ (Frauenforschungs-, Bildungs- und Informationszentrum), in der Gewerkschaft und in der SPD.

Sie plädierte besonders für eine stärkere Hinwendung zu Selbsthilfeprojekten: Frauen seien gerade in der wirtschaftlichen Krise mehr oder weniger gezwungen, jegliche Berufsorientierung aufzugeben. Sie definierten sich wieder in erster Linie als Hausfrau und Mutter und seien daher für eine Ideologie, wie sie im Blüm-Papier vertreten wird, besonders empfänglich. Frau habe sich in den letzten Jahren in ihren Forderungen zu sehr auf den Staat verlassen. Daher stünde die Frauenbewegung heute ohne Konzept da. Sie begrüßte es, wenn Frauen angesichts einer derartigen Situation die Dinge ,,selbst in die Hand nehmen'', also nicht den politischen Kampf gegen den § 218 führen, sondern Abbrüche selbst durchführen. Eine etwas merkwürdige Radikalität aus dem Munde einer SPD-Frau...

Silvia Kontos, zweite Korreferentin zum Thema *,,Frauenfrage und Organisationsfrage''* stellte am radikalsten das Dogma des ,,realen Sozialismus'' in Frage, daß die Emanzipation der Frau nur und ausschließlich über den Produktionsbereich möglich sei. Die Arbeiterbewegung habe es nie geschafft, Frauen — immerhin die eine Hälfte des Proletariats — zu integrieren. Das läge an einem systematischen Fehler der marxistischen Analyse und dementsprechend der Praxis: Frauen seien sehr wohl in der Lage, als Hausfrauen kapitalistische Unterdrückung zu erkennen und antikapitalistische Strategien zu entwickeln. Weitergehend noch als Frigga Haug und erst recht in Ablehnung der DKP-Politik plädiert sie für die ausschließlich autonome Organisierung von Frauen. Die Frauenbewegung sei nicht von vornherein ein Bündnispartner anderer sozialer Bewegungen.

Die Beiträge der Podiumsfrauen brachten am Sonntag kaum neue Aspekte. Vertreten waren DFI, DKP, Jusos, Intitiative 6. Oktober, autonome Frauenbewegungen und Die Grünen. Meist recht allgemein wurde von allen die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit innerhalb der Frauenbewegung betont. Besonders tat sich dabei Manon Maren-Griesbach (Bundesvorstand der Grünen) hervor, die in ihrem freundlichen Bemühen, immer in erster Linie ,,den guten aktivierbaren Kern im Menschen'' anzusprechen, vorschlug, aus dem Motto ,,Wir wollen alles!'' ein ,,Wir wollen alle!'' zu machen: der kleinste gemeinsame Nenner in der Frauenbewegung sei der Wille, gegen Frauenunterdrückung anzugehen — und es sei doch auch mal gut festzustellen, daß das wirklich alle wollten . . .

Zur Frage der Bundestagswahlen kam leider auch von ihr keine Anregung, obwohl das Thema ,,Frauen und Wahlen'' ja nun kein völlig aus der Luft gegriffenes gewesen wäre . . .

DFI und DKP schlugen vor, sich in der nächsten Zeit, also auch am 8. März, auf die Punkte zu konzentrieren, zu denen es innerhalb der Frauenbewegung weitgehend einen Konsens gebe: keine Stationierung neuer Atomwaffen, keine Frauen in die Bundeswehr, Recht auf Arbeit, Kampf gegen die Rotstiftpolitik.

Eine Teilnehmerin brachte wohl die Meinung einer ganzen Reihe von Frauen zum Ausdruck, als sie sich enttäuscht zeigte von der Podiumsdiskussion: Diese falle ein ganzes Stück hinter das zurück, was sie in ihrer Arbeitsgruppe diskutiert hätten. Dort seien die Schwierigkeiten von Frauen in den ,,Organisationen der Arbeiterklasse'' auf den Tisch gekommen, statt, wie jetzt in der Podiumsdiskussion, so zu tun, als ob ,,alles eine Bewegung'' sei. Die Frauenbewegung sei etwas anderes als die Friedensbewegung; mit einer Gleichsetzung der verschiedenen Bewegungen würde mensch der Besonderheit der Frauenfrage nicht gerecht, reduziere sie wieder zum Nebenwiderspruch.

Wurde einerseits auf dieser Konferenz zwar deutlich, daß der Staub von vor 10 Jahren immer noch hartnäckig und meterdick in der DKP-Frauenpolitik festsitzt, so zeigten doch andererseits einige Beiträge, daß es auch Positionen in diesem Spektrum gibt, die sich für eine neue Klärung des Verhältnisses zur autonomen Frauenbewegung einsetzen.

KB-Frauengruppe Frankfurt

Anmerkungen

1 Von Lottemi Doormann ist bekannt, daß sie selbst lange Zeit in der Kinderladenbewegung aktiv war; insofern ist ihr radikaler Rundumschlag nicht nachzuvollziehen.

2 In ihrem vor zwei Jahren erschienen Buch „Wartet nicht auf bessere Zeiten" schreibt sie dazu: *„Es ist heute schwieriger geworden, mit den Begriffen ‚feministisch' und ‚demokratisch' umzugehen, weil sie vermeintlich abgrenzbare Strömungen bezeichnen, die in Wirklichkeit ineinander übergehen. ... Die demokratische Frauenbewegung umfaßt durchaus bürgerliche Positionen, ist also keineswegs von einheitlicher ideologischer oder gar ‚proletarischer' Ausrichtung. Und in der feministischen Bewegung gibt es ein ‚linkes' politisches Selbstverständnis, das weder in radikalfeministischen Analysen aufgeht noch mit allgemeinen Kategorisierungen wie z.B. ‚bürgerlich' oder ‚Geschlechterkampf-Position' realitätsbezogen erfaßt wird".*

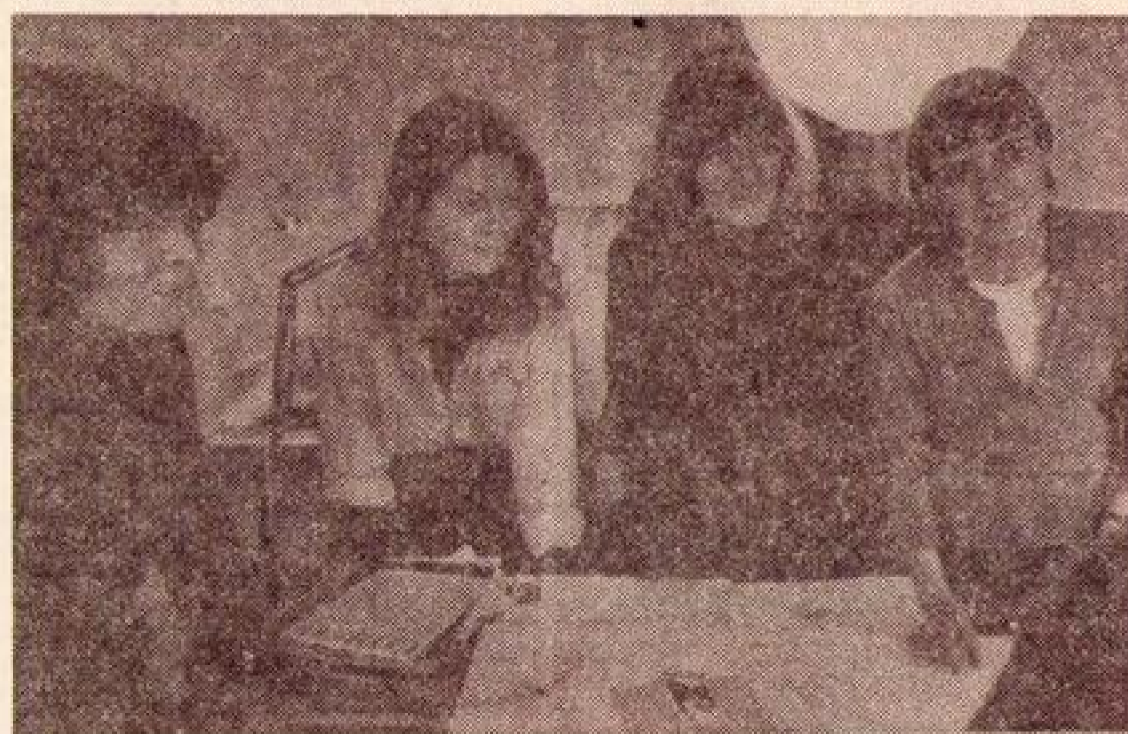
Buchbesprechung

Alice Schwarzer: »Mit Leidenschaft«

Unter dem bezeichnenden Titel ,,Mit Leidenschaft'' ist vor kurzem bei Rowohlt eine Sammlung von Texten Alice Schwarzers aus den Jahren 1968-1982 erschienen.

Hier wurden aus 14 Jahren Texte zusammengestellt, die einen guten Einblick in Alices leidenschaftliches Engagement für die Frauen und für einen couragierten Journalismus geben: *,,Und dann heißt es auch noch: zu emotional! Zu subjektiv! Das sind die Vorwürfe, mit denen man engagierte Journalistinnen heute an der Berichterstattung hindert. Jetzt ist es Zeit, mit der Lüge vom ‚objektiven' Journalismus Schluß zu machen! Sie dient doch*







Alice Schwarzer — mit ihrem Bestseller „Der kleine Unterschied" (links), mit Kolleginnen in der „EMMA"-Redaktion (oben) und im Gespräch mit Simone de Beauvoir (unten).

nur der Verschleierung und Manipulation. Schon die Art zu sehen, zu fragen, ist Auswahl, ist parteilich. Auch Protokolle und Interviews sind nicht ‚Wahrheit', nicht Dokument an sich! Sie sind immer auch Resultat der Begegnung zweier Menschen. Dies transparent zu machen, statt es zu kaschieren, das ist nicht etwa hemmungslossubjektiver Umgang mit den Medien, sondern die einzig ehrliche Art überhaupt, Journalismus zu machen.''

Gemäß dieser Prämisse sind so gut wie alle Texte, die hier abgedruckt sind, geschrieben. Die Zusammenfassung gliedert sich in mehrere Abschnitte: da ist zum einen die Zeit von 1969-76, also bis zum Erscheinen der ,,Emma''. In dieser Zeit liegt der Schwerpunkt deutlich auf dem Thema § 218.

Alice hatte damals Schlagzeilen gemacht, als sie die Selbstbezichtigungskampagne mehrerer hundert Frauen mitanzettelte und einen Film über eine Abtreibung durch die damals noch weitgehend unbekannte und schonende Absaugmethode für das Fernsehmagazin ,,Panorama'' drehte, der dann kurzfristig abgesetzt wurde. Es finden sich aber auch Texte aus der Frauenarbeitswelt oder z.B. ein Interview mit Jean-Paul Sartre über die Frage ,,Was ist revolutionäre Gewalt?''

Den Hauptteil des Buches bilden Kolumnen und Reportagen aus der ,,Emma'', die quer durch alle Spektren des politischen Frauenalltags gehen. Dokumentiert sind z.B. auch die mutigen Kommentare und Stellungnahmen anläßlich des ,,Deutschen Herbstes'' 1977, als ,,Emma'' sich als eine der wenigen Zeitschriften nicht in den Distanzierungssog ziehen ließ und sich gegen die Repressionswelle wehrte. Es finden sich weiter Artikel zum Thema ,,Frauen ins Militär?'', zur Pädophilie, zum Majdanek-Prozeß, zur Männerjustiz, zur Frage ,,Warum ich kein Kind habe'', zur Sexualität, zur SPD, zur Wahl und vieles andere mehr.

In ihrem einleitenden Beitrag ,,Im Rückblick'' schildert Alice ihren Werdegang als Journalistin und Feministin. Haupttriebfeder war schon zu Beginn der Wille zum engagierten Journalismus: *,,Die spektakulären unter meinen Arbeiten in all den Jahren waren darum nie nur provozierend durch das, w a s ich vertrat, sondern immer auch dadurch, w i e ich es vertrat. Es ging und geht mir um einen Journalismus, der seine politische Funktion transparent macht und bewußt erfüllt. Einen Journalismus, in dem nicht mehr nur ü b e r Menschen und Ereignisse berichtet, sondern in dem die eigene Betroffenheit und die Entschlossenheit, schreibend zu handeln, offengelegt wird. Einen Journalismus, der sich gegen die Lüge von der Objektivität wendet und damit die Spielregeln bricht, die nur denen nutzen, die sie aufgestellt haben. Einen Journalismus, der auch die Themen behandelt, die bis dahin nicht medienfähig gewesen waren. Einen Journalismus, der die inhaltsleeren — und gerade darum sehr absichtsvollen — Rituale der Männerpresse beim Namen nennt.''* (S.9/10)

Da sie sich selbst schon sehr früh als Radikalfeministin versteht, benennt sie auch hierzu ihre grundsätzlichen Positionen: *,,Kernposition des Radikal-Feminismus ist der Kampf gegen die Ideologie von einer ‚angeborenen Andersartigkeit' (sprich Minderwertigkeit), die angebliche ‚Natur der Frau' (des Menschen), das heißt: gegen jede Art von Biologismus zur Rechtfertigung von Eliten! Wir Radikalfeministinnen fordern die Befreiung aller Menchen aus den Ghettos der Geschlechterrollen, der ‚Weiblichkeit' und ‚Männlichkeit' ebenso wie aus denen der Klassen und Rassen. Dazu gehört der Kampf gegen das Diktat der Zwangsheterosexualität ebenso unabdinglich wie der gegen die ‚männlich-weibliche' Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Wir fordern das Teilen von Haus- und Erziehungsarbeit zwischen Frauen u n d Männern ebenso wie eine gleichberechtigte Partizipation von Frauen in Beruf und Politik. Für Radikalfeministinnen ist der Widerspruch der Geschlechter einer von vielen zu bekämpfenden Widersprüchen. Das Macht/Ohnmacht-Verhältnis zwischen Mann und Frau jedoch scheint uns in dieser Gesellschaft das tiefste und fundamentalste Unrechts-Raster zu sein. Außerdem: wir sind Frauen, und damit ist der Feminismus, das heißt, das Ansetzen bei unserer ureigensten Unterdrückung, für uns vorrangig. Für uns gehört allerdings der Kampf gegen Klassenwidersprüche, Imperialismus und Rassismus in all seinen Schattierungen unlösbar zu einem konsequenten Feminismus. Dem Männlichkeitswahn nicht verfallen und sich vom Weiblichkeitswahn befreien — das ist für uns Radikalfeministinnen Gebot der Stunde.''* (S.23)

Auch wenn sicherlich viele ihrer früheren Positionen und Ansichten fragwürdig oder kritisierbar sind — Alice hatte immer den Mut, sie wenigstens diskutierbar zu machen, öffentlich. Bequem war Alice noch nie. Daß sie es auch in Zukunft nicht wird, sagt sie selbst ganz deutlich: *,,Ob ich mir nach diesen zwölf bewegten Jahren Fragen stelle? Ja. Und einige sogar laut. Aber eine weder laut noch leise: nämlich die, ob es richtig war zu handeln. Um gar keinen Preis möchte ich die manchmal recht dünne Luft der Konfrontation wieder tauschen gegen die stickige des Sich-Einreihens, de Sich-Beugens. Sicher, der Preis ist hoch. Aber das, was wir gewonnen haben, wiegt so unendlich viel schwerer. Ein Grund mehr, weiterzugehen. Gerade jetzt. Mit Leidenschaft.''* (S.43)

Ich drück' Dir die Daumen, Alice.

a./Hamburg

Presse-erklärung der §-218-Gruppen



Am 4./5.12. trafen sich in Hannover 20 § 218-Frauengruppen aus 17 Städten der Bundesrepublik und Westberlin. Die Frauen dieses Treffens kamen zu folgendem Ergebnis:

Vor gut einem Jahr gab das Sozialgericht Dortmund der Klage Ursula Zöller, Mitarbeiterin der „Katholischen Bildpost", statt und erklärte die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen bei sozialer, kriminologischer und eugenischer Indikation durch die Krankenkassen als verfassungswidrig. Ein Vorlagebeschluß des Gerichts wurde an das BVG weitergeleitet. Dieser Beschluß wurde nach dem Regierungswechsel (1 Jahr später) verstärkt öffentlich aufgegriffen, u.a. von der Katholischen Bischofskonferenz und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 18 CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete haben einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht. Innenminister Zimmermann beabsichtigt die Beamtenbeihilfe-Verordnung dahingehend zu ändern, daß „nicht rechtswidrige" Schwangerschaftsabbrüche und Sterilisationen nicht mehr bezuschußt werden. Die genannte Begründung „Einsparungen" ist ein Vorwand, um selbst die geringen Entscheidungsmöglichkeiten von Frauen, die die liberalisierte Fassung des § 218 teilweise bietet, wieder massiv einzuschränken.

Der Angriff auf den reformierten § 218 ist nur e i n zentraler Punkt in der Strategie der Machthaber, die Rechte von uns Frauen abzubauen. Ziel der Reaktion ist nach wie vor die Revision der völlig unzureichenden Reform, also die Zurückwerfung auf die Zustände von vor 1975. Die ideologische Kampagne „Abtreibung ist Mord" reiht sich ein in die Versuche auf allen Ebenen, unsere Rechte anzugreifen:

In der Krise sollen Frauen zurück an Heim und Herd, am besten mit einer Schwangerschaft; die Einsparungen in Heim und Herd, am besten mit einer Schwangerschaft; die Einsparungen in den öffentlichen Haushalten werden vor allem auf die Frauen abgewälzt, die die anfallende Mehrarbeit im Haus leisten sollen: die Frau und Mutter als Ruhepol in der krisengebeutelten Familie.

Die industrielle Reservearmee hat ausgedient — die militärische Reservearmee wird mobilisiert. Frauen sollen sich ihrer Verpflichtung der Nation gegenüber bewußt werden. Der jetzige Bundeskanzler Kohl 1980: „Wie sollen wir bei der Geburtenrate von heute in 25 Jahren unsere NATO-Verpflichtungen erfüllen? Für mich ist die Frage der Familienpolitik die zentrale Frage staatlicher Politik".

Bestandteil der Entwicklung nationalen Bewußtseins ist auch die Forderung „Ausländer raus". Wir sehen keinen Zufall darin, daß der Rechtsanwalt Ursula Zöllers, Wolfgang Philipp, Mitunterzeichner des „Heidelberger Manifest" ist. Dieses fordert die Wiederbelebung der „deutschen Familien" gegen die „Überfremdung" durch ausländische Mitbürger.

Die Angst vor ungewollter Schwangerschaft, die uns Frauen zu Passivität und Ohnmacht verurteilt und die schon immer zu unserer gesellschaftlichen Unterdrückung benutzt wurde, wird es weiter geben; die Zahl der Abtreibungen wird nicht abnehmen, sondern die Bedingungen werden sich kraß verschlechtern. Frauen werden wieder zum Engelmacher gehen müssen, schonendere Abtreibungen werden wieder zum Privileg der Reichen.

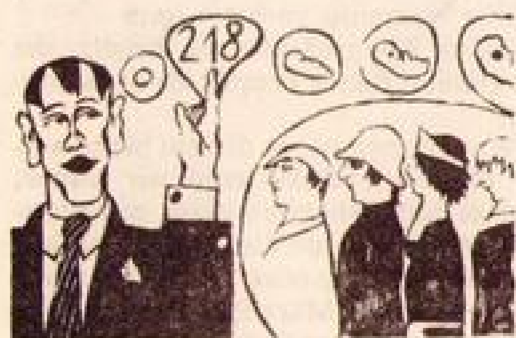
Männerherrschaft soll durch die Reduzierung der Frauen auf die Gebärfunktion und die Sicherung der Nachkommenschaft im Sinne der Herrschenden und ihrer Interessensverbände weiter ausgebaut werden. Dazu ist es u.a. notwendig, daß alle Formen der Sexualität, die nicht zur Schwangerschaft führen würden, totgeschwiegen, mißbraucht, tabuisiert oder verboten werden.

Wir Frauen rufen hiermit zu einer nationalen Großdemonstration am 26.2.83 (zum Jahrestag des BVG-Urteils vom 25.2.75) in Karlsruhe auf!

Treffpunkt: Adenauerring/Universität-Mensavorplatz, 11.00

Wir Frauen fordern nach wie vor:
- Ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch!
- Volle Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen!
- Voue rinalzierung von Scnwangerschaftsabbrüchen!
- Für die Selbstbestimmung unserer Sexualität!
- Für die Entwicklung von und Informationen über schonende und kostenlose Verhütungsmittel für Männer und Frauen!

Am 8./9.1.83 wird ein weiteres Treffen der nationalen § 218-Koordination stattfinden. Die Vorbereitung wird in allen beteiligten Städten anlaufen; wer genauere Informationen möchte, soll sich an die Kontaktstelle der Nationalen § 218-Koordination wenden:
Anke Seppelt, Strelitzstr. 14, 1000 Berlin 42, Tel. 030/705 26 57









Internationale Frauentagung in Dortmund:

Gegen Imperialismus und Patriarchat

Es begann wie üblich: Mit dem Vertagen der „Frauenfrage" auf n a c h der Revolution; Akteur: der Antiinterventionskongreß in Münster (Frühjahr 1982) ... Weniger üblich: Die Frauen (der betreffenden AG) konnten sich in ihrem Protest einigen:

„*Wir sind für den g l e i c h z e i t i g e n Kampf gegen das uns unterdrückende System und für unsere spezifischen Forderungen als F r a u e n, d. h. für unsere e n d g ü l t i g e Befreiung*" (aus der Resolution). Ganz außergewöhnlich: Der Beschluß, ein gemeinsames Seminar von/für (bundes)deutsche und lateinamerikanische Frauen durchzuführen — als erster Schritt, um falsche Abgrenzungen zu überwinden.

Lange Zeit mußte eine solche Auseinandersetzung daran scheitern, daß die (überwiegend kleinbürgerliche) Neue Frauenbewegung der Metropolen i h r e Betroffenheit — geprägt vor allem durch die Wahrnehmung p a t r i a r c h a l i s c h e r Gewalt — zu d e m Maßstab schlechthin für Frauenkampf macht bzw. machen konnte: Diese Variante des uralten europäischen Chauvinismus provozierte einfach Abgrenzung seitens der Frauen in der „Dritten Welt".

Inzwischen fangen dort immer mehr Frauen an, ihre spezifische Situation in den täglichen Überlebens- und Befreiungskämpfen miteinzubringen, entwickelt sich eine den d o r t i g e n Notwendigkeiten entsprechende autonome Bewegung: Frauenorganisationen wie AMNLAE (Nicaragua), AMES (El Salvador), CODEM (Chile) machen der hiesigen Frauenbewegung den Alleinvertretungsanspruch streitig und ermöglichen die notwendige Auseinandersetzung. Auch umgekehrt wächst die Bereitschaft dazu: In dem Maße, wie hier die Freiräume neu vermessen werden, imperialistische Gewalt auch in den Metropolen spürbarer wird, rückt die „Dritte Welt" näher an uns heran — zunächst mit einer Ahnung des Leidens, möglicherweise auch die Bewußtheit, daß Kampf die einzige Alternative ist ... Daß sich zu dieser internationalen Tagung — trotz (oder: wegen?) der allgemeinen „Bewegungskrise" gleich 400 Frauen anmeldeten, läßt hoffen!



Zum Ablauf

übrigen Frauen warteten stattdessen

lon (eif Frauen). Die Beteiligung der

Zum Ablauf

Mit Arbeitsgruppen, Plena, Filmen, Musik, Theater, Infotischen usw. war für die 2 1/2 Tage ein (über-)volles Programm vorgesehen ... Dabei gab es so viel zu diskutieren, daß viele Frauen auf parallel angebotene Kulturveranstaltungen verzichteten — eine geplante Fete ganz ausfiel...

Die Themen der Arbeitsgruppen reichten von *Frauen im revolutionären Prozeß* (an den Beispielen El Salvador, Nicaragua, Cuba), *Frauen im Widerstand in Lateinamerika* (an den Beispielen El Salvador und Chile) — über *Mechanismen der Frauenunterdrückung* (Kirche, Massenmedien, Faschismus), *Geschichte des Frauenkampfes in Lateinamerika und in der BRD* bis hin zu *Chancen und Probleme der solidarischen Zusammenarbeit* sowie *Bevölkerungspolitik* als Beispiel für den konkreten Zusammenhang zwischen Frauenunterdrückung hier und in der '3.Welt'.

Wie nicht anders zu erwarten, gab es teiweise Schwierigkeiten. So diskutierten z.B. fast ausschließlich westdeutsche Frauen über das Thema 'Solidarische Zusammenarbeit zwischen lateinamerikanischen und deutschen Frauen' — und wenn immer wieder die tradierten Formen der Solidaritätsarbeit kritisiert wurden, blieb die Alternative dazu recht vage.

In der AG 'Frauen im Widerstand in Lateinamerika' kam es kaum zu der geplanten Diskussion, weil eine Chilenin — ohne Absprache mit der Vorbereitungsgruppe — mit einem endlos-detaillierten Referat für die Unterstützung 'ihres' Projektes warb. Kritik an dieser Herangehensweise (bzw. der zugrundeliegenden politischen Festlegung) kam fast ausschließlich von anderen Lateinamerikanerinnen: Die übrigen Frauen warteten stattdessen ab, wollten mit d e m '3.Welt-Standpunkt' konfrontiert werden...

In den übrigen Arbeitsgruppen gelang die gemeinsame Diskussion. Exemplarisch wollen wir über zwei AG's näher berichten:

Frauen im revolutionären Prozeß

Die 2.Arbeitsgruppe 'Frauen im revolutionären Prozeß: Cuba, Nicaragua, El Salvador' war eine der zahlenmäßig stärksten AG's auf dem Kongreß. Ca. 80 Frauen diskutierten über die geschichtliche Entwicklung des Frauenkampfes in diesen Ländern und darüber, wie der revolutionäre Frauenkampf in Lateinamerika (LA) einzuschätzen sei. Das Informationsgefälle war groß, so verging erst mal viel Zeit mit der Darstellung der geschichtlichen Entwicklung dieser Länder.

Cuba

Samstag diskutierten wir über Cuba als ein Land, in dem die Frauen zwar die weitestgehende verfassungsmäßige Gleichberechtigung bekommen haben, wo aber die Masse der Frauen diese Rechte kaum gebraucht.

Woran liegt das? Die Ursachen sind wohl in drei Bereichen zu suchen. Einmal ist der Machismo (Männer das starke, Frauen das schwache Geschlecht; erwachsen aus den patriarchalischen Strukturen) der stärkste subjektive Faktor; dann behindert die aktuelle Situation in Cuba (Blockade-Drohungen, Isolation auf dem Weltmarkt, Sabotageakte und deren Folgen, "es fehlt an allem") die Schaffung einer Reihe von materiellen Voraussetzungen; nicht zuletzt müssen wir die Entwicklung der Frauenkämpfe untersuchen, um die Situation der Cubanerinnen beurteilen zu können.

Geschichte der Cubanerinnen vor der Revolution

Vor der Revolution gab es in Cuba eine Frauenorganisation, aus dem Mittelstand, die für die Frauen Wahl- und Scheidungsrecht erkämpfte. In den 20er Jahren propagierte die Frauenorganisation der kommunistischen Partei "Gleichen Lohn für gleiche Arbeit" und gewisse Mutterschutzregelungen. Sie bekam aber nie großen Einfluß; die Masse der Frauen stand am Rande solcher Forderungen. Wenn es Arbeit gab (oder auch "Bildung"), dann war die für Männer da. Neben besonders hohem Analphabetismus bei den Frauen (70% auf dem Land) kam als Erschwernis ein starker Mystizismus hinzu.

... in der Revolution

Am Guerillakampf sowie am revolutionären Kampf allgemein nahmen Frauen kaum teil. Es gab ein Frauenbataillon (eif Frauen). Die Beteiligung der Frauen am Kampf war "typisch weiblich", d.h. sie betreuten die Kämpfer in jeder Hinsicht, waren für Spionage, Nachrichtenübermittlung etc. da.

In den Städten selber beteiligten sich die Frauen stark an Untergrundaktivitäten des 26.Juni. Dort spielten sie eine führende Rolle. Die Widerstandskämpferinnen in Cuba begriffen sich in erster Linie als "Kämpferinnen". Ihre Situation als Frau, daraus resultierende Schwierigkeiten, sahen sie oftmals nicht. Die allgemeine Unterdrückung und das Elend waren so groß, daß die Situation der Frauen hintenüber fiel.

Die Arbeit der FMC

1960 schlossen sich alle Frauengruppen in der FMC (Federation de les Mujeres Cubanas) zusammen. Die arbeitete zunächst im Bildungs- und Gesundheitsbereich, "resozialisierte" die Prostituierten, baute Kinderkrippen auf und förderte Arbeitseinsätze auf Plantagen. Ab '64, verstärkt dann ab '74, begann die FMC die Frauen in den Produktionsprozeß zu integrieren (wegen starkem Arbeitskräftemangel). Vorübergehend hatten sie damit großen Erfolg. Kurze Zeit später schied jedoch ein Großteil der Frauen wieder aus. Die Doppelbelastung (Arbeit und Haus-Arbeit) war zu groß. Nach wie vor waren Frauen alleine zuständig für den gesamten Reproduktionsbereich. Im Unterschied zu den Frauenorganisationen in Europa sind in der FMC überwiegend Hausfrauen organisiert, was zu großen Widersprüchlichkeiten führt.

... den ideologischen Kampf auf Massenebene führen ...

Wenn in Cuba eine bürokratische Ent-

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorhergehender Seite

wicklung stattgefunden hat, d.h. wenn zwar von der Führung des Landes fortschrittliche Maßnahmen ergriffen werden, aber die Masse der Cubaner sie nicht selbst erkämpft hat, wie soll das bei den Frauen, die ein Teil der sozialen Prozesse sind, anders sein?

Diese Umstände müssen berücksichtigt werden, wenn wir uns fragen, inwieweit die FMC die Situation der Cubanerinnen weiterentwickelt hat. Fest steht, daß sie sehr spät die Notwendigkeit der Beseitigung der Doppelbelastung der Frauen und deren ideologische Grundlage erkannt und in Angriff genommen hat.

Wie schon in der Vorbereitungsgruppe haben wir es in der Arbeitsgruppe nicht geschafft, alle auftretenden Fragen auszudiskutieren, bzw. Fragen sind lediglich aufgeworfen worden. Z.B.: Ist die FMC ein Durchlauferhitzer für die Kommunistische Partei Cubas? ... Ist die FMC eine "Organisation für Frauen, aufgebaut von Fidel Castro"? Hemmt die FMC sogar eine Radikalisierung von Frauenbewußtsein, so wie sie die Ehe und die Frauenrolle propagiert und in den Massenmedien darstellt?

Zur Frage"Was können die Frauen in Cuba, in LA, gegen Frauenunterdrückung tun?" die These der Vorbereitungsgruppe: Solange die objektiven, materiellen Voraussetzungen (Auslagerung des Reproduktionsbereiches aus der Familie) nicht garantiert werden können, müssen die Lateinamerikanerinnen ihren Schwerpunkt auf den ideologischen Kampf legen. Dabei müssen, aus der historischen Situation heraus, u.U. Abstriche an der Radikalität der Forderungen gemacht werden, denn: Welchen Sinn hat es, sich als kleine radikale Frauengruppe individuell zu emanzipieren? Diese Emanzipation, wenn sie isoliert bleibt, ist keine. Der ideologische Kampf muß auf Massenebene geführt werden.

Allgemeine Daten zu El Salvador

Zuerst einige Tatsachen zur allgemeinen Situation der Frauen in El Salvador:

— In der Regel erhalten sie 25% weniger Lohn als die Männer.

— In vielen Fabriken werden an den Frauen gynäkologische Untersuchungen vorgenommen. Wenn sie schwanger sind, werden sie nicht eingestellt.

— Eine übliche Praxis ist es, den Frauen nach drei Monaten zu kündigen und sie dann neu einzustellen, um keine Sozialleistungen zahlen zu müssen.

— In der einzigen Geburtenklinik in San Salvador werden Frauen oft ohne ihr Wissen sterilisiert.

— Der Prozentsatz von Repressionen gegen Frauen ist besonders

ohne ihr Wissen sterilisiert.

— Der Prozentsatz von Repressionen gegen Frauen ist besonders

hoch. Als Ausdrucksform von Faschismus und Machismus werden bei verschleppten Frauen besonders das Gesicht, die Brüste und der Bauch verstümmelt.

— Wenn Frauen studieren und etwas lernen konnten, finden sie anschließend kaum Arbeit. Der einzige Vorteil, den die meisten davon haben, ist eine Stärkung des Selbstwertgefühls.

— Auch in El Savador gilt die Ehe und Familie als die höchste Form des Zusammenlebens. Daraufhin werden die Kinder, besonders bei den ärmeren Leuten, erzogen. Die Mädchen haben nie gelernt, "Familienvorstand" zu sein. Obwohl sehr viele Männer ihre Frauen wieder verlasssen oder gar nicht erst heiraten.

Es gibt verschiedene Frauenorganisationen, die nur aufgezählt werden sollen:

Das Komitee von Müttern und Familienangehörigen von Gefangenen, Verschwundenen und aus politischen Gründen Ermordeter El Salvadors — Monsenor Arnulfo Romero, die CUMS (Comite unitares de el mujeres Salvador), einen Verband akademischer Frauen und die AMES (Asociation de mujeres de el Salvador), über die wir hauptsächlich diskutierten.

Ziele und Arbeit der AMES

Sie ist 1979 gegründet worden und hat folgende allgemeine Ziele:

— Die bewußte Auswertung der Frauenkämpfe in anderen LA-Ländern und in El Salvador.

— Das Bewußtsein der Frauen auf allen Ebenen zu entwickeln, sie in die Lage zu versetzen, Forderungen zur Verbesserung ihrer aktuellen Situation zu entwickeln und durchzusetzen, aber auch Perspektiven zu erarbeiten, um zu verhindern, daß die Frauen irgendwann einmal wieder hinter ihren Kochtöpfen verschwinden.

In El Salvador kämpfen viele Frauen (30 %) in militärisch/politischen Strukturen, z. T. in sehr verantwortungsvollen Aufgaben. Das heißt aber noch nicht, daß sie ein ausgeprägtes Bewußtsein von ihrer Rolle als Frau haben. D.h.: Es gibt Probleme, die nur die Frauen betreffen, die müssen ihren Ausdruck in der politischen Arbeit finden.

AMES arbeitet in den Städten, auf dem Land, in den besetzten Gebieten (Aufbau von Komitees und deren Koordinierung). Sie versteht sich nicht als „die" Frauenorganisation, d.h. in Konkurrenz zu anderen Organisationen und Gruppen. So sind in AMES hauptsächlich die Frauen, die keine anderen Vertretungen haben, organisiert: Hausfrauen, „fliegende Händlerinnen", Marktfrauen, aber auch Arbeiterinnen, Landfrauen, Leh-

Händlerinnen", Marktfrauen, aber auch Arbeiterinnen, Landfrauen, Leh-

rerinnen, Organisierte und nicht Organisierte arbeiten mit.

AMES sammelt Probleme, die Frauen an sie herantragen, arbeitet in der Gesundheitsvorsorge, im Bildungsbereich (Alphabetisierung).

AMES ist zwar dem FDR angegliedert, wie viele andere kirchliche, demokratische und linke Organisationen, arbeitet allerdings völlig eigenständig, plant z.B. das FDR-Regierungsprogramm um fehlende Frauenforderungen zu „bereichern". Im Gegensatz zu anderen Gruppen im FDR geht sie nicht davon aus, daß nach der Revolution die Probleme der Frauen von selbst gelöst sind.

Als demokratische Organisation ist AMES offen für alle Frauen, die in Opposition zu diesem Regime stehen und als Frauen kämpfen wollen, ist autonom und hat eigene Arbeitsweisen. Was ihnen oft den Vorwurf einbringt, „als Feministinnen außerhalb der Realität ihres Landes zu kämpfen".

Cuba, Nicaragua, El Salvador - ein Vergleich

Warum sind die Frauen in El Salvador weiter als die in Nicaragua, erst recht als die Cubanerinnen? Sowohl was die Beteiligung an den allgemeinen Kämpfen als auch die Entwicklung von frauenspezifischem Bewußtsein betrifft?

Allgemein läßt sich sagen: El Salvador ist ein kleines Land. Der Widerstand (Guerillakampf) mußte direkt aus der Bevölkerung erwachsen. Die Beteiligung des ganzen Volkes, somit auch die der Frauen ist viel größer als in Nicaragua, erst recht Cuba, ist Voraussetzung. In Nicaragua wurden die Dörfer/Gebiete in Blitzaktionen bei Nacht und Nebel eingenommen, während sich die Guerilla in El Salvador mit der Bevölkerung des Dorfes, das befreit werden sollte, abspricht.

Die Tatsache, daß die allgemeine Elendssituation die Frauen doppelt und dreifach trifft, läßt ihnen keine andere Wahl als am Überlebenskampf teilzunehmen, als Alleinstehende, als fliegende Händlerinnen (illegale Verkäuferinnen) etc.

Durch die Beteiligung von Männern und Frauen am Widerstand ist es leichter, ein allgemeines Verantwortungsgefühl für die Gemeinschaft, zu der auch die Frauen mit ihren Problemen gehören, zu entwickeln. So wurden Frauenkomitees von AMES in besetzten Gebieten, auch innerhalb der Volkskomitees, in Diskussion mit der Bevölkerung gebildet.

Offene Fragen - auch in El Salvador

Offen bleibt die Frage: Inwieweit ein weniger machistisches Verhalten der Männer nicht vorübergehend eine Frage des Drucks ist, also keine tatsächliche Bewußtseinsänderung stattgefunden hat. Ein Mann, der eine Frau vergewaltigt hat, wird z.B. aus dem befrei-

den hat. Ein Mann, der eine Frau vergewaltigt hat, wird z.B. aus dem befrei-

ten Gebiet ausgeschlossen, das bedeutet: Ungeschützt in umkämpften Gebieten leben oder fliehen zu müssen.

Auch hier gibt es offene Fragen:

- Wie diskutiert AMES den Umgang mit der Institution Ehe,

- wie sieht sie ihr Verhältnis zur Autonomie und zu anderen Organisationen für die Zukunft,

- reichen die oben geschilderten Voraussetzungen für Widerstand in El Salvador, um das Mehr an Frauenbewußtsein im Vergleich zu den anderen Ländern zu erklären?



AG Bevölkerungspolitik

Der Hamburger Arzt Lindemann vom Elisabeth-Krankenhaus mißbraucht Frauen als Versuchskaninchen, indem er an ihnen teilweise ohne ihr Wissen herumsterilisiert. Dazu benutzt er auch noch verbotene chemische Stoffe. Er will eine Sterilisationsmethode entwickeln, die, da operationslos und billig, im Massenverfahren angewandt werden kann. Außerdem wird die Patientin nicht arbeitsunfähig (sie bleibt also als Arbeitskraft für Beruf und Familie und besonders für ihre Aufgabe als Mutter erhalten). Er arbeitet damit an einem Konzept der vorbeugenden Widerstandsbekämpfung, das die Herrschenden Bevölkerungspolitik nennen - ein Konzept, das das Selbstbestimmungsrecht der Frau mit Füßen tritt, um imperialistische Ziele zu verfolgen. Lindemann und Co. experimentieren an einigen von uns rum, um andere in Massen zwangssterilisieren zu können. Ziel ist es, zuviel „unwertes" Leben gar nicht erst entstehen zu lassen: Was nützen Kinder von Ausländerinnen, Sozialhilfeempfängerinnen, Frauen aus der Dritten Welt ..., wenn sie später nicht alle profitabel ausgebeutet werden können. So wollen sich die Herrschenden über Politik mit Frauenkörpern die nötige Ruhe für ihre Ausbeutung und Unterdrückung sichern, ohne viel Geld für teure Befriedungsstrategien wie Sozialausgaben, Entwicklungshilfe ... ausgeben zu müssen. (Aus einem Flugblatt einer Hamburger Frauengruppe)

Diesen Fall nahm eine Hamburger Frauengruppe zum Anlaß, sich weiter mit dem Thema zu beschäftigen. Sie stellten eine Ton-Dia-Show zu Zwangssterilisation und Bevölkerungspolitik in der Dritten Welt her: „Nicht Armut, sondern die Armen beseitigen".

Anhand von Beispielen aus allen Dritte-Welt-Ländern (Asien, Afrika, Amerika) wird gezeigt, mit welchem Interesse Zwangssterilisationen, Verhütungsmittelkampagnen und Kampagnen zur Durchsetzung der „westlichen Kleinfamilie" durchgeführt werden. Zur Durchsetzung dieser Kampagnen wurden in den USA „Familienplanungsorganisationen" wie AID (Agency for international Developement) und IPPF (International planned parenthood Federation/Dachverband der Pro-Familia) gegründet. Die AID ist eine direkte Unterabteilung des US-Außenministeriums; es verwaltet inzwischen die Hälfte des Welthaushaltes zur Bevölkerungskontrolle. Unter dem Deckmantel der Bevölkerungskontrolle unterstützt die AID Programme zur Widerstandsbekämpfung. Die IPPF war ursprünglich eine Organisation der US-amerikanischen Frauenbewegung; mittlerweile ist sie voll in Händen des US-Großkapitals. Diese Organisation führt durch Verhütungsmittelkampagnen Versuche zur Verhütungsmittelforschung an Frauen in der Dritten Welt durch. Der Arzt Lindemann ist Mitglied der Pro-Familia und nimmt im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit an diesen Kampagnen teil.

Anhand dieses Falles entwickelte sich eine Diskussion über die Pro-Familia, die hier von Frauen als die fortschrittlichste Beratungsstelle in bezug auf §-218-Zwangsberatung angesehen wird. Daß sie aber auch hier nur im Rahmen der gesetzlichen Regelungen und Ideologien arbeitet, zeigt z.B., daß sie sich nie gegen die Zwangsberatung gewandt hat. Bei Forderungen nach mehr Pro-Familia-Beratungsstellen und vermehrter Verhütungsmittelforschung müssen Frauen bedenken, daß mit diesen Forderungen Mißbrauch getrieben wird. Sie dienen z.B. als Legitimation, die Frauen in der Dritten Welt zu Versuchskaninchen zu degradieren.

In der Dritten Welt soll durch Bevölkerungspolitik verhindert werden, daß die Masse der Bevölkerung, die verelendet ist, sich weiter vermehrt, da sie einen potentiellen Unruhe- und Widerstandsherd bildet. **„In Lateinamerika ist es hygienischer und effektiver, einen Guerillero in der Gebärmutter zu töten, als ihn in den Bergen oder Straßen zu suchen."** (McNamara, ehem. US-Kriegsminister, Chef der Weltbank)

Um es den Frauen schmackhafter zu machen, keine Kinder mehr in die Welt zu setzen, wird als Lösung der Armut die Kleinfamilie nach westlichem Vor-

bild angeboten. Die Kleinfamilie soll

zu setzen, wird als Lösung der Armut die Kleinfamilie nach westlichem Vor-

bild angeboten. Die Kleinfamilie soll wohlhabender sein, weil sie eben nur ein oder zwei Kind(er) zu ernähren hat. Da durch Kolonialismus und Imperialismus die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung zerstört wurden, um neue Produktionsweisen durchzusetzen, soll nun die Bevölkerung der veränderten Produktion angepaßt werden.

Bevölkerungspolitik hat Auslesefunktion: Die „zivilisierten" Nationen dürfen nicht aussterben. Ein altbewährtes Mittel hierfür ist das Aufwärmen der Heim-und-Herd-und-Vaterlands-Ideologie. Aber auch innerhalb der Industrienationen wird unterschieden zwischen denen, die Kinder kriegen sollen, und jenen, die nach Möglichkeit zwangssterilisiert werden (z.B. Ausländerinnen). Die Auslesevision geht mittlerweile so weit, durch Samenbanken nur noch schöne und kluge Menschen zu produzieren: Nur der Samen von Studenten und Akademikern wird verwandt. Bevölkerungspolitik hier und in der Dritten Welt dient den gleichen Zielen, und es sind hier wie dort die gleichen Organisationen, die sie durchsetzen. Praktische Solidarität mit den Frauen in der Dritten Welt heißt für uns, mehr solcher Punkte zu finden und zu bekämpfen.

Perspektivendiskussion

Eines der wichtigsten Ergebnisse für die meisten Frauen auf diesem Kongreß war, daß wir zwei Kämpfe führen müssen, bzw. diese zwei Kämpfe miteinander verbinden müssen: Gegen Imperialismus u n d Patriarchat. Aber: Wie füllen wir diese großen Worte, was bedeutet antiimperialistischer F r a u e n -Kampf? Kann eine Perspektive sein: Was die Frauen in Lateinamerika können, machen wir hier auch - bewaffneter Widerstand - wir sind keine Angsthasen? Militanz - schön und gut - nur ist bewaffneter Kampf eine F o r m des Widerstands, nie das Ziel. Unsere Situation in der BRD ist anders.

Von der Untersuchung, w i e sie ist, hängt auch die Frage der Formen unseres Kampfes ab.

Die Frauenbewegung (FB) in Europa konnte sich sehr gut im Rahmen dieses Systems entwickeln. Die Frauen, die dort sind, haben andere Möglichkeiten als die Lateinamerikanerinnen: die Möglichkeit einer relativen Bildung, sie können selbständiger sein. Die Lateinamerikanerinnen kommen vom „allgemeinen zum spezifischen Kampf". Wir kommen vom spezifischen (Frauenkampf) zur Analyse dieses Systems. Die „gefährliche Mischung" wird wahrscheinlich dazwischen liegen, in der Verbindung.

Eine Chilenin brachte unsere Überlegungen auf den Punkt: Als sie in die BRD kam, dachte sie, daß die „Sexualitätsfrauen" „von oben" manipuliert seien. Heute sieht sie das anders. Die materiellen Voraussetzungen für unsere Selbstbefreiung sind da. Aber die Zerstörung des täglichen Lebens, die Entfremdung ist so groß, daß vor allem auch an diesem Punkt angesetzt werden muß. Es ist nicht verwunderlich, wenn die Leute beim Kampf gegen den Überbau anfangen - schon für heute eine politische Perspektive bauen wollen. Was diesen Ansätzen am Beispiel „alternative Ernährung" fehlt, ist die Erkenntnis, daß es nicht nur auf die Beantwortung der Frage „anders essen" ankommt, sondern auf die Beantwortung der Frage „Was hat Ernährung mit dem System zu tun?"

Auf die Frauenbewegung bezogen bedeutet das, daß nicht einfach „ein Aspekt bevorzugt wird", wenn frau sich „nur" für den Kampf gegen das Patriarchat entscheidet. Das bedeutet auch: Der Feminismus hat gerade wegen seiner vielen Widersprüche offene (ideologische) Flanken gegen den Imperialismus. Die Herrschenden verfolgen die Strategie, die FB (die Frauen) zu spalten, in sie hineinzuarbeiten, haben damit auch Erfolg. Frauenkampf und Klassenkampf müssen parallel zueinander entwickelt werden, mit allen Konsequenzen (Zusammenarbeit mit Männern). Das soll aber nicht heißen, daß der feministische Frauenkampf an sich vom gesellschaftlichen Kampf abspaltet.

Ein Beispiel für mögliche (Um-)Funktionalisierung der FB war: Gerade dann, wenn Frauen anfangen, sich autonom Wissen über sich, über ihren Körper anzueignen, z.B. in Selbsterfahrungsgruppen, werden Institutionen wie die Pro-Familia massiv unterstützt, um wieder Kontrolle über die Frauen zu erlangen.

Es gibt viele Ansätze, viele Gruppen, aber wo läuft das zusammen? Wir müssen anfangen, e i n e große Kraft zu werden, uns zusammenzuschließen. Die Frage steht, mit wem wir uns zusammenschließen können. Gibt es die Einheit aller Frauen, bloß weil sie Frauen sind? Wir wollen auf Frauen

sammenschließen können. Gibt es die Einheit aller Frauen, bloß weil sie Frauen sind? Wir wollen auf Frauen

zugehen, die „nicht so weit" sind, das hat aber Grenzen. Nämlich genau da, wo bestimmte Tendenzen verhindern, daß Klassenkampf und Frauenkampf zusammenkommen.

Wir europäischen Frauen haben viel innerhalb des Systems erreicht. Das soll uns jetzt wieder weggenommen werden. Was setzen wir dem entgegen? Wie diskutieren wir unsere Perspektiven?

Womit wir bisher Mühe hatten, ist die Entwicklung einer längerfristigen Kampfperspektive. Bei unserem Kampf gegen unsere doppelte Unterdrückung haben wir den „allgemeinen" Kampf unberücksichtigt gelassen. Wir müssen ein Medium schaffen, in welchem Frauen sich artikulieren können, wo wir diskutieren können, wie wir uns aneinander annähern. Eine Form von Öffentlichkeit, die es ermöglicht, diese Probleme in aller Bewußtsein zu bringen, somit das größte Hemmnis zu beseitigen.

Dieser Kongreß war ein Ansatz, die Diskussion dieser Fragen zu organisieren.

Was können wir in diesem Sinne weiter tun? Wie diskutieren wir weiter, gibt es Möglichkeiten einer gemeinsamen Arbeit? Ein Vorschlag, der auf dem Kongreß großen Anklang fand, war: Für den 8. März 1983 eine gemeinsame Demonstration vorzubereiten, unter dem Motto „Gegen Imperialismus und Patriarchat". Wie können wir diese Parole mit Inhalt füllen? Es liegt an uns, endlich anzufangen, uns gemeinsam mit den ausländischen Frauen Gedanken zu machen über eine Verbindung unseres Frauenkampfes mit einem Kampf um eine bessere Gesellschaft. Wir müssen unsere Erfahrungen verbinden mit denen der Revolutionäre in unserem eigenen Land. Dabei können wir z.B. von den Frauen aus Lateinamerika viel lernen.

(Dieser Artikel wurde geschrieben von mehreren Teilnehmerinnen des Kongresses)

Guatemala nach dem Putsch

Gewehrkugeln statt Bohnen

Fast ununterbrochen erreichen neue Schreckensmeldungen von Massakern, Flüchtlingselend und Not in Guatemala die Weltöffentlichkeit. Amnesty international erklärte Guatemala zu einem der Länder mit den schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen. Am 14.10. machte Amnesty international folgende Pressemitteilung: „Regierungstruppen und neuformierte ‚Zivilschutzeinheiten' haben in Guatemala seit der Machtübernahme im März durch General Efraim Rios Montt mehr als 2600 Indianer und Kleinbauern massakriert." (FR, 14.10.82).

Am 25.10.82 berichtete die TAZ, daß ein vom Militär geplantes Massaker an 5000 eingeschlossenen Indianern in letzer Minute durch die starke Präsenz und das entschlossene Eingreifen von Journalisten, Solidaritätskomitees und Menschenrechtorganisationen verhindert werden konnte. Im folgenden befassen wir uns mit der politischen Situation in Guatemala seit den Wahlen im März dieses Jahres und damit, wie es zu dieser Eskalation der Repression kam.

Auftakt zum Putsch begann mit der Wahlfarce

Am 7. März dieses Jahres fanden in Guatemala die vom damaligen Präsidenten Lucas Garcia angekündigten „freien und demokratischen Wahlen" statt. Das Volk hatte dabei die „Wahl" zwischen vier Kandidaten des ultrarechten bis offen faschistischen Spektrums. Wahlberechtigt war nur, wer schreiben konnte, d.h. genauer, wer seinen Namen schreiben konnte (63,3 % der Bevölkerung über 7 Jahre sind Analphabeten). Ansonsten gibt es in Guatemala Wahlpflicht. Wer nicht wählt, wird mit Geldstrafe oder Knast bedroht oder der Zusammenarbeit mit der Guerilla verdächtigt — ein sicheres Todesurteil in Guatemala!

Ziel der Wahlfarce war es, eine scheinbare demokratische Legitimation zu erreichen, die die Auslandsinvestitionen und Waffenhilfe, insbesondere aus den USA, erleichtern könnte. Die Guerillaorganisationen hatten zum Wahlboykott aufgerufen und ihre Position durch die Zerstörung von 73 Bürgermeistereien und von ca. 27 % der Wahllokale deutlich gemacht. Der Wahltag selbst verlief in jener Art von „Freiheit", die Guatemala seit 1954 genießt: Die Armee rieglte die Städte ab, kappte die Telefon- und Telexverbindungen, Beobachter waren nicht zugelassen und im Departement El Quiche wurden Massaker an der Bevölkerung begangen.

Wahlsieger durch Wahlmanipulation wurde dann General Anibal Guevara Rodriguez, der für die Frente Democratico Popular kandidierte. Dieses Ergebnis war keine Überraschung, da es auch zu den oben erwähnten „Freiheiten" Guatemalas gehört, daß der jeweils amtierende Präsident seinen Nachfolger durch Wahlmanipulation an die Macht bringt.

So wurde zunächst nachgewiesen, daß in Orten mit einem Wählerverzeichnis von 2000 Wählern 4000 Stimmen abgegeben wurden usw. Kurz darauf begab sich die „Opposition", d.h.

So wurde zunächst nachgewiesen, daß in Orten mit einem Wählerverzeichnis von 2000 Wählern 4000 Stimmen abgegeben wurden usw. Kurz darauf begab sich die „Opposition", d.h.

die drei „unterlegenen" ultrarechten Parteien, auf die Straßen Guatemalas um lautstark gegen den Wahlbetrug zu protestieren. Das waren im übrigen die einzigen Leute, die sich seit langem trauten, in Guatemala Stadt zu demonstrieren.

Der Putsch vom 23. März 82 verlief recht undramatisch. 5 Offiziere besetzten mit ihren Armeeteilen den Platz vor dem Präsidentenpalast in Guatemala Stadt und zwangen den noch amtierenden Präsidenten Lucas Garcia zum Rücktritt. Der Putsch verlief unblutig. Lucas Garcia durfte nach einigen Tagen Arrest nach Bolivien ins Exil verschwinden. Sofort nach dem Putsch wurde eine dreiköpfige Militärjunta unter der Führung des 57jährigen Brigadegenerals a.D. Rios Montt gebildet.

Die Generale haben gewechselt, die Mörder des guatemaltekischen Volkes sind geblieben

General Rios Montt: Er wurde 1950 in der Panamakanalzone, 1961 in Fort Bragg in North Carolina von US-Spezialisten ausgebildet, insbesondere im Antiguerillakampf. 1973 wurde er Generalstabschef unter dem Diktator General Arana Osorio. Hier war er verantwortlich für Massaker an der indianischen Bevölkerung. Am 27. Mai 1973 kommandierte er ein Bataillon, das, unterstützt von Kampfhubschraubern und Spähwagen, in den Bergen der Provinz Jalapa die unbewaffneten Bauern in den Orten Sansirisay und San Manuel Chaparon angriff und ein Blutbad anrichtete, bei dem 30 Bauern umkamen. Die Aktion fand im Rahmen einer Antiguerillakampagne statt. Montt wurde für seine Verdienste in der Aufstandsbekämpfung mit dem Militärverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet. Am 3. März 1974 war er Präsidentschaftskandidat der „Frente Nacional de Oposicion", in der die Christdemokraten den Haupteinfluß hatten und die von der FUR unterstützt wurde. Sein Wahlsieg galt als sicher. Er wurde jedoch durch offensichtliche Wahlmanipulation von General Laugerud Garcia aus dem Rennen geworfen (ein Verwandter von Lucas Garcia). Montt akzeptierte schließlich — bei einer Abfindungssumme von 1 Million Dollar — den Wahlbetrug und ging als Militärattaché nach Spanien. Aus dieser Zeit ist er im Besitz großer Ländereien in Peten und Verapaz. Montt reiste mehrfach in die USA. Er war Direktor der „interamerikanischen Schule der Verteidigung" mit Sitz in Washington. Er gilt als besondere Vertrauensperson der USA.

General Maldonado Schaad: Auch er war unter Arana Osorio Mitglied des Generalstabes und wurde dann zum Kommandanten des Heeres ernannt. Auch er hat US-amerikanische Militärausbildung. Vor dem Putsch war er als Chef der Luftwaffe für zahlreiche Massaker an der indianischen Bevölkerung verantwortlich. (Bombardierungen von Dörfern, Menschenjagd mit dem MG vom Hubschrauber aus.) Schaad war weiterhin Chef der Ehrengarde, einer Todesschwadron, die im Volksmund „la caja negra" — der schwarze Sarg — genannt wird. Nicht ohne Grund wurde er bei einem Attentat der Befreiungsorganisationen 1981 verletzt.

Coronel Gordillo Martinez: Er begann seine Militärausbildung 1957 in Agujas Negras in Brasilien, dann lernte er weiter in der Panamakanalzone, wo er das Zertifikat „Experte des Dschungels" erhielt. 1974 erhielt er von der Heeresschule „Las Americas" das Diplom für die erfolgreiche Teilnahme am Generalstabskurs. Seitdem ist er Kommandant in einigen Kasernen gewesen. In Quetzaltenango setzte er den Chef der Brigade, Coronel Camey, wegen seines

die erfolgreiche Teilnahme am Generalstabskurs. Seitdem ist er Kommandant in einigen Kasernen gewesen. In Quetzaltenango setzte er den Chef der Brigade, Coronel Camey, wegen seines

angeblich mangelhaften Durchsetzungsvermögens ab. Seitdem war er Kommandant der Kaserne, wo er direkt an Massakern an der Bevölkerung in Quetzaltenango, Quiche, Chimaltenango und Huehuetenango beteiligt war. In seiner Kaserne wurde neben vielen anderen auch der Chef der Bauerngewerkschaft Emeterio Toj Medrano zwei Wochen lang grausam gefoltert.

Unterstützung findet das saubere Triumvirat in Guatemala insbesondere von den Christdemokraten, deren Kandidat Montt war, von den Verlierern der Wahlfarce — insbesondere von der faschistischen MLN (ihr sind mehrere Terrorbanden angeschlossen) und von CAN, sowie von der Hierarchie der katholischen Kirche. Die Anerkennung des Auslandes vollzog sich in folgender Reihenfolge: Erstens Pinochet aus Chile, dann USA, Taiwan und Israel (wichtigster Waffenlieferant Guatemalas).

Nach dem Putsch ging ein Aufatmen durch Guatemala

Trotz allem ging nach dem Putsch eine Welle der Hoffnung auf Liberalisierung durch die Menschen, die zunächst auch von der Junta geschürt wurde, um insbesondere im Ausland eine gewisse Anerkennung zu erreichen. Die Junta ließ verlauten, daß die Verantwortlichen des Lucas Garcia Regimes vor Gericht gestellt werden sollten (wovon sehr schnell nicht mehr die Rede war); die Achtung der Menschenrechte sollte wiederhergestellt werden; einen neuerlichen Wahlbetrug wolle man ausschalten; Wahlen wurden in Aussicht gestellt — natürlich ohne Nennung eines konkreten Termines; die Pressefreiheit sollte es wieder geben — natürlich dürfe die Presse aber nur ‚frei' berichten, ‚Propaganda' sei verboten; einige beim Volk besonders verhaßte Polizeiführer und Beamte wurden entlassen.

Doch gab es auch ganz real eine kurze Phase der Entspannung. Polizei und Militär waren in den Straßen der Hauptstadt nicht mehr so stark präsent wie vorher. Angehörige von „Verschwundenen" meldeten sich zu Wort, um Aufklärung über den Verbleib der Menschen zu fordern. In der Presse erschienen wieder Erklärungen von Organisationen, die lange verschwunden waren, und die „Huelga de Dolores", der traditionelle karnevalistische Umzug, in dem die Studenten der San Charlos Universität die führenden Persönlichkeiten des Landes verspotteten, fand nach Jahren wieder statt. Teilweise machte sich auch die Wut des Volkes die überfällige Luft. So wurde das Haus des früheren Innenministers Alvaron Ruiz von wütenden Menschen gestürmt und geplündert. Leider hielt

se machte sich auch die Wut des Volkes die überfällige Luft. So wurde das Haus des früheren Innenministers Alvaron Ruiz von wütenden Menschen gestürmt und geplündert. Leider hielt

der feine Herr sich gerade in den USA auf und entkam so seiner gerechten Strafe. Er war für zahlreiche Folterungen und Morde persönlich verantwortlich. In seinem Haus wurden ein umfangreiches Geheimarchiv über „Subversive", ein reichhaltiges Waffenarsenal und eine komplett ausgestattete Folterkammer sowie mehrere Gefängniszellen entdeckt.

„Die Streitkräfte der Militärjunta fahren fort, unsere Gemeinden zu massakrieren"

So lautet die Überschrift der Erklärung der Besetzer der brasilianischen Botschaft vom 15. Mai '82. Weiter heißt es: „*Wir möchten, daß bekannt wird, daß diese Junta, gebildet am 23. März 1982 von Generälen und Offizieren, nicht nur die Politik der Massaker und der Zerstörung der bisherigen Militärregierung fortgesetzt hat, sondern daß in einigen Regionen die Massaker noch intensiviert wurden.*" Dies schreiben die Besetzer, bevor sie damit beginnen, die zahlreichen Morde der neuen Regierung aufzuzählen. Die Volksorganisation FP 31, die an der Besetzung der Botschaft beteiligt war, beziffert die Zahl der Toten durch Militär und dessen Mörderbanden in den ersten beiden Monaten der neuen Regierung auf über 6000. 16 Ortschaften wurden dem Erdboden gleichgemacht, die Bewohner ermordet.

Von der Militärjunta zur Präsidialdiktatur

Anfang Juni kam es zu einer offiziellen Auflösung der Militärjunta, bei der die Gründe im Dunkel geblieben sind. Die Junta-Mitglieder Schaad und Martinez erklärten ihren Rücktritt. Die Rücktritte machten es möglich, daß Montt am 9.6. zum Präsidenten der Republik ernannt wurde und offiziell die Funktionen der Legislative und Exekutive des Staates übernahm. Der Ausdruck Militärjunta wurde offizeil im Regierungsstatut geändert in den wohlklingenderen Begriff „Präsident der Republik". Inwieweit hinter den Rücktritten Machtkämpfe innerhalb der Junta standen, ist unklar. Jedenfalls beeilten sich die zurückgetretenen Juntamitglieder, Montt öffentlich ihre Loyalität zu versichern. Montt nahm dann auch sehr bald die Gelegenheit wahr, die auf ihn übergegangenen Machtpositonen zu nutzen.

Am 1. Juli lief das sogenannte Amnestie-Angebot an die Guerilla ab, das Aufständischen, die ihre Waffen abliefern, die Freiheit versprach. Während die Guerillaorganisationen von einem totalen Fehlschlag der Amestie-Aktion

Am 1. Juli lief das sogenannte Amnestie-Angebot an die Guerilla ab, das Aufständischen, die ihre Waffen abliefern, die Freiheit versprach. Während die Guerillaorganisationen von einem totalen Fehlschlag der Amestie-Aktion

sprechen, war sie nach offiziellen Angaben ein voller Erfolg. Angeblich sollen 1800 Personen das Regierungsangebot genutzt haben. Die mit Ablauf der Amnestiefrist getroffenen Maßnahmen sprechen allerdings nicht dafür, daß es der Regierung gelungen ist, größere Einbrüche in die Guerilla zu erzielen. Montt verkündete den Belagerungszustand. Weiterhin kündigte er die Generalmobilmachung und die Einrichtung von Militärgerichten an zur Aburteilung von Terroristen. Diese hätten bei schweren Verbrechen, z.B. Sprengstoffanschlägen,die Todesstrafe durch Erschießen zu erwarten.

Neue Formen verschärfter Repression

Schon die alte Regierung hatte das neue Prinzip der Zivilpatrouillen entwickelt, doch Montt baute es wesentlich aus. Zivilpatrouille besagt: Soldaten werden als Bauern verkleidet, Spitzel werden organisiert und Bauern werden mit Gewalt gezwungen mitzuarbeiten. Dann werden diese Leute ganz miserabel bewaffnet und erhalten die Aufgabe, Dörfer vor angeblichen Überfällen der Guerilla zu schützen. Rein militärisch wird der Effekt der Zivilpatrouillen sehr gering eingeschätzt, nicht jedoch propagandistisch. Die Guerilla soll gezwungen werden, auf „indianische Bauern" zu schießen, um das dann publik zu machen. Weiterhin werden die Bauern gezwungen, vor den Kameras des Fernsehens die Regierung und das System der Zivilpatrouillen zu preisen, um den Eindruck zu erwecken, die Bauern stünden hinter der Regierung. Weiterhin haben die Patrouillen ihre Funktion als Instrumente zur Einschüchterung und Bespitzelung in den Dörfern.

„Fusiles y frijoles" — Gewehre und Bohnen — nennt Montt eine andere, neue Form der Repression. Danach sollen regierungstreuen Dörfern in geringem Umfang staatliche Hilfen zuteil werden, während gegen Dörfer, die in Gebieten mit verstärkter Guerillaaktivität liegen, mit Gewehren vorgegangen wird. Die noch gestiegene Zahl der Massaker unter der Putschregierung hat also eine Planmäßigkeit. Die Massaker werden fast ausschließlich von Uniformierten verübt, die jedes menschliche Wesen, das ihnen begegnet, abknallen, erschlagen oder mit der Machete enthaupten. Dann werden die Massaker der Guerilla in die Schuhe geschoben. Das ist neu, unter der Regierung Garcia hieß es immer nur, „Unbekannte" hätten die Morde begangen. Jede größere Konfrontation mit der Guerilla wird geleugnet. Montt dagegen gibt den Kriegszustand in den Nordprovinzen offen zu. Soweit zur Politik der Gewehre. Nachdem die

kannte" hätten die Morde begangen. Jede größere Konfrontation mit der Guerilla wird geleugnet. Montt dagegen gibt den Kriegszustand in den Nordprovinzen offen zu. Soweit zur Politik der Gewehre. Nachdem die

staatlichen Terrorbanden die Dörfer verlassen haben, setzt die Strategie der „Bohnen" ein. Ärzte in Uniform kümmern sich um die verletzten Überlebenden. Soldaten helfen die niedergebrannten Hütten wieder aufzubauen und die Bevölkerung wird mit Lebensmitteln versorgt, nachdem zuvor die gesamte Ernte vernichtet wurde. Das Ganze wird verkauft als großzügige Hilfeleistung der Militärs an die armen, von der Guerilla geknechteten Bauern.

Der neue Präsident und der Kommunitarismus

Kommunitarismus heißt der „neue" Weg, den Präsident Montt anzustreben vorgibt. Auf die Frage eines TAZ-Redakteurs, was darunter zu verstehen sei, antwortete er: „*Eine Zwischenmenschliche Beziehung, die weder vom Kommunismus noch von der Demokratie kommt. Jeder ist ein Mitglied der Familie, nimmt an allem teil und arbeitet in der Gemeinschaft... Mit Hilfe der christlichen Brüder in den USA werden wir Musterdörfer errichten, mit Schule und Gesundheitsposten, wo jeder sein eigenes Haus hat mit eigenem Grund als Privateigentum. Und rundherum gibt es das gemeinschaftliche Eigentum.*" Der Großgrundbesitz solle aber natürlich nicht angetastet werden. Falls das guatemaltekische Volk sich mit diesen Böhnchen nicht begnügen will, hat Montt dann ja immer noch die blauen Bohnen für die Campesinos.

Lateinamerika-Kommission

Quellenangaben
Guatemala Nachrichten 5/82
Blätter des iz3w, August 82
ila-info Nr. 58
Taz 3.6.82
FAZ 2.7, 31.7., 29.7.82



aus: Guatemala-Nachrichten 10/81

Radios des Widerstands

Dort, wo Flugblattverteilen schon eine Gefahr für Leib und Leben ist, wo Zeitungen der Linken nur illegal verbreitet werden können, wo die Menschen durch das Medienmonopol der Diktatur von der Opposition und dem Widerstand abgeschnitten werden, haben illegale Radiosender eine große Bedeutung. Der technische Aufwand ist heute nicht mehr allzu viel höher als eine Druckmaschine zu betreiben, das Risiko auch nicht höher als eine illegale Druckerei zu führen, und der Vorzug ist: mit einem Schlag können tausende oder gar hunderttausende von Menschen mit den Informationen des Widerstand erreicht werden.

Wir stellen im folgenden zwei Sender vor, die von sehr verschiedenen Ausgangsbedingungen bestimmt sind. ,,Radio Liberacion'' in Chile, ein Sender aus dem Untergrund, der Illegalität und ,,Radio Farabundo Marti'', ein Sender in den freien Gebieten El Salvadors.

Radio Farabundo Marti

In dem kleinen El Salvador existieren zwar fünf Fernsehkanäle, 51 Radiosender, vier national erscheinende und eine Vielzahl lokaler Zeitungen. Aber mit der Verhängung des Ausnahmezustandes vor drei Jahren haben die Militärs die Kontrolle über die Berichterstattung völlig an sich gerissen. Das bedeutet, daß in den öffentlichen Medien keinerlei Berichte über erfolgreiche Aktionen der FMLN erscheinen dürfen, sondern ausschließlich Erfolgsmeldungen der Regierungstruppen verbreitet werden.

In einer Situation, in denen ganze Familien wegen unbegründeter Verdachte oder einfach nur zur Abschreckung von den Herrschenden massakriert werden und mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht lesen und schreiben kann, sind Flugblätter und Zeitungen kein Mittel, um die Massen regelmäßig und möglichst umfassend zu informieren.

Im Januar 1981 errichtete die FMLN deshalb ihren ersten Sender in einer von ihr kontrollierten Zone im Departement Morazan (im Nordosten von El Salvador): Das inzwischen weltbekannte Radio Venceremos. Im Dezember 1981 versuchte die Regierungsjunta deshalb, in ihrer bis dahin größten Offensive, diesen Sender zu zerschlagen. Trötz der ungeahnten Bombardements und Massaker unter der Zivilbevölkerung setzte Radio Venceremos gegen Ende der Offensive seine aus Sicherheitsgründen eingestellten Übertragungen fort. Und damit nicht genug. Zu dem von Regierungstruppen angeblich schon zerstörten Radio gesellte sich noch ein zweiter Widerstandssender. Am 22.1.1982 begann das im Department Chalatenango (im Nordwesten von El Salvador) stationierte Radio Farabundo Marti mit seinen Übertragungen.

Was sendet dieses Radio denn eigentlich? Dazu die Verantwortliche des Senders: ,,Neben den täglichen Berichten von militärischen Aktionen der FMLN, senden wir eine 14-tägige und monatliche Zusammenfassung. Das heißt, Anzahl der eingenommenen Städte, Art und Anzahl von erbeuteten Waffen, Angriffe, Niederlagen der Regierungstruppen usw. Ein weiterer Teil sind Berichte über die politische Situation im Lande, wie z.B. über die sich zuspitzenden Widersprüche innerhalb der Regierung und der Gesetzgebenden Versammlung. Neben der Information über die wirtschaftliche Situation El Salvadors — Inflationsrate, Preissteigerungen, Streiks, ausgebliebene Lohnzahlungen etc. — werden durch Radio Farabundo Marti die Forderungskataloge und Plattformen der im Untergrund agierenden Gewerkschafts- und Studentenbewegungen und Komitees verbreitet.

Im Rahmen der nationalen Berichterstattung spielen Reportagen aus den von der FMLN kontrollierten Gebieten eine wesentliche Rolle. Darin berichten wir über das neue El Salvador, das hier im entstehen ist — über die Agrarproduktion, über die Alphabetisierung unter freiem Himmel, über die verschiedenen Werkstätten wie Schustereien und Schmieden, die vom Volk aufgebaut wurden und über die Organisation des medizinischen Versorgungssystems für die Bevölkerung.

Ein weiterer Schwerpunkt, was nun die internationale Berichterstattung betrifft, ist es, über die anwachsende Solidaritätsbewegung für unser Volk auf der ganzen Welt zu informieren. Zum einen auf Regierungsebenen wie Resolutionen vor der UNO, Regierungserklärungen usw. und zum anderen berichten wir von Solidaritätsveranstaltungen, internationalen Kampagnen, Demonstrationen, Botschaftsbesetzungen.

Was ich nun letztlich noch mit einschließen möchte, ist die Musik in unseren Sendungen. Neben lateinamerikanischen Liedern, die sich aus den Widerstandskämpfen in den verschiedenen Ländern unseres Kontinents entwickelt haben, sind es Lieder, die in El Salvador ständig neu entstehen und in denen sich unsere Revolution wiederspiegelt.' (Aus einem Interview vom Sommer 1982).

Das Errichten und Betreiben eines solchen Senders im Kriegszustand, nur wenige Kilometer vom nächsten Stützpunkt des Militärs entfernt, ist eine äußerst schwierige Sache. Über die alltäglichen Organisationsprobleme noch einmal die Genossin von Radio Farabundo Marti: ,,Aber, damit ein Radio funktioniert, genügt nicht nur das technische Zubehör, sondern man benötigt wesentlich mehr. Angefangen vom Benzin, das den Generator für das Radio betreibt. Wir mußten hier ein konstantes Versorgungs- und Transportsystem entwickeln. Des weiteren muß die Versorgung mit aktuellen Informationen organisiert werden. Insbesondere bei Tonbandaufzeichnungen von Veranstaltugnen oder Interviews, die im Originalton in die Sendungen eingeblendet werden, müssen die Companeros oft lange und gefährliche Wegstrecken zurücklegen.''



Radio Liberación

Am 28.4.1981 geschah im Herzen von Santiago eine Aktion, die außerhalb Chiles kaum bekannt wurde. Eine Gruppe von Revolutionären besetzte den Sender ,,Radio Portales'', der zu diesem Zeitpunkt im ganzen Land zu hören war. Es gelang einem Kommando der revolutionären Volksmilizen in einer äußerst präzise geplanten und durchgeführten Propagandaaktion, was kein Mensch für möglich hielt: Die Diktatur in einer ihrer Nervenzentren zu treffen. Wir hatten die Gelegenheit, mit Franzisco, einem der Besetzer von ,,Portales'',zu sprechen.

Lateinamerika-Kommission

AK: Franzisco kannst du zunächst etwas über deine Person sagen?

Franzisco: Nun, ich bin wie viele andere auch in meinem Land Mitglied des Widerstandes und der Volksmilizen. In der Aktion von ,,Radio Portales'' war mir eine bestimmte Aufgabe zugeteilt. Die Besetzung von ,,Radio Portales'' hatte zum Ziel, eine Proklamation des Widerstandes anläßlich des 1. Mai im Lande zu verbreiten. Dies war sozusagen auch der Anfang von ,,Radio Libaración'', der Stimme des Volkswiderstandes. Du fragtest nach meiner Person. Also ich bin zwanzig Jahre alt ...

Dann hast du die Zeit der Unidad Popular gar nicht bewußt miterlebt ...

Nein, meine Politisierung erfuhr ich nicht während der Unidad Popular, sondern sie geschah in der Periode der Diktatur, was mich schließlich in den Widerstand führte. Ich erfuhr den Hunger unseres Volkes, seine Rechtlosigkeit und mußte mit ansehen, wie sich eine kleine Gruppe von Mächtigen auf Kosten der Arbeiter bereicherte. Das ist ein Prozeß, weißt du, in dem du dich engagierst und immer mehr Bewußtsein erlangst, bis du schließlich ein ziemlich klares politisches Ziel vor Augen hast: Das Ziel, die Diktatur mit allen Mitteln zu stürzen.

Für die meisten von uns ist es schwer vorstellbar, mit welchen Schwierigkeiten und Risiken die Milizen des Volkswiderstandes fertig werden müssen. Kannst du uns Planung und Durchführung der Besetzung von ,,Radio Portales'' etwas näher beschreiben?

An erster Stelle steht natürlich die Diskussion um die politische Notwendigkeit einer solchen Aktion. Die Junta befand sich schon damals, entgegen offiziellen Behauptungen, in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, eine Reihe von Betrieben hatte Pleite gemacht, es gab größere Streikbewegungen und es stand der 1. Mai bevor, der in diesem Jahr ein Ausdruck der wiedererstarkten Massenbewegung werden sollte. In diesem Zusammenhang hielten wir eine größere Propagandaaktion für geeignet.

Was die Aktion selbst betrifft, so war die Hauptschwierigkeit die Lage des Senders. Er liegt in einem strategisch wichtigen Viertel. Zum einen befinden sich hier drei Geheimdienstkasernen, zum anderen ein Ausbildungslager der weiblichen Polizei, außerdem ein Verwaltungsgebäude der Luftwaffe, eine schwer bewachte brasilianische Botschaft und schließlich die ,,Moneda''. Unsere erste Aufgabe bestand also darin, über die objektiven Bedingungen möglichst viele Informationen zu sammeln. Weiterhin mußten wir genaueste Kenntnisse über die Sendestation bekommen, d.h. wo befinden sich die Überspielanlagen, wie sind die räumlichen Bedingungen, wie viele Personen arbeiten hier usw., Informationen, die wir von Leuten erhielten, die hier arbeiten. Dann mußten wir uns einen geeigneten Zeitpunkt für die Aktion aussuchen. Günstig erschienen uns die Morgennachrichten um 7.30 Uhr. Jeden Morgen um 7.30 Uhr wird ,,Radio Portales'' nämlich an die Sendeanlage von ,,Puente Alto'' etwas außerhalb der Stadt angeschlossen, die über das ganze Land ausstrahlt. Vor den Nachrichten jedoch, und das ist wichtig, gab es immer Reklame. Aber wie sollten wir unseren Aufruf an das Volk über den Sender gehen lassen?

Wir hatten zwei Möglichkeiten: Zum einen den Aufruf im Senderaum direkt zu verlesen, zum anderen, ihn über eine

Fortsetzung nächste Seite

Hungertod in der Sahel

Erst der Imperialismus macht ihn möglich

1980 verhungerten 55 Millionen Menschen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Dies sind so viele, wie im gesamten 2. Weltkrieg umkamen. Darüberhinaus sind nach Schätzungen der FAO (Ernährungs-und Landwirtschaftsorganisation der UNO) 1,4 Milliarden Menschen unterernährt. Laut Weltbankbericht 1982 haben diese Menschen heute weniger zu essen als Anfang der siebziger Jahre. Doch liegt dies sogar nach Meinung der Weltbank keineswegs an einer absoluten Mangelsituation. „Weltweit gesehen würde — eine andere Einkommensverteilung vorausgesetzt — die heutige Produktion an Getreide a l l e i n ausreichen, um alle Menschen mit mehr als 3000 Kalorien und 65g Protein pro Tag zu versorgen, d.h. weit mehr als es den höchsten Schätzungen für den täglichen Bedarf entspricht"(Weltbankbericht, 1980, S.80)!

Nach Schätzungen der FAO werden weltweit sogar 10% mehr produziert als die Minimumsgarantie einer ausreichenden Ernährung.

Wie ist dann zu verstehen, wenn in aktuellen Pressemitteilungen vor einer neuen Hungerkatastrophe im Sahel gewarnt wird ? Wie ist es zu verstehen, daß die afrikanischen Länder 1960 2 Mio. Tonnen Lebensmittel importiert haben, 1978 aber 11 Mio. Tonnen und der Importbedarf für 1985 von der FAO auf 15 Mio. Tonnen geschätzt wird ? Wie ist es zu erklären, daß aktuell im Sahel ein Getreidedefizit von jährlich 550.000 Tonnen besteht, und dieser bis 1986 sogar auf 1,2 Mio. t ansteigen soll ?



Die Geschichte der Sahel

‚Sahel' ist ein Name aus dem Arabischen und bezeichnet das Land südlich der Sahara. Acht Länder sind damit beschrieben: Mali, Mauretanien, Gambia, Senegal, Niger, Obervolta, Tschad und die Kap Verden. Anfang der siebziger Jahre wurde die Sahel erstmals in die Schlagzeilen gehoben, als in einer Hungerkatastrophe 100.000 bis 250.000 Menschen verhungerten — eine weitaus höhere Zahl starb geschwächt an Krankheiten, die sie normalerweise überstanden hätten. Rund eine Million Stück Vieh gingen zugrunde und damit die Lebensgrundlage für Tausende von Nomaden.

Grund für diese Hungerkatastrophe war nach der bürgerlichen Presse eine große Trockenheit, die 1968 begann und zwischen 1971 und 1973 zur Hungersnot und zum wirtschaftlichen Zusammenbruch der Sahel-Länder führte. Doch ist das Ausbleiben des Regens in der Sahelzone — auch über Jahre hinweg — keineswegs eine neues Phänomen. Trockenperioden waren auch in der Vergangenheit nicht ungewöhnlich, ebenso wie Jahre mit außerordentlich geringen Niederschlägen. In einer metereologischen Studie konnte für die letzten Jahrzehnte keinerlei Verringerung der durchschnittlichen Niederschlagsmengen festgestellt werden. Es gibt keinerlei Daten, die auf eine Klimaänderung hindeuten. So muß auch in der Zukunft mit den Trockenzeiten und -Perioden gerechnet werden, die durch die geographische Lage dieser Länder am Südrand der Sahara bedingt ist. Warum die Dürre von 1968-73 derartig katastrophale Ausmaße angenommen hat, muß also in anderen Faktoren gesucht werden. Die vorkoloniale Agrar- und Viehwirtschaft hatte sich diesen Bedingungen sehr gur angepaßt. Es wurde eine extensive Wechselfeldwirtschaft betrieben mit 6-10jährigen Brac hzeiten (Brache bedeutet, daß bestimmte Felder unbearbeitet bleiben, um zu regenerieren). Während der Brachzeiten stand das Land den Nomaden zur Verfügung, deren Herden die aufgekommene Vegetation abweideten und die Flächen gleichzeitig düngten. Auf trockenen Sandböden wurde Kolbenhirse, auf feuchteren Sorghum (Fingerhirse) angebaut. Hinzu kamen Sesam, Gerste und Weizen sowie in den regelmäßiger beregneten Gebieten Obst und Gemüse. Diese Art des Ackerbaus ging weit über das hinaus, was üblicherweise als Subsistenzwirtschaft bezeichnet wird. Denn die Bauern erwirtschafteten einen beträchtlichen Überschuß, der zu ausgeprägten Handelsbeziehungen mit den Nomaden führte. Darüberhinaus diente er dazu, umfangreiche Vorratslager anzulegen. In einigen Berichten ist zu finden, daß es üblich war, nur Getreide zu essen, was mindestens drei Jahre alt war. Innerhalb der Dorfgemeinschaften herrschte das Prinzip der gegenseitigen Hilfe, wodurch es offensichtlich zu keinerlei Hungerkatastrophen wie in den 70iger Jahren kam. Die Nomaden zogen mit Gruppen von etwa 3-5 Familien mit ihren Herden im festen Jahreszyklus von Weide zu Weide. Geschichtlich hatte sich ein sehr kompliziertes Weiderecht untzer den Nomaden und den Bauerr herausgebildet, das eine Selbstversorgung der Nomaden sicherte, aber eine Überweidung verhinderte.

Überweidung verhinderte.

Die Folgen der Kolonialherrschaft

Diese traditionellen Strukturen wurder durch die Kolonialisierung völlig zerstört. Die französischen Truppen sorgten für die zwangsweise Einrichtung kapitalistischer Strukturen und zoger künstliche Grenzen, die die gewachsenen Wirtschaftsbeziehungen zerstörten. Durch die Einführung einer Kopfsteuer wurden die Bauern dazu gezwungen, nicht mehr in erster Linie Lebensmittel anzubauen, sondern vermarktungsfähige Produkte — cash crops —, mit denen sie in der Lage waren, die Steuern zu bezahlen.

Die Kolonialherren verfolgten damit zwei Ziele. Erstens wurde hierdurch die Entstehung von Monokulturen für Exportprodukte wie Erdnüsse und Baumwolle forciert, und zweitens entstanden mit den eingetriebenen Steuern enorme Einnahmen für die Kolonialherren. Die Folge war der vollständige Zusammenbruch des ökonomischen und ökologischen Systems. Die bisherigen Getreideüberschüsse verschwanden. In Mali und im Niger z.B. ging der Pro-Kopf-Ertrag an Getreide um mehr als 40% zurück. Bald deckte die Nahrungsmittelproduktion nur noch knapp den Eigenbedarf — sogar in Jahren mit normalen Niederschlägen. Wenige Jahre nach dem Beginn der Kolonialherrschaft mußten diese Länder erstmals Lebensmittel importieren.

Die Vorratshaltung entfiel, und die vorhandenen Vorräte wurden sukzessive abgebaut. Als in der Dürreperiode 1890-1915 große Hungersnöte auftraten, wurden die noch vorhandenen Getreidelager sogar von der Kolonialregierung konfisziert. Doch das war noch nicht alles. Mit der Begründung der mangelnden „Voraussicht" der Bauern für Notzeiten wurden eigene Getreidelager angelegt, für die die Bauern gezwungen wurden, Getreide abzuliefern. Dies führte vor allem 1923 zu den heftigsten Erhebungen der Bevölkerung gegen die Kolonialherren, in deren Verlauf es gelang, einige Speicher zu stürmen und sich die Lebensmittel zurückzuholen. Solche Aufstände wurden jedesmal mit drakonischen Kollektivstrafen geahndet. Die immer wiederkehrenden Hungersnöte unter der Kolonialzeit wurden mit sarkastischen Namen belegt: „Wind der Kinder", oder „Das Zerstampfen der Kürbisflaschen".

Der Zusammenhalt in den Dorfgemeinschaften wurde zunehmend aufgelöst. Jeder Bauer mußte immer mehr Erdnüsse anbauen ,um die Steuern zu bezahlen, Geld für Lebensmittel und neue Saat zu haben. Hinzu kam, daß besonders in schwierigen Jahren Händler billig importiertes Getreide zu Wucherzinsen als Warenkredite anboten, zu deren Abzahlung die Bauern noch mehr Erdnüsse anbauen mußten. Dadurch wurden die Brachzeiten drastisch

zu deren Abzahlung die Bauern noch mehr Erdnüsse anbauen mußten. Dadurch wurden die Brachzeiten drastisch

verkürzt, auch wurde immer mehr Land im klimatisch ungünstigen Norden unter den Pflug genommen und die Böden durch den Wegfall der Düngung durch die Viehherden ausgelaugt. Die ökologischen Folgen waren katastrophal: Da der Boden beim Erdnußanbau viel länger unbedeckt ist, traten schon beim Übergang vom Getreide- zum Erdnußanbau große Erosionsschäden auf. Die fruchtbare Humusschicht wurde weggeweht. Durch die mangelnde Düngung speicherte der Boden immer weniger Wasser, wodurch vor allem die Erträge im Hirseanbau empfindlich sanken.

Auch für die Nomaden waren die Folgen erheblich. Durch den Zusammenbruch des alten Weiderechtssystems und die Ziehung neuer Grenzen brach z.B. die ursprüngliche Tuareg Föderation zusammen. Aufgrund der Ausdehnung der Ackerbauflächen standen den Nomaden weniger Weideflächen zur Verfügung. Die Verkürzung der Brachzeiten führte zu einer Überweidung der restlichen Flächen. Dies hatte genau die Erscheinungen zur Folge, die in der Presse heute gern als die eigentliche Ursache der Trockenheit und Wüstenausbreitung im Sahel angeboten wird. Die Nomaden lassen die überweideten Flächen völlig abgefressen und kahl zurück, um danach auf weiteren Flächen die gleichen Verwüstungen hervorzurufen. Dies ist aber mitnichten die Folge des traditionellen Nomadismus, sondern die Folge der Zerstörung des Verhältnisses zwischen Ackerbau und Nomadismus durch die Kolonialisierung. Diese Zerstörung ist bis auf den heutigen Tag durch kein politisches System beseitigt worden, das auch nur annähernd so gut funktionieren würde wie das ursprüngliche Wirtschaftssystem.

Die Situation zur Zeit der Hungerkatastrophe Anfang der siebziger Jahre

Der Übergang von der Kolonialherrschaft zur formalen Unabhängigkeit brachte den Ländern der Sahelzone weder eine Änderung ihrer deformierten Wirtschaftsstruktur, noch eine Verrin-

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorhergehender Seite

Tonkassette abzuspielen. Wir entschieden uns für die zweite Möglichkeit.

Wir hatten aber nicht nur unsere Erklärung aufgenommen, sondern auch die Reklamespots, die ja fast immer wieder gleich sind.

Wenige Augenblicke vor der Reklamesendung betraten wir die Rundfunkanstalt, nahmen alle Mitarbeiter als Geiseln, ich selbst hatte die Aufgabe, die Tonkassette in die Sendung einzuspielen. Der Kontakt wurde hergestellt.

Wie jeden Morgen kamen kurz vor halb acht die Reklamespots; was jedoch kein Mensch außerhalb des Senders wissen konnte: daß sie diesmal von einem Tonband des Volkswiderstandes überspielt wurden. Der Sender von „Puente Alto" übernahm ahnungslos die erwarteten „Nachrichten", an deren Stelle nun aber unsere Botschaft kam.

Erst zu diesem Zeitpunkt, als wir uns bereits wieder auf dem Rückzug befanden, wurde die Repression aufmerksam. Die Polizei war offensichtlich völlig überrascht. Da sie es überhaupt nicht fassen konnte, daß „Radio Portales" besetzt war, fuhr sie nach „Puente Alto" raus, wo sie die Besetzer vermutete. Damit die Mitarbeiter der Rundfunkanstalt unsere Sendung nicht unterbrachen, deponierten wir drei „Sprengkörper" an der Überspielanlage: nun, der eine Sprengkörper bestand aus einem Kilo Mehl und einem etwas lauteren Knallkörper, den wir „explodieren" ließen, was seine Wirkung nicht verfehlte. Die anderen beiden waren mit Erde gefüllt. Du kannst dir vorstellen, wie uns zumute war, als wir später im Fernsehen Spezialbombenentschärferkommandos der Junta unsere „Erdbomben" aus dem Gebäude raustragen sahen. Jedenfalls, die erste Sendung von „Radio Liberación", die im ganzen Land gehört wurde, dauerte 11 Minuten, d.h. unser Aufruf zum 1. Mai wurde zweimal hintereinander „gesendet". Wie du siehst, ging die Aktion unheimlich schnell über die Bühne. Die Schnelligkeit, der Überraschungseffekt und die absolute Geheimhaltung sind drei Faktoren, von denen der Erfolg einer solchen Aktion abhängig ist. Bei dieser Aktion kam kein Mensch zu Schaden, obwohl jeder Angehörige des bewaffneten Widerstandes damit rechnen muß, nicht wieder zurückzukehren. Ich möchte an dieser Stelle an die Genossin Flores Perez erinnern, die an der Besetzung teilgenommen hatte, und die wenig später, am 16. August 81, bei einer Konfrontation mit den Repressionsorganen fiel. Ich möchte das auch deshalb tun, weil sie ein Beispiel für die Avantgarde-Rolle der Frau im Volkswiderstand darstellt.

Welche Rolle spielt ein Radiosender für den Volkswiderstand in der jetzigen politischen Situation?

Ihr wißt, daß die Junta eine Mauer des Schweigens und der Desinformation über die Lage des Landes errichtet hat: Hunger, Elend, Überausbeutung, Arbeitslosigkeit, politische Entrechtung. Für diese Unterdrückung war eine strenge Kontrolle der Massenmedien notwendig. Zeitungen, Radio und Fernsehen gehören in der Regel großen Finanzgruppen, die der Diktatur nahestehen oder von ihr kontrolliert werden. Das chilenische Volk wird also in großer Uninformiertheit gehalten, besonders über nationale Fragen. Auf der anderen Seite haben die sozialen und politischen Kämpfe stark zugenommen, heute kann man in Chile von einer wiedererstandenen Massenbewegung sprechen, darüberhinaus ist die gesamte Linke große Schritte in Richtung Einheit gegangen.

Somit gibt es heute die Notwendigkeit, daß der Volkswiderstand über ein Informationsmedium verfügen muß, das nicht nur die Schweigemauer der Diktatur durchbricht, sondern mehr noch möglichst breite Bevölkerungsschichten erreicht, um sie mit den Informationen zu versorgen, die sie für ihren Kampf gegen die Diktatur benötigen.

Sicherlich ist „Radio Liberación" nicht mit einer normalen Rundfunkstation zu vergleichen.

„Radio Liberación" muß beweglich sein, schon wegen der Repression. Daher sind unsere Anlagen klein und von geringer Stärke. Unsere Sendungen verbreiten wir, indem wir die hörfrequenz irgendeines Fernsehkanals oder Radiosenders in einem Viertel oder Stadtbezirk, wo es politisch wichtig ist, interferieren. Vor kurzem gelang es uns in Valparaiso, sogar Pinochet in einer Fernsehansprache zu interferieren, d.h. während Pinochets Mundbewegungen zu sehen waren, konnte der erstaunte Zuschauer die Stimme des Volkswiderstandes vernehmen.

Unser erstes Ziel ist es, Ende des Jahres oder im Verlauf des nächsten Jahres über so viele dieser kleinen Sendeanlagen zu verfügen, daß alle wichtigen Regionen und Städte „versorgt" sind. Darüberhinaus brauchen wir mindestens drei Montage- und Reparaturwerkstätten. All das ist natürlich fürchterlich teuer, und ohne Unterstützung von außen wird sich das Projekt nur langsam entwickeln.

Franzisco, vielen Dank für das Gespräch.

Spenden für

„Radio Farabundo Marit"
Sonderkonto Joachim Hyner, PschA Hannover, BLZ 250 100 30, Nr. 446 766 - 302
Stichwort: Radio
Kontaktadresse:
AG Radio Farabundo Marti c/o Internationalismus Buchladen, Postfach 30 03, 3000 Hannover 1

Spenden für

Radio Liberacion
So. Lissner, PschA Frankfurt/M, Nr. 25792 - 603
Kontaktadresse:
J.C.H., Boite postale 3, F62218 Loison sous Lens, Frankreich

Forts. von vorhergehender Seite

gerung der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich. Diese Abhängigkeit, entstanden durch den Zwang zum Anbau von Exportkulturen, deren Vermarktung ausschließlich vor und nach der Unabhängigkeit über Frankreich abgewickelt wurde, drückte sich noch lange in einer speziellen Wirtschaftszone mit dem Franc als Leitwährung aus.

Die einseitige Deformierung der Landwirtschaft in Richtung exportorientierter Monokulturen hatte soweit geführt, daß schon von ,,Erdnuß''- oder ,,Baumwoll''republiken gesprochen wurde. Dagegen ging der Anbau von Lebensmitteln immer weiter zurück.

Z.B. sank in Mali der Hektarertrag für Hirse im Zeitraum 1960-72 von 750 auf 700 kg, für Sorgum von 1000 auf 800 kg und für Reis von 1000 auf 900 kg. Bei den Exportkulturen stiegen sowohl die Erträge als auch die Anbauflächen, und dies sogar noch in der Trockenperiode. So steigerte sich z.B. die Baumwollsamenproduktion 1971/72 auf das 400fache gegenüber den vorausgegangenen Jahren mit normalem Regenfall. Auch die Erdnußproduktion wurde noch gesteigert. Für Baumwolle bedeutete dies eine Ausdehnung der Anbaufläche von 26 auf 90.000 ha, die Erträge stiegen von 480 auf 800 kg/ha. **Zur Zeit der Hungerkatastrophe machte der Export von Erdnüssen — die übrigens als Futtermittel verarbeitet werden — und von Baumwolle die Hälfte der Exporte aus. Die Ausfuhr von Fleisch betrug 26%. Die Lebensmittel-importe stiegen in der Zeit von 20 auf 30%. In Geld ausgedrückt gab Mali ebenso viel für Lebensmittelimporte aus, wie es für den Export von Baumwolle, Erdnüssen und Fleisch einnahm.**

Der Senegal ist völlig vom Erdnußanbau abhängig. Der Anteil der Erdnußproduktion am Export machte Anfang der siebziger Jahre 50% aus, während gleichzeitig der Anteil der Lebensmittel am Import 30% betrug. Die rabiate Erdnußmonokultur hat aus vielen Gegenden Senegals Wüsten gemacht.

Dem Verfall des Weltmarktpreises wurde mit einer Ausdehnung der bebauten Flächen geantwortet, die ebenfalls immer mehr auslaugten. Zudem verarmten die Bauern völlig aufgrund einer korrupten staatlichen, monopolistischen Vermarktungsorganisation, die den Bauern zu völlig überzogenen Krediten das Saatgut lieferte und die Erzeugerpreise niedrig hielt. Dies führte zu einer enormen Verschuldung der Bauern, die daraufhin durch skrupellose Eintreibung der Schulden ruiniert wurden. Mitten in der Hungersnot startete ein multinationaler Agrokonzern, BUD-Holland, das Projekt einer riesigen Gemüsefarm im Senegal. Auf 425 ha wurde Wintergemüse, das sich in Europa teuer verkaufen ließ, angebaut und mit dem Flugzeug zu den Märkten Europas geflogen. Gefördert wurde das Ganze von der Weltbank, dem EG Fond und dem senegalesischen Staat. Das Unternehmen, das 3000 Menschen beschäftigt hatte, ging 1980 pleite. 3000 ehemalige Bauern wurden verproletarisiert und zogen in die Städte. Gleichzeitig wird aus dem Senegal, dessen Böden völlig ausgelaugt werden, Phosphor exportiert, um in Europa als Dünger verkauft zu werden. Eine ähnliche wirtschaftliche Situation läßt sich mit Ausnahme der Kap Verden für die anderen Länder der Sahelzone ebenso zeigen. Obervolta und der Tschad sind extrem abhängig vom Export von Baumwolle und vom Import von Lebensmitteln.

Generell läßt sich feststellen, daß die herrschenden Eliten dieser Länder, immer äußerst eng mit der alten Kolonialmacht Frankreich verknüpft, keinerlei Interesse an einer Änderung der wirtschaftlichen Struktur hatten. Alle Versuche, die allein exportorientierten Monokulturen aufzulösen, schlugen fehl.

Ein weiteres Beispiel für die gescheiterte Politik der Kolonisatoren ist die Vermarktung der nomadischen Viehherden. Schon vor der Hungersnot wurde versucht, den Exportanteil des Fleisches zu erhöhen. Anfangs wehrten sich die Nomaden gegen die Vermarktung ihrer Herden, da sie ihre Lebensgrundlage bedeuteten. Schließlich wurden sie gezwungen, ihre Herden dem Fleischhandel zu opfern — auf den wochenlang dauernden Wegen zu den Fleischmärkten des Südens büßten die Herden zwei Drittel ihres Verkaufswertes ein. Mit Weltbankkrediten wurden Tiefbrunnen gebaut und die Viehseuchen bekämpft. Dadurch vergrößerten sich die Kopfzahlen der Herden. Das Weiderecht war zusammengebrochen, und die ausgedehnteren Monokulturen fraßen sich immer weiter in die Weideflächen hinein. Vollständige Überweidung der Restflächen war die Folge — und als dann 1968 der Regen ausblieb, kam es zur Katastrophe.

Die aktuelle Lage im Sahel

Der wirtschaftliche Zusammenbruch der Sahelstaaten durch die Hungerkatastrophe setzte der bisherigen französischen Dominanz in dieser Region ein Ende. Allein der Kapitalbedarf, die aktuelle Notlage zu lindern, überstieg die Finanzkraft des französischen Imperialismus. Die Folge war eine Öffnung für Kapitalimporte aus der EG und den USA. Diese Situation führte zur Gründung der Organisation ,,Club des Amis du Sahel'' (Klub der Freunde des Sahel), dem alle Sahelstaaten angehören, darüberhinaus aber auch die wichtigsten Kreditgeber und Kapitalimporteure für den Sahel. Allen voran immer noch Frankreich, Vertreter der OECD, die Bundesrepublik Deutschland, die USA und nach verschiedenen Quellen auch Japan und Australien. Dieser Verein trat bei der Gründung mit der bemerkenswerten Aufgabenstellung an, für die Sahelzone das Gleiche zu erreichen, wie es der Marshall Plan für Europa geschafft habe. In einem Programm zur Kontrolle der Dürre und der Entwicklung des Sahel wird zwar die Sicherung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung als vordergründige Aufgabe gestellt, doch wird gleichzeitig gefordert, die Exportproduktion drastisch zu erhöhen, insbesondere bei Reis und Weizen! Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die Bewässerungskulturen stark ausgeweitet werden, was natürlich einen hohen Kapitaleinsatz erforderlich macht. Außerdem soll der Fleischexport wieder auf den alten Stand gebracht werden und dafür die Vermarktungsbedingungen durch den Bau von Straßen entscheidend verbessert werden.



Auch die Weltbank wurde im Sahel aktiv, ging aber nach anfänglicher Förderung von Großprojekten multinationaler oder staatlicher Ackerbau- und Viehzuchtfarmen, dazu über, gezielt die Kleinbauern zu fördern. Dies entsprach einem weltweiten Schwenk im Rahmen der ,,Grünen Revolution''. Dies geschah vor allem, um einer ständig zunehmenden Landflucht und Verproletarisierung der Bauern entgegenzuwirken. Denn auch in der Sahelzone hatten sich die Städte durch die Zerstörung der landwirtschaftlichen Strukturen explosionsartig vergrößert. 1920 lebten noch ca. 2 Mio. Menschen in den Städten, 1960 waren es schon 13 Mio. Heute sind es bei einer Gesamtbevölkerung von 50 Mio. schon 30 Mio. in den Städten, jeder Möglichkeit beraubt, sie selbst zu ernähren. Um einer politischen Radikalisierung vorzubeugen, die aus dieser Verelendung folgen könnte, konzentrierte sich die Welbank mehr aufdie Förderung der Kleinbauern.

Auch die amerikanische Entwicklungsbehörde ist seit ca. 20Jahren im Sahel tätig. Ihre Vorschläge und Pläne sind noch etwas brutaler als die der ,,Freunde des Sahel''. Der Trockenfeldbau solle ganz durch Bewässerungskulturen ersetztwerden, um vor allem den Export zu steigern. Die Nomaden sollen sich auf Jungtierproduktion im Norden beschränken und ihre Tiere an riesige im Süden zu errichtende Mastfarmen verkaufen. Ansätze dieser Art einzusteigen gab es schon von seiten des amerikanischen Agrobusiness. Ob so etwas mit den nomadischen Traditionen zu vereinbarenist, wird nicht problematisiert. Vor allem liegt dem AID aber an einer Eindämmung der Bevölkerungsexplosion. Deshalb wird die Einführung einer Geburtenkontrolle propagiert.

Die FAO ging aufgrund ihrer Analysen der Hungerkatastrophe davon aus, daß das Ziel der Nahrungsmittelselbstversorgung bis zum Jahre 1990 erreichbar sei. Es gebe keine natürlichen Hindernisse, die notwendigen Technologien seien bekannt und genügend kultivierbares Land sei vorhanden. Das Schwergewicht solle auf dem Trockenfeldbau liegen, der durch Bewässerungsprojekte ergänzt werden könne. Die Lage der Kleinbauern und besitzlosen Landarbeiter solle verbessert und neue
Strukturen des Landeigentums und Landarbeiter solle verbessert und neue
Strukturen des Landeigentums und Wasserrechts geschaffen werden. Zudem sei eine größere Beteiligung der Landbevölkerung an Entscheidungsprozessen notwendig. Eine andere Unterorganisation der UNO, die UNSO, kam zu ähnlichen Strategien und setzte sich zusätzlich für eine Erneuerung des Weiderechts zur Erhaltung des Nomadismus ein.

Abgesehen von den Projekten der FAO und UNSO ist in allen anderen eine mehr oder weniger deutliche Fortsetzung der Politik zu erkennen, die in den siebziger Jahren zur Katastrophe geführt hat. Die Deformierung der Wirtschaft in Richtung einer Exportorientierung, die in der Sahelzone unvereinbar mit einer Selbstversorgung ist, soll noch weiter gesteigert werden. Deutlich wird dies an der in den meisten Projekten geforderten Ausweitung der Bewässerungskulturen. Diese sind meist für die Exportkultur wichtig, beanspruchen sehr viel Land und sind äußerst kapitalintensiv — daher sind sie auch nur als Großfarmen denkbar. Es sind also Projekte für multinationale Agrokonzerne, staatliche Firmen oder für die jeweils herrschende Oligarchie. Die Bauern, die vorher die dann benötigten Ländereien bebaut haben, verlieren ihre Existenz und wandern in die Städte ab. Zynischerweise ist dieser Prozeß durch die Hungerkatastrophe sogar begünstigt worden, da der Tod oder die Flucht vor dem Verhungern von Tausenden von Bauern kapitalkräftigen Gruppen freie, bebaubare Flächen lieferte.

Ebenso ist allen Projekten gleich, daß sie langfristig auf die Zerstörung des Nomadismus abzielen. Dies wird teilweise damit begründet, daß die Nomaden Schuld an der Katastrophe gewesen seien. Wie aber oben aufgezeigt wurde, war der ursprüngliche Verbund



von Ackerbau und Landwirtschaft keineswegs zerstörerisch für die Vegetation. Erst die Deformierung der Landwirtschaft zur Export-Monokultur und der damit verbundene Flächenbedarf verdrängte die Nomaden auf weniger Flächen, die dann nach Steigerung der Herdengrößen ebenfalls für den Export ökologisch zusammenbrachen.

Diese Zusammenhänge sind natürlich auch dem ,,Klub der Freunde des Sahel'' geläufig. Daher sehen viele Strategien die Einrichtung von riesigen Rinderfarmen im Süden vor, die vor allem Mastvieh produzieren und für die die Nomaden für eine Übergangszeit noch die Jungtiere liefern. Wahrscheinlich würde es auch hier den dort Arbeitenden ähnlich wie den Gauchos der argentinischen Haciendas gehen: Sie selbst haben das Fleisch, das sie produzieren, noch nie gegessen, da es für sie unerschwinglich teuer ist.

Und zwangsläufig droht eine neue Katastrophe

Zwangsläufig, ja ... wenn die Politik der Agromultis und der Metropolen
weiterverfolgt wird. Daß ein Land auch
weiterverfolgt wird. Daß ein Land auch heute noch aus diesem Kreislauf ausbrechen kann und innerhalb relativ kurzer Zeit zur Selbstversorgung zurückkehren kann, zeigt das Beispiel Niger. Dies Land hat jedoch das Privileg, über die Uranvorkommen und deren Verkaufdie nötigen Mittel zu haben, um nicht auf den Export der Monokulturfrüchte angewiesen zu sein. Über Nacht wurde die Nahrungsmittelproduktion von den Bauern umgestellt, der Staat ist in der Lage über eine ausgewogene Preispolitik mit einer an den alten Traditionen anknüpfenden Agrarpolitik (Vorratshaltung) die Versorgung der eigenen Bevölkerung zu gewährleisten und sogar einen Überschuß zu produzieren.

Aber die Situation der übrigen Sahelstaaten ist katastrophal. Seitdem die genannten Projekte und Strategien geplant wurden, sind mittlerweile 5-7 Jahre vergangen, und die Bevölkerung der Sahelstaaten steht schlechter da als vorher. Der Aufruf der Agrarminister der Sahelstaaten im Januar 1981, weiterhin Nahrungsmittelhilfe zu leisten, da das Defizit 967.000 Tonnen betrage, offenbart den vollen Bankrott der angeblichen Politik der Nahrungsmittelselbstversorgung.

Dabei sind die Prognosen noch katastrophaler. Das Getreidedefizit für 1986 wird im günstigsten Fall mit 1,2 Mio. Tonnen veranschlagt! Die Gründe liegen auf der Hand. Von 1975 bis 1980 flossen ca. 7,5 Milliarden US-Dollar in den Sahel. Davon wurde knapp ein Viertel in der Landwirtschaft investiert. Hiervon aber 75% zur verstärkten Produktion von Baumwolle und anderen Exportkulturen. Doch so vernichtend diese Bilanz für die Bevölkerung im Sahel selbst ist, so profitträchtig ist sie für die beteiligten imperialistischen Staaten. Durch die Steigerung der Exporte landwirtschaftlicher Produkte und den gleichzeitigen Verfall der Weltmarktpreise wurden enorme Gewinne aus diesen Ländern gezogen. 1974 verfaßte der amerikanische Geheimdienst CIA eine Studie, die auch von der Hungerkatastrophe im Sahel beeinflußt wurde. Hierin heißt es: ,,*Es scheint klar zu sein, daß zumindest die Welt der Armen in den nächsten Jahrzehnten ständig unter Nahrungsmittelknappheit und gelegentlich Hungersnöten zu leiden haben wird ... Die Ungleichheit zwischen den Reichen und Armen wird sich also wahrscheinlich noch verstärken. Und die Abhängigkeit der Welt von der nordamerikanischen Landwirtschaft wird ständig größer werden*''. Aufgrund der weltweit steigenden Lebensmittelimporte in die Länder der ,,Dritten Welt'', stiegen die Preise in den letzten 5 Jahren beträchtlich und die amerikanische Landwirtschaft erzielte eine Rekordernte nach der anderen.

Bei derartig mächtigen Interessen liegt es natürlich nahe, den Importbedarf möglichst frühzeitig abschätzen zu können. 1981 wurde ein meteorologisches Institut ,,agrymeth'' in Niamey
sches Institut ,,agrymeth'' in Niamey
eingerichtet, das (mit großen Computern ausgestattet) wichtige klimatische Daten sammelt. Zwei amerikanische Satelliten, ,,Tiros'' und ,,Landsat'' sowie ,,Meteosat'' der europäischen Raumfahrtbehörde fotographieren laufend die Wolkendecke und erfassen mit Infrarotkameras die hydrologischen Bedingungen ebenso wie die zu erwartenden Ernten. Dies dient nach eigenen Angaben sowohl der landwirtschaftlichen Planung als auch der Abschätzung des möglichen Nahrungsmitteldefizites. Dies wurde ausdrücklich von den Staaten, die die ,,Nahrungsmittelhilfen'' leisten gefordert. Wenn diese Daten dann an die Chicagoer Weizenbörse weitergegeben werden, löst jede nahende Hungersnot eine weitere Aktiensteigerung und Anreiz für weitere Rekordernten aus. Wenn dann Anfang November in unscheinbaren Kurzmeldungen zu lesen ist, daß in Mali durch eine anhaltende Dürre 800.000 Menschen und 3 Mio. Tiere vom Verhungern bedroht sind, wird dies in Chicago und Brüssel wieder die Kassen klingeln lassen. Der chronische Hunger dieser und vieler anderer Regionen der ,,Dritten Welt'' ist nicht nur F o l g e des Imperialismus, sondern auch eine äußerst ergiebige Profit q u e l l e .

Imperialismus Kommission

Quellen:

Qui se nourrit de la famine en Afrique?, Comité Sahel, 1975
L'Afrique étranglée, Dumont, 1980
Afrique Asie, Nr. 259 u. 260, 1981
Présence Africaine, 113, 1980
Europe outremer, Nr. 602, 1980
E + Z, 1, 1980
Die Sahel-Zone, Strategien gegen die Dürre, Dürste & Fennner, FES, 1981

»Widerstand an allen Fronten«

Interview mit einem Sprecher der IRA



„Ein großartiges Jahr! Haben wir die IRA nicht weniger als neunzehnmal besiegt?!" — „Ich darf ihn einfach nicht mehr unsere Pressemitteilungen lesen lassen... Er leidet unter galoppierendem Realitätsverlust!" (aus: „Cormac Strikes Back", Resistance Cartoons from the North of Ireland, London, Oktober 1982).

"Sinn Fein take five" titelte das republikanische Wochenblatt 'An Phoblacht/Republican News' eine Woche nach den Wahlen zum Stormont, der parlamentarischen Versammlung Nord-Irlands. Sensationelle fünf Sitze konnte der politische Arm der IRA Ende Oktober auf Anhieb gewinnen — das repräsentiert ein Zehntel der Gesamtbevölkerung Nord-Irlands oder ein Drittel der katholischen Minderheit.

Das Konzept von Sinn Fein war voll aufgegangen: Teilnahme an den Wahlen, um nicht der sozialdemokratischen SDLP das Feld zu überlassen; Boykott der Sitze im Stormont, das als Scheinparlament von vornherein nur äußerst begrenzte Rechte besitzt.

Der Wahlkampf wurde begleitet von einer militärischen Offensive der IRA: Im Hochsommer erschütterten die Bomben im Herzen Londons das Image der "glorious british army", die sich gerade als Siegerin des Falkland-Krieges abfeiern ließ. Es folgte eine Serie von Angriffen auf Stützpunkte und Patrouillen in Nord-Irland selbst, gleichzeitig führte Sinn Fein einen offensiven Wahlkampf gegen das britische Konzept der "schrittweisen Normalisierung".

Die Gegenseite reagierte darauf mit Terroranschlägen der britischen Armee und paramilitärischer protestantischer Banden gegen die katholische Zivilbevölkerung und republikanische Wahlarbeiter, die bis heute nicht aufgehört haben.

Zwei Wochen nach den Wahlen kam Sinn Fein zu einem vielbeachteten Parteitag in Dublin zusammen. Die Delegierten bekräftigten die politische Linie des "Widerstands an allen Fronten" gegen die britische Besatzung im Norden und verabschiedeten ein Paket von Beschlüssen zur politischen Situation in der Republik Eire. Ein Jahr nach der Beendigung des Hungerstreiks der republikanischen Gefangenen müssen die Regierungen in London und Dublin die Stärke einer Bewegung feststellen, die auch politisch auf beiden Seiten der Grenze an Einfluß gewinnt.

Das nachfolgende Interview entnahmen wir (leicht gekürzt) dem "Irish Republican Information Service".

IRIS: Die Versuche der IRA sich hochentwickelte Infrarotraketen zu verschaffen, wurden in der Presse weitverbreitet (1). Inwieweit werden die Einsatzmöglichkeiten der IRA in ländlichen Gebieten durch das Nichtvorhandensein dieser Waffen beeinträchtigt?
IRA: Ich glaube, daß wir in der Lage wären, die britische Armee offen zu bekämpfen, wenn uns dieser Waffentyp zur Verfügung stünde, d.h. wir also das tun könnten, wovon die Brits immer sagen, daß wir dazu nicht imstande seien, nämlich aufstehen und kämpfen. Das gäbe eine ganz neue Phase in diesem Krieg, nach vollkommen neuen Spielregeln.
Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es große Gebiete des besetzten Territoriums, z.B. Süd-Armagh und Teile von Fermanagh, vor allem in der Umgebung von Lisnaskea, Donagh und Maguiresbridge, wo die Brits überhaupt keine Fahrzeuge einsetzen können. Alle Außenposten werden durch Hubschrauber versorgt. Dasselbe gilt für große Gebiete an den Grenzen von Fermanagh/Donegal und West-Tyrone/Donegal. Ohne Hubschrauber, und diese Raketen sind dagegen entwickelt worden, könnten die Brits ihre
wickelt worden, könnten die Brits ihre
Außenposten nicht mehr versorgen. Hunderte von Soldaten müßten eingesetzt werden, um die Landverbindung abzusichern und so den Nachschub zu garantieren. Daß wir diese Raketen nicht haben, hat ganz offensichtlich Auswirkungen.

Ebbe und Flut

IRIS: Obwohl es Zeiten breitgefächerter und sehr erfolgreicher IRA-Einsätze gibt, folgen immer wieder Perioden, in denen fast gar keine oder nur sehr wenige Aktivitäten auszumachen sind. Warum diese Unregelmäßigkeit?
IRA: Ich glaube, die Antwort liegt in der Natur des Guerrillakampfes. Vietnam gilt als der Guerrillakrieg, der nach Lehrbuch ablief. Aber es ist eine Tatsache, daß vor der Tet-Offensive kaum geschossen wurde. Danach änderte sich das zugegebenermaßen. Auch im Algerienkrieg gab es wenige Kampfhandlungen mit langen Zeitabständen dazwischen. Ebenso in Cypern. In Malaya wurden im Zeitraum von drei Jahren nur sehr wenige Brits getötet.
Die IRA ist durch eine Reihe von ungünstigen Voraussetzungen im Nachteil. Erstens, wir werden von keiner Regierung finanziell oder militärisch unterstützt. Unser Operationsgebiet ist klein und bietet daher keine Rückzugsgebiete. Wir sind eine der wenigen Guerrilla-Armeen, die in einem besetzten Gebiet sowohl lebt als auch kämpft. Wir bekämpfen eine Weltmacht mit schier unerschöpflichen Hilfsquellen und haben im Rücken obendrein eine mit dem Feind kollaborierende Regierung, die Beiträge in Millionenhöhe ausgibt in ihrem Bemühen, uns zu besiegen. Wir haben über die ganze Welt verstreut politische Feinde, die versuchen, unsere Nachschubwege zu unterbrechen. Mehr als 50% der Bevölkerung (die Loyalisten) im besetzten Gebiet kollaboriert mit dem Feind (2). Unser wichtigster Pluspunkt sind die Nationalisten, die uns zum großen Teil in unterschiedlichem Maß unterstützen. Wie überhaupt alles, was uns heute an Unterstützung zur Verfügung steht aus unserer Bevölkerung kommt, so wie schon die Proklamation von 1916 feststellt, daß die Iren in ihrem Freiheitskampf zum größten Teil auf sich selbst gestellt sein werden (3).
Angesichts all der Nachteile ist es nicht erstaunlich, daß wir Perioden haben, in denen wir uns außerstande sehen anzugreifen. Aber, wenn man die Gesamtsituation über einen längeren Zeitraum von ungefähr zwei Jahren hinweg beurteilt, läßt sich eine Kontinuität feststellen. Ebenso möchte ich betonen, daß —auch wenn es natürlich Ebbe und Flut, verursacht z.B. durch logistische Probleme usw. gibt— es nur falsch verstanden erscheint, den Kampf nur nach der Anzahl der Operationen zu beurteilen. Denn während die Operationen fluktuieren, läuft die tägliche Arbeit der IRA was politische Arbeit, Erziehung, Ausbildung, eben Basisarbeit im weitesten Sinn in den IRA-Gebieten weiter.



„Ich fühl mich so schuldig!" — „Ich habe für Sinn Fein gestimmt und wußte, es würde die loyalistischen Paras verärgern..." — „Und nun bedrohen sie uns mit Meuchelmorden!!" — „Aber es sind mehr als fünfhundert Menschen von loyalistischen Killern umgebracht worden, bevor du das erste Mal Sinn Fein gewählt hast!" — „Oh, ich fühl mich so schuldig! Sie müssen gewußt haben, daß ich Sinn Fein wählen wollte!!" (aus: Republican News/An Phoblacht, 4. November 82)

Springfield Avenue

IRIS: Durch die schwere Explosion an der Springfield Avenue in West Belfast im Juni wurden zahlreiche Häuser der Umgebung zerstört. Eine Bombe, die, wie die IRA später bekanntgab, nur vorübergehend in der Springfield Ave gelagert werden sollte, wurde von den Brits entdeckt und zur Explosion gebracht. Laut IRA-Angaben war die Bombe nicht scharf, sie hätte also ohne Sicherheitsrisiko abtransportiert werden können. Die Brits zündeten die Bombe, um die IRA in den Augen der nationalistischen Bevölkerung zu diskreditieren. Das schien, zumindest was den staatlichen Wohnngsbau betrifft, erfolgreich. Charles Brett, Amtsvorsteher der Gesellschaft, gab an, daß sich als Folge der Zerstörung durch die Bombe das Wohnungsbauprogramm in West Belfast zeitlich verzögern würde und machte indirekt die IRA dafür verantwortlich. Welche Haltung wird die IRA gegenüber der offensichtlich zunehmenden Bereitschaft der Wohnungsbaugesellschaft sowie anderer halbstaatlicher und städtischer Körperschaften mit dem britischen Militär zusammenzuarbeiten einnehmen?
IRA: Zuerst möchte ich noch einige Zusatzinformationmen zu der angesprochenen Explosion geben. Seit einigen Monaten haben wir den nun erhärtenden Verdacht, daß die Brits unsere Bomben entschärfen, ehe das umliegende Viertel geräumt ist, und daß sie absichtlich alle näheren Hinweise sowohl was die Lokalität als auch was die Art der Bombe betrifft, ignorieren. Mit anderen Worten: sie gefährden absichtlich das Leben der Zivilbevölkerung, um der IRA dann die Schuld für Todesopfer oder Verletzungen zuzuschieben. Wir transportieren nur entschärfte Bomben ebenso wie wir nur entschärfte Bomben lagern, sie werden immer erst am Bestimmungsort scharf gemacht. Das ist keine große Sache, man muß nur einen Schalter bedienen. Genauso ist es mit Zeitzündern: sie werden erst am Einsatzort an der Bombe befestigt. Entschärfte Sprengsätze unterscheiden sich kaum von einem Benzinbehälter wie er im Haushalt zu finden ist. Er ist ungefährlich, solange niemand ein Streichholz an ihn hält.(...) Die Bomben in der Springfield Ave waren entschärft und konnten von daher überhaupt nicht explodieren. Die Brits machen sie erst scharf und zündeten sie dann — ein Teil einer klassischen counter-insurgency Bewegung.
Wir bedauern natürlich die Zerstörung von Arbeiter-Häusern, aber trotz der verständlichen Verärgerung der Betroffenen, die wir teilen, sind wir uns aber sicher, daß die Leute die britische Version der Ereignisse durchschauen und ablehnen, und wenn es nur deswegen ist, weil sie wissen, daß die Brits sie seit Jahren bei hundert Gelegenheiten belogen haben und belügen. Dieselben Politiker, die sich jetzt vor Entsetzen über die Explosion nicht wieder beruhigen können haben x-mal gelogen, während die IRA im Guten wie im Schlechten zu dem steht was sie getan hat.
So, nun zum zweiten Teil der Frage. Wir wissen, daß alle Regierungsstellen und alle halb-amtlichen Gesellschaften in Übereinstimmung mit Kitsons Theorie, daß alle Regierungsstrukturen auf allen Ebenen am Kampf gegen Aufständische beteiligt sind, vewendet werden (4). Mit all diesen Leuten wird zu gegebener Zeit ebenso verfahren werden, wie mit jedem anderen Feind des Irischen Volkes.

"Car Bombs"

IRIS: Die IRA hat in den vergangenen Monaten ziemlich häufig Bomben in Autos versteckt und gezündet. Dadurch wurde oft großer Schaden angerichtet aber auch unbeteilgte Zivilisten gefährdet. Beabsichtigt die IRA weiterhin Autobomben zu verwenden und wie steht sie zu dieser Kritik?
IRA: Ja, wir gedenken weiterhin Autobomben einzusetzen. Und weil wir lan-
bomben einzusetzen. Und weil wir lan-
ge vorher warnen, wird das Leben unbeteiligter Zivilsten auch nicht gefährdet, vorausgesetzt der Feind reagiert auf die Warnung. Die Autobombe wird nur gegen Sachen eingesetzt was sogar von der britischen Armee und der R.U.C. zugegeben wird. Es ist keine Art Bombe, die gegen Menschen eingesetzt wird, daher geben wir auch Alarm. Es dient unserer Sache nicht, unschuldige Zivilisten zu gefährden, und alle unsere Operationen (ob gegen militärische oder industrielle Ziele) werden unter dieser Voraussetzung geplant und durchgeführt.

Psychologische Operationen

IRIS: Der Hungerstreik war eine Periode, in der die nationalistische Beteiligung am Kampf erneuert und verstärkt wurde. Aber seither gab es umfassende Anstrengungen des Feindes, die nationalistische Bevölkerung zu verwirren und zu demoralisieren, dazu wurden Informanten, psychologische Operationen und Propaganda eingesetzt. Wie wirkte sich das auf die unmittelbar nach dem Hungerstreik zunehmende Unterstützung aus sowohl innerhalb der Bewegung und auch auf außerhalb stehende Unterstützer?
IRA: Ich glaube, daß diese Frage zwei unterschiedliche Aspekte betrifft. Innerhalb der Bewegung hatte all das kaum Erfolg, weil die Leute, die aktiv beteiligt sind, die Situation und was der Feind damit erreichen will verstehen. Die Verwendung bezahlter Agenten durch die R.U.C. hatte anfänglich einige psychologische Bedeutung bei nationalistischen Unterstützern, aber auch die ließ ziemlich schnell dadurch nach, daß die Leute ihr Verständnis für die Situation vertieften, aber auch durch eine Reihe von IRA Operationen, die zu der Zeit durchgeführt wurden, als Hermon (*RUC Chef*) seine schäbige Behauptung aufstellte, die IRA sei schwach geworden.

Politisierung

IRIS: Eine allgemeine Tendenz innerhalb der republikanischen Bewegung, vor allem im vergangenen Jahr scheint die umfassende Erziehung zu sein. Inwieweit wird der durchschnittliche IRA-Volunteer, was seine oder ihre Politisierung bzw. sein oder ihr Verständnis der republikanischen Ziele anbelangt, davon berührt?
IRA: Falls die Frage sich auf die neuen Rekruten seit dem Hungerstreik bezieht, so muß ich ehrlicherweise darauf antworten, daß es noch zu früh ist, um sagen zu können, wie gut der Erziehungsfortgang angekommen ist. Das wird noch einige Monate dauern bis wir das festellen können. Was hingegen die längerdienenden Volunteers betrifft, so läuft ihre Politisierung seit zehn Jahren innerhalb und außerhalb der Gefängnisse. Der gegenwärtige Erziehungsprozeß stellt da nur eine Form dar.

Kollaboration

IRIS: Garrett Fitzgerald (5) sprach kürzlich davon, daß eine Art gemeinsamer Grenzschutztruppe wünschenswert sei. Und es scheint, als hätte es in den letzten Jahren eine zunehmende Zusammenarbeit gegeben. Inwieweit wird die IRA davon tatsächlich behindert?
IRA: Vor allen Dingen ist festzustellen, daß es keine Zunahme der Kollaboration gibt, sondern die völlie Verschmelzung der Streitkräfte der Republik Eire und der britischen Armee/RUC, was die Kontrolle, gemeinsame Suchaktionen, Verfolgungen, Straßensperren, di-
nen, Verfolgungen, Straßensperren, di-
rekte Funkverbindung und direkte Computer-Verbindung anbelangt. Aber da die IRA innerhalb der six counties aus autarken Kampfeinheiten besteht, berührt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit uns nicht. Um ein Beispiel zu geben: aus der Serie von aufgefundenen Waffenverstecken, über die berichtt wurde, waren nur zwei IRA-Waffenverstecke. Einmal wurden sieben Gewehre gefunden und das andere Mal war es Munition in Emyvale und Monaghan. Die anderen "Funde" gehörten uns entweder nicht, oder waren schon unbrauchbare Ausrüstung oder aber existieren schlichtweg nicht. Sie wurden nur in der Presse lanciert, um den Engländern zu sagen, daß die republikanische Armee ihrerseits was tut. Aber wie dem auch sei, die zunehmende Kollaboration der Garda/Republikanische Armee muß erst noch beweisen, daß sie eine aktive IRA-Einheit in Ballymurphy zu behindern vermag oder eine Aktion in der Falls Road, oder in Derry, Dungannon oder sonstwo nördlich der Grenze verhindern kann. Das einzige, was die Gardai trotz der Personalverstärkung bis jetzt wirklich kann, ist Republikaner in den twenty-six counties zu verfolgen. Wir sind uns sicher, daß die Garda-Sondereinsatzkommandos in Zukunft gegen militante Gewerkschafter und andere politische Bewegungen eingesetzt werden, vor allem dann, wenn die Arbeitslosigkeit in den twenty-six counties noch weiter steigt.

Normalisierung

IRIS: Was bedeutet die sogenannte schrittweise Normalisierung. Hat der Hungerstreik sie beendet oder gibt es sie heute noch?

Forts. von vorhergehender Seite

IRA: Es gibt sie noch. 'Normalisierung' war das Hauptproblem der Jahre '77 — '79, obwohl die Bemühungen der IRA, die bewaffneten Operationen usw. den Vorgang weitgehend aufhielten. Der Hungerstreik war gerade deswegen erfolgreich, weil er die Bevölkerung veranlaßte, sich erneut mit der britischen Einmischung auseinanderzusetzen. Obwohl sie ein fortschreitender Vorgang ist , ist auch die IRA dabei sie zu bekämpfen.

Wahlbeteiligung

IRIS: Einige Unterstützer der IRA fragen sich, ob die republikanische Wahlbeteiligung eine Verringerung des bewaffneten Kampfes bedeutet. Es besteht da sogar die Auffassung, daß die Beteiligung an den Wahlen der IRA aufgezwungen wurde, weil sie nicht mehr in der Lage sei, verstärkt militärische Operationen durchzuführen. Wie ist dies zu kommentieren?

IRA: Nein, es gibt keinen Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und der Steigerung oder Nicht-Steigerung des bewaffneten Kampfes. Die Wahlbeteiligung hat mehrere Vorteile als weitere Waffe im Kampf: a) die Brits wollen keine Wahlbeteiligung der Republikaner, was beweist, daß sie im Kampf als Waffe sehr effektiv ist; und b) bringt die Wahlbeteiligung die Tories und die Kollaborateurs-Parteien in ziemliche Verlegenheit, wenn wir uns am 'demokratischen Prozeß' beteiligen, weil sich dadurch immer wieder herausstellt, wie undemokratisch und falsch der sogenannte 'demokratische Prozeß' ist. Das zeigt sich besonders deutlich in der Reaktion (mit wenigen rühmlichen Ausnahmen) fast aller Abgeordneter im Leinster House und Westminster zur Zeit, als Kieran Doherty TD und Bobby Sands MP starben, und in der Art, wie die Brits die Wahlgesetze veränderten, um zu verhindern, daß noch einmal verurteilte Gefangene gewählt werden (6). Die Kampfstrategie 'Wahlbeteiligung' ist uns nicht aufgezwungen worden. Wir haben sie bewußt gewählt, und in den Entscheidungsprozeß ist auch die Meinung der Leute innerhalb der Bewegung eingeflossen. Wir Republikaner dürfen uns nie isolieren lassen, und wir dürfen uns nie nur auf eine Kampfform allein verlassen. Unser Widerstand muß militärisch, politisch, kulturell, sozial und wirtschaftlich gleichzeitig sein. Nur so können wir **alle** Leute in unseren Krieg gegen die Briten und die Kollaborateure einbeziehen. Innerhalb des weiten Spektrums des Widerstandes gibt es für jeden einen Platz. Im Kampf sind alle gleich, egal was er/sie tut: Zeitungen verkaufen, Geldsammeln, Transparente tragen, Flugblätter verteilen, eine militärische Aktion ausführen ...

Aber trotzdem ist der bewaffnete Kampf die wichtigste Form unseres Widerstandes und wird es sein, solange, bis die Brits aus Irland abgezogen sind.

Priors Parlament

Priors Parlament

IRIS: Wahrscheinlich wird Priors geplante Parlamentswahl diesen Herbst trotz aller Verzögerungen stattfinden. Wie ist die weitere Arbeit des Parlaments zu sehen?

IRA: Es gibt soviel Opposition dagegen, daß wir nicht sehen, wie es funktionieren soll. Nichtsdestotrotz unterstützen wir ganz bewußt die Wahlbeteiligung der Sinn Fein auf der Basis, daß sie die Sitze nicht einnehmen, wenn sie gewählt werden. Die Antwort der Republikaner wird immer dieselbe sein, was für ein politisches Szenario auch immer die Briten planen.

Die SDLP

IRIS: Wie ist die Zukunft der SDLP nach dem Hungerstreik und angesichts der Herausforderung im Wahlgang durch die Repubklikaner zu beurteilen?

IRA: Die SDLP ist die Partei des Mittelklasse Establishments (*middle-class 'Castle Catholic' establishment*). Solange die Rebublikaner den Wahlen fernblieben, konnte sie sich als die politische Sprecherin der nationalistischen Bevölkerung darstellen, und sie hat so die Klassengegensätze, die innerhalb des nationalistischen Lagers existieren, verdeckt. Die Wahlbeteiligung der Republikaner hat diesen Mythos zerstört, und obwohl das nicht leicht sein wird, wird durch die fortschreitende Beteiligung der Republikaner am politischen Leben die SDLP im rechten Licht erscheinen, nämlich als Unterstützerin der britischen Anwesenheit in Irland.

Breite Fronten

IRIS: Die H-Block/Armagh-Kampagne kennzeichnet die Abkehr der Republikaner von früheren Strategien, in dem eine 'Breite Front'-Taktik versucht wurde. Wie wird in Zukunft dort weitergearbeitet?

IRA: Natürlich war die Massenmobilisierung, durch die ein beträchtlicher Teil der nationalistischen Bevölkerung die Forderungen der Hungerstreikenden unterstützte, eine erfreuliche Entwicklung. Wir begrüßen jede Beteiligung am Widerstand gegen britische und neokoloniale Machtbestrebungen. Es ist schwierig, mit Sicherheit festzustellen, wie so eine Beteiligung im Einzelnen aufgebaut und geformt werden könnte und ob, selbst bei gleicher Ausgangslage, so eine Mobilisierung der Massen zum jetzigen Zeitpunkt wieder möglich wäre.

Wie dem auch sei, wir stehen hinter den Gesprächen, die zwischen Sinn Fein und anderen antiimperialistischen Gruppen stattfinden. Irgendwelche Ergebnisse dieser Gespräche für uns in Anspruch zu nehmen, wäre jedoch falsch.

IRIS: Was ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt das Wichtigste?

IRA: Unterstützung zu organisieren und in vernünftige Bahnen zu lenken. Und sicherzustellen, daß sich der Widerstand gegen die brtische Herrschaft nicht nur auf militärischen Aktionen beschränkt, sondern jede/r mit seiner/ihrer Art Widerstand leisten kann.

aus: IRIS, the republican magazine, July/August 1982, Number 3

Erklärungen:
Brits = Ausdruck für britische Armee und Regierung; six counties = Nord-Irland; twenty-six counties = Republik Eire (Süd-Irland); republikanische Armee = Armee der Republik Eire, nicht IRA!

Anmerkungen:

1. Im Frühjahr d.J. wurden in den USA zwei mutmaßliche Waffeneinkäufer der IRA festgenommen, die gerade den Ankauf zweier

1. Im Frühjahr d.J. wurden in den USA zwei mutmaßliche Waffeneinkäufer der IRA festgenommen, die gerade den Ankauf zweier Boden-Luft-Raketen eingefädelt hatten.
2. Als "Loyalisten" wird die protestantische Bevölkerungsmehrheit Nord-Irlands bezeichnet.
3. Aufruf, verfaßt von Pearse und Connnolly und am Morgen des Osteraufstandes 1916 vor der Hauptpost in Dublin verlesen.
4. General Kitson, britischer Counter-Insurgency-Stratege.
5. Gerett Fitzgerald, Ex-Premier der Republik Eire.
6. Nach Bobby Sands Wahl ins Unterhaus wurde ein Gesetz erlassen, das Gefängnisinsassen von der passiven Wahl ausschließt,

Niederlande:

Schule zu und Schiene frei

Lehrer und Eisenbahner im Streik gegen Lohnraub und Stellenabbau

Kalte Zeiten hat die „Mitte-Rechts"-Regierung den Werktätigen angekündigt. Alle Einkommen sollen einer dreimonatigen „Atempause" unterliegen, die Gehälter der Beamten und die Sozialunterstützungen sollen eingefroren, allen im Unterrichtsbereich tätigen zusätzlich 1,65 % ihres Gehaltes abgezogen werden, um ein 278-Mio.-Gulden-Loch im Haushalt des Unterrichtsministeriums zu stopfen. 20.000 Lehrkräfte traten daraufhin im November in einen fünftägigen Streik. Die Eisenbahner legten für einen Tag den größten Teil des öffentlichen Verkehrs lahm.

20.000 Lehrer im Streik

Am 15.11. traten rund 20.000 Lehrkräfte, die in drei der vier großen Unterrichtsgewerkschaften organisiert sind, an etwa 2.000 Schulen in den Streik. Im Landesdurchschnitt waren von diesem Schwerpunktstreik 20% der Schulen betroffen, in einzelnen Großstädten war der Anteil jedoch wesentlich höher. In Amsterdam wurde etwa die Hälfte der insgesamt 500 Schulen bestreikt, in Rotterdam die Hälfte der Grundschulen und rund Dreiviertel der Mittelschulen

Der Streik wurde von den Eltern weithin begrüßt und teilweise aktiv unterstützt. Elternräte und örtliche Gewerkschaftsabteilungen hatten über Nachbarschaftshilfe und Stadtteilzentren dafür gesorgt, daß die Kinder werktätiger Eltern auch während des Streiks versorgt werden. Zehn Mütter in Den Haag besetzten kurzerhand einen Kindergarten, dessen Personal nicht mitstreiken wollte und sperrten die Kindergärtnerinnen ein.

Vier Mütter in Amsterdam, denen so mancherlei fehlte, um als Werktätige glaubhaft zu sein , fühlten sich gerufen, gegen den Streik „zum Schutze der berufstätigen Mütter" vor Gericht zu ziehen. Der Richter konnte in dem

fen, gegen den Streik „zum Schutze der berufstätigen Mütter" vor Gericht zu ziehen. Der Richter konnte in dem

Streik jedoch nicht die behauptete „unerträgliche Belastung" sehen und befand überdies — auch Richter sind nur Beamte —, daß Beamte ja auch das Streikrecht hätten.

Während aller fünf Streiktage wurden Demonstrationen, Vollversammlungen und Kundgebungen durchgeführt, wovon gerade einige der kleineren besonders beachtenswert waren: Amsterdamer Lehrkräfte aus „Problemvierteln" demonstrierten im Stadtteil gegen die drohende Reduzierung der Kindergartenplätze, gegen eine Einschränkung des Unterrichts für Ausländerkinder, für eine bessere Ausstattung der Spielplätze.

Die Schüler kommen

Vom zweiten Streiktag (16.11.) an begannen auch die Schüler und Schülerinnen selbst sich des Streiks anzunehmen. In Rotterdam zogen Schüler von bestreikten Schulen in Gruppen von jeweils mehreren Hundert zu den Schulen, an denen weiterunterrichtet wurde und warben für Teilnahme am Streik. Wo einladendes Rufen nichts fruchtete, wurde auch schon mal, und mal auch etwas heftiger, an die Scheiben geklopft und in hartnäckigen Fällen in die Schulen hineingegangen. Dabei wurde, wie ein Reporter verschreckt berichtet, gar *„ein Lehrer mißhandelt"*. Auf dem Hof einer Amersfoorter Schule kam es zu einer veritablen Hauerei zwischen Schülern und streikunwilligen Lehrern, die jedoch nicht fair ausgefochten werden konnte, da Polizei die Lehrer-Mannschaft regelwidrig unterstützte.

In Amsterdam wurde ein neues Denkmal enthüllt: In einem überdimensionalen Abfallkorb steckt eine weggeworfene Schule.

Am dritten Streiktag (17.11.) signalisierte der Unterrichtsminister Kompromißbereitschaft, soweit das einem vernebelten Ministerkopf möglich ist. Die Sonderkürzung der Lehrergehälter solle unterbleiben, wenn sich Unterrichts- und Beamtengewerkschaften dafür einsetzen würden, daß die fehlenden 278 Millionen Gulden von allen Beamten und Trendfolgern getragen werden (Trendfolger sind im öffentlichen Dienst Tätige, die zwar nicht Beamte sind, deren Gehälter aber denen der Beamten jeweils angeglichen werden). Das würde dann 2 Millionen Beschäftigte treffen, die jeweils ein halbes Prozent Kürzung hinzunehmen hätten. Am „Einfrieren" der Gehälter von Beamten und Trendfolgern und der Sozialunterstützungen würde die Regierung jedoch festhalten.

Auch am dritten Streiktag schalteten sich Schüler in den Streik ein, um nicht-streikende Schulen in die Aktionen einzubeziehen. In Rotterdam mischte die Polizei jedoch mit und nahm acht Jungen im Alter von dreizehn bis sechzehn Jahren fest. Die Gewerkschaften verurteilten die Schüleraktionen *„allerstrengstens"* — die Schüler würfen die Scheiben ein, hinter

raktionen *„allerstrengstens"* — die Schüler würfen die Scheiben ein, hinter

denen sie selber sitzen, oder so ähnlich ... — und entblödeten sich in Rotterdam nicht, über ihre patroullierenden Streikposten mit der Polizei vertrauensvoll gegen die Schüler zusammenzuarbeiten.

Der (landesübliche) unterrichtsfreie Mittwochnachmittag wurde in vielen Städten zu Veranstaltungen genutzt, an denen auch die Lehrkräfte nichtstreikender Schulen zahlreich teilnahmen.

Putz beim Minister

Das Unterrichtsministerium in Den Haag ist *„zum Irrenhaus geworden"*, notierte ein Reporter. Vor dem Gebäude in Permanenz Protestaktionen, Petitionen und Protestbriefe werden säckeweise ins Haus geschleppt, Schüler einer nicht-bestreikten Schule blockieren die Telefonleitungen des Ministeriums durch fortwährendes Anrufen.

In einer Kleinstadt errichteten Schüler Barrikaden vor den Schuleingängen, in Amsterdam räumten Studenten einer Fachakademie das Mobiliar auf die Straße und setzten dort den Unterricht fort.

Am vierten Streiktag (18.11.) schlossen sich vierzig weitere Schulen dem Streik an. In Breda verließen 5.000 Schüler um die Mittagszeit den Unterricht und demonstrierten durch die Stadt. Gegen die drohende Vergrößerung der Klassen wendeten sie ein: „Auch Jesus hatte nur zwölf Schüler". Rund 2.000 Schüler eroberten Eindhoven per Rad und besuchten die nichtstreikenden Schulen. In Assen demonstrierten 1.000 Schüler durch die Stadt. In Utrecht besetzten die Schüler der Gartenbauschule zum Verdruß der streikunlustigen Direktion das Gebäude.

Am fünften und letzten Streiktag (19.11.) kündigten die Unterrichtsgewerkschaften für den Tag, an dem die Extrakürzung ihrer Gehälter im Parlament behandelt wird, einen allgemeinen Streik an. Eine Umlage des Finanzlochs auf alle Beamten und Trendfolger wurde einhellig abgelehnt. Eine der Gewerkschaften sah sich jedoch zu konstruktivem Mitdenken genötigt und telegrafierte dem Unterrichtsministerium, die fehlenden 278 Millionen Gulden sollten durch Kürzung a l l e r Einkommen (ihrer jeweiligen Höhe entsprechend) eingetrieben werden.

Richtiger lagen da schon die 150 streikenden Lehrer aus Veendam, die dem Unterrichtsminister jeweils 1,65 Gulden überwiesen, damit er sich ein Abschiedsgeschenk kaufen kann. Und falsch lagen jene 35 Lehrer in Amsterdam auch nicht, die das Büro des für den Unterricht zuständigen Gemeinderates besetzten und ihm mitteilten, daß sie eine Registrierung der Streikenden (damit deren Gehälter einbehalten werden können) nicht wünschen würden.

Die vierte der großen Unterrichtsgewerkschaften, die protestantisch-christliche, hatte sich nur partiell an dem fünftägigen Streik beteiligt und zu einem Kurzstreik am 23.11. aufgerufen. Hieran beteiligten sich rund 1.000 der insgesamt 6.000 protestantischen Schulen, weitere viertausend unterstützten den Streik in unterschiedlicher Weise.

„Streik nach Fahrplan"

Von dem von der Regierung beabsichtigten „Einfrieren" der Gehälter von Beamten und Trendfolgern sind auch die Eisenbahner betroffen.

Zwei der drei großen Transportgewerkschaften beschlossen für den 22.11. einen Schwerpunktstreik, der in den drei nördlichen Provinzen, dem Bereich Amsterdam/Utrecht und in

den drei nördlichen Provinzen, dem Bereich Amsterdam/Utrecht und in

Südlimburg durchgeführt werden sollte. So wären zwar noch kleinere Strecken in den Niederlanden mit der Bahn zu befahren, der eigentliche Reiseverkehr aber würde völlig darniederliegen. Wer dann am Streiktag etwa von der BRD aus in die Niederlande einreisen wollte und die äußerst subtilen (wenn überhaupt!) Hinweise auf den bundesdeutschen Bahnhöfen überhört hatte, blieb an einer der Grenzstationen hängen.

An dem Streik beteiligten sich rund 2.500 Eisenbahner. Der Verkehr kam, wie erwartet, auf großen Strecken völlig zum Erliegen. Unterstützt wurde der Streik von den Bus- und Tramschaffnern in Amsterdam, Groningen, Arnhem und auf einigen Provinzstrecken sowie von Postlern in etlichen Städten.

Diesem „Streik nach Fahrplan" zollte ein Sprecher der Eisenbahngesellschaft NS das bedenkenswerte Lob: „Die Eisenbahner haben gezeigt, daß sie streiken können. Es war ein organisiertes Chaos". Und ein Gewerkschaftssprecher kommentierte das Geschehen mit deutlich gemischten Gefühlen: „Ich habe seit Jahren keinen so ruhigen Streik mitgemacht."

Sei es, wie es sei. Das von der Regierung beabsichtigte „Einfrieren" der Gehälter von Beamten und Trendfolgern ist zwar noch nicht vom Tisch; die gleichfalls beabsichtigte dreimonatige „Atempause" aller Löhne und Gehälter hat die Regierung jedoch schon während des Streiks aufgegeben.

Die Eisenbahner haben der Regierung, wenn sie ihnen tatsächlich an den Geldbeutel geht, *„einen langen und heißen Winter"* versprochen („de Volkskrant", 9. — 24.11.82).

Niederlande-Kommission

Der Abschied vom Proletariat

Welche Chancen hat die Alternativökonomie?

Wie in AK 227 dargestellt, fordert Bahro die Abkehr vom gewerkschaftlich organisierten Proletariat, die Zerschlagung des Industriesystems und seine Ersetzung durch sich „selbstversorgende weitgehend autonome Einheiten". Diesen „Rettungsbooten" möglichst viel Energie zuzuführen müsse die „Hauptlinie sein, entlang derer die Grünen Umverteilungspolitik betreiben". Diese Orientierung setzt an eine ökologisch inspirierte Strömung an, die mit alternativem Interesse an „kleinen überschaubaren Einheiten" ein b e r e c h t i g t e s Unbehagen gegen die allseitige Zentralisation und Gigantonomie im Imperialismus artikuliert: besonders durch Großindustrien werden dem Augenschein nach ökologische Katastrophen provoziert, Verwaltungs- und Behördenapparate werden zentralisiert gegen die Interessen der Bevölkerung, die kaum noch zu übertreffende Gigantonomie und Trostlosigkeit der Städte führt zu immer mehr Vereinzelung und Anonymität usw. usf.

Da sie an realen Widersprüchen ansetzt, ist die diffuse Linie des „small is beautiful" mittlerweile wohl in allen imperialistischen Metropolen verbreitet, sei es über ihre Ideologen (Huber, Lovins etc.), sei es über kulturelle Reflexe (z.B. Öko-Romane wie der US-Science-Fiction „Ökotopia", der mit mehr als 50.000 verkauften Exemplaren in der BRD zum alternativen Bestseller avancierte), sei es in Form konkreter Experimente zum Aufbau von Alternativökonomien (USA, Holland, Schweiz, Frankreich, BRD und Westberlin, etc.).

Gerade jetzt — anläßlich kapitalistischer Krisen und Massenarbeitslosigkeit verheißen zunehmend Alternativ-Ideologen das „Goldene Zeitalter der Arbeitslosigkeit" (Gorz '78) und die Erweiterung „autonomer Kommunen", innerhalb derer die mas-

Ideologen das „Goldene Zeitalter der Arbeitslosigkeit" (Gorz '78) und die Erweiterung „autonomer Kommunen", innerhalb derer die mas-

senhaft „Freigesetzten" zu potentiellen „Vorläufern neuer gesellschaftlicher Formen und Lebensstile" (Jungk '79) aufsteigen könnten.

Wir wollen in diesem AK den Ansatz von Gorz darstellen, weitere Artikel zu anderen Ideologen (Huber, u.a.) sollen folgen.

Andre Gorz's Thesen sind mit dem Buch „Abschied vom Proletariat", seinem Konzept einer „Dualwirtschaft" zum Bestseller geworden.

Gorz' „Abschied vom Proletariat" erschien 1980 und wurde von bestimmten Teilen der undogmatischen Linken schnell in den Rang eines neuen Evangeliums gehoben. Bereits vor Erscheinen der offiziellen BRD-Ausgabe ließ die „Taz" erste Übersetzungen als Erstveröffentlichung kursieren. Seitenlang gab es „Taz"-Interviews mit Gorz, Besprechungen, Kommentare etc. Die damals wie heute nicht einflußlosen „Undogmatischen Sozialisten in den Grünen" (Hoplischek, Wolschner, Schloesser u.a.) feierten seinerzeit in ihrem Informationsdienst „rot und grün" das Gorz-Buch als *„realistische Utopie"* und *„materialistisch begründete politische Strategie"* (Wolschner) sowie als *„Bausteine zu einer konkreten Utopie"* bzw. *„materialistisches und pragmatisches Pendant zu Bahros Alternative"* (nach Hefte ... 5/81). Daß in der Entstehungsphase der „Demokratischen Sozialisten" von diesen Kräften (insbesondere von Hoplischek in seiner Funktion als grünes Bundesvorstandsmitglied) am heftigsten auf den Coppik/Hansen-Ansatz eingeknüppelt wurde, war eine folgerichtige Schlußfolgerung aus dem „Abschied vom Proletariat".

„Die Nicht-Klasse der nachindustriellen Proletarier"

Gorz behauptet, daß die Ersetzung qualifizierter Facharbeiterberufe durch beliebig austauschbare Jobs auch jeglichen Klassenzusammenhalt unter den Werktätigen auslösche. Bereits mit den Anfängen des industrialisierten Kapitalismus und seither mit zunehmender Tendenz habe der Umfang der Pro duktionseinheiten mit seiner hirarchischen und sachbezogenen Arbeitsteilung einen Überblick über den Produktionsprozeß verunmöglicht mit dem Resultat, daß der Einfluß der Arbeiter auf die Produktion gebrochen und jegliche Arbeiterautonomie zerstört sei. Seine Schlußfolgerung:

„Für die Arbeiter kommt also nicht mehr in Betracht, sich i n n e r h a l b der Arbeit zu befreien, die Arbeit zu beherrschen oder Macht im Rahmen der Arbeit zu gewinnen. Nichts anderes kann mehr in Betracht kommen als die Befreiung v o n der Arbeit, indem man zugleich deren Natur, Inhalt und Modalitäten ablehnt. Aber die Ablehnung der Arbeit schließt die der traditionellen Strategie der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationsfgormen ein." (62)

Die neue Strategie der „Nicht-Klasse des nachindustriellen Proletariats" bestünde nunmehr darin, *„n e b e n und ü b e r den Apparatekomplex größere Autonomie zu erobern, die der gesellschaftlichen Logik entzogen sind, sich ihr widersetzen und eine ziemlich uneingeschränkte Entfaltung der individuellen Existenz erlauben."* (67) Im Unterschied zur „traditionellen Arbeiterklasse" handele es sich — so Gorz — bei der „Nicht-Klasse" um *„befreite Subjektivität"*, die endlich aufgehört habe, sich *„an die immanenten Gesetzlichkeiten der historischen Entwicklungen zu klammern: Wir gehen nirgendwo hin, die Geschichte erzeugt keinen Sinn. Von ihr ist nichts zu erhoffen, auch ist ihr nichts zu opfern."* (68) Es sei allein Aufgabe der Individuen, als *„absolute Subjektivität"* den Ausstieg, *„die Zäsur"* zu vollziehen, die *„gleichermaßen das Jenseits des Produktivismus, die Ablehnung der Akkumulationsethik und die Auflösung aller Klassen"* verkörpere. Als Ziel dieses Unterfangens präsentiert Gorz eine erste zusammenhängende Vision dessen, was seither als **„Dualwirtschaft"** durch linke und grüne Medien geistert:

„Die dualistische Gesellschaft"

„Die dualistische Gesellschaft"

Die anzustrebende Zukunftsgesellschaft soll demnach zweigeteilt sein in einen heteronomen („fremden Gesetzen gehorchend") und einen autonomen, d.h. selbständig-unabhängigen Sektor: *„Die heteronome Sphäre gewährleistet die programmierte, geplante Produktion all dessen, was für das Leben der Individuen und für das Funktionieren der Gesellschaft notwendig ist, so wirksam wie möglich, folglich mit dem geringsten Aufwand und minimalen Ressourcen. In der anderen Sphäre produzieren die Individuen auf autonome Weise, außerhalb des Marktes, allein oder frei assoziiert, materielle oder nichtmaterielle, nicht notwendige, aber den Wünschen, dem Geschmack und der Phantasie des Einzelnen entsprechende Güter und Dienste."* (88) Beide Spären sollen einander bedingen. Je effizienter z.B. in Großindustrien mit Serienfertigung die Gegenstände des täglichen Bedarfs erzeugt werden, um so mehr Zeit bleibe den Individuen für die Selbstanfertigung von „überschüssigen Objekten", beispielsweise bunten Röcken zum Eigenbedarf.(1) Das feierlich von Gorz deklarierte Motto seiner „Dualwirtschaft" lautet: **„Moral ist ohne Notwendigkeit, und Notwendigkeit ist ohne Moral."** (101) Mit anderen Worten: Alle gesellschaftlich bedingten Tätigkeiten (sei es die Staatsgewalt oder die arbeitsteilige Produktion) sind entfremdet, ohne Moral. Daran kann und soll man nichts ändern. Laut Gorz ist es *„ausgeschlossen, die Anonymisierung, Banalisierung, mehr noch: die Trivialisierung der gesellschaftlich bestimmten Arbeit abzuwenden, wenn man nicht die Arbeitsteilung abschafft, was heißt: zu Handwerk und Dorfökonomie zurückkehrt,"* (91), was jedoch unmöglich sei. Immer mehr Verblödung und Abstumpfung menschlicher Tätigkeit sei geradezu Vorteil, da so *„die für jede Arbeit unabdingbare (soziale) Qualifikation relativ rasch erworben werden kann."* (92).(2)

Auf gleiche Weise werden die politischen Verhältnisse abgesteckt, deren Entfremdung in der Klassengesellschaft Gorz zum Programm erhebt: *„Die Existenz* **eines von den Gewohnheiten verschiedenen** *Rechts, eines* **von der Gesellschaft verschiedenen** *Staats"* sei ebenso unerläßlich, wie die **„absolute Objektivität des Gesetzes"** (100 f., Hervorhebungen AK). Einen „guten" Staat, eine „gute" Macht könne es jenseits der Räume für Selbstorganisation und Autonomie eben nicht geben. Moral beginne erst im Bereich der Nicht-Notwendigkeit, der subjektiven Willkür. Und da der Widerspruch zwischen beiden Sektoren nicht zu lösen sei, liegt der Anfang und das Ende der Gorzschen Weisheit in der **„Entdeckung von Widersprüchen, mit denen man in permanenter Spannung leben muß, ohne den Versuch zu unternehmen, sie lösen zu wollen."** (108)

Die Orientierung, die Gorz in diesem Zusammenhang der „nachindustriellen Linken" gibt, entspricht in diesem Punkt recht genau dem, was Baghwan-Bahro den Grünen als Hauptlinie aufzudrängen sucht: Die derzeit *„vorrangige Aufgabe"* bestünde in der *„maximalen Erweiterung der autonomen Tätigkeiten ..., die ihren Sinn und ihren Zweck in sich selbst haben, innerhalb* (3) *und vor allem außerhalb der Familie."* (80) Zum neuen *„Wesen des Kommunismus"* gehöre es, *„wenn die Ideen der Selbstbegrenzung, Stabilisierung, Gerechtigkeit und Unentgeltlichkeit praktisch werden — wenn praktisch gezeigt wird, daß man nicht nur besser leben kann, indem man anders arbeitet und konsumiert, sondern auch, daß freiwillge und kollektive Begrenzung der Sphäre der Notwendigkeit schon jetzt — und allein sie — die Erweiterung der autonomen Sphäre erlaubt."* (112)

Das fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven" Lohnverzicht und die „Begrenzung" überwuchernder Ansprüche predigt, um damit ihre Ziele (sprich etwa Pershing und Tornado, etc.) auf Kosten der Arbeiter zu erreichen.



Über jeden Klassengegensatz erhaben ...?

Nach Gorz können künftige gesellschaftliche Veränderungen allein von denjenigen vollzogen werden, *„die die Auflösung aller Klassen, einschließlich der Arbeiterklasse, verkörpern oder ankündigen"* (10), womit wohl in erster Linie seinesgleichen gemeint sind. Gorz verzichtet großzügig darauf, diese These mit historischen Beispielen oder aktuellen Bezügen abzusichern. Stattdessen führt er aus, wie das Proletariat, materialistisch und abgestumpft kaum zum Träger seiner Ideen geeignet ist; das nicht als *„freies"* Individuum, sondern *„nur in den Grenzen des Klassenstatus"* denken könne: *„Sturheit, Dogmatismus, Materialismus, Klischeesprache und autoritäre Leidenschaft sind Kennzeichen dieses Denkens, das kein Subjekt kennen will ..."* (28). Zu den besonderen Eigenarten dieser Klasse gehöre *„die gänzlich kommerzielle Form des Ausdrucks seiner materiellen Bedürfnisse — es sind Kauf- und Geldbedürfnisse"*. — Diese Denkensart sei dem Umstand geschuldet, daß *„der vollendete Proletarier ausschließlich für die Gesellschaft"*, also lediglich *„abstrakt, allgemein"* arbeite.

Derartige Angriffe auf den „Materialismus" gehören auch zum Repertoire des ultrakonservativen Ökologismus. Bei Gorz hingegen — und das ist der entscheidende Punkt — sind sie eingebettet in ein fortschrittlich drapiertes Denkmodell, das speziell auf Linke abzielt. In seinem Buch steht die in autonomen Nischen asketisch aber „selbstbefreit" vor sich hinwerkelnde „nachindustrielle Linke" auf der einen Seite als neue „Avantgarde" der Zukunft. Auf die anderen Seite schiebt er *„als Kopie des Kapitals"* die dem materiellen Anspruchsdenken verfallenen werktätigen Massen.

W e i l Gorz in seinem ganzen Buch *„auf der Seite des Proletariats keine geschichtliche Selbsttätigkeit, keine ihm eigentümliche politische Bewegung"* (4) zu erblicken vermag, müssen sich seine Hoffnungen auf die herrschende Klasse konzentrieren.

Die Lohnabhängigen als *„eine Funktion der kapitalistischen Produktivkräfte"* könne nur *„ein Bruch innerhalb der Struktur des Kapitals selbst"* befreien: *„Die Macht kann nur von einer tatsächlich herrschenden Klasse ergriffen werden."* (56)

Exkurs: Kapitalistische Rationalisierung ...

Wie bereits angedeutet, sieht Gorz in der Entwicklung der Industriearbeit, in der Taylorisierung (d.h. extreme, wissenschaftlich fundierte Arbeitsteilung), in der Automatisierung und der Computerisierung den maßgeblichen Grund für die Deformierung und Entmündigung der Arbeiterklasse, die diesen Produktionsverhältnissen vollständig angepaßt sei.

In dieser Argumentation steckt immerhin ein Funke Wahrheit. Der wissenschaftlich-technische „Fortschritt" im Kapitalismus hat die bereits von Marx analysierte Idiotisierung der Arbeit unermeßlich vorangetrieben. So erfordert bereits der Taylorismus einen Arbeitertypus, der *„so blöd und phleg-*

von Marx analysierte Idiotisierung der Arbeit unermeßlich vorangetrieben. So erfordert bereits der Taylorismus einen Arbeitertypus, der *„so blöd und phleg-*

matisch ist, daß er in seinen geistigen Fähigkeiten mehr dem Ochsen gleicht, als jedem anderen Typ." (Taylor 1919, diese und folgende Angaben nach P. Löw-Beer, Industrie und Glück, 1981). Die Automatisierung wurde auf eine Stufenleiter geschraubt, die in Einzelfällen den Einsatz von Arbeitern *„mit dem Intelligenzniveau eines Zwölfjährigen"* erforderlich machte, *„weil (ihre) geistige Beschränktheit es (ihnen) ermöglichte, jenes Ausmaß an Geduld und Beharrlichkeit aufzubringen, das notwendig ist, um die Maschine beim Ablauf ihrer Operationen zu überwachen"* (nach „American Maschinist", Juli 79). Zudem ermöglicht die Automatisierung eine schrittweise Aufhebung des Streikrechts: Während zuvor bestimmte Maschinisten-Abteilungen über eine Reihe von Kenntnissen verfügten, die für die Betriebsleitung nicht ohne weiteres zu ersetzen waren, so können jetzt per Telefon die Programme an entsprechend automatisierte Maschinen in Zweigwerken, z.B. im Ausland übertragen werden. Bereits im Kapital hatte der von Gorz glossierte „Sankt Marx" die vom Kapitalismus eingesetzte Maschinerie als *„das machtvollste Kriegsmittel zur Niederschlagung der periodischen Arbeiteraufstände, strikes usw. wider die Autokratie des Kapitals"* charakterisiert. Aktualisiert wird diese Einschätzung durch die Computerisierung, die dem Kapitalisten eine nahezu lückenlose Kontrolle jeder Arbeitertätigkeit mit Mitteln erlaubt, wie sie bisher vorwiegend im Bundeskriminalamt zum Zwecke der Terroristenfahndung eingesetzt wurden.

All diese — von ihm nur am Rande und ungenau skizzierten Folgen des Profitsystems — wendet Gorz, wie wir gesehen haben, nicht gegen das Kapital, sondern ... gegen die Arbeiterklasse!

... so Gorz es will

Mit seiner dualwirtschaftlichen Konzeption wirft Gorz nicht nur die von der Ökologiebewegung entwickelten Ansätze zur Veränderung von Produktivkraftentwicklungen (z.B. alternative Energieversorgung) über Bord. Er fordert gerade m e h r Rationalisierung und m e h r Verblödung von Industriearbeit, da angeblich hierdurch die Zeiträume für „autonome" Tätigkeiten ausgedehnt werden könnten. Es ist zwar unbestreitbar, daß Rationalisierung „an sich betrachtet" die Arbeitszeit verkürzt. Der Augenschein beweist jedoch täglich, daß k a p i t a l i s t i s c h e Rationalisierung Millionenheere arbeitslos macht und zusätzlich die verbliebene Arbeit verlängert und intensiviert. Gorz jedoch wird nicht müde zu beteuern, daß ihm die Machtfrage *„politisch gleichgültig"* ist. In der scheinradikalen Pose des Baghwan-Bahro weist er als *„fortwährende Illusion des Reformismus"* alle Ansätze weit von sich, die darauf ab-

ist. In der scheinradikalen Pose des Baghwan-Bahro weist er als *„fortwährende Illusion des Reformismus"* alle Ansätze weit von sich, die darauf ab-

zielen, *„sich des Herrschaftsapparats zu bemächtigen, um ihn danach zu verändern."* (56) Und so landet er tatsächlich „jenseits des Sozialismus", nämlich direkt in den Armen der Bourgeoisie, der eine wie auch immer aufgemachte Akzeptanz-Förderung neuer Rationalisierungstechnologien nur recht sein kann. (5)

So oder so läuft auch diese Argumentation von Gorz objektiv auf eine Zuspitzung der Widersprüche zwischen den in autonomen Nischen agierenden „Aussteigern" und den dem Industriesystem immer noch verhafteten Werktätigen hinaus.

Bahro hatte es in seiner „Entgegnung auf den grünen Wirtschaftsprogrammentwurf" (AK 227) blendend verstanden, seinen Ritt gegen das Industriesystem ergo gegen die Industriearbeiterschaft einen radikalen Schein zu verleihen. Seine Warnungen vor *„systemimmanenten"* Forderungen, mit denen man *„ökosozialdemokratische Dienste am Krankenbett des Kapitals"* leiste und den *„Einfang- und Reinte-*

Fortsetzung nächste Seite



Forts. von vorhergehender Seite

grationsmanövern" der SPD-Opposition auf den Leim gehe, täuschen über die objektive Zutreiberrolle Bahros f ü r die SPD hinweg. Ebenso wie originalreformistische Grüne à la Hasenclever (Baden-Württemberg) darauf orientieren, der SPD das „Ökonomische" zu überlassen, während die eigentliche Berufung der Grünen das „Ökologische"sei, fordert Bahro eine Konzentration der Grünen auf die Aussteigerbewegung mit dem Effekt, die real existierende Arbeiterklasse der Hegemonie der SPD zu überantworten.

Im Vergleich zwischen diesen beiden Koryphäen des Ökologismus zeigt sich, daß Bahro in einer Reihe von zentralen Punkten des Gorz-Programms übereinstimmt.

Entgegen Bahros besonders verantwortungsloser Linie der *„einseitigen industriellen Abrüstung"*, propagiert Gorz das duale System von durchrationalisierten Großindustrien neben den *„autonomen Sektoren"* das keineswegs die Industriegesellschaft zugunsten vorindustrieller handwerklicher Tätigkeit abschaffen möchte.

Dem Gorz-Gedanken ist in diesem Zusammenhang nicht nur die größere Realitätsnähe zugutezuhalten (Alternativwirtschaft a u f G r u n d l a g e von Industrieproduktion), er ist zudem ehrlicher und eindeutiger, da er offen erklärt, was Bahro hinter scheinradikalen Floskeln versteckt: auf die Lösung des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit verzichten zu wollen.

AKW-Nein-Kommission

(1) Im Pflasterstrand Nr. 103 (April 81) wurden in einem 5-seitigen Beitrag mit sicherem Gefühl für das besonders zynische die Grundtendenzen des Gorz-Buches propagiert. Für den PS bestand Konsens darin, *„daß wir zu schwach sind, das System zu revolutionieren"*, deshalb müsse *„unsere alternative Lebensweise eine Koexistenzform mit dem System finden"*. Da jedoch der autonome Sektor neben dem etablierten nicht autonom existieren könne, müsse man an hohen Wachstums- und Ausbeutungsraten der kapitalistischen Ökonomie interessiert sein: *„Wir bedürfen ihrer Prosperität und wir bedürfen ihrer halbwegs erfolgreichen Meisterung der Ökoproblematik ... Während wir im „äußeren" Bereich reformistisch vorgehen können, dürfen wir uns im inneren Feld — das sind die Strukturen im Dualsektor und unser eigenes subjektives Verhalten — revolutionär gebärden (soweit wir können)."*

(2) Gorz beruft sich mit dem Dualkonzept auf Marx, der am Ende des „Kapital" auf das „Reich der Freiheit" im Gegensatz zum „Reich der Notwendigkeit" zu sprechen kam: *„Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion ..."* (Bd. III, S. 828). Die Berufung auf Marx ist jedoch ausgesprochen schlitzohrig. Einige Zeilen weiter betont Marx, daß auch im Rahmen der Naturnotwendigkeiten *„der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand* **und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen** *vollziehn."*

Während Gorz die Widersprüche im Kapitalismus abzustumpfen versucht und um Verständnis für die „Trivialität und Banalität" der Industriearbeit bittet, hatte Marx in aller Schärfe *„die Tendenz der Gleichmachung oder Nivellierung der Arbeiten ... in der automatischen Fabrik"* als menschenunwürdig angeprangert. (Kapital I, S. 442)

(3) Schelte erteilt Gorz in diesem Zusammenhang der Frauenbewegung, die *„sich die kapitalistische Rationalität zu eigen (macht), wenn sie sich vornimmt, die Frau von den nicht-ökonomischen Tätigkeiten zu befreien, die weil für untergeordnet und servil gehalten, abgeschafft werden sollen."* Es ginge nicht mehr darum, die Frau von der häuslichen Tätigkeit zu befreien; schließlich habe Lohnarbeit im „nachindustriellen Proletariat" bereits aufgehört, für edler zu gelten als die unvergüteten autonomen Aktivitäten in der engeren oder weiteren Familie ... (S. 78 f.)

(4) zit. aus dem streckenweise erstaunlich aktuellen „Manifest der Kommunistischen Partei" (Marx/Engels, 1848) zum Thema „Der kritische utopische Sozialismus und Kommunismus"

(5) In seinem 1978 veröffentlichten Aufsatz: „Das goldene Zeitalter der Arbeitslosigkeit" (im Anhang zum „Abschied ..." wiedergegeben) erhebt Gorz die Mikroelektronik zum neuen revolutionären „Subjekt": *„Der polyvalente, ‚allseitig entwickelte' Produzent mit weitgespannten Fähigkeiten, von dem Marx träumte, kann dank der Mikroelektronik Wirklichkeit werden. Nicht durch autoritäre Planung und Verteilung, sondern durch den Wechsel zwischen den unterschiedlichsten Tätigkeiten, durch Eigenproduktion, Kooperation und Selbsthilfe werden Warenaustausch und der Staat zugrunde gehen ..."* (S. 133)

Karl Marx über André Gorz

„In Ländern wie in Frankreich, wo die Bauernklasse weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, war es natürlich, daß Schriftsteller, die für das Proletariat gegen die Bourgeoisie auftraten, an ihre Kritik des Bourgeoisregimes den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Maßstab anlegten und die Partei der Arbeiter vom

nen untereinander, die Auflösung der alten Sitten, der alten Familienverhältnisse, der alten Nationalitäten.

Seinem positiven Gehalte nach will jedoch dieser Sozialismus entweder die alten Produktions- und Verkehrsmittel wiederherstellen und mit ihnen die alten Eigentumsverhältnisse und die alte Gesell-

Karl Marx über André Gorz

„In Ländern wie in Frankreich, wo die Bauernklasse weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, war es natürlich, daß Schriftsteller, die für das Proletariat gegen die Bourgeoisie auftraten, an ihre Kritik des Bourgeoisregimes den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Maßstab anlegten und die Partei der Arbeiter vom Standpunkt des Kleinbürgertums ergriffen. Es bildete sich so der kleinbürgerliche Sozialismus ... Dieser Sozialismus zergliederte höchst scharfsinnig die Widersprüche in den modernen Produktionsverhältnissen. Er enthüllte die gleisnerischen Beschönigungen der Ökonomen. Er wies unwiderleglich die zerstörenden Wirkungen der Maschinerie und der Teilung der Arbeit nach, die Konzentration der Kapitalien und des Grundbesitzes, die Überproduktion, die Krisen, den notwendigen Untergang der kleinen Bürger und Bauern, das Elend des Proletariats, die Anarchie der Produktion, die schreiensten Mißverhältnisse in der Verteilung des Reichtums, den industriellen Vernichtungskrieg der Nationen untereinander, die Auflösung der alten Sitten, der alten Familienverhältnisse, der alten Nationalitäten.

Seinem positiven Gehalte nach will jedoch dieser Sozialismus entweder die alten Produktions- und Verkehrsmittel wiederherstellen und mit ihnen die alten Eigentumsverhältnisse und die alte Gesellschaft, oder er will die modernen Produktions- und Verkehrsmittel in den Rahmen der alten Eigentumsverhältnisse, die von ihnen gesprengt wurden, gesprengt werden mußten, gewaltsam wieder einsperren. In beiden Fällen ist er reaktionär und utopisch zugleich.

Zunftwesen in der Manufaktur und patriarchalische Wirtschaft auf dem Lande, das sind seine letzten Worte.

Schließlich, als die hartnäckigen geschichtlichen Tatsachen jeden Rausch des Selbstbetrugs verscheucht hatten, artete diese Form des Sozialismus in einen erbärmlichen Katzenjammer aus ..."

aus: Manifest der Kommunistischen Partei, Februar 1848

Nachtrag zu Tina Modotti (AK 226)

Im AK 226 wurde der Artikel „Tina Modotti, Schwester" veröffentlicht. Der biografischen Darstellung angeschlossen werden sollte ein zweiter Teil, dessen Schwerpunkt eine Auseinandersetzung mit den Auffassungen über Tina Modotti und die „feministische Ästhetik" ist, wie sie von den Autoren des Katalogs zur Frida-Kahlo-Tina-Modotti-Ausstellung, Laura Mulvey und Peter Wollen, vertreten werden.

Der Abdruck dieses zweiten Teils im AK wurde von Mitgliedern der AK-Redaktion abgelehnt, dem Autor wurde die Publikation im (KB-)„Internen Bulletin" vorgeschlagen. Der Autor war mit dieser Regelung nicht einverstanden und gab das per AK bekannt (siehe Nachschrift zum Tina-Modotti-Artikel im AK 226).

Eine Begründung für die Ablehnung des Abdrucks konnte im „Endredaktionsstreß" nicht gegeben werden. Nachdem diese Begründung nun vorliegt und in ihr schlüssig aufgezeigt wird, daß eine Auseinandersetzung mit „feministischer Ästhetik", sofern sie sich nur auf eine einzige und auch nur wenigen bekannte Quelle stützt, keinesfalls ausreichend ist, zieht der Autor seinen Einspruch zurück und erklärt sich nachträglich mit dem Nicht-Abdruck einverstanden. (Die angebotene Veröffentlichung im „Internen Bulletin" wird, dem Wunsch des Autors entsprechend, ebenfalls nicht erfolgen).

C. C.

Dieser Text lag schon zu AK 227 vor, ist aber auf dem Weg zwischen Satz und Layout steckengeblieben. — AK-Redaktion

Leserbriefe

Was ist hier peinlich?

Erwiderung auf die Leserbriefantwort zu „Endlösung der Palästinafrage" (s. AK 227, S. 29)

Es wird wohl jedem aufmerksamen AK-Leser aufgefallen sein, daß Kt. auf die Kernaussagen meines Leserbriefes einmal nicht eingegangen ist und zum anderen unter dem Schein des Widerspruches mir recht gegeben hat. Ich halte das für halbherzig und möchte deshalb, obwohl Anfrage und „Antwort" nebeneinander schon so für sich sprechen, doch noch einmal um Stellungnahme bitten.

Kt. hat einschränkend zugegeben, daß das Wort „Endlösung" sich nur auf die strategischen Pläne einer Person (Sharon und dahinter stehende Kreise) bezieht, nicht auf Israel insgesamt, auch nicht auf das politisch herrschende. Das ist doch von der Sache her ein zusätzliches Argument dafür, den Begriff „Endlösung" in diesem Zusammenhang und schon gar nicht in der plaktiven Form von AK 225 zu benutzen. „Endlösung" ist nun einmal d a s Wort für die von einem politischen System bürokratisch durchgeführte Ausrottung des jüdischen Volkes. So ist durch Kts. Antwort zusätzlich deutlich geworden, daß der in dem Wort enthaltene Vergleich nicht zutrifft, umso unverständlicher sein halbherziges Festhalten an der Überschrift. Peinlich ist m. E., den Streit um die Sache (Palästinapolitik) und den Streit um das Wort so ins Verhältnis zu setzen, wie Kt. es tut. Für ihn ist die Person Sharon offensichtlich dafür Gewährsmann, daß die AK-Überschrift dann doch so plakativ stehenbleiben kann. Für mich ist die durchorganisierte Konsequenz des NS-Systems und der heute noch lange nicht überwundene Antisemitismus, der leider auch aus dem Libanonkrieg seine Nahrung saugt, eine Mahnung, mit Worten, eben weil sie Sachen bezeichnen, präzise und sorgfältig umzugehen.

Ich weise euch deshalb auf das Interview in AK 224 (!), S. 25, mit D. Diner und M. Brumlik hin:

„ ... inwieweit sich nicht auch unter Teilen der deutschen Linken bewußt oder unbewußt antisemitische Argumentationsmuster finden. Argumentationsmuster, die vor allem darauf zielen, die Kinder ehemaliger Täter gewissensmäßig zu entlasten.

AK: Was meinst du mit diesen unbewußten Argumentationsmustern?

M. Brumlik: Das beste Beispiel, das mir dazu einfällt, ist das bekannte Plakat, auf dem Begin gleich groß neben Adolf Hitler abgebildet ist. Ein anderes Beispiel sind einfach Sprüche wie: ‚Ihr seid ja auch nicht besser' oder ‚Endlösung der Palästinenserfrage' usw."

Überhaupt nicht eingegangen ist Kt. auf meine Frage, warum *„die im weltweiten Vergleich doch nicht einmalige Politik der herrschenden Zionisten in Palästina dennoch als einzige gerade von der sozialistischen Linken immer wieder mit der NS-Politik auf eine Stufe gestellt wird"*. Was ich nun peinlich finde, ist, daß diese Frage ohne Erwähnung einfach übergangen wurde. Das hängt sicher mit der halbherzigen Sichtweise bezüglich der ersten Frage zusammen. Unabhängig davon ist diese Aussage richtig oder falsch, berechtigt oder unberechtigt. Aber darauf ist kein Wort verschwendet worden. Etwa um die dahinterstehende Frage abzuwürgen? Warum kann man/frau nicht auch mal etwas einsehen, keine Erklärung haben, das einfach nur zugestehen? Ich halte die in diesem Satz gemachte Feststellung über antijüdische Argumentationsmuster in der Linken für berechtigt, weiß aber keine tiefergehende Erklärung dafür und finde die Sache deshalb diskussionswürdig. Der AK würde sich mit solch einer Diskussion einen guten Namen machen.

Klaus-Peter Lehmann

* * *

Kt.s Antwort auf den Brief von Klaus-Peter L., der die Projizierung der „Endlösung" auf die Politik der herrschenden Klasse Israels problematisierte, fiel recht unwirsch aus. Mag sein, daß ihm in der derzeitigen politischen Lage die notwendige uneingeschränkte Solidarität mit dem palästinensischen Volk kritische Reflexionen wie die von Klaus-Peter unangebracht erscheinen ließ.

Immerhin konnte ich aber in Gesprächen mit AK-Lesern feststellen, daß sie über die oberflächliche Antwort von Kt., der das Problem auf einen peinlichen Streit um Worte meinte reduzieren zu können, irritiert waren.

Meines Erachtens bleibt gegenüber Kt. festzuhalten:

1. Der erste industriell durchgeführte Völkermord an den europäischen Juden durch den deutschen Faschismus hat eine geschichtliche Dimension, die auch mit der Politik der heutigen israelischen Führung gegenüber den Palästinensern nicht auf eine Stufe gestellt werden kann.

2. Die Problematik des heutigen Judenstaates ist neben seiner imperialistischen Funktionalisierung eng mit der historischen Schuld unseres Kulturkreises (und nicht nur unserer herrschenden Klassen ...) gegenüber den Juden verbunden (K.P.L. geht ausführlich darauf ein).

3. Die Übertragung ausgerechnet des „deutschen" Begriffs „Endlösung" durch west d e u t s c h e Linke ausschließlich (!) auf die israelische herrschende Politik deutet auf verdeckten, möglicherweise unbewußten Antisemitismus hin (vergl. Daniel Diner in AK 227). Er scheint schuldentlastende Funktion zu haben (dumpf im Hintergrund: „Die sind heute auch nicht besser als wir damals").

Dazu paßt es, daß im AK traditionell „der Zionismus" mit faschistischer Ideologie auf eine Stufe gestellt wird — ein klares, „sauberes" Feindbild (vergl. den Südafrika-Artikel in AK 225). Arie Goral wies im AK 226 bissig auf die vermutete Geschichtsblindheit der AK-Leser in Sachen Judentum, Zionismus etc. hin. Grundlos?

Zu fordern wäre m. E.:

— Eine Diskussion darüber, daß es auch für westdeutsche L i n k e ein spezielles „Problem Israel" zu geben hat vor dem Hintergrund unserer Geschichte (wie es der Leserbrief von K.P.L. andeutet und wie es bei den „Marxistischen Gruppen" exemplarisch n i c h t existiert!),

— Auseinandersetzung nicht nur mit den nationalsozialistischen, sondern auch anderen historischen Formen der Judenverfolgung und ihren Ursachen,

— Untersuchung der Reaktionsweisen der Arbeiterbewegung auf Antisemitismus.

— Differenzierte Darstellung der Problematik des Zionismus (Stichwort M. Buber), auch der heutigen Institutionen, Verbände etc. des Zionismus.

— Bemühen um Darstellung und Verständnis jüdischer Kultur und Geschichte.

— Auseinandersetzung mit dem, was an Judentum in diesem Land „übrig" geblieben ist (gut das Daniel Diner Interview, die gelegentlichen Artikel von A. Goral), Auseinandersetzung mit heutigen — auch „linken" — Formen des oft verdeckten Antisemitismus.

Dem Leserbrief von Klaus Peter L. kommt m. E. das Verdienst zu, überhaupt erst auf Fehlendes aufmerksam zu machen. Die Antwort von Kt. läßt dies Fehlende — leider — nochmals sehr deutlich spüren.

St. St., Hamburg

dem Libanonkrieg seine Nahrung saugt, eine Mahnung, mit Worten, eben weil sie Sachen bezeichnen, präzise und sorgfältig umzugehen.

Ich weise euch deshalb auf das Interview in AK 224 (!), S. 25, mit D. Diner und M. Brumlik hin:

„ ... inwieweit sich nicht auch unter Teilen der deutschen Linken bewußt oder unbewußt antisemitische Argumentationsmuster finden. Argumentationsmuster, die vor allem darauf zielen, die Kinder ehemaliger Täter gewissensmäßig zu entlasten.

AK: Was meinst du mit diesen unbewußten Argumentationsmustern?

M. Brumlik: Das beste Beispiel, das

ließ.

Immerhin konnte ich aber in Gesprächen mit AK-Lesern feststellen, daß sie über die oberflächliche Antwort von Kt., der das Problem auf einen peinlichen Streit um Worte meinte reduzieren zu können, irritiert waren.

Meines Erachtens bleibt gegenüber Kt. festzuhalten:

1. Der erste industriell durchgeführte Völkermord an den europäischen Juden durch den deutschen Faschismus hat eine geschichtliche Dimension, die auch mit der Politik der heutigen israelischen Führung gegenüber den Palästinensern nicht auf eine Stufe gestellt werden kann.

ständnis jüdischer Kultur und Geschichte.

— Auseinandersetzung mit dem, was an Judentum in diesem Land „übrig" geblieben ist (gut das Daniel Diner Interview, die gelegentlichen Artikel von A. Goral), Auseinandersetzung mit heutigen — auch „linken" — Formen des oft verdeckten Antisemitismus.

Dem Leserbrief von Klaus Peter L. kommt m. E. das Verdienst zu, überhaupt erst auf Fehlendes aufmerksam zu machen. Die Antwort von Kt. läßt dies Fehlende — leider — nochmals sehr deutlich spüren.

St. St., Hamburg

Kaminski, Karnscheit, Winter:

Antonio Gramsci, Philosophie und Praxis

Das Buch ist kürzlich im Sendler-Verlag erschienen, ein ziemlicher Wälzer (315 Seiten). Die Autoren gehören zur Redaktion der *Aufsätze zur Diskussion*, dem Organ der Gruppe *Neue Hauptseite Theorie* (NHT). Das Projekt einer umfassenden Kritik Gramscis bzw. seiner Rezeption in der westdeutschen Linken bildete lange Zeit den erklärten Mittelpunkt der NHT-Arbeit.

Dabei ging es nicht allein um Gramsci, sondern weiter um den Einfluß der Kritischen Theorie (Marcuse u.a.) auf die westdeutsche Linke und dies wesentlich auf der philosophischen Ebene. Dieser Arbeitsansatz spiegelt sich in dem nun vorgelegten Buch deutlich wider und mag weniger philosophisch Interessierten den Zugang erschweren.

Denn das Buch steht auf dem Kopf: Es beginnt mit der Philosophie und endet bei der Politik, die es zurecht als die eigentliche Ursache der Gramsci-Debatten benennt. Sehr ausführlich wird der Einfluß idealistischer Philosophie auf Gramsci herausgearbeitet, ebenso die Gemeinsamkeiten zwischen Gramsci, Lukàcs, der Kritischen Theorie und dem Subjektivismus überhaupt. Danach wird Gramscis Theorie der Politik und ihre Vereinnahmung durch den Reformismus dargestellt und kritisiert.

Ebensowenig fehlt eine historische Einordnung Gramscis in die Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung und die damaligen Auseinandersetzungen in der Komintern.

Insgesamt handelt es sich um eine runde Sache und ein empfehlenswertes Buch. Im Gegensatz zu den meisten Arbeiten über Gramsci wird er in der NHT-Arbeit nicht einseitig vereinnahmt, sondern die Widersprüche in Gramscis Denken werden sorgfältig herausgearbeitet und analysiert; insbesondere der Widerspruch zwischen einer konsequenten kommunistischen Politik Gramscis und seinen philosophischen Fehlern wird weder vertuscht noch beschönigt. Die Autoren kommen so zu dem überzeugenden Ergebnis, daß zwar Gramscis theoretische Arbeiten manche Ausschlachtung erlauben, aber seine Politik jeder reformistischen Vereinnahmung widerspricht.

J., Hamburg

FRANZ KAMINSKI
HEINER KARUSCHEIT
KLAUS WINTER
ANTONIO GRAMSCI
PHILOSOPHIE UND PRAXIS
Sendler

Heiner Karuscheit / Alfred Schröder

Wechsel in Bonn und »neue Mehrheiten«

Die sozialen Umschichtungen im Parteiengefüge, der Aufstieg der Grünen und die Schwierigkeiten der Kommunisten (1)

Wir veröffentlichen im folgenden den ersten Teil dieses Artikels, der in kürze in den „Aufsätzen zur Diskussion" erscheinen wird. Während dieser erste Teil die Aufarbeitung der Umschichtung anhand von Zahlenmaterial beinhaltet, beschäftigt sich der zweite Teil mit dem Aufstieg der Grünen und dem Verhältnis der Grünen zu Linken und Sozialisten.

Die Einschätzung des Regierungswechsels und vor allem der nächsten Bundestagswahlen bereitet nicht nur den bürgerlichen Parteien Schwierigkeiten, sondern auch - und mehr noch - den Kommunisten. Sollen sie ein bundesweites grün-alternatives Wahlbündnis anstreben, die Grünen unterstützen oder was sonst? Vor allem in der politischen Bewertung der „Grünen" teilen sie die Unsicherheiten der Bonner Politiker, ohne über viel mehr als vage Vermutungen und wenig abgesicherte Behauptungen zu verfügen. Diese Unsicherheit ist Ausdruck davon, daß der politische Überbau in der BRD, wie er sich in Gestalt des parlamentarischen Systems der Nachkriegszeit herausgebildet hat, seine ersten Risse zeigt, ohne daß die Kommunisten dem gegenüber auf eine wissenschaftlich begründete Strategie zurückgreifen könnten. Die bürgerliche Publizistik bringt das Problem auf den Nenner: Die Stabilität unseres Parteiensystems ist gefährdet; und diese Gefährdung hat gegenwärtig zwei Seiten, nämlich den Niedergang der FDP und den Aufstieg der Grünen.

Um zu einer etwas fundierteren Einschätzung dieser Vorgänge zu gelangen, ist es unumgänglich, einige Zahlen vorauszuschicken, die das Ausmaß der sozialen Umschichtung andeuten, die in der Nachkriegszeit in Westdeutschland vonstatten gegangen ist.

Auch wenn diese Zahlen der bürgerlichen Sozialstatistik entnommen sind und nicht auf dem Boden einer marxistischen Klassenanalyse gegeben werden können, so zeigen sie doch in etwa die Umrisse der gesellschaftlichen Veränderungen auf, die ihren Niederschlag in der Entwicklung der verschiedenen Parteien gefunden haben.

1. Die sozialen Umschichtungen der Nachkriegszeit

Die Bevölkerung der BRD ist zwischen 1950 und 1980 von ca. 50 Millionen auf ca. 62 Millionen Menschen gewachsen. Die erwerbstätige Bevölkerung - also der Teil, der selber arbeitet, gleich in welcher Stellung zu den Produktionsmitteln - stieg in dieser Zeit von ca. 20 Millionen auf ca. 26 Millionen (2). Sowohl vor der Krise 1966/67 als auch vor der Krise 1975/75 stieg diese Zahl sogar auf 27 Millionen. Innerhalb dieses allgemeinen Wachstums des Arbeitskörpers der Gesellschaft vollzogen sich allerdings sehr unterschiedliche Entwicklungen. Zunächst in der Arbeiterklasse: Die Anzahl der Arbeiter stieg von etwas unter 10 Millionen im Jahre 1950 auf über 12 Millionen Ende der fünfziger Jahre, schwankte bis zur Krise 1974 zwischen 12 und 13 Millionen und pendelte sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre auf etwas unter 11 Millionen ein (3). Unter Einbeziehung der gleichzeitigen Arbeitslosenzahlen von etwa 1 Million seit Mitte der siebziger Jahre ist die Zahl der Arbeiter also bei etwa 12 Millionen geblieben (4). Soweit ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist, dürfte dieser Rückgang parallel gehen mit einem prozentualen Rückgang der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung, der sich u.a. aus längeren Ausbildungszeiten, einem früheren Ausscheiden aus dem Arbeitsleben und einer gestiegenen Lebnenserwartung ergibt.

In dieser Zeit ist der Anteil der ausländischen Arbeiter rapide angestiegen. 1965 arbeiteten erstmals über 1 Million Ausländer in der BRD. Nach der Krise 1966/67 ging ihre Zahl wieder zurück, um dann bis zur Krise 1975/75 auf knapp 2,5 Milliuonen zu steigen und sich bis Ende der siebziger Jahre auf knapp 2 Millionen zu steigen und sich bis Ende der siebziger Jahre auf knapp 2 Millionen einzupendeln (5). An dieser Zahl wird einerseits die Funktion ausländischer Arbeitskräfte als industrielle Reservearmee deutlich. Andererseits bedeutet dies, daß von der ursprünglichen deutschen Arbeiterklasse eine Zahl von 2 Millionen die Gelegenheit erhielt, vermittelt durch eine qualifizierte Ausbildung, die nachwachsende Jugend etc., aus der Rubrik „Arbeiter" aus- und aufzusteigen - mit allen Folgen für die Lebensverhältnisse, das Klassenbewußtsein etc. Die ganze deutsche Arbeiterbevölkerung ist in den 60er und 70er Jahren „nach oben" gerutscht, und diese Umschichtung hat sich zusätzlich zu der in der Nachkriegszeit erheblich gestiegenen Konsumtion von Gebrauchsgütern, dem gewachsenen „Lebensstandard", vollzogen. Eine zweite Konsequenz ergibt sich aus dem fehlenden Wahlrecht für Ausländer: Von der Klasse, die in der BRD den materiellen Reichtum produziert, sind (einschließlich der im Wahlalter befindlichen Familienangehörigen) ca. 3 Millionen parlamentarisch überhaupt nicht repräsentiert. Daß das wiederum seine Auswirkungen auf das politische Gesicht des Parlaments hat, liegt auf der Hand. Hierin liegt ein Grund, daß für die bürgerlichen Parteien die Mittelschichten als Wählerpotential immer beeutsamer geworden sind, worauf noch eingegangen wird.

Noch weitergehende Veränderungen haben sich indes in den Klassen und Schichten oberhalb der Arbeiterklasse vollzogen. Stieg die Erwerbsbevölkerung zwischen 1950 und 1980 von 20 auf 26 Millionen, so nahm in der gleichen Zeit die Zahl der „Selbständigen" - also der über eigene Erwerbsquellen verfügenden Personen einschließlich der „mithelfenden Familienangehörigen" - von 6,4 auf 3,5 Millionen Personen ab. Dahinter verbirgt sich in erster Linie der Rückgang der Bauernschaft. Zugleich stieg die Zahl der „abhängig Beschäftigen" von 14 Millionen auf 22 Millionen (6). Das heißt: 1950 besaß von 20 Millionen Erwerbstätigen noch ca. ein Drittel eigene Produktionsmittel (bzw. ein Geschäft o.ä.), und nur 14 Millionen waren lohnabhängig. Heute umschließt eine auf 26 Millionen gestiegene Erwerbsbevölkerung eine um fast die Hälfte gesunkene Zahl von Selbständigen, während die Zahl der Lohnabhängigen sich um mehr als die Hälfte von 14 auf über 22 Millionen vergrößert hat. Heute ist nur noch jeder siebte Erwerbstätige selbständig, sechs von sieben stehen dagegen im Lohnverhältnis.

Dieses Wachstum der Lohnabhängigen betraf weitestgehend die neuen Mittelschichten. Für 1980 weist die bürgerliche Statistik 11 Millionen als Arbeiter aus und ebenso 11 Millionen als Angestellte (9 Millionen) und Beamte (2 Millionen), wobei die Zahl der Angestellten und Beamten die der Arbeiter sogar leicht übersteig t (7). Diese Schichten sind von 4 Millionen im Laufe von 30 Jahren auf fast das Dreifache angewachsen. Damit hat sich bewahrheitet, was Marx vor über 100 Jahren vorausgesagt hat: „*Seine* (Malthus'; d.V.) *höchste Hoffnung, die er selbst als plus ou moins* (mehr oder weniger; d.V.) *utopistisch bezeichnet — ist, daß die Masse der classe moyenne* (Mittelklasse; d.V.) *wächst und das Proletariat (das arbeitende) einen immer verhältnismäßig kleinren Teil der Gesamtpopulation bildet (wenn es auch absolut wächst). Dies ist in der Tat der Gang der Bourgeoisgesellschaft.*" (8) In der beschleunigten Akkumulationsphase der westdeutschen Nachkriegszeit ist beides in unerhörter Schnelligkeit Realität geworden: Die Zahl der Arbeiter ist, in absoluten Zahlen gemessen, langsam gewachsen und stagniert gegenwärtig sogar; der Umfang der Mittelschichten hat im Verhältnis dazu um ein Mehrfaches zugenommen. Eine solche Entwicklung ist Folge der Produktivität und Anzeichen des Reichtums einer Gesellschaft: Die produktiven Arbeiter sind in der Lage, eine immer größere Anzahl unproduktiver Personen zu ernähren. Möglich ist dies durch die Zunahme der toten Arbeit, die sie in Form von Maschinerie in Anwendung bringen und die ihre eigene lebendige Arbeit um ein Vielfaches potenziert. Damit stehen Veränderungen in Zusammenhang, die hier nicht weiter auszuführen sind: Die Zunahme des Dienstleistungsgewerbes, des Lehrpersonals etc. Sie zeigen eine a llgemeine Tendenz: Sowohl die Ausbildung als auch die Reproduktion des industriellen Arbeitskörpers der Gesellschaft nimmt immer größeren Umfang an; gleichzeitig kann der in der Industrie tätige Teil die anderen Teile dieser Gesellschaft in wachsender Größe ernähren. Beides ist gleichermaßen Ausdruck der gestiegenen Produktivkraft der Arbeit.

Im Ergebnis hat sich in der westdeutschen Gesellschaft nicht nur ein enormes Wachstum, sondern eine tiefgreifende soziale Umwälzung der zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie befindlichen Schichten vollzogen. Das alte klassische Kleinbürgertum hat an Bedeutung eingebüßt und an seine Stelle sind neue unselbständige Mittelschichten getreten.

Eine solche soziale Umwälzung, wie sie hier im Hinblick auf die Mittelschichten bei deren gleichzeitiger Ausdehnung, der erstmaligen Unterwerfung von Millionen Menschen unter das Lohnabhängigkeitsverhältnis, und der Übernahme von Millionen Menschen (unter Einschluß der Familienangehörigen) aus der Arbeiterklasse stattgefunden hat, kann nicht ohne Auswirkungen bleiben. Sie legt die Vermutung nahe, daß in diesen Schichten ein erhöhtes Maß an politischer Empfindsamkeit und Mobilität die Folge ist, und in der Tat scheinen die sechziger und siebziger Jahre diese These zu bestätigen. Angefangen von der Studentenbewegung bis zu den „neuen sozialen Bewegungen" speisen sich diese Bewegungen nach allen praktischen Erfahrungen ebenso wie nach den vorliegenden Untersuchungen (9) in erster Linie aus Angehörigen oder dem Nachwuchs der neuen Mitterlschichten. Noch wahrscheinlicher wird diese Vermutung, wenn jene „Parteienlandschaft" untersucht wird, deren Entwicklung den Herrschenden in Bonn gegenwärtig so viel Kopfzerbrechen bereitet.

2. Die Entwicklung der Parteien

Die Herausbildung des Bürgerblocks

Bestimmend für das politische Gesicht der BRD nach der Staatsgründung war die 1949 nach der ersten Bundestagswahl entstandene Koalition des Bürgerblocks.

CDU/CSU, FDP und DP (Deutsche Partei) bildeten — ausgestattet mit einer knappen Koalitionsmehrheit — eine Regierung unter Bundeskanzler Adenauer. Neben der SPD standen damals noch sieben weitere Bundestagsparteien außerhalb der Regierungskoalition in der Opposition. Es waren dies neben der KPD die Bayern-Partei, das Zentrum, die WAV (Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung), die DRP (Deutsche Rechts-Partei), der SSW (Südschleswigscher Wählerverband), und die NG (Notgemeinschaft). Außer SPD und KPD gehörten die Oppositionsparteien überwiegend zum bürgerlich-konservativen Lager und wurden in der Folgezeit von der CDU/CSU aufgesaugt. Nach dieser Konzentration des Parteienspektrums sah es allerdings in den Jahren 1949-52 gar nicht aus. Die bereits durch die Vielfalt der Oppositionsparteien ausgedrückte Zersplitterung setzte sich in den folgenden Jahren fort durch die Gründung der SRP (Sozialistische Reichspartei — eine kaum verhüllte Wiederaufnahme der NSDAP), die 1951 mit 11 % in Niedersachsen und in Bremen mit 7.7 % in die Landesparlamente einzog, weiterhin durch die die Gründung des BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten), der 1950 mit 23,4 % in Schleswig-Holstein und 1951 in Niedersachsen mit 14,9 % ins Landesparlament einrückte. Diese weitere Zersplitterung des Parteienspektrums war direkter Ausdruck des inflationären Preisauftriebs seit 1948 sowie der davon begleiteten Arbeitslosigkeit (1950 waren 7,2 % der Erwerbspersonen arbeitslos).

Der im Zuge des Korea-Booms erfolgte ökonomische Aufschwung führte zu einer gegenläufigen Tendenz im Parteienspektrum; der Konzentrationsprozeß insbesondere des bürgerlichen Lagers hin zur CDU/CSU begann.

Auf der anderen Seite begünstigte er den Herausfall der KPD und den Übergang des Großteils ihres Wählerpotentials zur SPD. „*Die Tendenz zur Zersplitterung fand dann 1952/53 ein rasches Ende. Auf der einen Seite verbot 1952 das Bundesverfassungsgericht die SRP als verfassungswidrige Partei, zum anderen führte vor allem der nun spürbare wirtschaftliche Aufstieg, das ‚Wirtschaftswunder', zu einem entsprechenden ‚Wahlwunder' (C. Baer/E. Faul) bei der Bundestagswahl 1953: CDU/CSU erreichten mit 45,2 % der gültigen Stimmen die absolute Mehrheit im Deutschen Bundestag; außer der sich mühsam behauptenden Sozialdemokratie gerieten die übrigen Parteien in den Sog eines Konzentrationsprozesses zur CDU/CSU hin. In die gleiche Richtung wiesen auch die Wahlergebnisse der Jahre 1953-60. ... So schrumpfte während der Jahre 1953-60 das Parteiensystem der Bundesrepublik auf nur drei (bzw. vier) bedeutende, im Bundestag vertretene Parteien zusammen: CDU/CSU, SPD und FDP.*" (10)

Dieser Konzentrationsprozeß führte zu einem eindeutigen politischen Übergewicht der CDU/CSU im Parteienspektrum der BRD in den 50er und 60er Jahren. Die Wahlergebnisse zu den Bundestagswahlen verdeutlichen dies:

	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
1949	31,0%	29,2%	11,9%	27,9%
1953	45,2%	28,8%	9,5%	16,5%
1957	50,2%	31,8%	7,7%	10,3%

Im Jahre 1949 finden wir CDU/CSU und SPD gleich stark. Zur Regierungsbildung ist die Union jeweils auf eine Mehr-Parteien-Koalition des bürgerlich-konservativen Spektrums angewiesen. Acht Jahre später, 1957, besitzt die CDU/CSU die absolute Mehrheit mit 50,2 % der abgegebenen Stimmen, während die Entwicklung der SPD weiterhin bei 30 % stagniert. Die CDU hat hier den Zenit ihrer Entwicklung erreicht. Er war das Ergebnis der seit 1952 andauernden wirtschaftlichen Prosperität und der Konzentration der Wählerstimmen aus dem christlich-konservativen Lager auf die Union. Alle anderen Parteien des kon-

Fortsetzung nächste Seite

Westdeutsche Linke

Forts. von vorhergehender Seite

servativen Spektrums haben fortwährend an die CDU/CSU verloren und ihre schwindende politische Relevanz wird durch eine erneute Verschärfung der Sperrklausel (1956) für eine Vertretung im Bundestag (mindestens 5 % der Stimmen oder 3 Direktmandate) beschleunigt. Parallel zur Stimmenkonzentration auf die Union vollzieht sich der Übergang der wichtigsten parlamentarischen Vertreter dieser Parteien zur CDU/CSU; so verliert beispielsweise die FDP 1956 vier Minister und 16 Abgeordnete an die CDU/CSU, ähnliche Entwicklungen vollziehen sich beim BHE und der DP. Die Union ist zu d e r politischen Vertretung des Bürgerblocks geworden.

Die SPD von der Arbeiter- zur Volkspartei

In der vorigen Statistik stagniert das Wählerpotential der SPD im Zeitraum von 1949 bis 1957 bei ungefähr 30 %. In den dann folgenden Bundestagswahlen ist ein deutliches Anwachsen der Wähleranteile zu verzeichnen: 1961 auf 36 %, 1965 auf 39 % und 1969 auf 40 %. Insgesamt hat die SPD in etwas über 10 Jahren somit über 10 % gewonnen. Diese Entwicklung wird von Seiten der Sozialdemokratie als eine Auswirkung des Godesberger Programms bewertet, und zwar mit Recht. Dieses Programm wird von Linken meist als Programm der endgültigen Abschiednahme vom Klassenkampf kritisiert, aber übersehen wird dabei ebenso oft, wie sehr es eine Reaktikon auf die klassenmäßigen Umwälzungen der Nachkriegszeit war. Mit ihrem Wandel von der Arbeiter- zu Volkspartei trug die SPD der Tatsache Rechnung, daß der prozentuale Anteil der Arbeiter an der Wahlbevölkerung zurückging, während der Anteil der lohnabhängigen neuen Mittelschichten beschleunigt anwuchs. In Godesberg formulierte die SPD das Programm der Hinwendung zu diesen Schichten, die zunehmend Zielpunkt der politischen Aktivitäten aller bürgerlichen Parteien wurden. Deutlich wird dies bei einem Vergleich der Sozialstruktur der Wählerschaft von SPD, CDU und FDP bei den Bundestagswahlen 1953 und 1976.

Während die SPD 1953 hauptsächlich von Arbeitern — 71 % ihres Wählerpotentials — gewählt wurde, waren 1976 bereits die neuen Mittelschichten die stärkste Gruppierung ihres Wähler-

lerpotentials — gewählt wurde, waren 1976 bereits die neuen Mittelschichten die stärkste Gruppierung ihres Wähler-

potentials (46 %). Die Veränderung der Sozialstruktur der Wählerschaft spiegelt sich in der Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Partei wider. Egon Bahr legte auf dem Hamburger Parteitag der SPD im November 1977 eine soziologische Einschätzung über seine Partei vor, die diesen Wandel deutlich bestätigt: *„Unsere Mitgliedschaft hat sich in den letzten zwanzig Jahren stärker verändert als in den fast hundert Jahren vorher. Aus der traditionellen Arbeiterpartei ist eine Volkspartei geworden. Wir haben seit Mitte der sechziger Jahre nicht nur unsere Wählerschaft verbreitert. Die Zusammensetzung unserer Mitgliedschaft weicht nicht mehr stark von der unserer Wählerschaft und der Zusammensetzung der Bevölkerung insgesamt ab. Wir haben Angestellte, Beamte und Akademiker überdurchschnittlich hinzugewonnen. Die Gruppe der Arbeiter im traditionellen Sinne ist nur noch fast gleich groß wie die Gruppe der Angestellten. Nimmt man dazu, daß fast sechzig Prozent unserer Mitglieder aus einer Arbeiterfamilie kommen, aber selbst keine mehr sind, so ist daraus abzulesen, wie stark und schnell sich der gesellschaftliche Vorgang der Veränderung, also der soziale Aufstieg vieler, auch in der Partei widerspiegelt.*
Das gilt auch für die Wohnverhältnisse. Knapp über die Hälfte unserer Mitglieder sind Eigentümer eines Hauses oder einer Wohnung oder eines Grundstücks. 39 Prozent unserer Mitglieder haben einen Bausparvertrag. Viele von ihnen werden also in Zukunft ebenfalls Eigentümer.
In der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft ist die SPD von einer Arbeiterpartei zu einer Arbeitnehmerpartei geworden. Allerdings ist hier die Einschränkung zu machen, daß gegenüber der Gesamtbevölkerung in unserer Mitgliedschaft die besser Ausgebildeten, die Mittelschicht, diejenigen, die sich selbst für Aufsteiger halten, und Angehörige des öffentlichen Dienstes überrepräsentiert sind."(12)
Eine ähnliche, wenn auch bei weitem nicht so rasante Veränderung der Mitgliederstrukturen wie des Wählerpotentials können wir auch bei der CDU/CSU feststellen. Während der Rückgang ihrer Arbeiterstimmen in dem benannten Zeitraum von 30 auf 23% ihrer Wähler relativ gering ist, vollzieht sich auch hier der große Umschwung in Richtung auf die neuen Mittelschichten. Stellte der alte Mittelstand 1953 mit 41% das Hauptpotential der CDU-Wählerschaft dar, so ist er 23 Jahre später mit 29% deutlich niedriger als die neuen Mittelschichten, die mit 44% einen ähnlich hohen Anteil an der Wählerschaft der Union bilden wie bei der SPD.
In den beiden großen Parteien SPD und CDU/CSU können wir somit in den 60er und 70er Jahren sowohl in ihrer Wählerschaft wie in ihrer Mitgliederstruktur eine deutliche Tendenz weg von ihrer ehemaligen Klientel hin zu den neuen Mittelschichten ausmachen. Die Mitgliederstukturen sind — was die hohen Angestellten- und Beamtenanteile betrifft — ähnlich geworden. *„Zugleich blieben aber auch einige spezifische tradierte Ausprägungen der Sozialprofile beider Parteien erhalten. Ein starkes und stabiles Element der CDU/CSU-Wähler sind nach wie vor die Selbständigen, die Angehörigen der freien B erufe und der Landwirtschaft. In der SPD-Wählerschaft ist nach wie vor ihre traditionelle Basis, die Arbeiterschaft, überproportional vertreten. Hier hat sich jedoch ein deutlicher Abschwächungsprozeß vollzogen, der zu einer der signifikantesten Nivellierungen beider Wählerschaften geführt hat."* (13)

Prozentuale Verteilung der Wählerstimmen nach Schichten (11)

	SPD 1953/76	CDU 1953/76	FDP 1953/76
Arbeiter	71/36	30/23	20/17
alter Mittelstand	10/5	41/19	47/11
neue Mittelschichten	19/46	29/44	33/57

Der Niedergang der FDP

Die FDP verstand sich seit ihrer Gründung als eine bürgerliche Partei, deren spezifische Klientel der selbständige Mittelstand war. In keiner Bundestagsfraktion war der Anteil der Selbständigen so hoch wie in der FDP -Fraktion des ersten deutschen Bundestages. *„1953 lieferte der alte Mittelstand (der sich aus selbständigen Gewerbetreibenden, Freiberuflern und Landwirten zusammensetzte), noch fast die Hälfte des Wählerpotentials der FDP; rund 25% seiner Anhänger stimmten damals für die Freien Demokraten."* (14) Bei einer solchen Struktur der Wähler-

des Wählerpotentials der FDP; rund 25% seiner Anhänger stimmten damals für die Freien Demokraten." (14) Bei einer solchen Struktur der Wähler-

schaft und der Parlamentsfraktion war die Orientierung auf eine Bürgerblock-Koalition mit der CDU/CSU zwingend vorgegeben.
Der Niedergang des alten Mittelstandes mußte aber notwendig zur politischen Krise und Neuorientierung der Partei führen. Diese Entwicklung kündigte sich bereits in den Wahlergebnissen der 50er Jahre an. Wir beobachten von 1949 bis 57 einen stetigen Rückgang des Anteils der FDP-Stimmen (1949: 11,9%, 1953: 9,5%, 1957: 7,7%). Scheinbar tritt dann 1961 eine Wende ein, wo die FDP 12,8% der Stimmen gewinnt. In Wirklichkeit wurde hier der sozialstrukturell vorbestimmte Niedergang der FDP durch politische Ereignisse zeitweilig behindert, ja, es trat eine direkt gegenläufige Entwicklung ein. Geschuldet war sie der politischen Überlebtheit der Adenauer-Ära, deren Ende das Hauptversprechen des FDP-Wahlkampfes war. Die Ersetzung Adenauers durch den im bürgerlichen Wählerpotential allseits beliebten Erhard war der Inhalt der Wahlaussage der FDP. Sie empfahl sich damit als liberales Korrektiv zur CDU/CSU, die die Wende von Adenauer zu Erhard schaffen wollte. Dies führte zu jenen beträchtlichen Stimmengewinnen der FDP aus dem Lager der Union, die den Anschein einer Konsolidierung der FDP erweckten, während realiter ihre eigentliche Stammwählerschaft fortwährend zurückging. Auch die Bundestagswahl 1965 konnte diese Tatsache noch weitgehend verdecken, da sie unter den Nachwirkungen der Spiegel-Affäre (wo die FDP-Minister durch ihren Rücktritt die Entfernung des Verteidigungsministers Franz Josef Strauß durchsetzten) erneut zu einem positiven Wahlergebnis für die Liberalen führten (9,5%).
Trotz dieser guten Wahlergebnisse wurde das Problem des politischen Überlebens der FDP zunehmend deutlicher. Der Rückgang des traditionellen Mittelstandes führte zu einer ernsthaften Einengung des eigentlichen Stammwählerpotentials der Liberalen, welches eben in diesen Schichten lag. Eine Orientierung hin zu jenen sogenannten Wechselwählern, die Anfang der 60er Jahre von der FDP in erste Linie von der Union zu gewinnen waren, wurde notwendig und entsprechend von Erich Mende die Idee der FDP als liberales Korrektiv der Union zu gewinnen waren, wurde notwendig und entsprechend von Erich Mende die Idee der FDP als liberales Korrektiv der Union geboren. Die politische Instabilität der Partei war damit vorgegeben. *„Bei der Bundestagswahl 1965 verlor die FDP gegenüber 1961 3,3% Prozentpunkte. Sie blieb aber mit 9,5% deutlich über dem Tiefstand von 7,7% aus dem Jahre 1957. Insgesamt bestätigte das Wahlergebnis die bisherigen Kräfteverhältnisse und Konzentrationstendenzen des Parteiensystems. Die traditionelle Vormachtstellung der Unionsparteien blieb erhalten, die Zahl der potentiellen Wechselwähler war gestiegen und die SPD festigte ihre Position als Volkspartei in Konkurrenz zur CDU/CSU. Die FDP verlor größtenteils die Anti-Adenauer-Wähler von 1961, konnte aber ihren Wählerstamm durch einen Stimmenzuwachs aus ländlichen Gebieten erweitern. Trotz der stabileren Basis im Vergleich zu 1957 begünstigten die strukturellen Wandlungstendenzen des Parteiensystems langfristig nicht das Durchsetzungsvermögen einer Partei mit einseitiger Korrektivfunktion, weil sich die Position der Sozialdemokraten gegenüber den fünfziger Jahren entscheidend verändert hatte".* (15)
Durch den Sturz der Regierung Erhard wurde die FDP in die Oppositonsrolle gedrängt, CDU/CSU und SPD bildeten unter Kiesinger die Große Koalition. Hierdurch wurde die bisherige Wahlkamkpfstrategie der FDP unhaltbar, eine politische Umorientierung unabweisbar. Die FDP vollzog diese Entwicklung in den Jahren von 1966 bis 72. Sie war Voraussetzung für die Koalitionsbildung mit der SPD im Jahre 1969. Dieser Wechsel sowohl in der Sozialstruktur der Wähler wie der Parteimitglieder wurde mit dem Wechsel an der Parteispitze von Mende zu Scheel eingeleitet. Baring berichtet von einem Gespräch zwischen W.Scheel und K.G.Kiesinger vor der Bundestagswahl 1969, in welchem Scheel diese Umstrukturierung deutlich als Aufgabe benennt: *„Er (Scheel)... wolle anstelle der aussterbenden oder abwandernden Selbständigen die Jugend und den neuen Mittelstand in die FDP ziehen, wolle in der Schicht der Aufsteiger, bei den gehobenen Angestellten, Fuß fassen. 'Na dann Gott befohlen!', rief nach diesen offenherzigen, zuversichtlichen Eröffnungen seines Kleinkonkurrenten Kiesinger erstaunt und ungläubig aus."*(16)
In der Mitgliedschaft der FDP schlägt sich der Wandel der Sozialstruktur folgendermaßen nieder:

In der Mitgliedschaft der FDP schlägt sich der Wandel der Sozialstruktur folgendermaßen nieder:

In der Mitgliedschaft der FDP schlägt sich der Wandel der Sozialstruktur folgendermaßen nieder:

	1965	1967	1971	1977
Arbeiter	14	14	5	5
Angestellte/Beamte	40	48	53	54
Selbständige	31	22	27	19
Landwirte	5	6	4	—
Rentner	—	—	—	12
Hausfrauen	—	—	—	11
in Ausbildung	—	—	2	9
Sonstige/keine Angaben	11	10	10	—

(17)

Während in den fünfziger Jahren die Selbständigen den Hauptblock innerhalb der FDP-Mitglieder bildeten, sind dies bereits Anfang der 70er die Angestellten und Beamten. Es findet eine eindeutige Umschichtung der Mitgliederstruktur vom zurückgehenden selbständigen Mittelstand zu den lohnabhängigen Mittelschichten statt. In den Jahren 1966 bis 1972 verändert sich gleichzeitig der regionale Schwerpunkt der FDP-Wählerschaft, der nun nicht mehr in den ländlichen Räumen zu finden ist, *„sondern in städtischen Gebieten und Ballungsräumen mit besonders hohem Beschäftigungsanteil im Dienstleistungsbereich. Gleichzeitig stieg der Anteil der jüngeren Wähler an der F.D.P.-Gesamtwählerschaft. Die F.D.P. blieb eine Partei mit überdurchschnittlichen Anteil an Wählern höherer Einkommens- und Bildungsschichten, deren Zusammensetzung sich sozialstrukturell dennoch erheblich änderte. Der Anteil der Selbständigen ging von 35% im Jahre 1953, 33% (1965) und 25% (1969) auf 11% zurück. Parallel schrumpfte der Anteil der Landwirte unter den F.D.P.-Wählern von 15% (1953), 6% (1965) und 5% (1969) auf 2%. Hingegen stieg der Anteil der Beamten und Angestellten von 34% ((1953), 46% (1965) und 60% (1969) auf nunmehr 66%. Der Arbeiteranteil, der bis 1965 bei etwa 15% gelegen hatte, vergrößerte sich auf 21% (1972). Die F.D.P. wurde offensichtlich in stärkerem Maße als je zuvor auch von Facharbeitern gewählt. Die entscheidende Veränderung bestand allerdings im Absinken des Selbständigen- und des Landwirte-Anteils zugunsten der abhängig beschäftigten Angestellten- und Beamtenschaft.*
Diese Verschiebung lag zwar auf der Linie einer allgemeinen Veränderung in der Berufsstruktur, trat hier aber wesentlich verstärkt auf, so daß von einer Ablösung des 'alten Mittelstands' (Selbständige) durch den 'neuen Mittelstand' (Beamte/Angestellte) gesprochen werden konnte." (18)
Diese Umorientierung ging nicht ohne krisenhafte Entwicklung vonstatten. Innerparteilich war sie von heftigen Flügelkämpfen begleitet und mit einem Wahlergebnis von 5,8% bei der Bundestagswahl 1969 lag die FDP am Rande ihres Existenzminimus. Mit der in diesen Jahren vollzogenen Umstrukturierung des Mitglieder- und Wählerpotentials paßte sie sich zwar der veränderten Sozialstruktur der Bundesrepublik an, ohne jedoch gleichzeitig an fundamentaler politischer Stabilität gewinnen zu können. Die neuen Wählerschichten der Partei lagen genau dort, wo auch CDU/CSU und SPD ihre neuen sozialen Schwerpunkte gewonnen hatten. Der Kampf um die sogenannte politische Mitte, die offenkundig in genau diesen Wähleschichten gesehen wird, wurde zum Hauptaugenmerk aller Parteien. Ohne wie CDU/CSU noch über eine spezielle Klientel zu verfügen, die — wenn auch in den letzten 20 Jahren deutlich abgeschwächt — noch immer das politische Gesicht dieser Parteien prägt, ist die FDP zu fortdauernder politischer Instabilität mit der Tendenz hin zum politischen Exitus gekennzeichnet.
Diese Tendenz wurde in der zweiten Hälfte der 70er Jahre wieder deutlicher. Konnte sich die FDP zu Beginn der 70er Jahre außenpolitisch durch die „neue Ostpolitik" und innenpolitisch als liberales Korrektiv der SPD gegenüber profilieren, was bis 1972 hauptsächlich auf Kosten der CDU/CSU geschah, so wird die Tendenzwende 1976 im Zuge der ökonomischen Krise sichtbar und zwar zuerst auf Landesebene. 1976 wurden die ersten liberal-konservativen Landesregierungen in Niedersachsen und im Saarland gebildet. Dieses Abschwenken von der sozial-liberalen Koalition führte zu entscheidenden Einbrüchen in den Landtagswahlen der kommenden Jahre. Gewann die FDP in den Landtagswahlen der Jahre 1974 und 1975 in Hamburg 10,9% der Stimmen, in Schleswig-Holstein 7,1%, in Niedersachsen 7,0%, in Nordrhein-Westfalen 6,7% und in Hessen 7,5%, so reduzierte sich ihr Stimmenanteil in den Landtagswahlen 1978 bis 1980 in denselben Ländern

7,0%, in Nordrhein-Westfalen 6,7% und in Hessen 7,5%, so reduzierte sich ihr Stimmenanteil in den Landtagswahlen 1978 bis 1980 in denselben Ländern

erheblich. In Hamburg fiel sie mit 4,8% aus dem Senat, in Schleswig-Holstein wurde sie auf 5,7% reduziert, in Niedersachsen fiel sie aus dem Landtag mit 4,2%, ebenso in Nordrhein-Westfalen mit 4,9%, und in Hessen wurde sie 1978 auf 6,6% gedrückt, 1982 gar auf unter 5%. Dieser Rückgang war ein Verlust insbesondere in ihren neuen Hauptwählerschichten. Der scheinbare Gegeneffekt in den Bundestagswahlen von 1980 mit über 10% beruhte im wesentlichen auf einer Wiederholung jenes wahltaktischen Schachzuges Mendes aus dem Jahre 1961. Damals versprach Mende eine CDU-Regierung mit dem Kanzler Erhard, ohne Adenauer, und pries sich als liberales Korrektiv der CDU/CSU. 1980 versprach Genscher eine Regierung Schmidt und verkündete sich als liberales Korrektiv gegenüber einer linkslastigen SPD. In beiden Fällen warb die FDP eigentlich nicht für sich, sondern für eine andere Regierungspartei und ihren populären Kandidaten, die sie — die FDP — gegenüber den konservativen Beharrungskräften (1961) und gegenüber den linkslastigen Planwirtschaftlern (1980) an die Macht bringen bzw. halten wollte. Der jeweilige Stimmenanteil der FDP gibt somit keinen Eindruck von der tatsächlichen Wählerschaft der Partei FDP. Diese Wahlergebnisse sind Produkt von taktischen Finessen im Bereich des politischen Überbaus. Sie vermögen dauerhaft zu keiner politischen Stabilität dieser Partei zu führen, verdeutlichen aber andererseits, wieso *„führende FDP-Politiker notgedrungen Hasardeure, Abenteurer, Spielernaturen sein müssen."* (19)

Anmerkungen

(1) Der Artikel stellt einen komprimierten Auszug aus längeren Ausführungen zur ökonomischen und gesellschaftlichen Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland dar, die demnächst an anderer Stelle, voraussichtlich in den AUFSÄTZEN ZUR DISKUSSION, veröffentlicht werden. Damit werden zunächst nicht mehr als erste Thesen formuliert, die im Verlauf näherer Untersuchungen zu erhärten — oder zu ändern sind.

(2) Statistisches Taschenbuch 1982, Arbeits- und Sozialstatistik, hrsg. vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Tabellen 2.1. und 2.3.

(3) ebd., Tabelle 2.6.

(4) Die gemachten Ausführungen einschließlich der empirischen Daten sind mit Vorbehalten zu lesen. Das liegt an klassenanalytischen Problemen, die hier nicht gelöst werden können (vgl. dazu A.Schröder, Klassenanalyse und Programm, in: AUFSÄTZE ZUR DISKUSSION Nr. 18/1982). So ist die Abgrenzung zwischen Arbeiterklasse und Mittelschichten sehr umstritten. Die SOST beispielsweise nehmen eine strikt ökonomische Einteilung vor: zur Arbeiterklasse gehören die Lohnabhängigen, die ihre Arbeitskraft gegen Kapital tauschen, gleich ob sie das als „Arbeiter" oder „Angstellte", in der großen Industrie, beim Handelskapital oder beim Bankkapital tun. Zu den nicht selbständigen Mittelschichten dagegen rechnen die SOST diejenigen, die ihre Einkünfte aus „abgeleiteten" oder „sekundären" Revenuen (d.h. aus Steuern, Sozialabgaben etc) beziehen. Das sind im wesentlichen die beim Staat, als Hauspersonal, bei den Sozialversicherungskassen (Renten- Abeitslosen-, Krankenversicherungskassen), aber auch bei den Gewerkschaften Beschäftigten; außerdem gehören die Rentner dazu, da die Rente ein „abgeleitetes" Einkommen ist. Dieses Vorgehen halten wir für ökonomistisch eingeengt.
Auf der anderen Seite vertritt das Institut für Marxistische Studien und Forschung (DKP) in der Tendenz die Gleichsetzung von Arbeiterklasse mit Lohnabhängigkeit, was u.E. ebenfalls unzulässig ist.
Trotz dieser unterschiedlichen Ansätze kommen die verschiedenen mit marxistischem Anspruch vorgenommene Untersuchungen, was die allgemeine Richtung der Entwicklung anbelangt, zu ähnlichen Ergebnissen. Darum halten wir es für gerechtfertigt, im folgenden die nach den vorliegenden Zahlen sich darstellende Entwicklung zu umreißen. Das geschieht im Bewußtsein, daß Irrtümer möglich sind und eine ernsthafte Klassenanalyse noch ganz andere theoretische und empirische Aufgaben stellt.
Darum werden auch die Zahlenangaben für die „Arbeiter" zunächst einfach aufgrund der bürgerlichen Statistik gegeben, ebenso wie für „Angestellte" und „Beamte". Diese Statistik weist z.B. die meisten bei Bahn und Post Tätigen als „Beamte" aus. Ebenso richtet sich die Zurechnung zu den Angestellten oder Arbeitern nach der Versicherungsform der Rentenversicherung. Als „Angestellter" gilt darum der ins Angestelltenverhältnis übernommene Meiste eines Industriebetriebs genauso wie der Manager, der unter der Lohnform in Wirklichkeit Unternehmergewinn einstreicht. Dennoch zeigt auch die ein-

der Rentenversicherung. Als „Angestellter" gilt darum der ins Angestelltenverhältnis übernommene Meiste eines Industriebetriebs genauso wie der Manager, der unter der Lohnform in Wirklichkeit Unternehmergewinn einstreicht. Dennoch zeigt auch die ein-

fache Betrachtung der bürgerlichen Statistik eine bestimmte Entwicklung auf, die es u.E. rechtfertigt, die dargelegten Schlußfolgerungen zu ziehen.

(5) Statistisches Taschenbuch 1982, Tabelle 2.7.

(6) ebd., Tabelle 2.5.; der Begriff der „neuen Mittelschichten" wird hier global und unspezifisch benutzt (siehe Anmerkung (4), um bestimmte an der Oberfläche der Gesellschaft hervortretende Erscheinungen zusammenzufassen. Hinter diesem Begriff verbergen sich Personengruppen, die von ihrer Ausbildung und Tätigkeit her äußerst unterschiedlich sind und zunächst nur durch das Kriterium der Lohnabhängigkeit verbunden sind: Intellektuelle und Bankangestellte ebenso wie Sozialarbeiter und technische Zeichner im Großbetieb. Eine Klassenanalyse muß diese Gruppen nach ihrer Stellung im Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion erst noch systematisch differenzieren.

(7) ebenda, Tabelle 2.6.

(8) Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26/3, S.57

(9) vgl. etwa Fred Karl, Die Bürgerinitiativen. Soziale und politische Aspekte einer neuen sozialen Bewegung, Frankfurt 1981

(10) Studienreihe Politik, hrsg. von Hermann Giesecke, Band 4: Wolfgang Rudzio, Die organisierte Demokratie, Stuttgart, 1977, S. 86/88

(11) Aus: Staatsmonopolistischer Kapitalismus der Bundesrepublik Deutschland in Daten und Fakten, Frankfurt/M, 1981, Auszug aus der Tabelle 7/21, S. 282. Kleinere Abweichungen ergeben sich durch Rundungsfehler, größere durch die Existenz einer nicht erwähnten Restkategorie.

(12) SPD-Protokoll des Hamburger Parteitages, 1977, S. 481

(13) Gluchowski/Veen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 3/79, S. 323f

(14) Jürgen W. Falter, zit. nach: Uwe Andersen/Wichard Woyke, Wahl '80, Opladen 1980, S. 90

(15) Heino Kaack, Die FDP, Meisenheim am Glaan 1979, S.26f

(16) A.Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, DVA, Stuttgart 1982, S.98

(17) Quelle: J.Raschke, Die politischen Parteien in Westeuropa, Reinbek b. Hamburg 1978

(18) Heino Kaack, a.a.O., S. 47

(19) A. Baring, Machtwechsel, ebd.

Krankenhausgeld und Theater GmbH

,, ... *hoffe ich zugleich, daß es den Bühnen gelingt, die Herausforderung zu bestehen, die sich aus der erschwerten wirtschaftlichen Situation für uns alle ergibt''* (H.D. Genscher, Grußwort, ,,Theater heute'' 9/82).

,,*Unser barockes Lebensgefühl, daß nicht nur die Bretter der Welt bedeuten, sondern auch die Welt eine Bühne ist, errichtet zum Rollenspiel der Menschen, läßt uns Theater als eine ständige Bestätigung eigenen Denkens, Wollens und Handelns erleben''* (FJS, Grußwort, ,,Theater heute'' 11/82).

* * *

Es geht steil bergab mit dem Kulturstaat BRD. Nachdem durch die Einführung eines Krankenhaustagegeldes, immer höhere Rezeptgebühren und restriktivere Auslegung der vorhandenen Gesetze ein prinzipieller Umschwung in der Sozialpolitik — weg vom sozialen Netz der Solidargemeinschaft in den freien Fall des eigenverantwortlichen Individuums zu beobachten ist, ist jetzt auch auf dem Kultursektor die Wende da: am deutlichsten sichtbar im Bereich des Schauspiels — der, relativ gesehen, politisch engagiertesten Kunstsparte. Es geht an die finanzielle Substanz des bisherigen, hochsubventionierten Stadttheater- und Staatstheater-Systems. Der erste Schritt in den Theater-Tod fand in Bremen statt, als dort statt eines festen Ensembles nur mehr ein kleiner Schauspielerstamm bleiben sollte, ansonsten Gastspielbetrieb angestrebt wurde. Das BRD-Theater rebellierte und brachte eine große Protestveranstaltung zustande. Die Schließung wurde abgewendet, vorläufig.

Es ging weiter. Etats in verschiedensten Schauspielhäusern wurden beschnitten, nicht erhöht oder in den Nachtragshaushalten nicht aufgestockt. Die kleine Krise wurde von den einzelnen Häusern individuell gemanagt, der Betrieb ging weiter. Dann, im Herbst dieses Jahres, schlugen SPD und Verwaltung in Dortmund zu.

Stadttheater Dortmund

80 Millionen DM erwartet die Verwaltung Dortmunds an Defizit für 1983. Konsequenz: wir sparen. An VHS, Weihnachtsgeld für Sozialhilfeempfänger, Kinderheimen, Kliniken und ... Theater. Mindestens 5 Millionen DM meinte Oberstadtdirektor H. Heinze (SPD) aus der ,,Umstrukturierung'' der Städtischen Bühnen — in seiner Version wäre das die Schließung des Sprechtheaters gewesen — rauszuschla-
der Städtischen Bühnen — in seiner Version wäre das die Schließung des Sprechtheaters gewesen — rauszuschla-
gen. Große Empörung, Druck der öffentlichen Meinung, big Demo von Theaterleuten waren die Reaktion. Konsequenz: Ratsbeschluß vertagt auf den 9.12.82, Sparen erst 1984. Außerdem wurden von einer Theaterkommission vier Sparvarianten entwickelt.

In Dortmund wird Variante III, das sogenannte Querbeetsparen, hoch gehandelt. Alle Fraktionen sehen darin eine gute Möglichkeit, die Empörung gering zu halten, und auch die Lokalpresse hat sich mit diesem Gedanken abgefunden.

Der Vorteil der Sparvariante III wird von der Theaterkommission gleich zu Anfang genannt: ,, ... *unter Anerkennung und Anwendung des Primats künstlerischer Freiheit den Leitungsorganen der Städt. Bühnen (...) möglich sein muß, das Leistungsangebot aller Sparten den veränderten finanziellen Rahmenbedingungen anzupassen, ohne daß es zu überproportionalen Verlusten vor allem in künstlerischer Hinsicht und bei den Einnahmen kommt''* (Berichtsvorlage an den Hauptausschuß vom 21.11.82). Theater soll also mit weniger Geld selbst sehen, wie es seine Funktion in der kapitalistischen Gesellschaft weiter erfüllt.

Im Schauspiel sollen von 62 Mitgliedern des künstlerischen Ensembles 16 nach Ablauf ihrer Verträge nicht mehr weiterbeschäftigt werden; außerdem sollen von 204 Mitgliedern der Technik und der Werkstätten 45 ,,freigesetzt'', das heißt entlassen oder in anderen Bereichen der Stadtverwaltung weiterbeschäftigt werden. Von insgesamt derzeit 556 im Bereich der Städtischen Bühnen Beschäftigten (dazu gehören noch Musiktheater, Verwaltung, Intendanz und Orchester) sollen bis 1984 94 eingespart werden: macht etwa 5 Millionen DM (alle Angaben siehe Beschlußvorlage).

Die Konsequenzen sind erheblich: das Kindertheater verliert in jedem Fall seine eigene Spielstätte, das ,,Theater am Ostwall'', und einen Großteil seines Ensembles, das dann zur Weihnachtsmärchenzeit durch Mimen des Schauspielensembles aufgestockt werden soll. Fortschrittliche Kindertheaterarbeit wird dadurch so gut wie unmöglich. Das Schauspiel selber muß in kürzeren Rhythmen produzieren; die Belastung für die einzelnen Spieler und auch für die verbleibende Technik wird größer. Der Spielraum, Experimente zu machen, wird kleiner.

In der Beschlußvorlage heißt es: ,,*Es ist nicht auszuschließen, daß der Umfang des im Wege einer Quereinsparung notwendigen Personalabbaus auch bei entsprechend angepaßten Spielplänen zu einer erheblichen Minderung der künstlerischen Qualität der verbleibenden Angebote führt''*. Aber das macht ja nix ...

Not macht erfinderisch

,,Theater heute'' geht in seinem Novemberheft der Krise auf den Grund: In Erinnerung soll nach Meinung Peter von Beckers gerufen werden, ,,*daß die Bundesrepublik ein Sozialstaat u n d ein Kulturstaat ist, und deshalb im Konfliktfall zwei Rechtsgüter gegeneinander abzuwägen sind und keines zugunsten des anderen in der Substanz verletzt werden darf''* (Th.h. 11/82, S.4). Nun werden aber gerade b e i d e Güter in ihrer Substanz ganz erheblich verletzt, weil nämlich Unternehmen reihenweise Pleite gehen, die innere Aufrüstung immer mehr Geld kostet (von der militärischen Aufrüstung, weil Bundessache, hier gar nicht zu reden), und das verbleibende Geld für Investitionshilfen verschleudert wird (s. ,,konkret'' 11/82).

Diesen Zusammenhang beziehen aber weder das Theater noch die von sozialen Kürzungen Betroffenen in ihre Aktionen und Proteste mit ein. Der Widerspruch besteht eben nicht zwischen Sozial- und Kulturstaat, sondern diese beiden Teilbereiche haben jeweils ihre Funktionen — Befriedigung und Reproduktion der Arbeitskraft — zu erfüllen, solange nicht übergeordnete Interessen dem entgegenstehen. Bedroht sind sie durch die ökonomische Krise aufgrund ihrer peripheren Rolle, die sie in einem kapitalistischen Staat zu spielen haben. Wenn sie sich dann auch noch, ,,divide et impera'', gegeneinander ausspielen lassen, droht ihnen der völlige Ruin.

Peter von Becker meint weiter — und eine Majorität der fortschrittlichen Theaterleute kann er hinter sich wissen
Peter von Becker meint weiter — und eine Majorität der fortschrittlichen Theaterleute kann er hinter sich wissen
—, wir müßten die gegenwärtige Finanzkrise als Chance sehen, innerhalb des Systems zu reformieren. ,,*Ironie des Schicksals: Ausgerechnet unter den Witterungsbedingungen eines im übrigen fortschrittsverdrossenen politischen Klimas sind die praktischen Chancen für eine Reform des deutschen Staats- und Stadttheaters so groß wie nie zuvor seit 1945''* (Th.h. 11/82, S. 9).

Dieser Gedanke kehrt in der Debatte um die Finanzsituation des Theaters immer wieder. Dortmunds Kulturdezernent Sondermann erklärt grinsend, daß Kindertheater ohne eigene Spielstätte die Möglichkeit hätte, ,,*hin zum Publikum zu gehen''*, ganz neue Schichten zu erschließen.

G. Rühle, FAZ-Theaterkritiker, hat schon viel früher in ,,Theater heute'' die ,,*kommunale dramatische Anstalt''* einen ,,*Dickwanst''* geschimpft und dabei im Auge gehabt, daß ,,*ein ärmeres, aber leichteres, heiteres Theater, (...) kein schlechtes Ergebnis (wäre)''* (Th.h. 10/81, S. 71).

Auch Horst Siede, Regisseur, und Hermann Wündrich, Dramaturg und Lektor, sehen in ihren in ,,Theater heute'' ausgebreiteten Strukturveränderungsvorschlägen ähnliche Chancen: ,,*Das deutsche Theatersystem scheint mir in seiner gegenwärtigen Form unzeitgemäß und am Ende. (...) Dabei ist die Fragestellung für die Theaterleute, ob nicht bei weniger Subventionen der öffentlichen Hand, aber völliger Umstrukturierung des Theatersystems m e h r künstlerische Qualität herauskommen kann''* (Th.h. 11/82, S. 8). Horst Siede geht dabei von einer ,,Interessenkoalition'' zwischen Politikern und Künstlern aus, ein abenteuerlich anmutender Gedanke: das Interesse der Theaterangestellten ist es doch, bessere Bedingungen zu bekommen, das Interesse der Politiker aber nur, so viel wie möglich zu sparen, Qualität spielt für sie kaum eine Rolle.

Abenteuerlich ist aber auch der zweite Ansatz von Siede, Wündrich und (modifiziert) von Beckers. Siede drückt es am deutlichsten aus: ,,*Alle, die im Theater arbeiten, sollen sich des existentiellen Risikos und Einsatzes als Voraussetzung für Kunst wieder bewußt werden (...)''*. Damit endlich sind wir dann wieder im Reich des Künstlers als Trapezkünstler, dem das soziale Netz nur hinderlich ist.

Die ideologische Kehrtwende auch der Theater, die durch derartige Thesen deutlich wird, soll weiter unten untersucht werden, hier bleibe ich noch kurz bei den konkreten Einsparungsvorschlägen: Die Beschneidung sozialer Errungenschaften steht bei v. Becker, Wündrich und Siede im Vordergrund, denn Theaterkosten sind überwiegend Personalkosten. Bei den Schauspielern und Regisseuren ist diesbezüglich nicht



viel zu holen, ihre individuell ausgehandelten Normalverträge solo, meist
viel zu holen, ihre individuell ausgehandelten Normalverträge solo, meist
auf zwei Jahre befristet, sind unsicher genug. Also soll es den Technikern und Verwaltern an den Kragen gehen. Individuell ausgehandelte Arbeitsverträge mit Büroangestellten und Technikern fordert v. Becker; eine der ,,*Produktionsweise angemessene einheitliche Vortragsform''* schlägt Siede vor. Konkret heißt das: kein Kündigungsschutz mehr (oder kaum) und niedrige Löhne — wohlgemerkt für Techniker, die dann noch viel eher auf der Straße sitzen als Schauspieler. Wündrich geht mit seinem Vorschlag aufs Ganze und fordert eine Loslösung der künstlerischen Truppe vom ,,Apparat'', den die Kommunen weiter betreiben sollen, um dort ein eigenes Ensemble auf eigene Rechnung (durch Einnahmen) arbeiten zu lassen. Wündrich hofft, daß das ,,*ihre Publikumsanbindung (verstärkt) und ihr ökonomisches und künstlerisches Risiko (ebenso)''* (Th.h., S. 12). Derartige ,,freie'' Gruppen sind von den Theaterbetreibern und den Besucherorganisationen leicht unter Druck zu setzen. Außerdem hätte dieses Prinzip eine drastische Verkleinerung der Ensembles zur Folge.

Siede und Becker halten beide auch die Verkleinerung der aufgeblähten Verwaltungsapparate für wünschenswert; von Becker stellt aber (zu recht) fest, daß die Sparpläne der Politiker gerade hier am wenigsten einsparen (in Dortmund von 62 Angestellten 8, zum Vergleich beim künstlerischen Personal von 62 Schauspielern mindestens 16!). Auch hier entlarvt sich die angebliche Interessenskoalition von Sparern und Strukturveränderern als hohle Phrase.

Des weiteren schlagen von Becker und Siede die Umstrukturierung Städtischer Bühnen in GmbHs vor. Jürgen Hofmann, Berliner Theaterwissenschaftler, schreibt dazu in seinem ,,kritischen Handbuch des westdeutschen Theaters'': ,,*Die Transformation (...) schließt aber auch selbstverständlich die eigendynamische Entwicklung zur Versachlichung, ja Verdinglichung von Kultur als rein privatwirtschaftlicher Dienstleistungs-Produktion mit ein. (...) Auch scheint eine generelle Neigung der öffentlichen Rechtsträger erkennbar zu sein, ihre Intendanzen in zunehmendem Maß mit juristischen, administrativen oder betriebswirtschaftlichen Fachleuten als Managern zu besetzen''* (S. 254).

Die schwierige finanzielle Situation des Schauspielhauses Düsseldorf — in der Spielzeit 82/83 ein Etatminus von 2,6 Mio. DM, das 20 Mitgliedern des künstlerischen Personals und 48 der im Bereich Technik Tätigen der Arbeitsplatz gekostet hat — zeigt recht deutlich, daß auch der Weg in die GmbH keine zufriedenstellende Lösung sein kann. Auch nicht, wenn Intendant Günter Beelitz meint, daß sich beim Krisenmanagement die ,,beweglichere Organisationsform der GmbH'' bewährt habe.
Organisationsform der GmbH'' bewährt habe.

Das arme, arme Theater

Fast völlig ausgespart werden in der großen Debatte zwei Bereiche: die konkreten politischen Hintergründe und Konsequenzen (Peter von Becker bemerkt zwar selbst, daß in den CDU/CSU regierten Ländern und Großstädten die Kulturetats sehr schonend behandelt werden, zieht daraus aber kaum Schlüsse) und die finanzielle Situation der sogenannten ,,freien'' Gruppen. Am Beispiel des Frankfurter Kindertheaters ,,Katakombe'' dazu ein paar Anmerkungen: Kindertheater mit eigenen Ensemblen gibt es im Bereich der staatlichen und städtischen Bühnen in der gesamten Rhein-Main-Region überhaupt nicht. Die ,,Katakombe'' ist seit der Schließung des alten Kinder- und Jugendtheaters TAT die einzige professionelle Kinderbühne der Gegend. Bis 1980 bekam die ,,Katakombe'' einen jährlichen Zuschuß von 260.000 DM und weitere 80.000 DM im Nachtragshaushalt. Zwischen 7 und 8 Schauspieler waren fest angestellt. Seit 1980 gibt es für die ,,Katakombe'' kein Geld mehr aus dem Nachtragshaushalt, seit 1982 zusätzlich eine Etatsperre von 10 %. Außerdem hat die ,,Katakombe'' aus dem Jahr 1980 noch ein Defizit von 100.000 DM, das jährlich 16.000 DM Zinsen kostet. Alles in allem (Inflationsrate, Etatkürzungen und nicht-Erhöhungen etc.) hat die ,,Katakombe'' heute etwa 50 % der finanziellen Zuschüsse von vor drei Jahren. Die Folge: die Schauspieler werden mittlerweile pro Vorstellung bezahlt und bekommen keine Jahres- sondern nur noch Stückverträge; ein seit Monaten geplantes neues Stück, ,,Alles Plastik'' von Grips, kann nicht probiert werden, weil das Geld für zwei Schauspieler fehlt. Im Augenblick sind die Vorstellungen für den Monat Januar noch nicht zu bezahlen.

Die ,,Katakombe'' spielt dabei das einzige künstlerisch halbwegs annehmbare Kinderstück in der Stadttheaterweihnachtsmärchenzeit: ,,Rotkäppchen'' nach Floh de Colongne. Nur in dem kleinen Raum in der Pfingstweidenstraße haben Kinder die Möglich keit, ins Spiel kommentierend einzu greifen, rumzulaufen, nach der Vorstellung mit den Schauspielern zu sprechen. In den großen Theatern werden sie dagegen über zwei Stunden lang in ihren Stühlen festgehalten und bekommen Theatereffekte vorgeführt. Nur, das qualitativ anspruchsvolle Kindertheater der ,,Katakombe'' ist gar nicht gefragt, genauso wenig wie die Mitarbeit von Laien im alten Dortmunder Kindertheaterensemble den Kulturpolitikern wichtig erscheint oder deren kritische Beschäftigung mit der Situation von ,,Deutschländern und Eingeborenen'' (Deutschländer = in der BRD geborene Türken, Eingeborene = wir). Die bundesdeutsche Erstaufführung des Märchenstückes ,,Ameley, der Biber und die Prinzessin auf dem Dach'' von Tankred Dorst wird dagegen ob seiner harmlosen Kindertümlichkeit von der FAZ willkommen geheißen: ,,*Das Schöne an Dorsts ,Märchen' ist, daß man sich ihm ganz vordergründig zuwenden (...) kann''*. Die Figuren ,,*präsentieren sich als farbige, lebendige Märchenfiguren''* (FAZ, 8.11.82). Das Schauspiel Frankfurt unter seinem neuen Intendanten Adoilf Dresen hat allerdings die Rückendeckung aller konservativen Kräfte in der Mainmetropole: ihm werden so schnell keine Etatkürzungen verordnet werden.

Auch im Falle Dortmund darf bezweifelt werden, ob es nur die rein finanzpolitischen Erwägungen der Kulturoberen sind, die das Kindertheater stutzen wollen. ,,*Vielleicht kann das Kindertheater mit seiner neuen Struktur auch wieder mehr Publikum anziehen. Wir finden kritisch engagiertes Kindertheater sehr wichtig, aber es muß doch auch mal nur Schönes auf der Bühne zu sehen sein, ohne Hintergedanken. Dieser Meinung sind auch Experten, die wir befragt haben. Es gibt ja auch noch Idyllen auf der Welt — Weihnacht z.B. — warum also nicht auf der Bühne''*, teilte SPD-Kulturdezernent Sondermann einem erstaunten Reporter mit (pers. Mitteilung) und entschwand.

Künstlerexistenz

Es kann kein Zweifel bestehen, daß Kunstproduktion besonderen Bedin-
Es kann kein Zweifel bestehen, daß Kunstproduktion besonderen Bedin-
gungen unterliegt, und grundsätzlich kann die Befreiung der Theater von ihren monströsen Verwaltungsapparaten sinnvoll und wichtig sein. Nur kann der Weg in der derzeitigen Situation sicher nicht zurück in die Zeiten führen, in denen arbeitslose Schauspieler hungernd mit dem Regenschirm überm Bett unterm Dach hockten und froren. Die erkämpften sozialen Sicherheiten müssen gerade in Zeiten der Rezession unbedingt erhalten bleiben und sollten nicht fragwürdig erscheinenden ,,Strukturreformen'' zum Fraß vorgeworfen werden. Eine Interessenkoalition Künstler - Politiker gibt es nicht, und ein ärmeres Theater wird es eher schwerer haben, aus seiner derzeitigen auch künstlerischen Stagnation herauszufinden. Der völlige Abbruch der Mitbestimmungsexperimente, die Neukonstituierung des Künstlers als unbürgerlicher, genialischer Existenz und die Rückbesinnung auf das hehre Ideal der Bildung und der Werktreue, wie sie hierzulande immer häufiger praktiziert werden, sind sicher keine gut gangbaren Wege aus der Krise. Überdies hat die Einsparpolitik an den Schauspielhäusern auch noch viel weitreichendere Konsequenzen: Neue Stücke, für deren Aufführung Tantiemen abzuführen sind, werden noch weniger gespielt werden als derzeit bereits üblich. Die Bühnenverlage nehmen heute schon weniger Manuskripte an als noch vor einigen Jahren. Auch die Förderung von Schriftstellern durch Auftragsarbeiten der Schaupielhäuser (so sind z.B. P.P. Zahls ,,Georg Elser'' oder F. Kusz ,,Stinkwut'' entstanden) wird nachlassen müssen. Schiller und Goethe sind da in jeglicher Beziehung billiger: die Zuschauerzahlen sind gesichert, in die Klassiker rennt das

Fortsetzung nächste Seite

Der »unpolitische« Buntbuchverlag mit dem heimeligen Häuschen

Wir „Heimeligen" sehen uns nicht erst seit gestern dem arg bauchlastigen Vorwurf ausgesetzt, „nicht mehr politisch" zu sein. Zwar scheint sich darum nur die kleine Gemeinde des KB zu sorgen und wohl auch hier wieder nur eine kleine Minderheit.

Die aber, wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen zu erfahren war, hält sich hartnäckig von Freiburg bis Hamburg (also landauf und landab) an diesem nicht ganz frischen Gerücht fest. Die „allerunpolitischsten" Buntbücher seien nun kurz vorgestellt und der kritischen Prüfung der Leser/innen des AK (auf den Sachverhalt der Politik hin) ausgesetzt.

Vielleicht kommt es ja so doch noch mal zu einer i n h a l t l i c h e n Auseinandersetzung mit den Beiträgen dieses Verlages. Ürigens: ein Prospekt kann angefordert werden über:
Buntbuchverlag
Bartelsstr. 30
2000 Hamburg 6.
In diesem Prospekt („Satans Bibliothek") ist ausführliches über die Bücher zu finden.

In den 2 1/2 Jahren seines Bestehens sind bei Buntbuch ca. 30 Buchtitel n e u erschienen.

Große Beachtung fanden wir zunächst durch die Veröffentlichung des Hauptwerkes des türkischen revolutionären Dichters Nazim Hikmet, die „Menschenlandschaften". Auch die bürgerliche Literaturkritik erkennt Nazim als Dichter von Weltrang an. Was beispielsweise die „Frankfurter Rundschau" bei der Herausgabe seinerzeit ärgerte, war im wesentlichen, daß dieses wichtige Werk in einem so kleinen linksradikalen „Popelverlag" erschien und eben nicht bei den großen „Literaturmachern". Pablo Neruda, sicher auch AK-Leser/inne/n ein Begriff, schrieb über Nazim 1973:

„Der größte Dichter,
der für die ganze Welt schrieb.
Der große Mann,
der der ganzen Welt gehört.
Der Patriot,
der in seiner Heimat unterdrückt wurde.
Es gibt keinen zweiten Nazim
im Gedicht des Jahrhunderts.
Für mich ist er das Zeichen der Liebe
und des Kampfes!"

Eine Leseprobe aus dem Band 4 des fünfbändigen Epos:

„Ich liege lang ausgestreckt, Hacibaba,
liege lang ausgestreckt auf dem
Grunde des Atlantiks,
auf meinen Ellbogen gestützt
schaue ich nach oben.
Europa unterscheidet sich von Amerika an der Oberfläche des Atlantiks,
nicht auf dem Grund des Meeres.
(...)
Auf einmal fiel ein U-Boot neben mich.
Wie ein zerstückelter Sargdeckel
wurde die Luke des Turmes
geöffnet
und Hans Müller, aus München, kam zum
Vorschein.
Bevor er im Frühjahr 39 Matrose wurde,
war Hans Müller aus München
In Hitlers Sturmabteilung, sechster Trupp
erste Schar
vierte Rotte, der dritte
SA-Mann von rechts.
Hans Müller aus München
liebte drei Dinge:
1. Gerstenwasser mit goldenem Schaum.
2. Anna, prall und weißhäutig wie eine
ostpreußische Kartoffel.
3 Rotkraut.
Für Hans Müller aus München
gab es drei Pflichten:
1. Die Obrigkeit begrüßen
wie ein schlagender Blitz.
2. Auf die Pistole schwören.
3. Mindestens drei Juden pro Tag anzuhalten
und ihre Sippe zu beschimpfen.
Hans Müller aus München hatte in
seinem Kopf, in seinem Herz, in seinem
wie ein schlagender Blitz.
2. Auf die Pistole schwören.
3. Mindestens drei Juden pro Tag anzuhalten
und ihre Sippe zu beschimpfen.
Hans Müller aus München hatte in
seinem Kopf, in seinem Herz, in seinem
Mund drei Ängste:
1. Der Führer.
2. Der Führer.
3. Der Führer.
Hans Müller aus München
lebte,
zusammen mit seiner Liebe, seiner
Pflicht, seiner Angst
glücklich
bis zum Frühjahr '39.
(...)
Und nun, gegen Ende des Herbstes '41,
sitzt er mir hier gegenüber
auf dem Grunde des Atlantiks.
(...)
Das alles weiß ich zwar, mein Herr,
aber er weiß das alles nicht."

Der vierte Band sei Euch deshalb besonders ans Herz gelegt, weil er eine zeitgemäße Stellungnahme gegen den Krieg ist.

Aber zentrale Bedeutung haben die fünf Bände selbstverständlich deshalb, weil sie für alle, die das türkische Volk wirklich v e r s t e h e n wollen, unverzichtbare Lektüre sein müßten — müßten deshalb, weil diese Erkenntnis eben noch nicht überall zum Gemeingut gezählt werden kann — leider.

Als wohl e i n z i g e r westdeutscher Verlag hat Buntbuch sich um die k o n t i n u i e r l i c h e Publizierung türkischer Autorinnen und Autoren gekümmert. Dieser Sektor ist aus dem Verlagsprogramm nicht mehr wegzudenken und gehört zu den unverzichtbaren „Essentials" des Verlages. Wer nicht mit hoffnungsloser Blindheit geschlagen ist, wird mit geringer Phantasie die p o l i t i s c h e Begründung hierfür schon selbst entdecken...

Aus dem Herbstprogramm '82 seien aus diesem Verlagsbereich noch empfohlen:

„Du bist verwundet", von Erdal Öz. Der Autor beschreibt eindringlich die Folgen von Knast und Folter auf den einzelnen direkt betroffenen Menschen. Der/die Leser/in kann sich der Wirkung seines Romans gefühlsmäßig nicht entziehen, er/sie wird direkt in das Geschehen einbezogen.

„Soll ich hier alt werden", von Aysel Özakin. Hier wird in einigen Erzählungen ein dichtes Bild von den Problemen und der Denkweise in der BRD lebender türkischer Mitbürger gezeichnet. Dabei verzichtet die Autorin jedoch nicht auf durchaus kritische Anmerkungen, ihre eigenen Landsleute betreffend. Es ist wohl d a s Buch über das Miteinander/Gegeneinander von Türken und Deutschen — geht auch in die Tiefen eines „linken" Rassismus — wichtig und lesenswert.

> Diese Kritik bezieht sich auf einen Satz in dem Artikel „Linkssozialisten in Europa" (AK 224, S. 36). Der umstrittene Satz lautet: *„Es gibt sie also noch: Die kleinen linken Verlage, die nicht wie der einst führende Internationalismus-Verlag ‚Trikont' heutzutage in Mystizismus und Indianerzauber machen; die nicht wie ‚Buntbuch' immerhin Nachfolger des Hamburger J. Reents-Verlages, über der Suche nach einem den Zeitläufen entsprechenden Verlagsemblem — am Anfang stand ein aufgeschlagenes Buch, aus dem eine Faust herausspringt, versehen mit der Parole ‚Bücher sind Waffen', am bisherigen Ende steht ein heimelig nachtdunkles Haus mit rauchendem Schornstein — ihr politisches Programm fast verloren zu haben scheinen."*

Im Frühjahr '83 wird Buntbuch erneut ins Wespennest der Rassisten stechen — mit einem Beitrag, der, unter-
Im Frühjahr '83 wird Buntbuch erneut ins Wespennest der Rassisten stechen — mit einem Beitrag, der, unter-
stützt von der „Initiative mit Ausländern verheirateter Frauen" (IAF), auf die besonders infame Diskriminierung von Frauen, die mit Ausländern befreundet sind, eingeht. Das Buch mit dem Titel **„Ich liebe einen Ausländer"** wird eine Sammlung von Erfahrungsberichten und einen Beratungsteil enthalten.

Handelt es sich bei diesem Verlagssektor eher um ein „stilles aber tiefes Wässerchen", bei dem nicht auf spektakuläre Erfolge zu hoffen ist, überraschte **„Der Tod des Märchenprinzen"** denn doch etwas mit der erreichten Popularität. Umstritten wie selten ein Buch aus der Frauenbewegung, wurde es mit Abstand der Bestseller des Verlages.

Na ja, kennt ja eh' jede(r), gell. Vielversprechend ist der jüngste Frauenroman **„Wenn die Schluchten weichen"** von Astrid Schmeda. Astrid läßt in ihrem Buch die Lebenserfahrungen von fünf Freundinnen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Alters Revue passieren.Da sind die Frauen der Nachkriegsgeneration und die der Zwischenkriegsgeneration, die einander verstehen möchten — aktiv in der Frauenbewegung, suchen sie trotz aller Unterschiedlichkeit wichtige Gemeinsamkeiten. Spannend erzählt, mit viel Liebe und einer hier nicht zu vermittelnden Ausstrahlung menschlicher Wärme.

Beiträge schreibender Frauen zu veröffentlichen, ist ein zweiter Schwerpunkt der Verlagsarbeit, der (selbstverständlich) auch von Frauen betreut wird.

Ein relativ neuer Bereich ist die Reihe der „Asphaltschreiber" — ein Zeugnis der großen Experimentierfreudigkeit des Verlages. Was diese Reihe soll — dazu der Verlag selbst:

„Die Wohlstandsgesellschaft ist tot. Ruhe und Wohlstand zu erhalten durch das fleißige Schaffen eines Volkes mit dem Ziel des materiellen Wohlstandes, ist durch die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft selbst in Unruhe und Unordnung geraten. Sicherheit, das große bürgerliche Ziel einer Nachkriegsgesellschaft, ist der praktischen Unsicherheit gewichen.
(...)
Der Name Asphaltschreiber leitet sich aus dem Begriff der Asphaltliteratur ab, den die Nazis geschaffen haben. ***‚Der Kampf richtet sich gegen die Zersetzungserscheinungen unserer artgebundenen Denk- und Lebensformen, d.h. gegen die Asphaltliteratur, die vorwiegend für den großstädtischen Menschen geschrieben ist, um ihn in seiner Beziehungslosigkeit zuur Umwelt, zum Volk und zu jeder Gemeinschaft zu bestärken und völlig zu entwurzeln. Es ist die Literatur des intellektuellen Nihilismus'*** *(aus den Richtlinien zur Anfertigung schwarzer Listen)."*

Was dem einen sein Leid, ist dem anderen sein Freud. Deshalb war der Begriff „Asphaltschreiber" auch gerade der richtige für diese Reihe. In loser Reihenfolge sollen Texte aus den zwanziger Jahren und auch aus unserer Zeit veröffentlicht werden, solange sie zur „Besatzung unseres Narrenschiffes" gehören. Gefördert werden sollen Texte, die unsere Angst überwinden helfen, die einen anderen Weg weisen, als der Mystik, Depression und Angst zu verfallen. Denn wer keinen Mut zum Träumen hat, verliert die Kraft zu kämpfen. Unser Lachen ist der halbe Sieg. (*„Laßt sie nicht lachen! Das ist der Anfang der Rebellion"*, war der Rat der Sklavenhändler an die Adresse der weißen Kunden ihrer schwarzen Opfer.)

Auftakt in diesem Sinn sind das **„Räubermärchen"** von Jakob Haringer (u.a. Besprechung in der TAZ), Pelle Pershings **„Lyrischer Müll"** und jetzt Johnny Riegers **„Mein Leben gehört mir"**: *„Unser Bekenntnis war so einfach, daß es jeder verstehen konnte: MEIN LEBEN GEHÖRT MIR — und niemand soll darüber bestimmen, sich da reinmischen oder darin herumpfuschen, keiner dieser Kerle mit oder ohne Uniform, kein Staat und kein Gott".*

Nun zum vorerst letzten Arbeitsgebiet des Verlages; in zeitkritischen Stellungnahmen hat sich der Verlag naturgemäß den Veröffentlichungen gegen den Krieg gewidmet. In dieser, nennen wir sie: 'Vorkriegszeit' legen wir besonderen Wert auf diejenigen, die dem Krieg und den Kriegstreibern den kompromißlosen Kampf angesagt haben. Mit dieser Haltung haben sich der Verlag, die Herausgeber und der Künstler Holtfreter eine Anklage der Staatsanwaltschaft wegen Verunglimpfung eingehandelt. Es handelt sich um das Buch **„Laßt mich bloß in Frieden"**. Die diversen Solidaritätsbekundungen in verschiedenen Zeitungen, u.a. im AK, werden Euch ja nicht entgangen sein (?)..

gehandelt. Es handelt sich um das Buch **„Laßt mich bloß in Frieden"**. Die diversen Solidaritätsbekundungen in verschiedenen Zeitungen, u.a. im AK, werden Euch ja nicht entgangen sein (?)..

Wichtig ist mir noch, auf das Buch von Armin T. Wegner hinzuweisen. Er gehört zur Generation der vergessenen Dichter — von der Naziverfolgung ins Exil gezwungen, ist er buchstäblich der deutschen Literaturgeschichte „entfallen". Eine Begründung dafür könnte sein Standort als radikaler Pazifist sein, dessen Kritik sowohl die Machenschaften der Sozialdemokratie traf als auch die Militarisierung der jungen revolutionären Sowjetunion der 20er Jahre verurteilte.

Zum Abschluß ein Auszug aus Wegners **„Genug vom Kriege"**:

„Jene aber sind nicht besser, die rufen: ***‚Genug vom Kriege — wir wollen uns betäuben mit Wein; Tanz, Religion, Theater, Liebe, Fröhlichkeit. Wir sind satt vom Tode'.*** *Die so sprechen, haben das Leiden nicht gekannt. Sie sind es, die in Wahrheit der Lüge dienen; um eines Witzes, eines schönen Buches willen sind sie bereit, die Stunde um ihren Schmerz zu betrügen. In ihrem Schlaf, ihrer Feigheit, ihrer Gedankenlosigkeit, ihrer Armut werden sie den Frieden immer wieder verraten, wie sie ihn das erste Mal verraten haben. Wir aber wollen den Krieg singen ohne Ende. Wir Dichter, wir Maler, wir Musiker, wir Schauspieler, wir Philosophen, wir Volkswirte, wir Politiker, wir Menschheitsfreunde, wir wollen den Krieg so furchtbar an die Wände eures Lebens malen, daß ihr nie mehr aufhört, ihn anzustarren. (...) Nein, niemals genug vom Kriege! Niemals genug von Haß, Leiden, Verrat, Feindschaft, von zerstörten Feldern, die keine Saat mehr tragen (...) Niemals genug von in der Tiefe zerrissenen Schiffen, von einem Brei von Blut und menschlichem Fleisch, von erschossenen Kindern, von abgeschnittenen Gliedern und vergewaltigten Frauen. (...) Hundert Jahre sollen eure Nächte von grauenhaften Träumen gequält sein, daß noch die Enkel entsetzt aus ihren Betten fahren, (...) — bis das Verbrechen dieses Jahrhunderts getilgt ist und die Menschen, die in Schuld und Wahnsinn den Erdball bevölkern, erkennen, daß keine Macht mehr ihre Herzen bewegen darf, als die Güte."*

Armin T. Wegner hat im ersten Weltkrieg die barbarische Verfolgung der Armenier miterlebt und war Zeuge und Ankläger verabscheuungswürdiger Verbrechen, dem Mord an diesem Volk, an dem die Deutschen beteiligt waren.

Leider kann dieser Überblick aus Platzgründen notwendigerweise nicht vollständiger und ausführlicher sein, trotzdem ist er ein ansehnlicher Querschnitt durch die Arbeit eines sichtbar „entpolitisierten" Verlages.

Ein freier Mitarbeiter des Buntbuch-Verlages

„entpolitisierten" Verlages.

Ein freier Mitarbeiter des Buntbuch-Verlages

Forts. von vorhergehender Seite

Bildungs- oder auch Nichtbildungsbürgertum zuhauf. Tantiemen werden nicht fällig und zumindest die Stücke

Forts. von vorhergehender Seite

Bildungs- oder auch Nichtbildungsbürgertum zuhauf. Tantiemen werden nicht fällig und zumindest die Stücke
selbst werden von der Theaterkritik nicht als „unausgereift" abgewürgt. Reduzierung der Theateretats wird also auch die Literaturlandschaft in der BRD einebnen.

Das muß in der Öffentlichkeit aber erstmal klar werden. Wichtig ist also die Öffnung der Theater für ein Bündnis mit den Gruppen, die vom Abbau des Sozialstaats betroffen sind, und eine Zusammenarbeit der immer noch relativ hochsubventionerten Stadt- und Staatstheater mit den Landestheatern und noch mehr mit den ständig vor der Pleite stehenden kleinen Bühnen wie der „Katakombe" oder auch dem Mainzer „unterhaus". Also nicht ein Versuch, Theater durch Selbstkasteiung den Politikern gegenüber zu legitimieren: so marktwirtschaftlich rentabel könnten wir arbeiten, wenn wir mit unseren Pfunden wuchern könnten, wie wir wollten; sondern das Bemühen, Theater gegen die Eingriffe der Politiker durch eine Legitimation beim Publikum so weit wie möglich zu erhalten.

Zu Schlechterletzt

Claus Peymann wird in „Theater heute" mit dem Satz zitiert: *„Die Theater machen gegenwärtig eine größere Krise durch als während des Faschismus, da ihr Bestand in Frage gestellt wird"* (zit. n. H. Wündrick Th. h. 11/82, S. 10), eine Bemerkung, die nicht gerade übertriebene analytische Fähigkeiten verät, in anderer Richtung aber nachdenklich stimmen sollte. Denn Einrichtungen, wie in Frankfurt z.B. die Alte Oper, die Opernkultur überhaupt, aber eben auch diejenigen Theater, die von Kürzungen nicht oder nur kaum bedroht sind, bewegen sich leicht in Richtung einer Repräsentations- und Bildungskultur. Goethe, Kleist und vor allem Schiller waren auch im Nationalsozialismus gefragte Autoren. Schlimmer als gar kein Stadttheater ist sicher ein gleichgeschaltetes.

Fassanbass

Freispruch für das Buntbuch »Laßt mich bloß in Frieden«

Am Freitag, d. 3.12.82, ging vor dem Amtsgericht Hamburg der Prozeß wegen Staatsverunglimpfung gegen Jürgen Holtfreter (Graphiker), Norbert Ney (Schriftsteller) und Meike Lüdemann (Verlagsmitarbeiterin) sowie unser Anti-Kriegs-Lesebuch „Laßt mich bloß in Frieden" zuende.

Die Angeklagten wurden freigesprochen, der Beschlagnahmebeschluß gegen das Buch, der seit dem 5.1.82 bestand, wurde aufgehoben.

Eine symbolische Bepinkelung des Fahneneidzeremoniells der Bundeswehr durch eine satirische Fotomontage Jürgen Holtfreters auf dem Rücktitel des Buches war der Grund gewesen, dasselbe zu beschlagnahmen und die o. g. Leute wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole (§ 90a StGB) anzuklagen.

Die eigentlich spannende Kontroverse im Prozeß war die, ob eine Satire Kunst im juristischen Sinne ist und somit unter die Kunstfreiheitsgarantie des Grundgesetzes (Art. 5.3) fällt, oder — wie der Staatsanwalt meinte, — ob sie es nicht ist und deshalb nach jedem normalen Strafgesetz anklagbar ist.

In unserem Falle hat der Richter die Frage bejaht. Für ihn ist die Satire Holtfreters ein Kunstwerk und der Urheber bzw. die an der Verbreitung beteiligten Personen sind nicht nach § 90a StGB zu verurteilen.

Wir vermuten, daß sich die Staatsanwaltschaft mit diesem Urteil nicht zufrieden geben wird.

Im Augenblick aber haben wir die kuriose Situation vorliegen, daß unser Buch wieder freigegeben, die Angeklagten freigesprochen sind; der Geschäftsführer unserer Auslieferung Prolit jedoch zu DM 4.500,— Geldstrafe verurteilt wurde. Der Gießener Amtsrichter, der diesen Fall dort zu bearbeiten hatte (ein Major der Reserve und Militärrichter im Verteidigungsfall) befand, daß Holtfreters Fotomontage kein Kunstwerk sei. Dazu brauchte er nicht einmal einen Kunstsachverständigen zu Rate ziehen, er war „sachkundig" genug, das allein zu entscheiden.

Der Prolit-Buchvertrieb hat gegen dieses Urteil Rechtsmittel eingelegt.

Es dürfte schlecht bestellt sein um die Freiheit der Kunst in diesem Lande, wenn sich eine Rechtsprechung wie die des Gießener Amtsrichters durchsetzt.

Hamburg, den 6.12.82 Buntbuch-Verlag

»Eine deutsche Revolution«

Versuch einer politischen Filmkritik



Mir geht es nicht darum, den von Helmut Herbst bei den Berliner Filmfestspielen '82 vorgestellten Film „eine deutsche revolution" nach ästhetischen Gesichtspunkten zu kritisieren (das haben bereits genügend andere getan), sondern vielmehr um eine der beiden zentralen Figuren des hessischen Widerstandes im Jahre 1834: um

Georg Büchner.

Der Film schildert die Geschichte des wohl bekanntesten Flugblattes der deutschen Literaturgeschichte: „Der hessische Landbote" — Produkt des 21-jährigen Medizinstudenten Georg Büchner aus Darmstadt und des Pfarrers Weidig aus Butzenbach. Zusammen mit anderen Oppositionellen druckten sie die Flugschrift und verbreiteten sie unter den hessischen Bauern. Durch einen Spitzel verraten, wird ein Großteil der Gruppen um Büchner und Weidig verhaftet; anderen gelingt die Flucht ins Ausland. Der Film schildert die politische Situation im absolutistischen Hessen — Hunger, Verfolgung, Haft, Folter ... und zeigt damit die Triebfeder für Georg Büchners politisches Handeln:

„Die politischen Verhältnisse könnten mich rasend machen. Das arme Volk schleppt geduldig den Karren, worauf die Fürsten und Liberalen ihre Affenkomödie spielen." (1)

Für ihn ist nicht wie für viele andere die Frage der Unterdrückung und des Unrechts nur eine Frage der Zensur und der politischen Unfreiheit, sondern auch des Massenelends der Bauern; deshalb schreibt er: *„Der materielle Druck, unter welchem ein großer Teil Deutschlands liegt, ist ebenso traurig und schimpflich als der geistige; und es ist in meinen Augen bei weitem nicht so betrübend, daß dieser oder jener Liberale seine Gedanken nicht drucken lassen darf, als daß viele Familien nicht imstande sind, ihre Kartoffeln zu schmelzen."* (2)

Aus dieser Erkenntnis und aus den Erfahrungen im nachrevolutionären Frankreich (3) heraus kommt Büchner zum Entschluß, daß „ ... *das Verhältnis zwischen Arm und Reich (...) das einzige revolutionäre Element in der Welt ...*" (4) ist.

Damit setzt er sich in offenen Widerspruch zu all denen, die nur politische und wirtschaftliche Freiheiten für das Bürgertum auf ihre Fahnen geschrieben haben. Für ihn steht nicht nur der Adel auf der anderen Seite der Barrikade, sondern auch das Großbürgertum. Genau hier fängt der Film von Helmut Herbst an, Büchner zu verfälschen. Ohne sich auch nur auf eine Zeile aus Büchners Feder berufen zu können, läßt er Büchner das Privateigentum verteidigen und stempelt ihn damit als radikalen Kleinbürger ab. Ihm wird untergeschoben, daß „Aufteilung des Eigentums (...) nur zur Plünderei" führt, daß Abschaffung der Stände nur bei voller Anerkennung des Privateigentums möglich sei — Recht auf Eigentum wird sogar als ein Menschenrecht deklariert. (5) Dies alles in offenem Widerspruch zu Büchners Schriften: *„Ihr habt Kollern am Leib und sie haben Magendrücken, ihr habt Löcher in den Jacken und sie haben warme Röcke, ihr habt Schwielen an den Händen und sie haben Samthände. Ergo ihr arbeitet und sie tun nichts, ergo ihr habts erworben und sie habens gestohlen."* (6)

So formuliert Büchner in seinem Drama „Dantons Tod" sein Verhältnis zum Privateigentum. Doch damit nicht genug: Nach Klemm und Becker (7) war für die Gesellschaft für Menschenrechte „alles Vermögen (...) Gemeineigentum", das anzustrebende Ziel war die „Gütergemeinschaft". Damit befand sich der Zirkel um Büchner auf dem theoretischen Stand der französischen Frühkommunisten. Von Verteidigung des Privateigentums also keine Spur.

Um die entrechteten und ausgebeuteten Massen zum Aufstand zu führen, gründete Büchner nach französischem Vorbild in Gießen und Darmstadt Geheimzirkel, die Gesellschaft für Menschenrechte. Die Aufgabe dieser Zirkel bestand in der Agitation. *„Soll jemals die Revolution auf eine durchgreifende Art ausgeführt werden, so kann und darf das bloß durch die große Masse des Volkes geschehen, durch deren Überzahl und Gewicht die Soldaten gleichsam erdrückt werden müssen. Es handelt sich also darum, diese große Masse zu gewinnen, was vorderhand nur durch Flugschriften geschehen kann."* (8) Eine solche Flugschrift war der „Hessische Landbote". Er stellte kein moralisches Pamphlet dar, sondern den Versuch einer ökonomischen Analyse. Er bewies anhand der hessischen Steuerstatistik, daß das arme Volk regelrecht ausgebeutet wird und die aus ihm herausgequetschten Gelder zu seiner eigenen Unterdrückung verwandt werden.

Neben der Agitation sammelten die Revolutionäre Waffen und bildeten sich an diesen aus, denn **„wenn in unserer Zeit etwas helfen soll, so ist es Gewalt".** (9)

Das Ziel der Revolution, die anzustrebende Staatsform, *„muß ein durchsichtiges Gewand sein, das sich dicht an den Leib des Volkes schmiegt. Jedes Schwellen der Adern, jedes Spannen der Muskeln, jedes Zucken der Sehnen muß sich darin abdrücken."* (9)

Es wurde sogar die Möglichgkeit ins Auge gefaßt, neben „Moral, Religion, Recht" auch den „Staat überhaupt aufzuheben" (10).

Gerade durch das Revolutionskonzept, das auf die Massen setzt, beschäftigte sich Büchner mit der Frage nach dem Verhältnis zwischen Sein und Bewußtsein. Er stellt die Frage: *„Was ist das, was in uns hurt, lügt, stiehlt und mordet?"* (11), um an anderer Stelle die Antwort selbst zu geben: **„Ich verachte Niemanden, am wenigsten wegen seines Verstandes oder seiner Bildung, weil es in Niemands Gewalt liegt, kein Dummkopf oder Verbrecher zu werden, — weil wir durch gleiche Umstände wohl Alle gleich würden, und die Umstände außer uns liegen."** (12)

Dies alles zeigt, daß Büchner kein radikaler Demokrat war, wie ihn die bürgerliche Geschichtsschreibung und auch H. Herbst gerne hätten, sondern ein revolutionärer Frühkommunist, dessen Perspektive in Marx' *„kategorischem Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist"*, liegt. (13)

Anmerkungen und Quellen

1) Georg Büchner, Werke und Briefe, dtv Weltliteratur, S. 253
2) Becker (Mitstreiter Büchners) vor Gericht über Büchners politische Anschauungen, nach Gerhard Schaub: Georg Büchner, Friedrich Ludwig Weidig, Der Hessische Landbote, München, Wien 1976, S. 178
3) Büchner studierte 1831 - 33 in Straßburg
4) Werke, S. 269
5) Nach Film: „eine deutsche revolution"
6) Werke, S. 12
7) nach Th.M. Mayer in: Texte & Kritik, Sonderband Georg Büchner I/II, München 1979, S. 5/6
8) Becker vor Gericht nach Ernst Johannes, Rowohlt Monografie: Georg Büchner, S. 76
9) Werke, S. 10
10) Th.M. Mayer, S. 5
11) Werke, S. 37
12) Werke, S. 253
13) MEW I, S. 385

Literaturkalender 1983

Kalender, Wandkalender — die meisten verschandeln die Wohnung und sind eine Zumutung für den Geldbeutel; wenige sind akzeptabel; sehr wenige vorzüglich. Vorzüglich, was den Inhalt angeht, die Aufmachung, den Preis.

Einer dieser sehr wenigen vorzüglichen ist auch den informierteren und literarisch interessierten Linken, sofern sie nicht auf die Abnahme von DDR-Druckerzeugnissen abonniert sind, wenig bekannt: Der „Literaturkalender" vom Aufbau-Verlag.

Jede Woche ein sorgfältig gestaltetes Blatt im Format 35 mal 23 cm; darauf außer einem Kalendarium mit den jeweiligen Geburts- bzw. Todesdaten von meist Schriftsteller/inne/n Farbreproduktionen von Aquarellen, Ölgemälden, Buchillustrationen, Fotos, (die älteren im Braunton, die neueren im kühlen schwarz-weiß), Holzschnitte, Karikaturen. Alles in guter Druckqualität auf starkem Papier und mit einer Spiralheftung, die auch noch nach einem Jahr die Kontenance behält. Zusätzlich zur Darstellung im Bild werden die Schriftsteller/innen jeweils mit einer kurzen eigenen Äußerung oder einer Information vorgestellt.

Namen aus dem „Literaturkalender" 1983: Puschkin, Stendhal, Christa Wolf, Brecht, Marx (100. Todestag am 14. März), Cardenal, der Maler Heinrich Vogeler, Erich Mühsam, der Grafiker Carl Meffert (mit einem Linolschnitt zu Gladkows „Zement"), Apollinaire, Christoph Martin Wieland, Anna Seghers, Lion Feuchtwanger ... und rund vierzig weitere.

Wer allwöchentlich einen kleinen Ausflug in einen jeweils anderen Abschnitt der Literatur der letzten rund fünfhundert Jahre unternehmen will: Für elf Westmark ist das Schmuckstück in bestgeführten Buchhandlungen oder aber in den Collectiv-Buchläden zu erstehen.

K., Hamburg

Wir verbringen unser Leben in einer gefährlichen Welt.
Der Stand unserer Zivilisation ist ein solcher, daß die Menschheit schon alle Mittel besäße, überaus reich zu sein, aber in der Gänze noch immer mit Armut geschlagen ist ...
Die Ideen darüber, wie man die neuen Produktionsmöglichkeiten benutzen könnte, sind nicht sehr entwickelt worden seit den Tagen, als das Pferd tun mußte, was der Mensch nicht konnte. Denken Sie nicht, daß in so mißlicher Lage jede neue Idee sorgfältig und frei untersucht werden sollte? Die Kunst kann solche Ideen klarer und sogar edler machen.

(Bertolt Brecht, Anrede an den Kongreß für unamerikanische Betätigungen, 1947)



Brechts Verhör.
Zeichnung von Herbert Sandberg (1959)

FEBRUAR	7 MO	8 DI	9 MI	10 DO	11 FR	12 SA	13 SO
7. Woche	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Eine Seite (Originalgröße 35 x 23 cm) aus dem „Literaturkalender" 1983 vom Aufbau-Verlag (DDR)

Literaturkritik, konkrete

"Konkret" hat für seine Oktober-Ausgabe zehn Kritiker/innen gefragt: "Welches war für Sie das beste und welches das schlechteste Buch, mit dem Sie sich in letzter Zeit beschäftigt haben?"

Der Informationswert der Antworten ist, was den Gehalt angeht, notwendig gleich Null; der Informationswert über den geistigen Gehalt mancher Kritiker hingegen beträchtlich.

Werner Mathes, Chefredakteur des Westberliner "Tip"-Magazin, nennt als "schlechtestes Buch" die Buntbuch-Anthologie "Laßt mich bloß in Frieden" und begründet: *"Dieses Buch steht für mich stellvertretend für so viele Schnellschüsse in Sachen 'Frieden'."* Steht stellvertetend ... und da fällt dem Schriftleiter Mathes keiner der dreißig oder fünfzig Titel der gutkapitalistischen Verlage ein, die schnellschießend in Frieden machen. Ihm fällt ausgerechnet jener Verlag ein, der eines der ersten Bücher für die (neue) Friedensbewegung herausgegeben hat ("Ist der Dritte Weltkrieg noch zu verhindern?", 1980). Und ihm fällt nur einer jener Verlage ein, deren "Vorarbeit" ausbeutend die (großen) gutkapitalistischen Verlage ihre Schnellschüsse lancieren (oder haben etwa Rowohlt, Kiepenheuer, Goldmann etc.pp. das Informationsbedürfis der Friedensbewegung "entdeckt"?!). Überdies ist Mathes als "Kenner der Szene" informiert genug um zu wissen, daß ein kleiner Verlag wie Buntbuch aufgrund geringer personeller und finanzieller Kapazitäten zu Schnellschüssen auch gar nicht in der Lage wäre (an der Anthologie wurde z.B. etwa ein halbes Jahr gearbeitet).

Mathes übersieht somit zwar wohlwollend die tatsächlichen *"Schnellschüsse in Sachen 'Frieden", verfügt ansonsten aber über einen kriminalistisch geschärften Blick. Zum schlechtesten Buch erkläre er es, teilt er weiter mit, "obwohl es wegen einer Illustration beschlagnahmt wurde — aber sogar da habe ich den Verdacht, daß das aus PR-Gründen von Verlag und Herausgebern einkalkuliert wurde."* Bei seinem "Tip"-Magazin kann Chefredakteur Mathes seine Potenzen offensichtlich nicht so recht ausleben. Ob er's nicht mal woanders versuchen sollte, wo er so richtig Schlagzeilen bauen kann? Zum Beispiel diese: "Links-Verlag besticht Staatsanwalt, Buch zu beschlagnahmen."

Peter Piwitt ("Literaturkritiker bei Konkret") hat Svende Merians "Tod des Märchenprinzen" (Buntbuch-Verlag) zum schlechtesten Buch erkoren: *"Weil es mich auf Anhieb gerührt hat. (Wie Franz Lehars 'Lustige Witwe')."* Nun ist Svende Merians Buch zwar auf mancherlei Kritik gestoßen, ob aber gerade Piwitts Kompetenz ausreicht, sich an der Beurteilung eines Frauenbuches zu versuchen, das ist doch recht zweifelhaft. In "Konkret Sexualität" (1981) führte Piwitt vor, welch hohe Sensibilität Frauen entgegenzubringen er in der Lage ist: *"... in einer sexuellen Beziehung"*, fabelte er, *"sollte alles möglich sein, was nicht aus Verachung geschieht. Und sogar Vergewatigung könnte ja schön sein, ließe sich —sechs Richtige— der Vergewaltiger sebst bestimmen."* Durchschnittliche Machos fassen das, ohne Literaturkritiker zu sein, prägnanter: Frauen wollen ja vergewaltigt werden ...

Aber Piwitt kann auch hochmoralisch sein. Etwa dann, wenn (der Chauvi) Piwitt auf (den Chauvi) Henrik M. Broder stößt. Der nämlich hatte in einem "Konkret"-Artikel *"Ich bin ein Chauvi"* (Broder später in der "Zeit": *"...einerseits durchaus ernst gemeint, andererseits aber auch eine ironische Provokation gegenüber den immer mehr sich ausbreitenden 'Softies"*) seine Passion für voluminösere weibliche Körperteile bekannt. Da ist Piwitt aber richtig böse geworden. Nachdem er Broder *"Hochmut und ... Verachtung für den Sexualpartner, an dem nur das Fleisch interessiert"*, vorgeworfen hatte, fragte Piwitt sich sehr deutsch, von welcher *"Weltanschauung Broder verhunzt worden ist"* und wußte auch gleich die Antwort: *"eine sprichwörtlich patriachalische, nämlich jüdische Erziehung"*. Alle Chauvis sind Juden? Aber Piwitt ist doch Arier?

Ein vielseitiger Mann also, dieser Piwitt: Vergewaltigung für möglicherweise schön haltend, ist er von einem Frauenbuch gerührt wie von einer Kitsch-Operette und läßt den Antisemiten raushängen. Zu vielseitig, dieser Literaturkritiker Piwitt, um noch auszumachen, womit er denkt und wodrauf er sitzt.

K., Hamburg

Abschied vom Lieben Gott

Zum 350. Geburtstag von Spinoza

Imagine there's no heaven,
it's easy if you try,
no hell below us,
above us only sky.
Imagine all the people
livin' for today ...

John Lennon

Gehe aus deinem Vaterlande und von deiner Freundschaft und aus deines Vaters Hause in ein Land, das ich dir zeigen will

(1. Mose, 12,1)

Am 24. November 1632 wurde in Amsterdam der jüdische Philosoph Baruch de Spinoza geboren. Über kaum eine historische Persönlichkeit ist, gemessen an ihrer Bedeutung, hierzulande so wenig bekannt wie über diesen Mann. Dabei hat der deutsche Philosoph Hegel, der seinerseits stark auf Marx und Engels gewirkt hat, über Spinoza geschrieben: „ ... Überhaupt ist Spinoza ein solcher Hauptpunkt der modernen Philosophie, daß man in der Tat sagen kann: Du hast entweder den Spinozismus oder gar keine Philosophie".

Spinoza hat, mitten im vom religiösen Fanatismus und Aberglauben beherrschten 17. Jahrhundert, mit gerade unglaublicher Kühnheit und Konsequenz a l l e s bestritten, was bis dahin traditionell über Gott und Welt gedacht und geschrieben worden war. Er hat, wie Friedrich Engels formulierte, „darauf beharrt, die Welt aus sich selbst heraus zu erklären". Was das damals bedeutete, läßt sich daran ermessen, daß ein Jahr nach Spinozas Geburt, 1633, der Astronom Galileo Galilei unter Androhung der Folter seine naturwissenschaftlichen Erkenntnisse und Theorien widerrief. Und erst wenige Jahrzehnte waren vergangen, seit im Jahre 1600 wegen ähnlicher Einsichten und Überlegungen Giordano Bruno in Rom als Ketzer verbrannt worden war. Daß die Hauptwerke Spinozas verboten und verfolgt wurden, versteht sich unter solchen Umständen von selbst. Es war, ein Jahrhundert nach Spinozas Tod, der Philosoph und Schriftsteller Lessing, der den Verfemten wiederentdeckte und für die deutsche Kultur zugänglich machte, aus der ihn erst der Nazismus — bis heute nachwirkend — wieder verbannte.



Baruch de Spinoza kam aus einer Familie spanisch-portugiesischer Juden. Seit Spanien und Portugal im 8. Jahrhundert fast vollständig unter arabische Herrschaft gelangt waren, hatten Juden dort bei relativ großer religiöser Toleranz und geistiger Freiheit an einer Blüte der Naturwissenschaften und der Philosophie entscheidend mitgewirkt. Das änderte sich vollständig mit der schrittweisen „Rückeroberung" (Reconquista) der iberischen Halbinsel durch christliche Herren (Anm. 1). 1492 wurden die Juden durch ein königliches Edikt aus Spanien vertrieben, 1496/97 auch aus Portugal, wohin sich zunächst viele spanische Juden gewandt hatten. (Anm. 2). Zu dieser Zeit waren die Niederlande noch spanische Provinzen. Jedoch mit der Unabhängigkeitserklärung der Niederlande (um 1580 — Anm. 3) wurden sie zu einem bevorzugten Ziel jüdischer Einwanderung. In Amsterdam entstand die bedeutendste Gemeinde portugiesischer Juden oder — wie sie sich selbst im Unterschied zu den Juden aus Mittel- und Osteuropa nannten — Sephardim.

Die Niederlande, seit 1648 endgültig und in aller Form von Spanien unabhängig, erlebten damals einen ungeheuren Aufschwung des Kapitalismus. Niederländische Kaufleute drangen auf der Jagd nach Profiten und Einflußgebieten nach Südafrika, Indonesien, Ceylon, Hinterindien und sogar bis nach Japan vor. Auf dem amerikanischen Kontinent gründeten sie das spätere New York (damals Nieuw-Amsterdam), und das riesige Brasilien stand drei Jahrzehnte lang, von 1624 bis 1654, unter ihrer Herrschaft. Die niederländische Flotte verfügte über

bis 1654, unter ihrer Herrschaft. Die niederländische Flotte verfügte über

ebensoviel Schiffe wie alle übrigen Länder Europas zusammen, und als militärische Macht hielten die Niederlande England ebenso stand wie Frankreich.

In geistiger und religiöser Beziehung entsprach dieser Entfaltung des Kapitalismus in den Niederlanden ein relativ großer Spielraum, gemessen an den Zuständen in anderen Teilen Europas. Daß die Verhältnisse trotzdem von völliger Toleranz und intellektueller Freiheit weit entfernt waren, zeigt sich u.a. an den Geschicken Spinozas.

Als Sohn einer Familie jüdischer Kapitalisten bekam Baruch de Spinoza die traditionelle, stark religiös geprägte Ausbildung. Zu dieser Ausbildung gehörte allerdings auch das Kennenlernen von Philosophen der arabisch-jüdischen Epoche Spaniens wie **Moses ben Maimon** (1135 - 1204) und **Averroes** (1126 - 1198). Sie hatten bereits wichtige Ansätze gemacht, religiöse Dogmen mit wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen zu konfrontieren. Darüber hinaus kam Spinoza in Berührung mit dem hohen Stand der Naturwissenschaften im Renaissance-Italien und mit den Thesen des französischen Mathematikers, Physikers und Philosophen **Descartes** (1596 - 1650), der 1644 in Amsterdam seine Hauptschrift „Principia Philosophiae" publiziert hatte. Spinozas Widersprüche zur jüdischen Religion und Tradition entwickelten sich so ungestüm und offen, daß 1656 in der Synagoge der Cherem gegen ihn verkündet wurde. (Der Cherem entspricht ziemlich genau dem Bannfluch der katholischen Kirche; er beinhaltet den Ausstoß aus der Gemeinde und das Verbot jedes Kontakts zu dem Verfluchten, einschließlich selbstverständlich der Lektüre seiner Schriften). 1660 war Spinoza auf Betreiben der Rabbiner sogar gezwungen, Amsterdam zu verlassen, wobei der Magistrat der Stadt offensichtlich mit den Repräsentanten der jüdischen Gemeinde in dem Bestreben übereinstimmte, antireligiöse Freidenkerei zu unterdrücken. Von nun an bis zu seinem Tod lebte Spinoza außerhalb Amsterdams, seit 1669 in Den Haag. Aus dem Familien-Geschäft war Spinoza ausgestiegen; mit dem Schleifen optischer Linsen für Fernrohre versuchte er sich aus eigener Kraft zu erhalten; er blieb jedoch angewiesen auf Unterstützung und gelegentlichen Schutz durch naturwissenschaftlich interessierte, geistig aufgeschlossene Freunde aus der Bourgeoisie.

Die Hauptarbeiten Spinozas sind der *Theologisch-Politische Traktat* und *Die Ethik nach geometrischer Methode dargestellt*. Beide Texte sind in lateinischer Sprache gefaßt. Der Theologisch-Politische Traktat wurde 1670 publiziert. Dem Drängen von Freunden, diese Schrift auch in einer niederländischen Übersetzung herauszubringen, widersprach Spinoza ganz entschieden, weil er in diesem Fall ein sofortiges Verbot befürchtete: In der Eliten-Sprache Latein galt eine Publikation im Allgemeinen als nicht so gefährlich wie in der Sprache des Volkes! — Spinozas Vorsicht konnte jedoch nicht verhindern, daß der Traktat 1674 verboten wurde, nachdem (seit 1672) in der niederländischen Innenpolitik die monarchistische Reaktion die Oberhand über die eher liberalen Bestrebungen von Teilen der Großbourgeoisie gewonnen hatte. — Unter dem Eindruck dieser Erfahrungen gab Spinoza seine 1675 abgeschlossene Ethik gar nicht erst zur Veröffentlichung frei. Sie wurde erst nach seinem Tod von Freunden Spinozas herausgegeben und in der Tat wenige Monate später verboten.

Spinoza starb am 21. Febraur 1677 an der Schwindsucht.

„Das ganze Gesetz besteht in der Liebe gegen den Nächsten"

Was in der Bibel über Gott ausgesagt wird, stammt nicht aus irgendwelchen übersinnlichen Offenbarungen, sondern allein aus der menschlichen Vorstellungskraft. Das ist eine der Kernthesen des Theologisch-Politischen Traktats, die Spinoza vor allem mit einer kritischen und umfassenden Durchleuchtung der Texte des Alten Testaments belegt. Der Z w e c k der Bibel bestehe darin, vermittels des Gehorsams gegen Gott die Menschen zu einem vernunftgemäßen Leben anzuhalten, nämlich: „ ... *Was jeder tun muß, um Gott zu gehorchen, lehrt die Schrift an vielen Stellen aufs klarste: das ganze Gesetz besteht in dem einen, nämlich in der Liebe gegen den Nächsten*". Daher ist niemand verpflichtet, irgendetwas aus der Bibel zu glauben, „*als was zur Befolgung dieses Gebotes unbedingt notwendig ist*". (S. 214). „*Was übrigens Gott oder jenes Vorbild des wahren Lebens ist, ob er Feuer, Geist, Licht, Gedanke usw. ist, gehört nicht zum Glauben ... Es gehört ferner nicht zum Glauben, ob einer annimmt, daß Gott nach seinem Wesen oder nach seiner Macht allenthalben ist, daß er die Dinge aus Freiheit leitet oder nach Naturnotwendigkeit, daß er die Gesetze als Herrscher vorschreibt oder sie als ewige Wahrheiten lehrt, daß der Mensch aus freiem Willen oder aus der Notwendigkeit göttlichen Ratschlusses Gott gehorcht, und daß endlich die Belohnung der Guten und die Bestrafung der Bösen auf natürlichem oder auf übernatürlichem Wege erfolgt*". (S. 218). Es ist g l e i c h g ü l t ig, wie die Menschen über all diese Fragen denken, solange sie an der Nächstenliebe

Menschen über all diese Fragen denken, solange sie an der Nächstenliebe

und Gerechtigkeit festhalten. Jeder Glaube, der hierzu führt, soll als zulässig (und zweckmäßig) gelten. (S. 217).

„In der Natur der Dinge gibt es nichts Zufälliges"

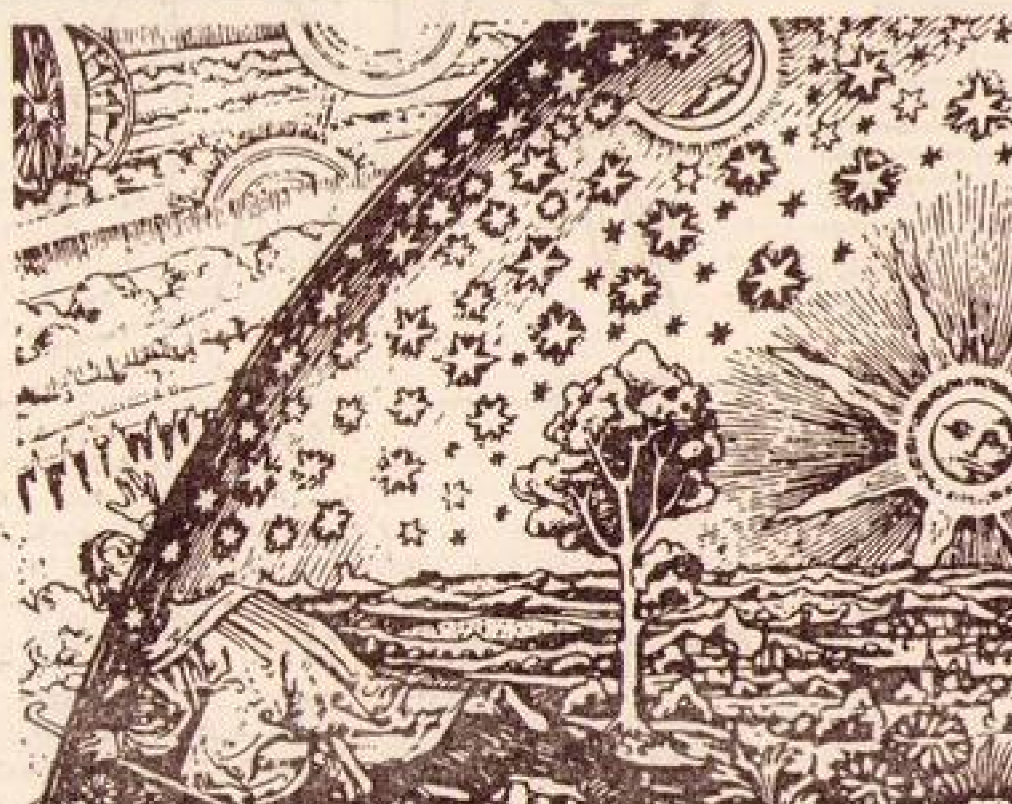
Spinoza wurde selbstverständlich von allen religiösen Richtungen als A t h e i s t angegriffen. Und dies wohl zu recht, denn nichts von allem, was Gott von Religionen und Sekten an wunderlichen Eigenschaften und Tätigkeiten zugeschrieben wird, ließ Spinoza als wahr, das heißt als vernunftgemäß gelten. In seinem Denken war kein Platz für einen Gott, der sich ärgert oder sich freut, der die Guten in den Himmel holt und die Bösen in die höllischen Kochtöpfe abkommandiert, der Ansprachen aus brennenden Dornenbüschen hält oder gelegentlich mit eigener Hand dem Kriegsglück etwas nachhilft, der einen Sohn in die Welt setzt und ihn anschließend aufgrund perversester Konstruktionen ans Kreuz schlagen und auferstehen läßt.

Gott sei, so die Definition Spinozas (in enger Anlehnung an Descartes), „*das unbedingt unendliche Wesen, das heißt die Substanz, die aus unendlich vielen Attributen besteht, deren jedes ewige und unendliche Wesenheit ausdrückt*". (Die Ethik, S. 4). „Weder Verstand noch Wille" gehören nach Ansicht Spinozas zu den Eigenschaften Gottes (S. 22). Gott verfolgt auch keinerlei Zwecke; denn Gott ein zweckmäßiges Handeln zuzuschreiben, würde bedeuten, daß er etwas anstrebt, was ihm fehlt; das aber wäre unvereinbar mit der behaupteten unbedingten Vollkommenheit Gottes. (S. 42 - 43). „*Alles, was geschieht, geschieht allein durch die Gesetze der unendlichen Natur Gottes und folgt aus der Notwendigkeit seiner Wesenheit*" (S. 20). „*In der Natur der Dinge gibt es nichts Zufälliges, sondern alles ist kraft der Notwendigkeit der göttlichen Natur bestimmt, auf bestimmte Weise zu existieren und zu wirken*". (S. 31).

Etwas vereinfacht kann man Gott in der Definition Spinozas gleichsetzen mit Natur und Weltall. A l l e s, was geschieht, wird durch die ewigen und unveränderlichen Naturgesetze bewirkt. Für Wunder, die traditionelle Hauptattraktion sämtlicher Religionen und Sekten, bleibt kein Platz mehr: „*Das Wort Wunder (kann) nur mit Beziehung auf die menschlichen Anschauungen verstanden werden*" und bedeutet „*nichts anderes ... als ein Werk, dessen natürliche Ursache wir nicht nach dem Beispiel eines anderen gewohnten Dinges erklären können oder wenigstens der nicht erklären kann, der von einem Wunder schreibt oder spricht*". (Traktat, S. 96). „*Ein völliger Unsinn ist es also, zum Willen Gottes seine Zuflucht zu nehmen, wenn*

tes seine Zuflucht zu nehmen, wenn

man etwas nicht versteht". „*Im Gegenteil, weil wir wissen, daß alles von Gott bestimmt und eingerichtet ist und die Wirkungen der Natur aus Gottes Wesen folgen, die Naturgesetze aber Gottes ewige Ratschlüsse und Willensakte sind, so müssen wir unbedingt schließen, daß wir Gott und seinen Willen um so besser erkennen, je besser wir die natürlichen Dinge erkennen und je klarer wir erkennen, wie sie von ihrer ersten Ursache abhängen und wie sie nach ewigen Naturgesetzen wirken*". (S.99). Der einzige Zugang zur Gotterkenntnis führt für Spinoza also über die Naturwissenschaften — eine Kampfansage an a l le Religionen und Sekten, die ihre Gottesbegriffe gerade in den unerforschten Nischen und toten Winkeln der Wissenschaft unterzubringen versuchen. **„Und daher kommt es, daß wer nach den wahren Ursachen der Wunder sucht und die Dinge in der Natur als ein Gelehrter zu verstehen und nicht als ein Tor sich über sie zu wundern bemüht ist, allenthalben als ein Ketzer und Gottloser gilt ... Denn sie wissen, daß mit dem Aufhören der Unwissenheit auch das Staunen aufhört, das heißt das einzige Mittel, das sie haben, um ihre Beweise zu führen und ihr Ansehen zu erhalten".** (Ethik, S. 44)



Mit der materialistisch-wissenschaftlichen Betrachtung sämtlicher Naturvorgänge entfällt im übrigen jeder scheinbare Grund für die Menschen, sich mit Blick auf Gottes Wohlwollen oder Zorn in bestimmter Weise zu verhalten, Unterdrückung in der Hoffnung auf ein besseres Leben nach dem Tode hinzunehmen. Damit hat Spinoza (ohne es in letzter Konsequenz zu wollen, wie noch zu zeigen sein wird) erheblich zur Erschütterung aller Formen

von Herrschaft des Menschen über den Menschen beigetragen, von denen keine ohne die Hilfsmittel des Irrationalismus und Obskurantismus auskommt.

„Der Zweck des Staates ist in Wahrheit die Freiheit"

In seinen Anschauungen über Wesen und Funktion des Staates (entwickelt vor allem in der zweiten Hälfte des Theologisch-Politischen Traktats) lehnte sich Spinoza sehr eng an den Engländer Thomas Hobbes (1588 - 1679) und dessen 1651 erschienenes Hauptwerk „Leviathan" an. Ausgehend von der These, daß alle Menschen von Natur aus gleich seien, hatte Hobbes die Notwendigkeit einer repressiven Staatsmacht herleiten wollen: „...*Dieser Gleichheit der Fähigkeiten entspringen die gleichen Hoffnungen, ein Ziel zu erreichen. So werden zwei Menschen zu Feinden, wenn beide zu erlangen versuchen, was nur einem von ihnen zukommen kann (...). Und hieraus folgt, daß Krieg herrscht, solange die Menschen miteinander leben ohne eine oberste Gewalt, die in der Lage ist, die Ordnung zu bewahren. Und es ist ein Krieg, den jeder einzelne gegen jeden führt. (...). Wenn ein jeder gegen jeden Krieg führt, so kann auch nichts als unerlaubt gelten. Für die Begriffe Recht und Unrecht, Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit bleibt kein Raum. Wo es keine Herrschaft gibt, gibt es auch kein Gesetz...*". Das bezeichnet Hobbes als den „Naturzustand". Der „Naturzustand" würde schließlich auf die gegenseitige Vernichtung der menschlichen Gattung hinauslaufen. Deswegen hätten sich die Menschen kraft ihrer Vernunft entschieden, einen Vertrag (Rousseau nannte das später den „contrat social", Gesellschaftsvertrag) abzuschließen. Durch diesen Vertrag verzichten die Menschen mehr oder weniger auf ihre natürlichen Rechte und übertragen sie auf den Staat bzw. auf einen absoluten Souverän. Den so entstandenen Staat bezeichnete Hobbes auch als „Maschine", „Großen Menschen" oder — nach einem biblischen Fabelungeheuer — als Leviathan. Gemeint ist, daß die menschliche Individualität aufgehoben wird durch das größere Individuum Staat.

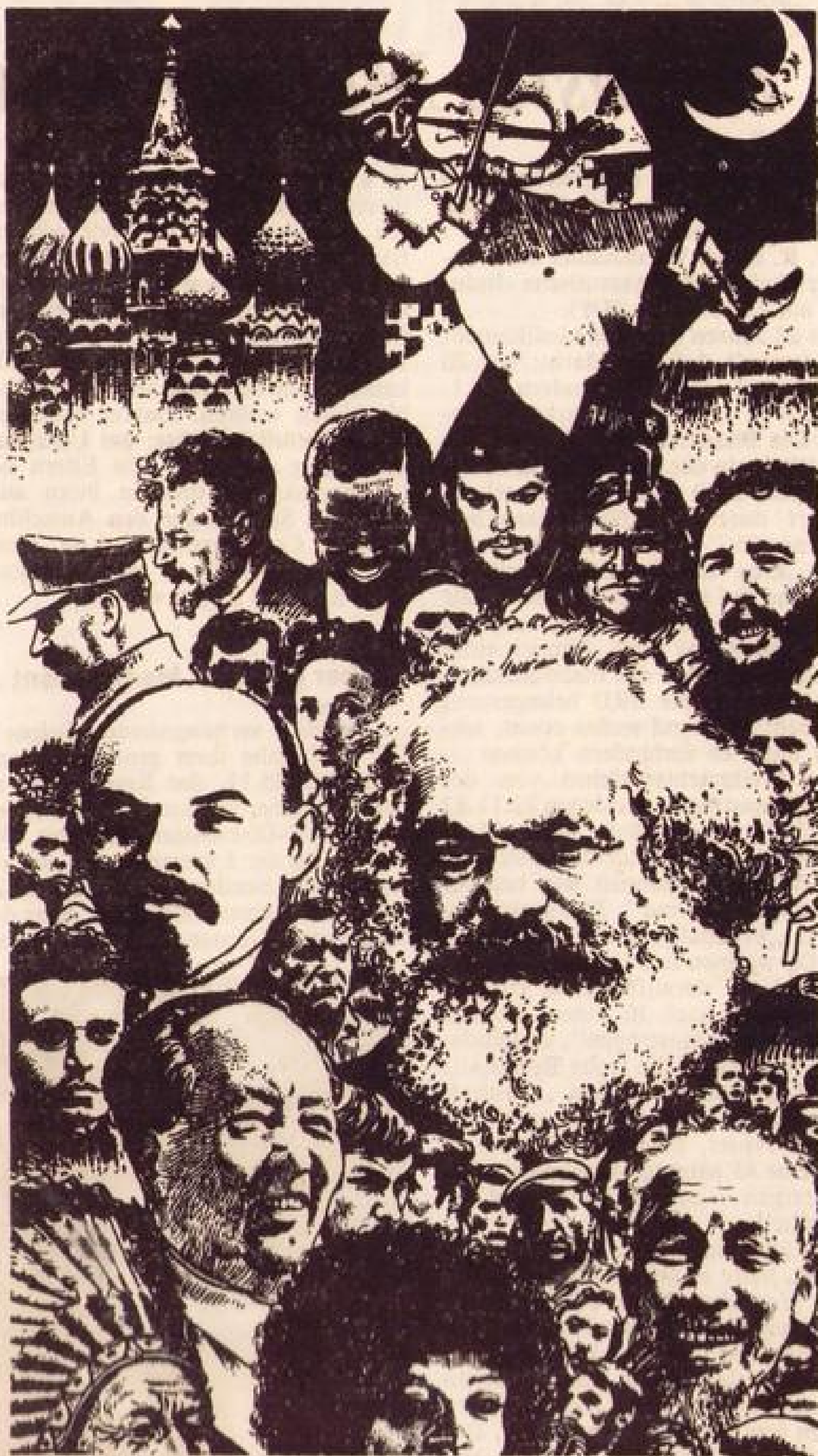
Spinozas Bearbeitung der Staatstheorie von Hobbes ist widersprüchlich: Auf der einen Seite befürwortete Spinoza das Prinzip des absoluten Gehorsams gegenüber der „höchsten Gewalt" im Staate. Man müsse „**unbedingt alle Befehle der höchsten Gewalt ausführen..., mögen sie auch noch so widersinnig sein**"; die höchste Gewalt sei ihrerseits „*an kein Gesetz gebunden*" (S. 238). Würde man etwa ein subjektives Widerstandsrecht des einzelnen anerkennen, so könnte nach Ansicht Spinozas das Staatswesen keinen Bestand haben: „...*Darum ist es auch gottlos, nach eignem Gutdünken gegen den Beschluß der höchsten Gewalt, deren Untertan man ist, zu handeln, weil wenn dies jedem erlaubt wäre, der Untergang des Staates die notwendige Folge sein würde. Ja, der ein-*

gegen den Beschluß der höchsten Gewalt, deren Untertan man ist, zu handeln, weil wenn dies jedem erlaubt wäre, der Untergang des Staates die notwendige Folge sein würde. Ja, der ein-

zelne kann geradezu nicht gegen den Beschluß und das Gebot der eignen Vernunft handeln, solange er nach dem Beschluß der höchsten Gewalt handelt, denn er selbst hat ja, der Vernunft gehorchend, ein für allemal beschlossen, sein Recht, nach eignem Urteil zu leben, auf sie zu übertragen" (S. 302 -303).

Von der absoluten Verpflichtung zum Gehorsam will Spinoza allerdings die Gedankenfreiheit ausdrücklich ausnehmen. Jeder soll „*unbeschränkt denken und urteilen und damit auch sprechen*" dürfen, vorausgesetzt, daß er die höchste Gewalt als einzige Entscheidungsinstanz anerkennt. So darf man beispielsweise ein Gesetz als unvernünftig kritisieren, muß sich diesem aber trotzdem unterwerfen (S. 302). Auch die „Freiheit des Philosophierens" (d.h. der Weltanschauung und der wissenschaftlichen Forschung) ebenso wie die Freiheit des Glaubens sollen im Staat bestehen. Denn der Zweck des Staates sei nicht, zu herrschen, die Menschen fremder Gewalt zu unterwerfen und sie in Furcht zu halten. „*Es ist nicht der Zweck des Staates, die Menschen aus vernünftigen Wesen zu Tieren oder Automaten zu machen, sondern vielmehr zu bewirken, daß ihr Geist und ihr Körper ungefährdet seine Kräfte entfalten kann, daß sie selbst frei ihre Vernunft gebrauchen und daß sie nicht mit Zorn, Haß und Hinterlist sich bekämpfen noch feindselig gegeneinander gesinnt sind. Der Zweck des Staates ist in Wahrheit die Freiheit*" (S. 301).

Der Widerspruch zwischen dieser Zweckbestimmung und der Forderung nach absolutem Gehorsam gegenüber der höchsten Gewalt ist nicht leicht aufzulösen. Für Spinoza selbst hob sich dieser Widerspruch auf in der These,



daß tyrannische, „widersinnige" Herrschaftsausübung zwar möglich, aber eben unvernünftig und daher zum Scheitern verurteilt sei. „*Eine Gewaltherrschaft hat noch niemand lange behauptet*", zitiert Spinoza zustimmend den römischen Philosophen Seneca (1. Jh.) (S. 238).

Die gesamte Konstruktion bei Hobbes sowohl wie bei Spinoza ist bereits in ihren Prämissen idealistisch: Zweifelsfrei geht die Entstehung der Staaten nicht auf im Sinne der Vernunft frei abgeschlossene Verträge, sondern in erster Linie auf Gewalt und Unterdrückung zurück. Da der Staat in erster Linie Instrument der reichsten und

nicht auf im Sinne der Vernunft frei abgeschlossene Verträge, sondern in erster Linie auf Gewalt und Unterdrückung zurück. Da der Staat in erster Linie Instrument der reichsten und

mächtigsten Klassen der Gesellschaft ist, kann gar keine Rede davon sein, daß der Staat — wie von Hobbes und Spinoza vorausgesetzt — allen Menschen in annähernd gleichem Ausmaß Nutzen bringt. Daher kann der Staat auch den „Kampf aller gegen alle" nicht aufheben, sondern kann ihn lediglich in den Formen mäßigen und ihn, vor allem im Interesse der herrschenden Klassen, zu regulieren versuchen.

Wenn Spinoza von Demokratie spricht, meint er im wesentlichen die Herrschaft der Bourgeoisie, im Gegensatz zur Monarchie und Adelsherrschaft. Es ist in erster Linie diese Klasse, die expandierende Bourgeoisie, deren Interesse an freier Entfaltung gegen alle Engheiten und Beschränkungen der vorkapitalistischen Zustände und Klassen Spinozas Werk zum Ausdruck bringt. Und diese aufstrebende Klasse war durchaus gewillt, auch mit diktatorischen Methoden zu regieren.

An Demokratie im Sinne von Volksherrschaft hat Spinoza zumindest bei Abfassung des Theologisch-Politischen Traktats nicht gedacht. Zum richtigen Verständnis dieser Tatsache muß bedacht werden (neben den erwähnten Verbindungen Spinozas zu Teilen der Bourgeoisie), daß das Volk der Niederlande in den damaligen Auseinandersetzungen vorwiegend zugunsten der monarchistischen Reaktion und des religiösen Fanatismus in Erscheinung trat, d.h. als Verbündeter des Adels gegen die Bourgeoisie. Ein liberaler und rationalistischer Philosoph wie Spinoza hatte also durchaus Anlaß, von Volksbewegungen mehr zu befürchten als zu erhoffen. Allerdings kam er gegen Ende seines Lebens in seinem unvollendet gebliebenen *Politischen Traktat* (1676) zur Schlußfolgerung: „*Unser Urteil über sie* (die Volksmassen — Anm. d. Verf.) *wird allzuoft durch Überlegungen über Macht, Vermögen und Erziehung beeinflußt. Daß die Masse so ungebärdig ist, daß sie wenig Urteilskraft hat, ist eine Folge der Tatsache, daß sie bewußt von den Staatsangelegenheiten ferngehalten wird. Ohne diesen Fehler verdienten sie wahrlich eher zu regieren als regiert zu werden*".

Der diskrete Charme der Dummheit

Der diskrete Charme der Dummheit

Das Faszinierendste an der Philosophie Spinozas scheint mir zu sein, daß kaum einer seiner Gedanken als wirklich neu anzusehen ist. Alle wesentlichen Argumente gegen religiöse Verblödung, Wunder-Glauben und überhaupt gegen alle Formen menschlicher Dummheit waren bereits rund 2000 Jahre vor Spinoza von griechischen Naturwissenschaftlern und Philosophen vorgebracht worden. Xenophanes (2. Hälfte des 6. vorchr. Jahrhunderts) hatte bereits festgestellt, daß kein Mensch sichere Aussagen über die Götter machen könne; aller Glauben beruhe lediglich auf Vermutungen und Meinungen. Heraklit (um 500 v. Chr.) schrieb: „**Unsere Welt hier, die für alle die gleiche ist, schuf weder einer von den Göttern noch einer von den Menschen. Vielmehr war sie schon immer und ist und wird immer sein...**". Kritias (2. Hälfte des 5. vorchr. Jh.) nahm die Theorie vom Naturzustand vorweg: Ursprünglich hätten sich die Menschen in einem Zustand befunden, der nichts anderes kannte als den Kampf ums Dasein als Kampf aller gegen alle. Dann habe sich die Vernunft geregt, und zur Sicherung ihrer Existenz hätten sich die Menschen Gesetze gegeben. Wie aber sollte man die Einhaltung der Gesetze durchsetzen? „*Da hat ein schlauer, kluger Mann den Sterblichen die Gottesfurcht erfunden*". — Demokrit (5./4. vorchr. Jh.) behauptete: „**Nichts geschieht zufällig, sondern alles aus einem Grunde und unter dem Zwang der Notwendigkeit**". Er entwickelte auch die These, daß alle Materie aus „*unendlich vielen, unendlich kleinen und mit Sinnesorganen nicht mehr wahrnehmbaren Körperchen*" bestehe; diese nannte er Atomoi (Unteilbare). Das Weltall sei, so sagte Demokrit, unendlich in seiner Ausdehnung und in der Zeit, also von niemandem erschaffen. Es gebe im All unendlich viele Welten, von denen die einen noch im Wachsen, andere bereits im Schwinden seien. Ständig entstünden neue Welten.

Daß die Erde eine Kugel sei, stand für die Griechen schon um 500 v. Chr. fest. Eratosthenes (275 - 195 v. Chr.) unternahm sogar eine Berechnung des Erdumfangs, mit einem für die Mittel der damaligen Zeit verblüffend niedrigen Fehler von nur 10 %. Und um 200 -150 v. Chr. hatten griechische Wissenschaftler mit der Berechnung und Analyse der Umlaufbahnen des Mondes und der Planeten bereits einen Erkenntnisstand, der in Europa erst durch Kopernikus (1473 - 1543) wieder erreicht wurde.

Das Christentum, seit dem 4. Jahrhundert Staatsreligion im damaligen zivilisierten Europa, hat es gründlich fertig gebracht, das bis dahin erreichte Niveau der Naturwissenschaften und ihrer praktischen Anwendung zu zerstören. Die Erde war nun wieder eine Scheibe, mit dem Himmel als Käseglocke darüber. Zweifel an diesem Weltbild wurden mit Folter und Scheiterhaufen niedergehalten.

Es war das Verdienst der arabisch-jüdischen Kultur, vor allem in Spanien, die griechische Philosophie und Naturwissenschaft wiederzuentdecken und auf diese Weise zu bewahren und weiterzuentwickeln. Von diesem kulturellen Milieu ist die Arbeit Spinozas nicht zu trennen.

Nach der Lektüre der Schriften Spinozas ist die Konfrontation mit den heutigen Realitäten umso entsetzlicher: Lediglich um einige der gröbsten Exzesse und Widerwärtigkeiten abgemildert, verbreiten Kirchen und Sekten nach wie vor den steilsten Unfug. Und noch populärer und bunter ist die Vielfalt von privaten Gotteserklärungen und Aberglauben aller Sorten, die neben den offiziellen Kirchen existiert. Madame Tessier, Nostradamus, Bermuda-Dreieck, Däniken reichen als Stichworte dafür wohl aus. Daß die „Bild" soeben zum dritten Mal in zwei Jahren denselben Quark als „große Hexenserie" anbietet, demonstriert die Beliebtheit derartiger Themen, selbst in den dümmlichsten, phantasielosesten Fassungen. — Die Alternativ-Szene entdeckt dafür die Tarot-Karten, die Hexen-Mächte und alle Arten von exotischen Natur-Religionen — und seien es auch nur solche, die sich gerade eben ein paar clevere Leute aus den Fingern gesogen haben.

Mit der einfachen Erkenntnis, daß alles nach den Naturgesetzen abläuft und daß sich nirgendwo Götter und Dämonen versteckt halten, um unser Leben zu beeinflussen, und vor allem mit der Erkenntnis der Begrenztheit des menschlichen Lebens (keine Auferstehung, Seelenwanderung etc.!) läßt sich offensichtlich auch 300 Jahre nach Spinoza schwer leben. Es lohnt aber den Versuch.

Kt., Hamburg

Kt., Hamburg

Buchtip

Eine vorzügliche und preiswerte Biographie Spinozas ist in der Reihe der rororo-Bildmonographien auf dem Markt. Autor ist der Niederländer Theun de Vries. Die besondere Aufmerksamkeit des Autors gilt den historischen, politischen und sozialen Hintergründen. Also auch für marxistisch Vorgebildete ohne Verdauungsstörungen gut lesbar. Preis DM 7.80.

Die Gesamtausgabe der Schriften Spinozas liegt im Hamburger Felix Meiner Verlag vor. Die Bände können auch einzeln bezogen werden. So kostet die „Ethik" (337 S.) beispielsweise DM 19, der „Theologisch-Politische Traktat" (367 S.) DM 38.

Das „Gesamtverzeichnis aller Taschenbücher" (gemeint: aller zum Zeitpunkt des Erscheinens — Herbst 1982 — lieferbaren in der BRD erschienenen), das rund 35.000 Titel(n) aufführt, enthält einen (in Zahlen: 1) Titel von Spinoza, und zwar die zweisprachige (lt./dt.) Reclam-Ausgabe der „Ethik".

An einer allgemeineren Religions- und Philosophiemüdigkeit (unter diesen beiden Sachbegriffen müßte ja Spinoza eingeordnet sein) der Taschenbuch-Verlage kann es nicht liegen: Unter Philosophie werden über 400 Autoren mit jeweils einem bis zu zehn Titel aufgeführt (sowohl Texte von Philosophen als Sekundärliteratur), unter Religion ähnlich viele.

Anmerkungen

1) Die Reconquista begann im 11. Jahrhundert, hatte ihren Höhepunkt im 13. Jahrhundert und wurde 1492 mit der Zerstörung des arabischen Königreichs Granada abgeschlossen. Die politische und ideologische Parallele zwischen der Reconquista und den 'Kreuzzügen' im östlichen Mittelmeer (1096 -1291) ist offensichtlich.

2) Es ist zu beachten, daß diese Austreibungen nicht die Juden als Volk, sondern als Religionsgemeinschaft betrafen. Den spanischen und portugiesischen Austreibungs-Edikten konnte sich also entziehen, wer zum Katholizismus konvertierte. Sehr viele Juden machten von dieser Möglichkeit Gebrauch. Mit einem Schimpfwort wurden sie marranos, Schweine, genannt. Ein großer Teil der marranos hielt an zentralen jüdischen Bräuchen fest, verheiratete sich nur innerhalb des eigenen Milieus usw. Damit machten sie sich nach katholischen Begriffen der Ketzerei schuldig und wurden von der Inquisition verfolgt. Wer des 'Judaisierens', d.h. des Festhaltens an jüdischen Bräuchen, verdächtigt wurde, landete im schlimmsten Fall auf dem Scheiterhaufen. Beispielsweise wurde noch im Jahre 1680 ein riesiges Autodafé (Massenverbrennung) in Madrid veranstaltet, um der Vermählung des spanischen Königs Karl II einen angemessenen Rahmen zu geben. 18 marranos wurden bei dieser Gelegenheit verbrannt. Der König ließ es sich nicht nehmen, mit eigener Hand Feuer an den Scheiterhaufen zu legen. — Wie lange dieses katholische Brauchtum beibehalten wurde, ist mir nicht bekannt. Offiziell wurde die Inquisition erst 1834 abgeschafft.

3) Genau gesagt waren es nur die nördli-

Brauchtum beibehalten wurde, ist mir nicht bekannt. Offiziell wurde die Inquisition erst 1834 abgeschafft.

3) Genau gesagt waren es nur die nördlichen Provinzen der Niederlande, die damals ihre Selbständigkeit in einem Jahrzehnte dauernden Kampf gegen die Spanier erkämpften; sie entsprechen dem heutigen niederländischen Staat. Die südlichen Niederlande, heute Belgien, wurden erst 1830 ein autonomer Staat.



Spendenaufruf

30 000 Mark für den »Arbeiterkampf«

Der Arbeiterkampf kann in seinem Umfang nur durch eine größere Technik aufrechterhalten werden. Dies ist ohne größere Zuschüsse nicht möglich.

Wir haben im vergangenen Jahr damit begonnen, einen Satzbetrieb neben der Ak-Erstellung aufzubauen, der auch vielen linken Gruppen und Organisationen in Hamburg zugute kommt und auch kommerzielle Aufträge erledigt. Das Technik-Kollektiv ist mit großem Einsatz an den Aufbau herangegangen, dennoch wird der Aufbau auch weiterhin noch Zuschüsse benötigen.

Mit 30.000 DM Spende können wir aber auch bei der zu erwartenden Kostensteigerung den Betrieb und den Arbeiterkampf im kommenden Jahr sichern.

30.000 DM ist viel Geld. Wenn alle etwas beisteuern, wird es einfacher: Umgerechnet auf jeden AK-Leser bedeutet das 6 DM in einem Jahr, umgerechnet auf unsere Mitglieder sind es für jeden, der zahlen kann, durchschnittlich einmal 100 DM Spende. Wir meinen, das kann zu schaffen sein.

Wir werden den Stand der Spendenkampagne regelmäßig im AK veröffentlichen.

Spenden auf das Konto:
Heinrich Eckhoff
BLZ 200 800 00
Kto.-Nr. 480 610 400
Dresdner Bank Hamburg

Nächstes Mal nur 4000 Krüppel?

„Wir können nicht ausschließen, daß sich Ähnliches wie die Contergan-Katastrophe noch einmal ereignet". (Prof. R. Kopf, Vorsitzender des Bundesverbandes Pharmazeutische Industrie, am 23.11.82 im ZDF).

Vor 25 Jahren kam das Medikament „Contergan" auf den Markt; vor 20 Jahren wurde es in den Ländern der 1. und 2. Welt wieder vom Markt genommen. Die Bilanz: Über 5000 verkrüppelte Kinder in der BRD, von denen bis heute über 2200 gestorben und etliche hundert durch die Nervenkrankheit „Polyneuritis" dauerhaft geschädigt sind. „Eine Katastrophe", hieß es. „Wir sind tief erschüttert", teilten alle befragten Prominenten mit, und die Betroffenheit war groß. Ähnlich einer Naturgewalt schien das thalidomidhaltige Contergan die BRD heimgesucht zu haben: Niemand wußte etwas, niemand hätte es verhindern können ... Dieses Weihnachtsmärchen von der großen Katastrophe wurde am 23.11.82 vom ZDF weitererzählt. Hans Mohl und seine getreuen Mitleider hatten gesammelt und gesammelt wie bei der „Aktion Sorgenkind". Das stolze Ergebnis: „Erstmalig in der Geschichte des ZDF widmen sich ein Dokumentarfilm und die darauffolgende Diskussionsrunde '5 nach 10' einem Thema: der Contergankatastrophe", verkündete der Moderator die frohe Botschaft. Seine Mitarbeiter aus dem „Gesundheitsmagazin Praxis", Jungredakteur Michael Heuer, übernahm den ersten Part, eine 45 Minuten-Dokumentation „Contergan — auf den Spuren der Katastrophe".

Er hätte einiges an Fährten lesen können, hätte er gekonnt, gewollt, gesollt. Wer aber hätte das erwartet? Contergan ist ein weißer Fleck auf der pluralistischen Informations-Landkarte der BRD: Nach etlichen Zeitungsartikeln und Rundfunksendungen war das Thema erschöpft. Der Prozeß, der längste in Europa seit Nürnberg, dauerte zwar über fünf Jahre, aber weder rororo-aktuell brachte einen seiner berühmt-berüchtigten Schnellschüsse zustande noch Kiepenheuer und Witsch noch ein unbekannter Kleinverlag. Bisher ist in der BRD kein einziges Buch erschienen, das sich umfassend mit Contergan auseinandergesetzt hat. Zufall? Die schwedischen Wissenschaftler Henning Sjöström und Robert Nilsson konnten ihr Manuskript **„Contergan und die Macht der Arzneimittelkonzerne"** nur im britischen Penguin Verlag (1972) und im VEB Verlag Volk und Gesundheit der DDR (1975) publizieren. Also: Spurensuche wurde von Heuer nicht betrieben, er trat in die Fußstapfen seines großen Vorbilds Möhl: ein bißchen Mitleid ...

Hurra, wir sind betroffen !!

Claudia Schmidt hat es geschafft! Hat Abitur, arbeitet in der Redaktion der Behindertenzeitschrift „pro" (der Name spricht für sich) mit und will demnächst Psychologie und Theologie studieren. Na also: ohne Arme geht's doch auch, von wegen, wir sind eine Ellenbogengesellschaft. Man muß nur wollen! Claudia führte am 23.11. die TV-Zuschauer durch Heuer's Dokumentation: Sie als Betroffene kennt sich aus mit Behinderten, zeigt uns den armen, weil geistigbehinderten Marco, der hat's nicht geschafft, macht nicht's, schnell weiter zu Sabine, die kann — obwohl taub — autofahren, also: geschafft! Herzlichen Glückwunsch und ein bißchen Mitleid. Und erst Stefan: verkrüppelte Beine und gibt trotzdem Konzerte, Texte von H. D. Hüsch und Stefan. Macht nix, daß er nicht singen kann, weil: „der ist mutig", strahlt eine alternativ gekleidete, nichtbehinderte Frau in die Kamera. Das reicht. Nein? Also Zugabe: „Ich lebe durch meine Behinderung viel intensiver als meine nichtbehinderten Freunde!"

Contergan ein Psychopharmakon? Intensität und Abenteuer?

Dazwischen streut Heuer ein paar Zahlen, einige Nachhilfe-minuten in Biologie (so sieht ein Fötus aus ...) und Statements von unverantwortlichen Verantwortlichen: Nicht vorhersehbar das Ganze, aber wir sind erschüttert, sogar: zutiefst erschüttert. Da sind sich Hersteller Chemie Grünthal, Gesundheitsministerin und Wissenschaftler einig. Claudia guckt nachdenklich und verkündet dann auf einer grünen Wiese: „Ich will jetzt auch lernen, mit Einsamkeit umzugehen". Außerdem will sie Kinder, na also! Gut, daß keine von diesen ätzenden Querulanten dabei waren, die mit sich und der Welt nicht zufrieden sind und deshalb Behindertenbewegung und sowas gründen. Gerüchteweise war sogar zu vernehmen, daß Conterganskinder (heute über 20) zum 25. Jahrestag von Contergan die Medikamentenauslieferung von Grünenthal blockieren wollten. Davon berichtete Heuer natürlich nichts: das Unterfangen schlug auch fehl, die Eltern der Conterganskinder drohten ihren aufmüpfigen Sprößlingen den Ausschluß aus dem Conterganverband an, wenn sie das mittlerweile so gute Verhältnis zu Grünenthal stören würden.

„lieber gar kein Medikament ...

... als solch verhängnisvolle Folgen". Die FAZ teilte ihrer geneigten Leserschaft am 25.11. das Resultat der an den Dokumentarfilm anschließenden '5 nach 10'-Diskussionsrunde mit. Dabei war bei der Expertenrunde, die am Anfang der Sendung stand, der FAZ-Journalist Reiner Flöhl noch einer der kritischsten Geister. Am bemerkenswertesten in der Runde war wohl Prof. Widukind Lenz, der Kinderarzt, der 1960 (damals noch nicht Prof.) dem Contergan auf die Spur kam und dafür übelsten Repressalien ausgesetzt war: vom Bestechungsversuch bis zur versuchten Erpressung und dauerhafter Überwachung durch Privatdetektive, die die Firma Grünenthal auf ihn angesetzt hatte (hierzu ist dringend die Lektüre von „Contergan — oder die Macht der Arzneimittelkonzerne" zu empfehlen, steht in jeder guten Uni-Bibliothek!). Vom Prozeß wurde er schließlich — weil zu engagiert um die Wahrheit bemüht — ausgeschlossen: wegen Befangenheit.

Heute ist er ein Paradepferd der Pharmaindustrie. *„Die Contergan-Katastrophe war etwas Einzigartiges. Heute geht meine Sorge in eine umgekehrte Richtung: Viele Mütter haben panische Angst vor Mißbildungen der Kinder in der Schwangerschaft und lassen deswegen nach jeder kleinen Medikamenteneinahme gleich eine Abtreibung vornehmen, und die Ärzte machen das unbegründeterweise auch noch mit"* ('5 nach 10', Mitschrift v. 23.11.).

An Duogynon/Cumorit (1) wurde an diesem Abend, der ja dem Thema „Kann sich die Katastrophe wiederholen?" gewidmet war, von niemandem gerührt. Wäre nicht Prof. Eberhard Greiser vom Institut für Sozialmedizin Bremen anwesend gewesen — der Eindruck einer rührend ums Wohl ihrer Klientel besorgten und selbstkritischen Pharmaindustrie wäre perfekt gewesen. In den wenigen Minuten Redezeit, die er zur Verfügung hatte, konnte er immerhin darauf hinweisen, daß Arzneimittel-Skandale an der Tagesordnung sind, daß in der BRD der Standard der Arzneimittel-Sicherheit im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern oder auch zu big brother USA erschreckend niedrig ist (von den RGW-Ländern gar nicht zu reden ...) usw. Für konkrete Anfragen Greisers war der anwesende Pharma-Vertreter, Prof. R. Kopf, unzuständig, gerade darüber wußte er nie so genau bescheid, und so konnte Hans Mohl am Schluß zusammenfassen: Nicht alles ist gut, aber vieles ist seit Contergan besser. Die Katastrophe kann sich zwar wiederholen (hat sie schon Anm. F.), aber nicht in diesem Ausmaß. Nächstes Mal also nur 4000 Krüppel ...

In einer kritischen Ecke fand anschließend ein Streitgespräch zwischen Müttern und dem Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe, Prof. G. Oehlert, statt: Verhältnis werdende Mutter und Arzt. Fakten brachten Uta König („stern") und eine andere freiberuflich tätige Journalistin vor. Prof. Oehlert hatte nur Statistiken an der Hand, die das jeweils genaue Gegenteil belegen sollten: Frauen lieben ihre Gynäkologen, freuen sich über jede Sekunde, die der geschätzte Arzt ihnen widmet und hegen auch nicht die leisesten Zweifel an der Kompetenz der männlichen Arztgötter. Na also, was macht's da, daß Uta König und ihre Kollegin den Applaus der im Studio anwesenden Frauen auf ihrer Seite hatten, wenn sie derartige Statistiken anfochten. Die Frauen draußen in unserem Lande sind halt anders ...

Hurra, wir leben intensiv!

Die letzte Viertelstunde nach 90 Minuten Expertengelaber war dann den Contergan-Geschädigten selbst vorbehalten: Stefan war wieder da, Claudia und dann noch Karin. „Wie haben Sie denn Ihr Arzneimittel-Bewußtsein entwickelt?", fragt Michael Heuer die Geschädigten und dann, „Dalli, dalli!", wir hatten es schon befürchtet: Schaden schützt vor Dummheit nicht! Keiner der Betroffenen war der Pharma-Industrie gegenüber kritisch, alle siedelten ihre Kritik an übertriebenem Medikamentenkonsum bei den einzelnen an, vor allem den einzelnen Müttern. „Macht es Sie nicht betroffen, daß die einzelnen Verbraucher aus der Katastrophe nichts gelernt haben?" Doch, Herr Heuer, das macht uns sehr betroffen. Und das ist dann schon wieder eine tolle Leistung unserer freien Gesellschaft: Sie schafft es, daß Arbeitslose CDU wählen und daß durch Profitsucht der Pharmaindustie Geschädigte den Medikamentenkonsum des einzelnen Verbrauchers angreifen.



Dann die Schlußappelle: Überprüft, liebe TV-Zuschauer, euer eigenes Medikamentenverhalten. Und: *„Wir sollten uns auch immer wieder ins Gedächtnis rufen, daß seit Contergan zehnmal so viele Kinder durch den Alkoholismus ihrer Mutter behindert auf die Welt gekommen sind"!* Er heißt Mohl. Sein Kopf ist hohl.

der NB-Fassanbass

Anm. 1: Duogynon/Cumorit ist ein ursprünglich als hormonaler Schwangerschaftstest und zur behandlung des Ausbleibens der Regelblutung ohne Schwangerschaft eingesetztes Präparat der Schering AG, dessen Anwendung mehrere hundert Kinder verkrüppelt hat. Ein Prozeß gegen Schering wurde am 19.12.80 eingestellt: Der Fötus ist nämlich kein schützenswerter Mensch, es sei denn, der soll abgetrieben werden.

Literaturempfehlungen: „Mögliche Nebenwirkung Tod", Adam Hehn u.a., rororo-aktuell 4742;
„Neunmal teurer als Gold", Adam Hehn u.a., rororo-aktuell 4067;
und vor allem, im Herbst 83 erscheinend, „Dokumentation des Krüppeltribunals 1981", Pahl-Rugenstein.